Bav. 1805 a

Bav.
1805
a

Staatl. Bibliothek
Regensburg

2. Ex.

Bav. 1805a

Vorſtellung

der

Beweggründe

welche

Seine Majeſtät

den

König von Preußen

vermüßiget haben

ſich der Zertrümmerung

von Baiern

zu widerſetzen.

Im Jahre 1778.

Staatl. Bibliothek
Regensburg

675/1144

Der König ſchmeichelte ſich ſeit dem Hubertsburger Frieden, mit dem Hofe zu Wien in einer beſtändigen Einigkeit zu leben. Seine Majeſtät haben auch, in dieſer Abſicht, alle nur mögliche Mühe angewendet, mit Seiner Majeſtät, dem Kaiſer, und mit Ihro Majeſtät, der Kaiſerin Königin von Hungarn und Böhmen, Freundſchaft zu halten. Mit deſto empfindlichern Schmerzen ſehen Dieſelben daher dieſes gute Einverſtändniß, durch die unerwartete Zertrümmerung von Baiern, unterbrochen, welche der Hof zu Wien, nach dem Tode des letzten Churfürſten dieſes Namens, vorgenommen hat. Seine Majeſtät mußten dieſe Zerſtückung nothwendig für eine Sache anſehen, die der Gerechtigkeit, den anerkannten Rechten der allernächſten Lehen- und Allodialerben von Baiern ſowohl, als der Sicherheit, der Freyheit und der ganzen Grundverfaſſung des deutſchen Reichs, ſchnurſtracks entgegen iſt. Dieſelben haben deswegen Ihro Kaiſerlichen und Königlichen Majeſtäten freundſchäftliche und oft wiederholte Vorſtellungen machen laſſen, um ſie von dieſem Vorhaben abzubringen. Erklärungen, Berathſchlagungen und Unterhandlungen von langer Dauer, waren die Folgen davon. Da aber alles vergeblich war, da die Vorſtellungen des Königs keine andere Wirkung hatten, als eine allgemeine Kriegszurüſtung, und da es nunmehr auf das alleräuſſerſte gekommen iſt, ſo können es Seine Majeſtät nicht länger anſtehen laſſen, den europäiſchen Mächten, den Reichsſtänden, und überhaupts dem Publico, die gerechten Beweggründe vor Augen zu legen, welche Dieſelben vermüßiget haben, ſich der Zertrümmerung von Baiern zu widerſetzen, und den Unterdrückten zu Hülfe zu kommen, dieſer Vorſtellung aber eine getreue Erzählung von dem, was ſich bisher in dieſer wichtigen Angelegenheit zugetragen hat, voranzuſchicken, und die zur Rechtfertigung dienende Beylagen hinzuzufügen.

Nachdem Maximilian Joſeph, Churfürſt und Herzog von Baiern, den 30ſten December 1777, ohne männliche Erben mit Tod abgegangen, und die Wilhelminiſche oder Ludovicianiſche Linie des Hauſes Baiern dadurch erloſchen war, ſo nahm der Churfürſt von der Pfalz, als der nächſte Agnat, noch an dem nemlichen Tage, vermittelſt eines in ſeinem Namen publicirten Patentes, von allen, von dieſem Fürſten hinterlaſſenen Ländern, Beſitz. Nach der weltbekannten Beſchaffenheit dieſer Succeßion konnte niemand zweifeln, daß der Churfürſt von der Pfalz in dem völligen Beſitz derſelben bleiben würde, das wenige ausgenommen, worauf etwan die Allodialerben Anſprüche machen könnten. Allein in der Mitte des Jenners im Jahre 1778 verbreitete ſich von allen Seiten die Nachricht, daß Seine Majeſtät die Kaiſerin Königin, durch Dero Truppen einen großen Theil von Baiern beſetzen laſſen, und daß dieſelben darüber mit dem Churfürſten von der Pfalz einen Vergleich getroffen hätten. Der Staatskanzler, Fürſt von Kaunitz-Rietberg, übergab auch den 20ſten Jenner, ſowohl dem Freyherrn von Riedeſel, dem königlichen Abgeſandten an dem kaiſerlichen Hofe, als den übrigen zu Wien reſidirenden Miniſtern der fremden Höfe eine Note *), wovon der weſentliche Inhalt dieſer war: „Daß Seine „Majeſtät, die Kaiſerin Königin, ein Recht auf die baieriſche Erbfolge „hätten, welches ſich auf den Rückfall der böhmiſchen Lehen, auf eine „Anwartſchaft auf die Grafſchaft Mindelheim in Schwaben, und auf „eine von dem Kaiſer Sigismund dem Hauſe Oeſterreich gegebene wirk„liche Belehnung gründete; daß der Churfürſt von der Pfalz dieſe Rech„te anerkannt, und daß Seine Majeſtät, die Kaiſerin Königin, zwar „ein hinlängliches Corps Truppen gegen Baiern zu habe marſchiren laſſen, „weil der Churfürſt von der Pfalz Beſitz von den geſammten baieriſchen „Landen genommen hätte, daß man aber bald darauf, nachdem aller „Misverſtand wäre gehoben worden, den gröſten Theil derſelben zurück„geruffen, und nur ſo viele in Baiern gelaſſen hätte, als nöthig ge„weſen, davon Beſitz zu nehmen.„

Der König erkannte dieſe Communication mit Dank; allein nach den allgemeinen Begriffen, die ſich Seine Majeſtät von der Beſchaffenheit der Succeßion in Baiern machten, konnten ſie nicht unterlaſſen, dem Hof zu Wien durch Dero Geſandten, den Freyherrn von Riedeſel, den 7ten Hornung eine Note überreichen, und darinnen demſelben einige Be-

denklich-

*) Siehe die Beylagen No. 1.

denklichkeiten und Zweifel freundſchäftlich mittheilen zu laſſen:*) „wie die „Krone Böhmen die Diſtrikte der Oberpfalz, deren Rückfall, ohne die aller„mindeſte Ausnahme, durch den weſtphäliſchen Frieden, nach Abgang „des baieriſchen Hauſes, dem pfälziſchen zugeſichert worden wären, für „heimgefallene Lehen anſehen könne; wie eine, ohne die Bewilligung des „Reichs ertheilte kaiſerliche Anwartſchaft, ein, vermöge des Paviſchen Ver„trages, der güldenen Bulle und des weſtphäliſchen Friedens, allen Zwei„gen des pfälziſchen Hauſes gehöriges großes Herzog- und Churfürſten„thum zertrümmern könne; wie der Churfürſt von der Pfalz über ſol„che Länder habe einen Vergleich eingehen, und einen ſo wichtigen Theil „der alten Erbländer ſeines Hauſes, zum Nachtheil der pfälziſchen Ne„benlinien und der Allodialerben, einem fremden Hauſe habe abtret„ten können.„ Man ſetzte noch hinzu: „daß man, da Seine Maje„ſtät der Kaiſer einige Diſtrickte in Baiern in Beſitz genommen, wel„che Dieſelben als eröfnete Reichslehen betrachteten, die Hofnung hät„te, daß die Abſicht Seiner kaiſerlichen Majeſtät nicht dahin gehen „würde, ſie ferner durch die Truppen ihres Hauſes zu occupiren, noch „darüber anders, als vermöge des 11ten Artikels Ihrer Wahlcapitu„lation mit Zuziehung des Reiches zu diſponiren; daß der König, „als ein Reichsfürſt, bey ſo bedenklichen Einrichtungen, welche auf die „Erhaltung der Grundverfaſſung des Reichs einen ſo widrigen Einfluß „zu haben ſchienen, nicht gleichgültig ſeyn könne; daß Seine Majeſtät „von der Gerechtigkeit und Großmuth Seiner kaiſerlich königlichen „Majeſtäten erwarteten, daß ſich Dieſelben zu freundſchäftlichen Erklä„rungen verſtehen würden, um Mittel ausfindig zu machen, durch wel„che die Erbfolge von Baiern, auf eine den Rechten der verſchiedenen „intereßirten Partheien, und den Grundverfaſſungen des römiſchen „Reiches gemäſſe Art, könnte in Ordnung gebracht werden.

Der Fürſt von Kaunitz übergab darauf dem Freyherrn von Riedeſel die Note vom 16ten Hornung**), welche die von dem Könige gemachten Zweifel und Einwürfe heben ſollte.

Die in dieſer Antwort enthaltenen Gründe waren für Seine Majeſtät ſo wenig überzeugend, daß Dieſelben vielmehr verbunden zu ſeyn glaubten, dem Wiener Hof den 9ten Merz eine abermalige Vorſtellung***) übergeben zu laſſen, in welcher man kurz, doch auf eine über-

*) Siehe die Beylagen No. 2.

**) Siehe die Beylagen No. 3.

***) Siehe die Beylagen No. 4.

zeugende Art, den Ungrund der Anſprüche Seiner Majeſtät der Kaiſerin Königin auf Baiern bewieſen hat, und in welcher Ihro Majeſtät, am Ende, von Seinen kaiſerlichen königlichen Majeſtäten verlangen: „Die Sachen in denjenigen Stand zurückzuſetzen, in welchem ſie bey dem „Tode des Churfürſten von Baiern waren, und ſich den Weg der Un„terhandlungen gefallen zu laſſen, wodurch man die Erbfolge von Baiern „auf eine Art beylegen könne, die ſowohl zur Erhaltung des Gleichge„wichtes im Reiche, der Grundverfaſſungen des Reiches, und des weſt„phäliſchen Friedens, als auch zur Sicherſtellung der Rechte, und des In„tereſſe des Churfürſten von Sachſen, der pfälziſchen Prinzen, und der „Herzoge von Mecklenburg dienlich ſeyn könnte.„ Da indeſſen alle dieſe Fürſten den König um ſeine Vermittelung erſuchet, ſo war dieſes für Seine Majeſtät ein neuer Beweggrund, dieſe Vorſtellungen zu wiederhohlen.

Dem kaiſerlichen Hofe gefiel es durch die Note vom 1ſten April*) darauf zu antworten: „daß ſich Derſelbe nicht mehr in eine Unterſuchung „ſeiner Rechte einzulaſſen gedenke; daß Derſelbe von ſeinen rechtmäßig „erhaltenen Beſitzungen nicht abſtehen, und daß denenjenigen, die einige „Anſprüche darauf hätten, Gerechtigkeit wiederfahren würde; daß „aber Seine Majeſtät, die Kaiſerin Königin, nicht zugeben würden, „daß ein Fürſt des Reiches ſich anmaſſen ſollte, ſich zum Richter oder „Schutzherrn ſeiner Mitſtände aufzuwerfen, und Ihroſelben Rechte „anzufechten; daß Dieſelben im Stande ſeyen, ſich zu vertheidigen, und „ſogar Denjenigen, der ſich in den Fall verſetzen würde, anzugreifen; „daß Ihroſelben indeſſen alle annehmliche Wege einzuſchlagen gedächten, die „man für dienlich erachtete, die allgemeine Ruhe zu erhalten.„

Ungeachtet dieſe Antwort eben ſo auſſerordentlich, als ungegründet war, und einer förmlichen Kriegserklärung gleich ſahe, ſo ließ doch der König, um alle mögliche Mäſſigung zu beobachten, dem Wiener Hof den 22ſten April eine abermalige Note**) übergeben, in welcher bewieſen und erkläret wurde: „daß ſeine Majeſtät die Vorwürfe nicht ver„dienten, die man Ihroſelben machte; daß Dieſelben nicht verlangten, „ſich weder zum Richter noch zum Schutzherrn Ihroſelben Mitſtände „aufzuwerfen, daß ſie ſich aber berechtiget, und ſelbſt verbunden zu ſeyn „erachteten, ſich der willkührlichen, und der Erbfolge von Baiern of„fenbar nachtheiligen Zertrümmerung, zu widerſetzen; daß Ihroſelben

„die

*) Siehe die Beylagen No. 5.

**) Siehe die Beylagen No. 6.

„die Erhaltung der allgemeinen Ruhe und der Eintracht zwiſchen bey„den Höfen eben ſo ſehr am Herzen läge, als Seinen kaiſerlichen „königlichen Majeſtäten; daß dieſelben aber glaubten, erwarten zu dör„fen, daß der Hof zu Wien, der die noch im Streit befange„nen Länder in Beſitz genommen, ſich über die Wege, welche „derſelbe für annehmlich hielte, um die Erbfolge in Baiern in Ord„nung zu bringen, erkläre.„

Auf dieſe Note hat der Fürſt Kaunitz in einem Memoire vom 7ten May *) geantwortet, wobey zu Ende eine Zergliederung oder Widerlegung der beyden Noten des Berliner Hofes, vom 9ten Merz und vom 22ſten April, befindlich iſt **). In dem Memoire vom 7ten May ſelbſt, ſucht man mit aller Mühe zu beweiſen, „daß Seine Majeſtät der Kaiſer „in der baieriſchen Angelegenheit nichts geſetzwidriges gethan hätten; „daß ſich der Churfürſt nicht über ſeinen Vergleich beſchwere; daß ſich die „Kaiſerin Königin Majeſtät den Anſprüchen des Churfürſten von Sach„ſen und der Herzoge von Mecklenburg, nicht widerſetze, und daß man „den Herzog von Zweybrücken, ungeachtet derſelbe nicht eher, als nach „erloſchener Sulzbachiſcher Linie, ein Recht zu agiren hätte, dem ungeach„tet auffordere, ſeine Klagen anzubringen, damit ſeine Rechte zugleich „mit den Anſprüchen der Kaiſerin Königin Majeſtät unterſuchet werden, „und eine geſetzmäßige Entſcheidung, dem Streit, den er zu erheben für „gut angeſehen hätte, ein Ende machen könnte.„

Das unbefangene Publicum wird leicht einſehen, daß dieſe allgemeinen Behauptungen, und die ſcheinbare Beruffung auf eine geſetzmäßige Entſcheidung, der Sache des Wiener Hofes ſo lange nicht zu ſtatten kommen könne, als ſich derſelbe in dem Beſitz des Gegenſtandes, worüber geſtritten wird, und den ſich derſelbe eigenmächtig zugeeignet hat, zu erhalten ſucht, und ſo lange man noch auf keine rechtmäßige Art ausgemacht hat, vor welchem competenten und unpartheyiſchem Richter, der zwiſchen demſelben und dem Herzog von Zweybrücken, ſo wie auch dem Churfürſten von Sachſen entſtandene Zwiſt, unterſucht und entſchieden werden müſſe, indem des Kaiſers Majeſtät in Ihroſelben eigenen Sache ja nicht Richter ſeyn können.

Nachdem der König auch die Stände des Reichs, durch ſeinen Abgeſandten auf dem Reichstage, den Freyherrn von Schwarzenau, erſuchen

*) Siehe die Beylagen Num. 6.

**) Dieſe Zergliederung iſt Num. 8 nebſt der Antwort des Berliner Hofes zu finden.

ſuchen laſſen, Seiner Majeſtät beyzutretten, und Seinen käiſerlichen königlichen Maieſtäten, der ſonderbaren Wendung der baieriſchen Angelegenheiten wegen, gehörige Vorſtellung zu machen, damit ſich Dieſelben bewegen ließen, ſolche, auf eine der Gerechtigkeit gemäße Weiſe, in Ordnung zu bringen: ſo hat der öſterreichiſche Geſandte daher Gelegenheit genommen, den 10ten April durch eine mündliche, zu gleicher Zeit aber auch gedruckte Aeuſerung, darauf zu antworten, in welcher er ſich, ohne die Hauptſache zu berühren, oder die Anſprüche ſeines Hofes zu rechtfertigen, mit nichtsbedeutenden Spöttereyen abgegeben, und es bloß bey einigen allgemeinen Grundſätzen bewenden laſſen, als zum Beyſpiel, „daß jeder Reichsſtand befugt ſey, ſeine Anſprüche gel„tend zu machen; daß ſolches nicht anders geſchehen könne, als durch „eine legale Entſcheidung, oder durch einen Vergleich zwiſchen den in„tereſſirten Theilen; daß die Kaiſerin Königin den letztern Weg ein„geſchlagen, indem ſie ſich mit dem Churfürſten von der Pfalz verglichen „hätten; daß ſie dem Herzog von Zweybrücken, und dem Churfürſten „von Sachſen, auf dem Weg der rechtlichen Erkenntniß oder des Ver„gleiches nicht entſtehen würden: daß ſie aber den Richterſtuhl und die „Entſcheidungen des Königs von Preuſſen nicht erkennen, noch zuge„ben könnten, daß ſich ein dritter Stand des Reiches wider einen Vergleich, „und in einer Angelegenheit, die ihm nichts angienge, auflehnte.„

Es leuchtet jedem in die Augen, daß dieſes nichts als Ausflüchte ſind, welche blos dazu dienen, den Grund der Sache zu verdunkeln und zu verwirren. Wenn man ſolche in der Folge näher unterſuchen wird, ſo wird ſichs von ſelbſt veroffenbaren, daß der Kaiſerin Königin Majeſtät keinen legalen Weg erwählet; daß Ihroſelben ſich nicht mit allen intereſſirten Hauptheilen verglichen, und daß Seiner Majeſtät dem König von Preuſſen eben ſo viel, ja wohl noch mehr, an der gehörigen Berichtigung der Erbfolge von Baiern gelegen ſey, als gedacht Seiner kaiſerlichen und königlichen Majeſtät.

Man hat es bisher anſtehen laſſen, ſtückweiſe, ſowohl auf das obgedachte Memoire des Wiener Hofes vom 7ten May, und auf die demſelben beygefügte Zergliederung, als auf die mündliche und im Druck erſchienene Aeuſerung, des öſterreichiſchen Miniſters zu Regenſpurg, zu antworten, weil man ſich geſchmeichelt hat, der ganze Zwiſt würde ſich auf eine freundſchäftliche Art, durch eine Unterhandlung, die ſich mittler Zeit auf folgende Art angefangen hatte, heben laſſen.

Das

Es iſt dem Publico bekannt, was ſich im Hornung für Gerüchte, wegen der Kriegszurüſtungen, die von beyden Theilen ſollten gemacht worden ſeyn, zu verbreiten angefangen haben. Ohne jetzt genau zu unterſuchen, von welcher Seite der Anfang dazu gemacht worden ſey, iſt es bekannt, daß der Wiener Hof im Monat Merz, ſeine Hauptmacht in Böhmen und Mähren zuſammengezogen habe. Der König ſah ſich daher vermüßiget, die Truppen ſeiner entfernten Provinzen ebenfals nach und nach vorrücken zu laſſen. Seine Majeſtät verfügten ſich ſelbſt zu Anfange des Aprils nach Schleſien. Seine Majeſtät, der Kaiſer, die zu gleicher Zeit in Böhmen ankamen, ſchrieben den 13ten April einen Brief an den König, in welchem Dieſelben Seiner Majeſtät ein Project eines gütlichen Vergleiches mittheilten. Es erfolgte zwiſchen beyden Monarchen eine Correſpondenz, in welcher vom 13ten bis zu dem 21ſten April von beyden Seiten drey Briefe gewechſelt wurden. Endlich wurde beliebet, daß zu Berlin zwiſchen dem kaiſerlichen Miniſter, dem Grafen von Cobenzel und zwiſchen dem königlichen Miniſterio des Departements der auswärtigen Angelegenheiten, eine Vergleichsunterhandlung ſollte angefangen werden. Der Graf von Cobenzel brachte bey der erſten Conferenz von neuen einen ſehr laconiſchen Vergleich in Vorſchlag, und zwar den nemlichen, den bereits Seine Majeſtät der Kaiſer, dem König vorgelegt hatten, und vermöge deſſen ſollten Seine Majeſtät ſchlechterdings, ſowohl die Gültigkeit des, den 3ten Jenner, zwiſchen der Kaiſerin Königin und dem Churfürſten von der Pfalz getroffenen Vergleichs, als die Rechtmäßigkeit des Standes der Beſitzung, der dieſem Vergleich zu Folge von Seiner Majeſtät occupirten Diſtricte in Baiern anerkennen, und den Tauſch, den die Kaiſerin Königin mit dem Churfürſten von der Pfalz, entweder mit ganz Baiern, oder mit einigen Theilen, etwa machen könnte, ruhig geſchehen laſſen; die Kaiſerin Königin wollten dagegen die Gültigkeit der Einverleibung der Fürſtenthümer Anſpach und Bayreuth der Primogenitur des Hauſes Brandenburg anerkennen, und ſich einen jeden Tauſch, der mit dieſen Ländern, nach dem Gutbefinden Seiner preußiſchen Majeſtät, geſchehen könnte, gefallen laſſen.

Um dieſe Vorſchläge zu unterſtützen wurden auch gewiſſe allgemeine Grundſätze von vorgeblicher Billigkeit und Convenienz angeführet, „daß ſich nemlich ein Hof an die Stelle des andern ſetzen, daß „derſelbe nichts verlangen müße, was nicht mit ſeiner Würde überein-

 „ſtimmte,

„ſtimmte, und was er nicht in einem gleichen Fall für ſich ſelbſt for„dern würde.„ Dieſe Grundſätze wendete man folgendermaſſen an: daß, wie ſich der König gegenwärtig der Vergrößerung des Hauſes Oeſterreich in Baiern, um der politiſchen Convenienz willen widerſetze, ſo würde ſich dieſes Haus, aus eben dem Grunde, der Vergrößerung des Hauſes Brandenburg widerſetzen, wenn daſſelbe einſtens die Länder Anſpach und Bayreuth mit ſeiner älteſten Linie würde vereinigen wollen; daß man, um ſich nicht von der einem ſowohl, als der andern Seite, ohne Nutzen zu ſchaden, gegenwärtig dieſe Colliſion der Staatsvortheile vermittels des in Vorſchlag gebrachten Vergleiches heben müſſe.

Das preußiſche Miniſterium gab dem kaiſerlichen Abgeſandten zu erkennen, daß ſich der König, der Theilung von Baiern aus keinem andern Grunde widerſetze, als weil er dieſelbe für vollkommen ungerecht halte und glaube, daß dieſelbe zum Umſturz aller Sicherheit und Freyheit in Deutſchland abzwecke; daß Seine Majeſtät andern gerechten Acquiſitionen des Hauſes Oeſterreich nicht entgegen ſeyn würden; daß es unbillig ſey, daß man eine gegenwärtige und vollkommen ungegründete Acquiſition des öſterreichiſchen Hauſes, mit einer noch entfernten und unſtreitigen Acquiſition des Hauſes Brandenburg ausgleichen und vergüten wolle; daß ſich Seine Majeſtät nimmermehr einen Vergleich würden gefallen laſſen, welcher der ganzen Abſicht Ihrer Widerſetzung entgegen liefe, und welcher weder auf die gerechte Widereinſetzung des Hauſes Pfalz in Baiern, noch auf die dem Churfürſten von Sachſen ſchuldige Genugthuung abzielte.

Da der Wiener Hof ſchlechterdings keine andere, und beſtimmtere Bedingniſſe vorſchlagen wollte, und ſtets auf ein Gegenproject drang, ſo übergab das preußiſche Miniſterium den 20ſten May dem Grafen von Cobenzel einen Plan zu einem allgemeinen Arrangement der Erbfolge in Bayern, dieſes weſentlichen Inhaltes, „daß man, um des Frie„dens willen, ſich bemühen wollte, das Haus Pfalz zu bewegen, dem „Hof zu Wien, zween beſtimmte Diſtricte von Baiern an der Donau „und Inn, die zunächſt an Böhmen und Oeſterreich gränzeten, ab„zutretten; daß Seine Majeſtät die Kaiſerin Königin, dem Herrn „Churfürſten von der Pfalz, das übrige, was dieſelben in Baiern oc„cupirt hätten, zurück geben, und demſelben, für denjenigen Theil, „den ſie behielten, ein Aequivalent in Schwaben, oder die Herzogthü„mer Limburg und Geldern geben und dadurch dieſen Fürſten in den

„Stand

„Stand ſetzen ſollten, dem Churfürſten von Sachſen, ſeiner allodial An-
„ſprüche wegen, durch Abtrettungen oder Vertauſchungen, über die
„man einig zu werden ſuchen würde, zu befriedigen; daß, um dieſes
„allgemeine Arrangement zu erleichtern, Seine Majeſtät der Kaiſer
„dem Herrn Churfürſten von der Pfalz die eröfneten Reichslehen in
„Baiern verleihen, und daß Seine Majeſtät die Kaiſerin Königin ſich
„wollten gefallen laſſen, Verzicht auf die Lehenherrliche Rechte zu thun,
„welche dieſelben auf einige kleine Stücke in der Oberpfalz, in Sachſen,
„und in dem Bayreuthiſchen Lande hätten, und daß ſie ſich, nach Dero
„eigenen Erbieten, der künftigen Vereinigung der Marggrafthü-
„mer in Franken mit der Primogenitur des Churfürſtenthums Bran-
„denburg, und der Vertauſchung, die man vielleicht mit den Nach-
„baren treffen könnte, nicht widerſetzen wollten.„

Man überläßt es dem Urtheil der unpartheyiſchen Welt, ob durch dieſen Plan nicht das Intereſſe der verſchiedenen Partheyen, im Betref der Erbfolge in Baiern hätte vereiniget werden können, und ob man, ohne die Geſetze der Billigkeit und der Mäßigung aus den Augen zu ſetzen, für den Wiener Hof etwas vortheilhafteres hätte erſinnen können, als daß man demſelben, in einem Fall, wo derſelbe mit Recht ſchlechterdings nichts fordern konnte, die ruhige und legale Abtretung der beyden großen Diſtricte zu verſchaffen ſuchte, welche Böhmen und Oeſterreich durch die Feſtſetzung der Gränzen durch Flüße, ſo wohl arrondirt hätten, und indem man, durch Abtretung einiger kleinen, von dem Körper der öſterreichiſchen Monarchie abgeſonderter Gebiete, und einiger Lehensherrlichen Rechte, welche weder einträglich noch wichtig ſind, und blos zu allerley Zwiſt mit den Nachbaren Anlaß geben, blos ſehr ungleiche Aequivalente verlangte.

Dieſer Betrachtungen ungeachtet, wollte der Hof zu Wien, weder dieſen Plan annehmen, noch andere deutliche und beſtimmte Vorſchläge thun. Der Graf von Cobenzel las dem preußiſchen Miniſterio in der am 6ten Junius gehaltenen Conferenz die hier beygefügte Depeche *) von dem Fürſten von Kaunitz vor, in welcher derſelbe, ſich ſtets auf die allgemeinen Grundſätze der vorgeblichen Billigkeit und der Reciprocirung ſtützend, von neuem vorläufig folgende Vorſchläge zu einem Plan der Vereinigung machte, „daß der Hof zu Berlin „von allem Widerſpruch gegen die Acquiſition, in deren Beſitz der

*) Siehe die Beylagen No. 9.

„Hof zu Wien ſchon wirklich in Baiern ſey, abſtehen ſollte, und „daß dieſer ſeines Ortes, auf die künftige Vereinigung der Für„ſtenthümer Anſpach und Bayreuth, Verzicht thun würde; daß ſich „beyde Höfe, den freywilligen Vertauſchungen, welche der eine oder „der andere mit ſeinen Nachbarn treffen möchte, nicht widerſetzen wollten; „daß ſie ſich mit vereinigten Kräften alle Mühe geben würden, einen „billigen Vergleich zwiſchen dem Churfürſten von der Pfalz, und zwi„ſchen dem Churfürſten von Sachſen, wegen der allodial Anforde„rungen des letztern, zu Stande zu bringen; daß auch Seine Majeſtät „die Kaiſerin Königin das ihrige dazu beytragen würden, indem ſie „dem Churfürſten von Sachſen gewiſſe Vortheile zugeſtehen würden, „worunter man die Nachlaſſung der Lehnbarkeit von Böhmen ver„ſtunde, und endlich, daß das Haus Pfalz durch einen freywilli„gen Tauſch zufrieden geſtellt werden würde, den es ſich unter an„nehmlichen Bedingniſſen gefallen laſſen ſollte.„

Das preußiſche Miniſterium übergab bald darauf dem Grafen von Cobenzel das hier beygefügte Memoire vom 13ten Junius *) in welchem man, nachdem man bewieſen hatte, wie unbeſtimmt, dunkel und unzulänglich die letzten Aeuſerungen des Wiener Hofes wären, eine deutliche Erklärung über vier Punkte verlangte: „was nemlich der Wie„ner Hof von Baiern zu behalten und zurück zu geben geſonnen ſey; „was derſelbe den Churfürſten von der Pfalz und von Sachſen für „Aequivalente und Vortheile zugeſtehen, und ob derſelbe ſich gefallen „laſſen wolle, die ganze Erbfolge von Baiern, in Anſehung der Rechte „des Churfürſten von der Pfalz, des Churfürſten von Sachſen, des „Herzogs von Zweybrücken, und der Herzoge von Mecklenburg, mit „dem König in Ordnung zu bringen, als welcher als Freund und „Bundesgenoße dieſer Fürſten, als Reichsſtand, und aus ſo vielen an„dern Gründen, ein ſo großes Recht und Intereſſe an der gerechten „Vertheilung dieſer Verlaſſenſchaft hätte.„

Der Freyherr von Riedeſel übergab eben dieſes Memoire dem Fürſten von Kaunitz, und drang, auf Befehl des Königs, auf eine deutliche und befriedigende Antwort. Bey dieſer Gelegenheit machte er zugleich alle Arten der Vorſtellungen, die er für ſchicklich erachtete, eine Veränderung der Entſchließung und eine freundſchäftliche Auseinanderſetzung zu bewirken. Hierauf händigte der Fürſt von Kaunitz

*) Siehe die Beylagen No. 11.

dieſem Miniſter das beygefügte Memoire vom 24ſten Junius ein, und ließ ſolches auch zu Berlin durch den Grafen von Cobenzel, unter dem Namen einer mündlichen Antwort übergeben, in welchem er blos den Plan des Berliner Hofes zu tadeln, dagegen die Vorſchläge ſeines eigenen Hofes zu erheben bemühet iſt, und endlich mit dieſer Aeuſerung beſchlieſſet: daß wann ſolche nicht als der Plan eines Präliminartraktates angenommen würden, alles freundſchaftliche Arrangement unmöglich, und alle fernere Erklärung überflüßig ſeyn würde.

Der König konnte dieſe Erklärung für nichts anders, als für eine von Seiten des Wiener Hofes gemachte Abbrechung der Unterhandlung anſehen, indem die Vorſchläge dieſes Hofes ſo beſchaffen waren, daß ſich Seine Majeſtät dieſelben ohne Nachtheil Ihrer Würde, und ihres liebſten Intereſſe, und der offenbaren Rechte der natürlichen Erben des Hauſes Baiern, niemals konnten gefallen laſſen. Eben dieſes hat man deutlich in dem hier ebenfalls beygefügten Memoire *) bewieſen, welches das königliche Miniſterium den 3ten Julius dem Grafen von Cobenzel übergeben, in welchem, nach vorangeſchickter Vergleichung der von beyden Höfen geſchehenen Vorſchläge, die man für gerechter und richtiger hält, als des Wieneriſchen Hofes ſeine, Seine Majeſtät zuletzt erklären, daß ſich dieſelben vermüßiget ſähen, auch ihres Ortes, nach dem Exempel des Wieneriſchen Hofes, die Unterhandlung abzubrechen.

Dieſe ungeſchminkte und treue Erzählung deſſen, was ſich zwiſchen den Höfen von Berlin und Wien, ſeit dem Tode des Churfürſten von Baiern, in Anſehung ſeiner Verlaſſenſchaft zugetragen hat, wenn damit die Leſung der von beyden Seiten gewechſelten Memoires verbunden wird, muß allein im Stande ſeyn, die unbefangene Welt von der Wahrheit folgender Punkte zu überzeugen.

1.) Daß ſich der König in die baieriſche Succeßions Angelegenheit, nicht anders, als aus der vollkommenſten Ueberzeugung gemenget habe, daß die von Seiner Majeſtät der Kaiſerin Königin, unter dem Vorwand eines alten ungegründeten Anſpruchs, welcher Ihroſelben ganz ſicher aus einem falſchen Geſichtspunkt vorgeſtellet worden iſt, geſchehene Beſitznehmung der Hälfte von Baiern, aller Gerechtigkeit, und den unſtreitigen Rechten der natürlichen Lehen und Allodialerben zuwider ſey, und

*) Siehe die Beylagen No. 12.

zu gleicher Zeit alle Sicherheit, die Verfaſſung und das Gleichgewicht des Reiches über den Haufen werfe.

2.) Daß dieſer wichtigen Betrachtung ungeachtet, Seine Majeſtät, um die Ruhe und das gute Einverſtändniß mit Seinen kaiſerlichen Majeſtäten zu erhalten, fünf Monate lang, alle mögliche Mittel der gemäßigſten Vorſtellung und der Unterhandlung angewandt haben, um ein freundſchaftliches Arrangement zu bewirken, wodurch das Intereſſe und die Convenienz Ihrer kaiſerlichen Majeſtäten mit den Rechten der natürlichen Erben, auf die beſtmöglichſte Art, vereiniget werden könnte.

3.) Daß Seine Majeſtät, Ihren kaiſerlichen Majeſtäten gewiß ſolche Vorſchläge machen laſſen, die in Anſehung der Beſchaffenheit ihrer Anſprüche ſehr vortheilhaft, dem Intereſſe und den Rechten des pfälziſchen Hauſes aber gewiſſermaſſen nachtheilig geweſen ſind, in der Erwartung und Hofnung, daß dieſes Haus, für das allgemeine Beſte und für die Ruhe Deutſchlands, in einer Sache, die einmal durch die Gefälligkeit ſeines Hauptes eine ſo nachtheilige Wendung für daſſelbe genommen hätte, ein Opfer bringen würde.

4.) Daß, da Seine Majeſtät zugegeben, daß in dieſe Unterhandlung die Angelegenheit der Vereinigung der Länder Anſpach und Bayreuth und die Austauſchung der Lauſitz gemenget worden, ſolches blos durch das Anerbieten Ihrer kaiſerlichen Majeſtäten ſelbſt, ohne die geringſte Rückſicht auf eine Vergrößerung der Macht, und auf perſönliches Intereſſe geſchehen ſey.

5.) Daß der Wiener Hof alle von Seiner Majeſtät geſchehene Vorſchläge, ſo vortheilhaft ſie auch nach dem Urtheil der unpartheyiſchen Welt geweſen ſind, verworfen habe; daß diejenigen, welche dieſer Hof ſeiner Seits gemacht, weiter in nichts, als in einigen unbeſtimmten und dunkeln Präliminarien beſtanden ſeyen, welche ſtets die gänzliche Erhaltung der ungerechten Zerſtückung von Baiern zum Grund geleget, welche, indem ſie den allzugefährlichen Vergleich vom 3ten Jenner in ſeiner Gültigkeit laſſen, die Austauſchung und den Verluſt von ganz Baiern, für das pfälziſche Haus nach ſich ziehen können, und welche die Befriedigung dieſes und des ſächſiſchen Hauſes, der Diſcretion des Wiener Hofes überlaſſen, maſſen der König, dieſen Präliminarien zufolge, die öſterreichiſche Beſitznehmung ſchlechterdings hätte anerkennen, und von der fernern Unterhandlung des pfälziſchen Hauſes ausgeſchloſſen ſeyn ſollen;

daß

daß folglich Seine Majeſtät dieſe Vorſchläge, ohne gewiſſen Nachtheil Ihrer Ehre, Ihrer Engagements und ihres Intereſſe, nicht haben annehmen können.

6.) Daß es demnach der Hof zu Wien geweſen ſey, der die Unterhandlung abgebrochen habe, indem derſelbe ſolche Vorſchläge gethan, die man ſich durchaus nicht konnte gefallen laſſen, indem derſelbe des Königs ſeine verworfen, und indem er erkläret hatte, daß alles andere Arrangement, als das ſeinige, unmöglich, und alle fernere Erläuterung überflüßig ſey, ſo daß es alſo auch dieſer Hof allein iſt, dem man die natürlichen Folgen der Abbrechung dieſer Unterhandlung zuſchreiben muß.

Um allen Zweifeln, die in Anſehung des hier vorgelegten erſten Punctes entſtehen könnten, zu begegnen, und um dem Publico und allen europäiſchen Höfen das nöthige Licht zu geben, will man hier die weſentlichen Grundſätze, und die Hauptpunkte des Rechtes, beſtimmt und kürzlich vorlegen, nach denen Seine Majeſtät den gegenwärtigen Streit über die Succeßion in Baiern glauben anſehen zu müſſen, wovon man eine weitere Ausführung, ſowohl in der beygefügten Replique*) oder Gegenantwort auf das Memoire des Wiener Hofes von 7ten May, in welchem derſelbe das Memoire des Berliner Hofes vom 9ten Merz zu zergliedern und zu widerlegen geſucht hat, als in einem andern Memoire finden wird, das als die Schrift einer Privatperſon unter dem Titel der **Betrachtungen über das Recht der baieriſchen Erbfolge** herausgekommen iſt.

Die ganze Streitfrage über das Recht der Erbfolge von Baiern, kann überhaupt und kürzlich auf folgende Punkte eingeſchränkt werden.

1. Die Erbfolge in das Lehen von Baiern überhaupt, ſcheinet einig und allein, oder hauptſächlich, dem Hauſe Pfalz zuzugehören, weil daſſelbe, zugleich mit dem baieriſchen Hauſe, in gerader Linie, durch eine lange Folge von Zeugungen, von einem gemeinſchaftlichen Stammvater Otto I. Pfalzgrafen von Wittelsbach abſtammt, welcher im Jahre 1180 das Herzogthum Baiern an ſich gebracht hat; weil dieſe zwey Häuſer, ungeachtet der Theilung, die ſie mit ihren Staaten vorgenommen haben, ſich doch zu keiner Zeit ſchlechterdings von einander getrennet, ſondern die Mitherrſchaft, oder die Gemeinſchaft des Eigenthums ihrer Staaten, durch den gemeinſchaftlichen Gebrauch des Namens und der

Wappen

*) Siehe die Beylagen No. 8.

Wappen beybehalten haben; weil ſie einander die wechſelsweiſe Erbfolge in allen ihren Ländern ſtipuliret und vorbehalten, und daraus durch den Paviſchen Vertrag ein beſtändiges, unveräußerliches und untheilbares Fideicommiß gemacht haben, welcher Vertrag 1329 durch einen Kaiſer, mit Beyſtimmung aller Churfürſten geſchloſſen, als ein Grundgeſetz und pragmatiſche Sanction, in den Hauspacten, beſonders in denen von 1348 *), 1524 und 1766, beſtättiget und erneuert worden, von denen die erſtern, nemlich die von 1348, dem Hauſe Pfalz die Erbfolge in Niederbayern ausdrücklich vorbehalten, und das Hauptargument, das man demſelben ſeit einiger Zeit entgegen ſetzet, nemlich die Todtheilung, völlig über den Haufen ſtoßen; endlich weil dadurch, daß in dem weſtphäliſchen Frieden, dem Hauſe Pfalz die Erbfolge in der Oberpfalz, die daſſelbe dem baieriſchen Zweig abtreten muſte, verſichert worden iſt, ſeinem Rechte der Erbfolge in ganz Baiern nichts entzogen, ſondern ihm ſolches vielmehr durch den 4ten Artickel §. 10. vorbehalten worden iſt, ſo daß man alſo nicht den mindeſten Schein eines Rechtes findet, welcher der allgemeinen Erbfolge des Hauſes Pfalz, die ſich auf das Recht der Verwandſchaft und der gemeinſamen Abſtammung von den Erwerbern gründet, könnte entgegen geſetzet werden.

2. Die Erbfolge in die Allodialgüter des baieriſchen Wilhelminiſchen Mannsſtammes, ſcheint nach den Pactis, nach der allgemeinen und beſondern Obſervanz und der Analogie des gemeinen Rechtes, allein der verwittibten Frau Churfürſtin von Sachſen, als der einzigen Schweſter und nächſten Erbin des verſtorbenen Churfürſten von Baiern, ihres Bruders, und anſtatt ihrer, Seiner churfürſtlichen Durchlaucht zu Sachſen, ihrem Sohn, an den dieſe Prinzeßin ihre Rechte abgetreten hat, einig und allein zu gehören. Wenn die, durch den Vergleich vom 3ten Jenner gemachte Theilung, wodurch die Hälfte davon weggeriſſen wird, Beſtand haben ſollte, ſo würde dadurch ein großer Theil der Allodialverlaſſenſchaft zugleich mit verſchlungen werden. Das Regredienz oder Rückgangsrecht zu der baieriſchen Allodialerbſchaft, welches Ihro Majeſtät die Kaiſerin Königin anfangs verlangten, weil ſie von Maria Anna, einer Tochter Wilhelm V. und Gemahlin Kaiſers Ferdinand II. herſtammen, das ſie aber während der Unterhandlung, dem Hauſe Sachſen gleichſam als ein Aequivalent für ihre Zerſtückung von Baiern abzutreten, ſich erboten

*) Siehe die Beylagen No. 14.

boten haben, ſcheint wider die beynahe allgemeine Obſervanz des Reiches und des baieriſchen Hauſes, und wider die Grundſätze zu ſtreiten, nach denen Ihre kaiſerliche Majeſtät ſelbſt die Häuſer Baiern und Sachſen, die von den Töchtern Kaiſer Josephs I. des ältern Bruders Kaiſer Karls VI. abſtammen, von der Erbfolge in Oeſterreich ausgeſchloſſen haben, und die Ausübung dieſes Rückgangsrechts, würde den Häuſern Brandenburg, Bourbon, Würtemberg und allen andern, an welche baieriſche Prinzeßinnen verheurathet geweſen, das nemliche Recht geben, ſo daß daraus eine allgemeine Reclamation und Verwirrung entſtehen müſte, der faſt unmöglich abzuhelfen ſeyn würde.

3. Da ſolchergeſtalt dem Hauſe Pfalz die Erbfolge in den Lehen, dem Hauſe Sachſen aber in den Allodialgütern gebühret, ſo können diejenigen, welche an einigen Theilen dieſer Erbſchaft Anſpruch machen wollen, ſolche ordentlicher Weiſe nicht anders, als durch den legalen Weg Rechtens, vor dem competenten Richter, indem ſie die natürlichen und und Lehenerben, bis zur Entſcheidung, in dem ruhigen Beſitz laſſen, oder durch einen freywilligen Vergleich mit allen dieſen Erben, welche an dieſer Fideicommiß Erbſchaft gleichen Antheil haben, geltend machen.

4. Der alte Anſpruch, der im Namen Seiner Majeſtät der Kaiſerin Königin auf Niederbaiern gemacht wird, den man aber bisher noch auf keine rechtsbeſtändige Weiſe öffentlich dargethan hat, ſoll ſich vorgeblich darauf gründen, daß der Kaiſer Sigismund, nach der, im Jahre 1425, durch den Tod des letzten Herzogs Johannes, erloſchenen Linie der Herzoge von Baiern zu Straubingen, Niederbaiern für ein eröfnetes Reichslehen erkläret haben ſoll, weil die Herzoge von Baiern eine Felonie zu Schulden kommen laſſen, indem ſie verſchiedene Theilungen, ohne Bewilligung des Kaiſers, als des Oberlehenherrns vorgenommen hätten, und daß derſelbe, dem zu Folge, ſeinen Eidam Albrecht V. Herzogen von Oeſterreich, deſſen Mutter auch eine Schweſter des letztern Herzogs von Baiern war, den 10ten Merz 1426 damit belehnet, und hierauf den 21ſten Merz 1426 mit demſelben eine Convention getroffen haben ſoll, worinnen er erkläret, daß er Baiern lebenslang für ſich behalten wolle, in Ermangelung natürlicher Erben aber, die Succeßion davon ſeiner Tochter Eliſabeth, der Gemahlin gedachten Albrechts für ſie und für ihre Erben, und in Ermanglung derſelben, dem Herzoge Albrecht und ſeinen Erben verſichert.

Von dieſen beyden Urkunden ſtößet eine die andere über den Haufen, indem ſich die erſte auf das eigene oder mütterliche Recht des Herzogs Albrechts, welcher aber keines auf ein Mannslehen haben konnte, und die andere auf die falſche Vorausſetzung eröfneter Reichslehen, aus einem eben ſo falſchen Grund einer durch gemachte Theilungen, ohne Bewilligung des Oberherrn, begangene Felonie gründet. Der Kaiſer Sigismund hat dieſes auch ſelbſt eingeſehen, indem er im Monat Julius 1426 den Erzbiſchof zu Mayntz erſuchte, die Churfürſten zuſammen zu berufen, um über die Rechte, die er, der Kaiſer, und die Herzoge von Bayern an Niederbaiern zu haben glaubten, zu erkennen, und indem er, da dieſer Churfürſtentag und Ausſpruch nicht vor ſich gieng, in einer Verſammlung einiger Fürſten und Edlen, welche 1529 zu Presburg gehalten wurde, ſelbſt ein Urtheil geſprochen hat, in welchem er den Herzogen von Baiern, die vorgebliche Felonie vergeben, und ihnen Niederbaiern zuerkannt hat. Indem er dabey, nach der gewöhnlichen Reichsformul, einem jeden ſein Recht vorbehielte, ſo konnte er dabey keineswegs die Abſicht haben, dem Hauſe Oeſterreich eine fortdauernde Anwartſchaft zu verſichern, welches Haus es bey dieſem Ausſpruch damals, und nachher 350 Jahre lang bewenden laſſen, und ſich niemals ein Recht auf Niederbaiern angemaſſet hat. Daſſelbe hätte ſolches auch, weil Baiern ein Mannlehen iſt, um ſo weniger thun können, da ſeit der Zeit der männliche Stamm deſſelben, in den Perſonen Ladislaus, des Sohnes Albrecht V. und Kaiſer Carls VI., zweymal erloſchen iſt.

Sollte der Wiener Hof fortfahren, den Grundſatz öffentlich zu unterſtützen, daß ſeine Privilegia, das weibliche Geſchlecht des öſterreichiſchen Hauſes der Succeſſion in alle Reichs Mannlehen fähig, und dieſelben folglich zu Weiberlehen machten - - ein Grundſatz der eben ſo gefährlich, als willkührlich iſt, indem ſich derſelbe bloß auf die falſche Auslegung des noch ſehr ſtreitigen Privilegii Kaiſers Friedrich I. gründet, welches blos allein von dem Herzogthum Oeſterreich redet: ſo würde ſolches die Aufmerkſamkeit und den Widerſpruch des geſammten Reiches verdienen. Der von der obgedachten Belehnung Kaiſer Sigmunds hergeleitete Anſpruch ſcheint demnach ohne allen Grund zu ſeyn.

5. Wollte man Niederbaiern durchaus zu einem Weiberlehen machen, und das öſterreichiſche Recht an dieſer Provinz entweder darauf, daß die Mutter Albrechts V. eine baieriſche Prinzeßin geweſen iſt, oder darauf gründen, daß der Kaiſer Sigismund in dem Vergleich vom 21ſten Merz 1426. ſolche ſeiner Tochter Eliſabeth, dem Herzog Albrecht

und ſeiner Nachkommenſchaft verſichert hat, ſo würde unſtreitig daraus folgen, daß das Haus Brandenburg ein viel näheres Recht daran habe, maſſen die männliche Linie Albrechts mit ſeinem Sohne Ladislaus ausgegangen iſt, das Haus Brandenburg aber in gerader Linie von der Anna, der älteſten Tochter Albrechts von Oeſterreich abſtammt, die einen Marggrafen von Meiſſen zum Gemahl hatte, deſſen älteſte Tochter mit dem Churfürſten Johann von Brandenburg, mit dem Zunamen Cicero, vermählet war, da im Gegentheil das gegenwärtige Haus Oeſterreich in ſeiner weiblichen Linie, nur von der zweyten Tochter Albrechts, Namens Eliſabeth, und in ſeiner männlichen Linie, blos von einem Nebenzweig abſtammt. Das würde wohl eine höchſt gezwungene und unſtatthafte Behauptung ſeyn, wenn man ſagen wollte, der Kaiſer Sigismund habe unter den Erben Albrechts, die männlichen Seitenerben des Hauſes Oeſterreich, mit Ausſchlieſſung der eigenen Töchter Albrechts und ihrer männlichen Nachkommenſchaft verſtanden. Wäre dieſes ſeine Abſicht geweſen, ſo würde er ſich darüber deutlicher erkläret haben. Ueberdies verſichert er die Erbfolge ausdrücklich ſeiner Tochter und ihren Erben ohne Unterſchied des Geſchlechtes. Er wollte daher ein Weiberlehen daraus machen. Man führet dieſes Argument bloß deswegen an, um das ungereimte und widerſprechende, und die unerwarteten Folgen dieſer öſterreichiſchen Prätenſion recht ſichtbar zu machen. Auſſerdem verlangen Seine Majeſtät nicht, ſich des Rechtes des Vorzuges anzumaſſen, das ſolchergeſtalt Deroſelben Haus vor dem öſterreichiſchen in Anſehnug dieſer Erbfolge hätte. Sie machen dieſelbe dem Hauſe Pfalz nicht ſtreitig, ſondern glauben vielmehr, daß Seine Majeſtät, die Kaiſerin Königin, wenn Dieſelben von den wahren Umſtänden unterrichtet ſeyn, und wenn Dieſelben Gelegenheit haben werden, einzuſehen, daß die Prätenſion, die man Denenſelben aus einem falſchen Geſichtspunkt vorgeſtellt hat, nicht den geringſten Grund, weder was den Fall der Verlöſchung der Straubingiſchen Linie, noch was den gegenwärtigen Fall betrift, vor ſich habe, daß dieſe Souveraine blos Dero angeſtammten Billigkeit, und Dero Gerechtigkeits Liebe Gehör geben, dem Beyſpiel Seiner Majeſtät nachfolgen, und dem Hauſe Pfalz das unwiderſprechliche Recht, welches daſſelbe auf die ganze Erbfolge in Baiern hat, nicht länger ſtreitig machen werden.

6. Der zweyte Anſpruch, welchen der Wiener Hof auf die, der Krone Böhmen zu Lehen gehende Bezirke der Oberpfalz macht, die nach

Abgang des baieriſchen Mannsſtammes eröfnet, und derſelben heimgefallen ſeyn ſollen, verliehret ebenfalls ſeine Kraft, wenn man in Erwägung ziehet, daß dieſe Bezirke alte Erbgüter des Hauſes Wittesbach, daß dieſelben dem Paviſchen Vertrage namentlich einverleibt, und dadurch mit dem beſtändigen Fideicommiß des pfälziſchen Hauſes, noch vor dem Kauf Kaiſer Karls IV. von 1353, beleget worden ſind; daß dieſelben, da ſie durch den Paviſchen Vertrag dem Churfürſtenthum Pfalz mit der Oberpfalz einverleibet worden ſind, die Unzertrennlichkeit mit erhalten haben, welche dieſem Churfürſtenthum in dem 25ſten Capitel der güldenen Bulle verſichert worden iſt; daß, wenn die Krone Böhmen ſeit dieſer Zeit einige Rechte über dieſe Bezirke erhalten hat, ſolche doch durch die Convention, welche Georg Podiebrad, der König von Böhmen, im Jahre 1465 mit dem pfälziſchen Hauſe errichtet, bloß zur Lehenherrſchaft und zum Obereigenthum (domaine direct) herabgeſetzet worden ſind; daß die Subſtanz davon bey gedachtem Hauſe Pfalz bis zum weſtphäliſchen Frieden geblieben iſt, in welchem daſſelbe genöthiget wurde, ſolche der baieriſchen Linie nebſt der Oberpfalz abzutreten; daß, da dieſes Land, nach dem 4ten Artikel des weſtphäliſchen Friedens, an das Haus Pfalz zurückfallen ſollte, ſolches natürlicher Weiſe demſelben in ſolcher Beſchaffenheit und mit den nemlichen Zugehörungen heimfallen müſſe, wie es die baieriſche Linie ſeit der Zeit, und die pfälziſche Linie, vor der, durch den weſtphäliſchen Frieden gemachten Veränderung, beſeſſen hat.

7. Der dritte Anſpruch Seiner Majeſtät der Kaiſerin Königin auf die Herſchaft Mindelheim in Schwaben, wird von einem Anwartsbrief, welchen der Kaiſer Matthias im Jahre 1614 dem Hauſe Oeſterreich gegeben hat, hergeleitet. Da man verſichert, daß eben dieſer Kaiſer dieſe Herrſchaft, im Jahre 1618, dem Herzog Maximilian von Baiern, als ein Allodium und erbliches Lehen, ſo derſelbe durch einen Kauf an ſich gebracht, verliehen habe, ſo ſcheinet es, daß der Wiener Hof den Beſitz von Mindelheim, den Lehen- oder Allodialerben, wenigſtens ſo lange, bis derſelbe ſein Vorzugsrecht, durch den Weg Rechtens, oder durch einen Vergleich mit allen mitintereßirten Theilen geltend gemacht, hätte geſtatten, keineswegs aber dieſe Herrſchaft via facti ſich zueignen ſollen.

8.) Sobald erwieſen iſt, daß Seine Majeſtät die Kaiſerin Königin, kein altes und urſprüngliches Recht auf die baieriſche Succeſion haben: ſobald kann man mit Grund behaupten, daß dieſelben kein neues

neues, durch die, den 3ten Jenner, mit dem Churfürſten von der Pfalz getroffene Convention, erhalten haben. Allem Anſehen nach, hat dieſer Fürſt in dieſem Vergleich die Anſprüche der Kaiſerin Königin Majeſtät auf Niederbaiern und auf die böhmiſchen Lehen nur darum gelten laſſen, weil er ſie für richtig gehalten hat. Wenn ſich aber dieſes nicht ſo verhält, ſo kann man mit Recht nicht vermuthen, daß die Abſicht der beyden contrahirenden Theile ſeyn könne, eine willkührliche und auf einen Irrthum ſich gründende Anerkennung, durchaus, und zum unerſetzlichen Schaden ſo vieler daran theilnehmenden Partheyen durchzuſetzen. Vielmehr darf man hofen, und fordern, daß ſie dieſen Irrthum einſehen werden, der blos denen zur Laſt geleget werden muß, die ſo irrige Anſprüche erſonnen haben.

9.) Es ſcheinet ſogar, daß die Convention vom 3ten Jenner, auf eine unſtatthafte Art, durch Ueberraſchung und durch Drohung bewirket worden ſey, wie ſolches durch verſchiedene Inductionen, dem einzigen möglichen Beweiß, in einem ähnlichen Fall, dargethan werden könnte. Man kann mit gutem Grunde zweifeln, ob der Herr Churfürſt von der Pfalz, durch dero baieriſches Miniſterium die Originale der Lehenbriefe des Kaiſers Sigismund, deren Anerkennung die Ceſſion der Hälfte von Baiern nach ſich gezogen hat, in Augenſchein nehmen, und unterſuchen laſſen; wenigſtens hat gedachtes Miniſterium, vermöge einer, in öfentlichen Schriften befindlichen Note*), die Darlegung derſelben bis zum 22ſten Merz vergebens verlanget. Will man ſich überzeugen, daß die Furcht, die Haupturſache dieſer Anerkennung geweſen ſey, ſo darf man nur erwägen, daß der Churfürſt von der Pfalz anfangs von ganz Baiern Beſitz genommen, daß aber, die ſich ſeinem Herzogthum nähernden öſterreichiſchen Truppen in ſeinen Patenten eine Aenderung zuwege gebracht; daß der Hof zu Wien ſelbſt in ſeinem Circularſchreiben vom 20ſten Jenner declariret, daß derſelbe, nach dieſer Beſitznehmung, Truppen in Baiern habe einrücken laſſen, und daß bald darauf ein freundſchaftliches Arrangement mit Seiner churfürſtlichen Durchl. zu Pfalz erfolget ſey. Nach einem ſolchen Geſtändniß darf man wohl der allgemeinen Sage Glauben beymeſſen, daß der Herr Churfürſt von der Pfalz durch Androhung mit dem Verluſt von ganz Baiern, zur Unterzeichnung der Convention gezwungen worden ſey. Es würde eben ſo gar ſchwer nicht fallen, Geſtändniſſe und andere dergleichen Beweiſe davon

 aufzu-

*) Siehe die Beylagen Num. 20.

aufzubringen. Dieſer Fürſt ſcheint dieſes ſelbſt zu erkennen zu geben, indem er überall erklären läſſet, daß er aus Liebe zum Frieden zu dieſem Opfer genöthiget worden ſey. Setzet man dieſes nicht voraus, ſo iſt es wohl nicht zu begreifen, wie er ſich habe können bewegen laſſen, die Hälfte ſeines, ihm unwiderſprechlich zugehörigen alten väterlichen Erbes, blos auf die Berufung auf eine alte 350 jährige Urkunde, die er nicht einmal zu ſehen bekommen, abzutreten, das er ſich ſollte ſo gar anheiſchig gemacht haben, die Beweiſe der Rechte und der Grenzen der Bezirke beyzubringen, die ihm verbleiben ſollten, und daß er, aus Gnade die Anerkennung ſeiner väterlichen Rechte auf die Erbſchaft von Baiern, und die Hofnung, daß man ihm vielleicht auch die böhmiſchen Lehen wieder verleihen würde, erhalten ſollte. Man darf dieſe Convention*) nur durchleſen, um ſich zu überzeugen, daß ſolche eine Wirkung der Furcht, der Ueberraſchung und der ungleichen Theilung ſey.

10.) Wenn man aber auch annehmen wollte, daß dabey alles förmlich und regelmäßig zugegangen ſey: ſo würde die Convention nichts deſto weniger an und für ſich null und nichtig ſeyn. Es iſt bereits erwieſen, daß die ſämmtlichen baieriſchen und pfälziſchen Lande, durch das Recht der Blutverwandſchaft, durch die gemeinſchaftliche Abſtammung von den Erwerbern, durch den Tractat von Pavia, durch die ſo oft erneuerten Hausverträge, mit einem beſtändigen und unveräuſſerlichen Familienfideicommiß beleget ſind, dergeſtalt, daß dieſes Ganze, allen pfälziſchen Linien, als ein Erbe zugehöret, das einſt, ohne die geringſte Zerſtückung, ihr Eigenthum werden muß. Man hat inſonderheit bewieſen, daß die Oberpfalz, vermöge des Paviſchen Vertrages zu dem Churfürſtenthum Pfalz gehöre, und davon nach der güldenen Bulle, nicht getrennet werden könne, und daß dieſelbe, zu Folge des 4ten Artickels des weſtphäliſchen Friedens, ohne einige Ausnahme, nach Abgang der Wilhelminiſchen Linie an die Rudolphiſche zurückfallen ſolle Es iſt über dieſes bekannt, daß der jetzige Churfürſt von der Pfalz, den Tractat von Pavia und die andern Verträge ſeines Hauſes in den Jahren 1746, 1766 und 1771. auf das feyerlichſte erneuert, und auf alle nachher erworbene Länder erſtrecket, auch durch einen beſondern, mit dem verſtorbenen Churfürſten von Baiern 1774. geſchloßenen Vertrag**), nicht allein ſich ſelbſt, ſondern auch ſeinen Agnaten die civil Compoſſeſſion und das Conſtitutum poſſeſ-

ſorium

*) Siehe die Beylagen No. 18. **) Siehe die Beylagen No. 19.

ſorum ausbedungen, und mithin letztern dadurch ein Recht erworben habe, das ihnen niemand nehmen kann. Es iſt daher zuverläßig richtig, daß der Churfürſt, dieſen Verträgen und dieſen Grundgeſetzen ſeines Hauſes nichts habe vergeben, noch weniger aber für ſich alleine, ohne Beywirkung des Reichs, und ohne Einwilligung der Lehen und Allodialerben, bey dem vielmehr erfolgten Widerſpruche des Herzogs von Zweybrücken, und des Churfürſten von Sachſen, etwas habe abſchlieſſen, noch daß er zu derſelben allergrößten Nachtheil, über die geſammte fideicommißoriſche Erbſchaft des ausgeſtorbenen Hauſes Baiern einen Vergleich habe eingehen und den größten Theil davon einem fremden Hauſe, das nicht das mindeſte Recht daran hat, abtreten können. Demnach iſt die Convention vom 3ten Jenner, die ſich auf die willkührliche Anerkennung einer alten irrigen Prätenſion, die nicht das geringſte Recht für ſich hat, gründet, und die durch ſchwer zu rechtfertigende Mittel zu wege gebracht worden iſt, eine ungültige Handlung, die Seiner Majeſtät der Kayſerin Königin, nicht mehr Recht giebt, als dieſelben vorher daran gehabt haben. Dieſes Arrangement könnte nicht einmal beſtehen, wenn man die Dauer deſſelben blos auf die Lebenszeit des Churfürſten von der Pfalz einſchränken wollte; daſſelbe würde die wirklichen Rechte der Allodial Erben und ſelbſt der Agnaten ihre, zu ſehr verletzen, die zwar allerdings vor dem Tode des Churfürſten kein Recht zur Succeßion, aber doch die Mitherrſchaft haben, denen die Erbfolge ſehr erſchweret, ja denen es wohl gar unmöglich gemacht werden würde, ſie alsdann geltend zu machen, indem die Abſicht Seiner Majeſtät der Kaiſerin Königin ohne Zweifel nicht dahin gehet, Baiern, nach dem Tode dieſes Fürſten, wieder an das Haus Pfalz abzutreten.

11.) So vortheilhaft indeſſen dieſe Convention für den Wiener Hof iſt, ſo iſt ſolcher doch von Seiten deſſelben nicht nachgelebet worden; man dehnet ſolche vielmehr täglich weiter aus, maſſen man vermöge der beygefügten Note des baieriſchen Miniſterii*) bereits 21. Landgerichte, die nicht zu dem alten Straubingiſchen Antheil gehörten, occupiret hat, und ſolche, der von dem gedachten Miniſterio angeführten guten Gründe ungeachtet, nicht zuruck geben will.

12. Es erhellet demnach aus dem, was bisher erwieſen worden iſt, ganz deutlich, daß ſich der Wiener Hof der Hälfte des Herzogthums Bayern, unter dem Vorwand einer alten, aber ganz unſtatt-

haften

*) Siehe die Beylagen No. 20.

haften Prätenſion bemächtiget; daß derſelbe ſeine Anſprüche nicht durch die beyden einzigen rechtmäßigen und erlaubten Wege, nemlich der legalen Entſcheidung und der Convention mit allen intereſſirten Theilen geltend gemacht; daß ſich derſelbe allein mit dem Churfürſten von der Pfalz, und zwar auf eine ſchwer zu rechtfertigende Weiſe, nicht aber mit den übrigen Hauptintereßenten, den Fürſten von Pfalz Zweybrücken, Birkenfeld und Gelnhauſen, noch mit den Allodialerben, noch mit dem Reiche verglichen; daß derſelbe durch den Marſch ſeiner Truppen nach Baiern, der nach dem eigenen Geſtändniß der Circular-Note vom 20ſten Jenner, noch vor dem völligen Arrangement mit dem Churfürſten von der Pfalz, ja, wie man gewiß weiß, vor der Ratification des Vergleiches vom 3ten Jenner, erfolget iſt, den Herrn Churfürſten von der Pfalz, aus dem rechtmäßigen Beſitz, den derſelbe von ganz Baiern genommen, geſetzet, und daß gedachter Hof dadurch wider den 21ſten Artickel §. 6. der Capitulation gehandelt habe. Es iſt dieſes demnach ein unläugbar geſetzwidriges Verfahren, ein augenſcheinlicher Friedensbruch, und eine offenbare Gewaltthätigkeit, wo nicht gegen den Churfürſten von der Pfalz, doch wenigſtens gegen die übrigen pfälziſchen Fürſten, die Allodialerben und das Reich.

13.) Man gibt zwar, um dieſem auſſerordentlichen Verfahren eine Farbe anzuſtreichen, in dem Memoire vom 7ten May vor, daß Seine Majeſtät, die Kaiſerin Königin einer Befriedigung und billigen Abfindung der Prätenſionen des Churfürſten von Sachſen und der Herzoge von Mecklenburg nicht entgegen ſeyn wollen. Allein, wie kann dieſe Zufriedenſtellung bewirket werden, nachdem Seine Kaiſerliche Königliche Majeſtäten bereits die beſte Hälfte von Niederbaieren weggenommen, den ſchlechtern aber und mit zwanzig Millionen Schulden belaſteten Theil aber, dem Churfürſten von der Pfalz gelaſſen haben?

Man ſagt, daß der Churfürſt von der Pfalz nichts gegen den Vergleich einwende. Man würde aber wohl ſehen, was er thäte, wenn er frey und ohne Furcht wäre. Wenigſtens fordert er gegenwärtig die weggenommenen 21. Landgerichte, die nicht zum Straubingiſchen Antheil gehören, wirklich zurück.

Man behauptet endlich, daß der Herzog von Zweybrücken vor jetzo noch kein Recht habe, zu agiren, noch ſich den Vergleichen der Sulzbachiſchen Linie, ſo lange dieſelbe exiſtiret, zu widerſetzen, und daß dieſer Prinz auf alle Fälle weiter nichts zu thun habe, als ſeine Klagen und Gerechtſame vorzubringen; daß Seine Majeſtät die Kaiſerin Königin bereit wären, die

Hände

Hände zu bieten, und daß dieſer Zwiſt unterſuchet und auf eine rechtsbeſtändige Weiſe ohne Anſtand entſchieden werden ſollte. Dieſe Einwendungen würden einen Schein des Rechts haben, wenn es Seiner Majeſtät der Kaiſerin Königin gefällig wäre, zuvörderſt das Haus Pfalz in den Beſitz des, demſelben abgenommenen Baierns zu ſetzen, und wenn dieſelben verſichern wollten, daß ſie den, von dem Churfürſten von der Pfalz abgetretenen Theil von Baiern, nicht länger, als dieſe Linie vorhanden wäre, zu beſitzen verlangten, welches indeſſen doch für die übrigen Intereſſenten nicht zulänglich wäre, und wenn dieſelben endlich erklären wollten, vor welchem unpartheyiſchen Richterſtuhl, eine ſo wichtige Streitſache ſollte verhandelt werden, maſſen Seine Majeſtät der Kaiſer, in Deroſelben eigenen Sache, Richter, werden weder ſeyn wollen, noch können.

14.) Was man deswegen ferner in dem Memoire vom 7ten May zur Rechtfertigung des Verfahrens Seiner Majeſtät des römiſchen Kaiſers in der bayeriſchen Angelegenheit, anführet, wird von denen, denen die Grundverfaſſung des deutſchen Rechtes bekannt iſt, niemals für zureichend angeſehen werden können.

Seine Majeſtät ſind es demnach, die als Mitregent die Zerſtückung von Bayern unternommen haben, die alles dirigiren und unterſtützen; allein Dieſelben haben als Kaiſer noch nichts gethan, dieſe wichtige Angelegenheit, wieder in die geſetzmäßigen Wege einzuleiten. In dem 3ten Artickel §. 3. und in dem 2ten Artickel §. 21. der Wahlcapitulation hat der Kaiſer verſprochen, daß er ſich bey allen wichtigen, das Reich angehenden Angelegenheiten, die von großen Nachtheil, oder von wichtigen Folgen ſeyn könnten, des Raths der Churfürſten, und nach Gelegenheit auch des Raths der Fürſten und Stände des Reichs bedienen und nichts ohne dieſelben vornehmen wolle. Iſt aber jemals in dem Reiche eine wichtige Angelegenheit vorgefallen, und die von ſo weit ausgebreiteten Folgen iſt, ſo iſt es gewiß die baieriſche Erbfolge. Bey derſelben kommt es auf nichts geringers, als auf die Erhaltung oder Zertrümmerung eines Churfürſtenthums, und zweyer beträchtlicher Herzogthümer des Reiches, und durch eine nothwendige Folge, ſelbſt auf die Aufrechthaltung oder Zernichtung der ganzen Reichsverfaſſung an. Man hätte alſo erwarten dörfen, daß Seine kaiſerliche Majeſtät in dieſer wichtigen Angelegenheit ohne Mitwirkung des Reiches nichts vornehmen, ſondern ſolche im Gegentheil auf den Reichstag bringen würden. Indeſſen iſt ſeit dem Tode des Churfürſten von Baiern und in den ſeit der Zeit verfloſſenen fünf Monaten, nichts dergleichen geſchehen.

Da durch den weſtphäliſchen Frieden dem pfälziſchen Hauſe die Erbfolge in Baiern, und der Rückfall der Oberpfalz, ausdrücklich zugeſichert worden iſt; ſo iſt die Zertrümmerung dieſer beyden Länder eine offenbare Uebertrettung dieſes Friedenſchluſſes und des 4ten Artikels §. 13. der Wahlcapitulation, in welcher Seine kaiſerliche Majeſtät verſprochen haben, den weſtphäliſchen Frieden aufrecht zu erhalten, und demſelben nicht ſelbſt zuwider zu handeln.

Auch läuft die Art, wie dieſe Zerreißung bewerkſtelliget wurde, ebenfalls wider den 21ſten Artikel §. 6. 7. 8. der Wahlcapitulation, in welcher ſich Seine kaiſerliche Majeſtät anheiſchig gemacht haben, ihre Anſprüche nie anders, als durch den ordentlichen Weg Rechtens geltend zu machen, ohne jemals zur Gewalt auf irgend eine Art zu ſchreiten.

Eben ſo wenig läßt es ſich mit der Reichsconſtitution und mit der kaiſerlichen Wahlcapitulation, beſonders mit dem 11 Artikel §. 10. 11, zuſammen reimen, daß Seine kaiſerliche Majeſtät, in Deroſelben Patenten vom 16ten Jenner, die Landgrafſchaft Leuchtenberg, die Grafſchaften Wolfſtein, Haag, Schwabeck, Hals, und andere zu der baieriſchen Verlaſſenſchaft gehörige Bezirke, aus eigner Macht für dem Reiche heimgefallene Mannlehen erkläret, und daß dieſer Prinz, nachdem er dieſelben durch ſeine Haustruppen occupiren laſſen, von denſelben bereits die Huldigung eingenommen hat. Da es durchaus noch unentſchieden iſt, ob dieſe Bezirke wirkliche, dem Reiche eröffnete Mannlehen ſind, und da es vielmehr ſehr wahrſcheinlich iſt, daß dieſelben entweder zu dem Ganzen des baieriſchen Mannlehen, oder zu der Allodialverlaſſenſchaft gehören: ſo hätte man erwarten dörfen, daß Seine Majeſtät der Kaiſer den Churfürſten von der Pfalz, als Univerſalerben, in dem Beſitz dieſer Länder laſſen, und daß dieſelben nach der Hand auf eine Reichsconſtitutionsmäßige Art würden haben unterſuchen und entſcheiden laſſen, ob die gedachten Bezirke entweder zu dem baieriſchen Mannlehen, oder zu den Allodialgütern gehörten, oder ob ſie als eröfnete Lehen dem Reiche wirklich heimgefallen wären. Wäre das letztere gründlich erwieſen worden, ſo würde blos die Frage geweſen ſeyn, ob aus dieſen Lehen eine Domaine des Reichs gemacht, oder ob dieſelben andern verliehen werden ſollten; dieſes letztere Arrangement aber könnte, vermöge des 4ten Artikels §. 21. der kaiſerlichen Wahlcapitulation, nicht anders, als mit Bewilligung der Churfürſten und der Stände des Reiches ſtatt finden.

Es iſt demnach durch alles, was man bisher vor Augen geleget und dargethan hat, hinlänglich bewieſen worden, daß der Wiener Hof, Baiern, auf eine willkührliche und in der Geſchichte Deutſchlands unerhörte Art, zerſtücke; daß derſelbe ſolches blos unter dem Vorwand eines ungültigen Anſpruchs vornehme; daß derſelbe dieſen Anſpruch auf eine illegale und der deutſchen Reichsverfaſſung ganz zuwider laufende Weiſe, geltend mache; daß derſelbe das Haus Pfalz durch Drohungen und durch den Einfall in Baiern aus dem rechtmäßigen Beſitz ſeines alten väterlichen Erbes vertrieben habe, und daß derſelbe dadurch den Häuſern Pfalz und Sachſen eine unſtreitige Succeßion nehme, und daß Seine Majeſtät der Kaiſer alle dieſe Uſurpationen authoriſiren und unterſtützen.

Sollte dem Hofe zu Wien dieſe Acquiſition glücken, ſo würde der übrige Theil von Baiern bald nachfolgen, wie ſich denn derſelbe dazu bereits den Weg gebahnt hat, indem er ſich die Austauſchung des geſammten Baierlandes, in der am 3ten Jenner mit dem Churfürſten von der Pfalz geſchloßenen Convention, und in dem, dem Könige vorgelegten Project des Vergleiches, vorbehalten hat. Welch einen unermeßlichen Zuwachs der Macht würde nicht die geſetzwidrige Acquiſition des allerwichtigſten Herzogthums in Deutſchland, oder nur der Hälfte deſſelben, mit dem Beſitz der drey großen

Flüße

Flüße, der Donau, der Iſer und der Inn, ſeyn müſſen? Welche Ausſicht hätte man für die Erhaltung des Gleichgewichtes, für die Sicherheit und Freyheit des Reiches, nach dem glücklichen Ausſchlag einer ſolchen Acquiſition, und nach der dem Brandenburgiſchen Hauſe geſchehenen feyerlichen Ankündigung, daß man ſich der künftigen Vereinigung ſeiner Erbländer in Franken widerſetzen würde?

Wollte man dem König entgegen ſetzen, daß er bey der baieriſchen Angelegenheit nur ein Dritter und bey derſelben gar nicht intereßiret ſey, ſo wäre dieſes wohl eine ſehr nichtige Einwendung. Seine Majeſtät wären wohl mehr, als der Hof zu Wien, aus dem nemlichen Rechte, das derſelbe für ſich anführet, wenn ſolches ſo gegründet wäre, als es doch nicht iſt, dabey intereßiret. Allein Seine Majeſtät glauben, ohne ſich auf ein dergleichen Intereſſe zu beruffen, daß Ihroſelben, als Churfürſten und Fürſten des Reichs, und in dieſer Qualität, als Contrahenten und Garant des weſtphäliſchen Friedens, der Wahlcapitulation und aller Verfaſſungen des deutſchen Reiches, an der rechtmäßigen Austheilung der baieriſchen Verlaſſenſchaft ſehr viel gelegen ſeyn müſſe, ja daß Ihroſelben auch noch als Freund und Alliirten der Herzoge von Zweybrücken, des Churfürſten von Sachſen, und der Herzoge von Meklenburg, die alle an der baieriſchen Verlaſſenſchaft zu fordern, und Dieſelben um Hülfe gebeten haben, darum zu thun ſey. Seine Majeſtät ſind endlich auch in Anſehung der deutſchen Staatsverfaſſung dabey intereßirt, welche gänzlich über den Haufen fallen würde, wenn die entworfene Theilung von Baiern Beſtand haben ſollte. Die ganze vernünftige und unpartheyiſche Welt wird demnach erkennen, daß dieſe Gründe zuſammen genommen, mehr als hinlänglich ſind, Seine Majeſtät zu berechtigen, ſich in die Angelegenheit der baieriſchen Erbfolge zu mengen, und auf ein gerechtes und den Rechten der dabey intereßirten Partheyen angemeſſenes Arrangement derſelben zu dringen.

Seine Majeſtät haben alle nur mögliche Wege zu einem gütlichen Vergleich eingeſchlagen, und die Mäßigung auf das höchſte getrieben, den Hof zu Wien dazu zu vermögen. Dieſelben haben demſelben ohne Unterlaß, die Monate Hornung, Merz und April über, die überzeugendeſten und zu gleicher freundſchäftlichſten Vorſtellungen gemacht; Dieſelben haben ſich zu den vorgeſchlagenen Unterhandlungen in den Monaten April, May und Junius, bereit finden, und ſich durch die oft ſtarken, nicht allezeit ſchicklichen, und zur Hauptſache gar nicht gehörigen Aeußerungen des Wiener Hofes, nicht ermüden laſſen. Sie haben demſelben nach und nach die vortheilhafteſten Vorſchläge thun laſſen. Allein da der Wiener Hof keine andere, als unbeſtimmte, dunkle und keineswegs befriedigende Vorſchläge that, den König von dem Arragement der baieriſchen Angelegenheiten ſchlechterdings ausſchließen wollte, um vermuthlich mit dem Churfürſten von der Pfalz allein zu tractiren, und da derſelbe endlich der erſte war, der die Unterhandlung abgebrochen, indem er ſich dahin erklärte, daß wenn ſich Seine Majeſtät ſeine Vorſchläge nicht wollten gefallen laſſen, alle gütliche Beylegung unmöglich, und alle fernerweite Erläuterung überflüßig ſeyn würde: ſo blieb dem König nichts anders übrig, als ſeines Ortes eine Unterhandlung ebenfalls abzubrechen,

 die

die ohne Frucht, fünf Monate lang gedauert, und endlich ohne ſeine Schuld aufgehöret hat. Was iſt nun gegenwärtig für ein anders Mittel übrig, um wo möglich eine ſo offenbare Ungerechtigkeit zu redreßiren, als die Ergreifung der Waffen? Dieſes iſt zwar bey einem Staatskörper, der, wie das deutſche Reich, durch ſo viele Tractaten und Geſetze gebunden iſt, gar nicht der legale Weg. Allein ſobald das Haupt des Reiches, und das erſte Glied eben dieſer Geſellſchaft, alles, was die deutſche Reichsverfaſſung heiliges hat, auf die Seite ſetzen, ſo bald ſie zu Gewaltthätigkeiten greifen und ſich ihrer Uebermacht bedienen, um ſich ein ungerechtes Agrandiſſement zu verſchaffen, ſo muß es allen Reichsſtänden und allen ſouverainen Häuptern erlaubt ſeyn, ſich ihnen durch die nemlichen Wege der Macht zu widerſetzen.

Es würde wider alle Billigkeit ſeyn, wenn man in dem gegenwärtigen Fall, dem König die Aggreßion beymeſſen wollte. Der Hof zu Wien hat die Aggreßion angefangen, indem derſelbe in Baiern ohne Recht und Grund eingefallen, und dem Hauſe Pfalz den rechtmäßigen Beſitz ſeines Erbes genommen hat. Da derſelbe nun in dem Beſitz desjenigen iſt, was er ſich auf eine unrechtmäßige Art zugeeignet hat, ſo kann derſelbe wohl freylich den Angriff ruhig abwarten. Allein die ganze vernünftige und unpartheyiſche Welt wird erkennen, daß derſelbe in dem Fall der Aggreßion iſt, und daß der König, wenn er denſelben auch angreiffet, blos die verletzte Freyheit und deutſche Reichsverfaſſung ſowohl, als ſeine Freunde, die unterdruckten Reichsfürſten, vertheidiget. Seine Majeſtät ſehen dabey auf kein anderes perſönliches Intereſſe, als auf ihre eigene Sicherheit und auf die Erhaltung des Syſtems des deutſchen Reiches, indem ſie auſſerdem bey dem ganzen Verlauf dieſer Sache überzeugende Beweiſe von Ihrer Uneigennützigkeit und von den reineſten Abſichten gegeben haben. Sie ſchmeicheln ſich daher, daß nicht nur ihre Mitſtände, ſondern auch die europäiſchen Mächte, inſonderheit aber diejenigen, welche den weſtphäliſchen Frieden garantiret haben, oder die ſonſt an der Erhaltung dieſes großen und reſpectablen Staatskörpers des deutſchen Reichs Theil nehmen, womit das Wohl von ganz Europa ſo genau verbunden iſt, daß dieſe Stände und Mächte, die Gerechtigkeit des Krieges, den Seine Majeſtät zu unternehmen ſich vermüßiget geſehen haben, erkennen, und daß eben dieſe Stände und Mächte, weit entfernet, ſich ihnen zu widerſetzen, ſich vielmehr auf eine Art, die ihnen ihre Klugheit an die Hand geben wird, mit ihnen vereinigen werden, um den Wiener Hof zu zwingen, der Zertrümmerung von Baiern zu entſagen, damit der weſtphäliſche Friede gehandhabet, und das deutſche Reich in ſein Syſtem und in ſeine Verfaſſung wieder hergeſtellet und erhalten werde.

Rechtfertigende Beylagen

I.

Note, welche von dem Fürſten von Kaunitz dem Baron von Riedeſel zugefertigt wurde den 20 Januar 1778.

Sr. Churfürſtl. Durchlaucht von der Pfalz hatten für gut befnuden, nach dem, gegen dem Ende des vorigen Jahres ohne Zurücklaſſung männlicher Erben erfolgten Ableben des letzten Churfürſtens in Baiern von der Wilhelminiſchen Linie, als Abkömmling von dem erſten Erwerber dieſer Länder, ohne Verzug, die Ihren Anſprüchen auf die baieriſche Erbfolge gemäß ſcheinenden Anſtalten zu treffen.

Der Wiener Hof nahm ſeines Orts keinen Anſtand, Ihnen die ungezweifelten Rechte, die ihm auf einen Theil dieſer Erbſchaft zu kommen, ohnverholen mitzutheilen. Sie gründen ſich

1) Auf das Rückfallsrecht der Böhmiſchen Lehen, mit denen die männlichen Abkömmlinge der Wilhelminiſchen Baieriſchen Linie belehnt waren.

2) Auf die Anwartſchaft auf die Grafſchaft Mindelheim in Schwaben, die dem Hauſe Oeſterreich vom Kaiſer Matthias im Jahr 1614 war verliehen, und von ſeinen Nachfolgern beſtättigt worden.

3) Auf die würklich von dem Kaiſer Sigismund, dem Hauſe Oeſterreich ertheilte Belehnung mit einigen Diſtrikten von Baiern.

Als Sr. Churfürſtl Durchl. von der Pfalz die Gründlichkeit und die Gültigkeit obgedachter Rechte des Hauſes Oeſterreich anerkannt hätten: ſo hielt man für nöthig, an einen gütlichen Vergleich mit dieſem Fürſten die Hände zu legen, und man ſetzte die vorläufige Genehmigung und Anerkennung der obengedachten Rechte des Hauſes Oeſterreichs dabey voraus.

Allein, da während dieſer Unterhandlung Sr. Churfürſtl. Durchl. von der Pfalz von allen Staaten der Baieriſchen Verlaſſenſchaft ohne Unterſchied, durch die desfalls bekannt gemachten Patente, Beſitz nahmen; und da man durch dieſen Schritt auf die Gedanken kommen muſte, es hätten Dieſelben vor, den Rechten des Hauſes Oeſterreich eine Hinderniß in den Weg zu legen: ſo hielt man

man es für nothwendig, dießfalls auf der Hut zu ſeyn, und ein hinlängliches Corps Truppen gegen Baiern anrücken zu laſſen.

Inzwiſchen wurde bald darauf alles Misverſtändis gehoben, es erfolgte ein gütlichen Vergleich mit Sr. Churfürſtl. Durchl. man nahm den, zum Aufbruche mehrerer Truppen gegebenen Befehl ſchleunig zurück, und lies in Baiern nur ſo viele Völker einrücken, als zu der mit Sr. Churfürſtl. Durchl. ausgemachten Beſitznehmung nothwendig waren.

Von allem dem obigen hat man die Ehre, den Herrn Baron von Riedeſel, als auſſerordentlichen Geſandten und bevollmächtigten Miniſter Sr. Majeſtät des Königs von Preuſſen zu benachrichtigen; damit derſelbe eine ausführliche Kenntniß von dem, was bisher über dieſe Sache vorgegangen iſt, haben möchte. Er wird zugleich erſucht, ſeinem Hofe hievon Nachricht zu geben. Wien, den 20 Januar 1778.

Kaunitz Rietberg.

II.

Note welche dem Fürſten von Kaunitz von dem Baron von Riedeſel übergeben ward, den 7ten Febr. 1778.

Unterzeichneter hat unverzüglich dem Könige ſeinem Herrn die Note über die Baieriſche Erbſchaft zugeſchickt, welche der Fürſt von Kaunitz ihm am 20 Januar überreichen lies. Er hat den Auftrag, dem Herrn Groscanzler zu melden, daß Seine Majeſtät dieſe freundſchäftliche Mittheilung Sr. Majeſtät der Kaiſerinn Königinn mit vielem Danke angenommen haben, und ſolche als ein neues Zeichen Ihrer Freundſchaft und Ihres Zutrauens anſehen.

Aus billiger Gegenäuſſerung der nemlichen Geſinnungen, erachten Sr. Majeſtät für nöthig, ſich mit der nemlichen Freymüthigkeit gegen Sr. Königl. Kaiſerl. Majeſtät zu entdecken, und Ihnen einige Zweifel und Anmerkungen mitzutheilen, die Ihnen beym erſten Durchleſen der obgedachten Note, und der den, auf dem Reichstage zu Regensburg, von Seinen Kaiſerl. Königl. Majeſtäten gemachten Erklärungen, aufgeſtoſſen ſind.

Man kann kaum begreifen, wie die Krone Böhmen, Diſtrikte, welche Hauptttheile von der Oberpfalz ausmachen, als ihr zugefallne Lehen anſehen kann, deren Rückfall ausdrücklich, und ohne irgend eine Ausnahm durch den Weſtphä-

lischen

liſchen Frieden, der Pfälziſchen Linie auf dem Abgang der Baieriſchen verſichert worden iſt; wie eine kaiſerliche ohne Genehmigung des Reichs ertheilte Anwartſchaft, ein groſſes Herzog- und Churfürſtenthum zerſtücken könne, welches allen Zweigen des Pfälziſchen Hauſes zugehöret, und auf dem ein nach dem Traktate von Pavia unveräuſſerliches Fideicommiß, ſo wie die Untheilbarkeit, nach den 25ſten Artickel der goldnen Bulle haftet; wie Sr. Durchl. der Churfürſt von der Pfalz dergleichen Sachen vornehmen, und einem fremden Hauſe einen ſo wichtigen Theil der alten Verlaſſenſchaft ſeines Hauſes, zum Nachtheil der Pfälziſchen Nebenzweige, und der Allodialerben, überlaſſen könne.

Auch würde es ſich ſchwer mit der Grundverfaſſung, und der Einrichtung des Reichs vergleichen laſſen, wenn Ihro K. K. Majeſtäten, mit einem der älteſten Churfürſtenthümer durch beſondre Tractaten alſo verfahren, und ſolches, ohne den Weg Rechtens, und ohne, weder das Reich, noch die dabey intereßirten Theile zuzuziehen, zerſtücken wollten, und daß Sie den Anfang mit der Beſitznehmung, durch ein anſehnliches Corps Truppen gemacht hätten.

Da man ferner in Erfahrung gebracht hat, daß Ihro Majeſtät der Kaiſer die Baieriſchen Zubehörden, die man als offene Reichslehen anſieht, haben beſetzen laſſen; ſo hoft man, daß die Abſicht Sr. Majeſtät nicht ſeyn wird, dieſe Lehen durch die Völker Dero Hauſes, ferner beſetzen zu laſſen, oder mit ſolchen anders, als mit Zuziehung der Chur- und Reichsfürſten, dem 11ten Artickel Ihrer Capitulation gemäß, zu verfahren, ſondern daß Sie einem jeden, nach einer der Grundverfaſſung gemäßen Weiſe, ſein Recht zukommen laſſen werden.

Der König kann bey ſo kritiſchen Umſtänden und beym Anblicke ſo vieler Einrichtungen, die durch ihre Folgen, die Grundverfaſſung der erſten Churfürſtenthümer, und das ganze Gleichgewicht im Reiche umkehren könnten, nicht ganz gleichgültig ſeyn. Ihro Majeſtät glauben, als Churfürſt und Mitglied des Reichs, und als ein contrahirender Theil und Gewährleiſter des Weſtphäliſchen Friedens, und aller Verfaſſungen des Reiches, welche ausdrücklich im 19ten Artickel des Hubertsburger Friedens beſtättiget worden ſind, daran Antheil nehmen zu müſſen. Sie ſchmeicheln ſich, daß J. K. K. Majeſtäten, dieſe freymüthigen und herzlichen Eröfnungen, dem aufrichtigen Verlangen zuſchreiben werden, davon Ihro Majeſtät belebt ſind, ſich auf eine freundſchäftliche Weiſe mit Ihnen über einen ſo wichtigen Gegenſtand einzuverſtehen. Sr. Majeſtät verſprechen ſich vielmehr von der Größe der Seele, von der Gerechtigkeit und Freundſchaft Ihrer K. K. Majeſtäten, daß Sie anderweitigen, freundſchäftlichen und vertrauten

Aufklärungen Gehör geben werden, um Mittel ausfündig zu machen, dieſe wichtige Erbſchaftsſache des Hauſes Baiern, auf eine den gegründeten Rechten, der verſchiedenen dabey intereßirten Theile, der Grundverfaſſung des teutſchen Staatskörpers gemäſſe, und zur Verſicherung der Zufriedenheit und der Ruhe des ganzen Reiches ſchikliche Weiſe, in Ordnung zu bringen. Wien, den 7ten Hornung 1778.

Riedeſel.

III.

Note des Fürſten von Kauniz an den Baron von Riedeſel, vom 16ten Hornung 1778.

Ihro Majeſtät die Kaiſerinn Königinn ſahen ungern, aus dem Innhalte, der von dem Baron von Riedeſel dem Fürſten Kauniz am 7ten dieſes Monats übergebenen Note, daß Sr. Preußiſchen Majeſtät die deutlichſte Sache von der Welt, als eine verworrene und einer Menge von Schwierigkeiten fähige Sache vorgetragen worden ſeyn müſſe. Inzwiſchen war es Ihro Majeſtät gleichwol angenehm, da Sie ſahen, daß Sr. Preußiſche Majeſtät dadurch veranlaßt worden ſind, für gut zu finden, ſich mit gutem Zutrauen an Sr. K. K. Majeſtät zu wenden, und daß **Dieſelbe** glauben, Sie könnten ſich von Ihrer Freundſchaft, die nöthigen Aufklärungen einiger Zweifel verſprechen, die Ihnen bey dieſer Gelegenheit aufgeſtoſſen wären, und welche das gute Verſtändniß, welches zwiſchen beyden Höfen bisher glücklich vorgewaltet hat, unterbrechen könnten, wenn ſie eben ſo gegründet wären, als verhaßt ſie ſind.

Ihro Majeſtät glauben, Sie müßten das Verfahren Sr. Preußiſchen Majeſtät blos der löblichen Abſicht zuſchreiben, allen möglichen Mißverſtändniſſe beyder Höfe durch freundſchäftliche Erklärungen zuvor zu kommen, und da Ihre Abſichten mit denen von Sr. Preußiſchen Majeſtät in dieſem Punkte vollkommen übereinſtimmen, ſo ſind Sie auch bereitwillig, der Freymüthigkeit mit der Sr. Preußiſchen Majeſtät ſich gegen Sie erklärt haben, durch eine gegenſeitige zu entſprechen, und zu dieſem Ende werden Sie Sr. Majeſtät nicht nur die Folgen von dem was vorgegangen iſt, in der natürlichen Ordnung, ſondern auch die Grundſäze vortragen, durch welche das vorgegangene beſtimmt worden iſt.

Ihro Majeſtät glauben dies als eine ungezweifelte Sache, anſehen zu können, welche niemand, ohne die gröſte Unbilligkeit zu begehen übel nehmen kann, daß

daß jede Macht ihre Rechte geltend zu machen ſucht, welche ſie für gegründet hält.

Nach der Grundverfaſſung des teutſchen Reiches, erkennen Ihro Majeſtät nur zwo geſetzmäſige Arten die Rechte geltend zu machen; nemlich, einmal einen mit dem intereßirten Theil angeſtellten Vergleich, oder eine feyerliche Entſcheidung des Kaiſers und des ganzes Reiches.

Ihro Maieſtät glauben, man könne keinem Reichsſtande das Vermögen ſtreitig machen, ſich mit einem andern ſeiner Nebenſtände über wechſelſeitige Forderungen zu vergleichen, ſo lange der Vergleich nicht das Recht eines dritten, der dabey würklich intereßirt iſt, noch die Rechte des Kaiſers und des Reiches zuſammen, kränket.

Endlich glaubten Ihro Majeſtät, daß dies ungezweifelte allen Reichsſtänden zukommende Recht nichtig seyn würde, wenn jeder ſeiner Nebenſtände für ſich berechtiget wäre, der Gültigkeit der Verhandlungen, deren Vorwurf ihm ganz fremd iſt, Hinderniſſe in den Weg zu legen.

Dieſen Grundſätzen gemäß glauben Ihro Majeſtät, daß Sie bey der Baieriſchen Erbſchaftsſache, Sich ohne Anſtand an den Herrn Churfürſten von der Pfalz, als den einzigen und ungezweifelten Haupterben wenden könnten. Sie haben keinen Anſtand genommen, Ihre Anſprüche, und die geſetzmäſigen Beweiſe auf die ſolche gegründet ſind, Ihnen ſchon längſt weitläufig, und ohne einige Zurückhaltung unter die Augen zu legen.

Sr. Churfürſtliche Hoheit haben ſolche mit Muſſe geprüft, und die Gültigkeit davon eingeſehen. Solchem nach hat man durch einen feyerlichen Vertrag, die Theile dieſer Erbſchaft, in deren Beſitz ſich beyde Höfe ſetzen ſollten, und in dem ſie ſich gegenwärtig würklich befinden, mit beyderſeitiger Genehmigung beſtimmt.

Nachdem alſo Ihro Majeſtät, hiedurch Ihre Anſprüche bey dem gerechtfertiget hatten, der allein berechtiget geweſen wäre, ſolche ſtreitig zu machen, und da deſſen freywillige Genehmigung, auf alles das, was vorgegangen war, das Siegel gedruckt hatte, ſo ſcheint es, daß kein rechtmäſſiger Widerſprecher diesfalls vorhanden ſeyn, und daß dies was bereits geſagt worden iſt, hinlänglich ſeyn werde. Allein Ihro Majeſtät halten es für Ihre Schuldigkeit um dem Zutrauen zu entſprechen, mit dem Sr. Preußiſche Majeſtät Ihnen Ihre Zweifel und Anmerkungen über dieſe Sache haben mittheilen laſſen, gleichwol freundſchäftlich

die Aufklärungen beyzufügen, deren dieſe Zweifel und dieſe Anmerkungen Ihnen fähig zu ſeyn ſchienen. In der von dem Baron von Riedeſel überreichten Note heißt es:

1) Man begreift kaum wie die Krone Böhmen, Diſtrikte, welche Haupttheile von der Oberpfalz ausmachen, als ihr zugefallene Lehen anſehen kann, deren Rückfall ausdrücklich durch den Weſtphäliſchen Frieden der Pfälziſchen Linie auf den Abgang der Baieriſchen verſichert worden iſt.

Es ſcheint inzwiſchen ganz begreiflich zu ſeyn, ſo bald man nur den irrigen Satz, daß die Böhmiſchen Lehen Haupttheile der Oberpfalz ſind, nicht als den Grund des Schlußes annimmt, welcher Satz offenbar, der Natur der Sache, und der Geſchichte aller Zeiten zu wieder iſt.

Dieſe Böhmiſchen Lehen in der Oberpfalz ſind Güter, welche dieſe Krone im Jahr 1353 um baares Geld erkauft hat.

Dieſe Lehen wurden 1465. den Pfalzgrafen bey Rhein von ihr verliehen.

Der Kaiſer Ferdinand I. als König von Böhmen ertheilte im Jahr 1559. die feyerliche Belehnung derſelben, und dieſe Belehnung iſt, ſeitdem von einem Fall auf den andern, fortgeſetzt worden. Man begreift demnach kaum, wie man gedachte Lehen, als **Haupttheile** der **Oberpfalz** anſehen kann; übrigens hat der Weſtphäliſche Friede niemals weder das Recht, noch den Sinn gehabt, der Krone Böhmen Ihr Recht zu rauben, welches ſie bisher ungezweifelt über beſagte Lehen ausgeübt hat.

Als Kaiſer Ferdinand der II. im Jahr 1628. die Oberpfalz dem Hauſe Baiern überließ, ſo überlies er damit nicht auch zugleich die Böhmiſchen Lehen.

Erſt 1631. verlieh er auf beſonders Anſuchen, dem neuen Churfürſten die Belehnung.

Im Jahr 1706. bey Gelegenheit der Reichs-Achtserklärung des Churfürſten von Baiern wurde das churpfälziſche Haus, nicht mit gedachten Lehen, als Zubehörden der Oberpfalz, ſondern durch einen nachherigen und beſondern Aktus belehnt. Es heiſt

2) In der beſagten Note: man begreife nicht, wie eine kaiſerliche ohne Genehmigung des Reichs ertheilte Anwartſchaft, ein groſſes Herzog- oder Churfürſtenthum zerſtücken könne, welches allen Zweigen des Pfälziſchen Hauſes zu-

gehöret

gehöret, und auf dem ein nach dem Traktate von Pavia unveräuſſerliches Fideicommiß, ſo wie die Untheilbarkeit nach den 25. Artickel der goldnen Bulle haftet.

Nichts wird gleichwol leichter zu begreifen ſeyn, ſobald man nur die drey folgenden ebenfalls ungezweifelten Wahrheiten nicht aus dem Geſichtspunkte verliehrt. Unter der Regierung Kaiſer Sigismunds, war die Macht des Kaiſers noch durch keine Capitulation eingeſchränkt. Die Einwilligung des Reichs war ihm alſo keineswegs nöthig um berechtigt zu werden, dem Hauſe Oeſterreich, ſo wie er that, nicht nur eine Anwartſchaft, ſondern eine würkliche Belehnung zu geben, welche dies Haus auch von ihm erhalten hat. Der nemliche Kaiſer Sigismund überlies ohne irgend eine Entſcheidung des Reiches, dem Burggraf Friedrich von Nürnberg, die Mark und das Churfürſtenthum Brandenburg, und ſolchemnach ſcheint es, daß, wann er berechtigt war, das eine zu thun, er zu den andern nicht weniger berechtigt geweſen ſey.

Baiern iſt nie ein untheilbares Churfürſten- oder Herzogthum geweſen. Sowol vor als nach Kaiſer Sigismund Zeiten, hat das Haus Baiern ſeine Staaten getheilt. Baiern iſt unter mehrere Linien dieſes Hauſes getheilt worden. Sie haben wol verſchiedne Stimmen auf dem Reichstage geführt, und erſt 1588. iſt das Recht der Erſtgeburt darinn eingeführt worden.

Im Traktate von Pavia, über welches ſich überhaupts viel ſagen lies, hat man nie ein unveräuſſerliches Fideicommiß ausgemacht. Auch ſcheinet die goldne Bulle hie nicht angewendet werden zu können, weil bey dieſer Gelegenheit nicht die Rede von einem Churfürſtenthume iſt, und die wiederholten Theilungen der Baieriſchen Staaten bekannt ſind.

Endlich heiſt es noch in der Note des Baron von Riedeſel:

3) Man begreift kaum, wie Sr. Churfürſtl. Durchl. von der Pfalz ſich über ſolche Sachen vergleichen, und einem fremden Hauß zum Nachtheile der pfälziſchen Nebenzweige und der Allodialerben, ein ſo wichtiges Stück ihres alten Erbgutes überlaſſen könne. Es wird ſich auch ſchwer mit den Verordnungen und dem Syſtem des Reiches vereinigen laſſen, wenn Ihro Kaiſerl. Majeſtät, auf ſolche Weiſe durch eine beſondere Verhandlung mit einem der gröſten und älteſten Churfürſtenthümer umgehen, nnd es ohne den Weg Rechtens, und ohne dabey weder das Reich noch die intereſſirten Theile dazu zuziehen, ſo merklich zerſtücken wollten, und daß ſie ſchon angefangen haben, es von einer mächtigen Armee beſetzen zu laſſen.

Der

Der Hauptſatz auf welchem alle die in dieſem Periode angezeigten Zweifel beruhen, iſt in der That unbegreiflich, dann es würde daraus nichts weiter als der ſchwankende Satz folgen: daß kein Reichsſtand berechtigt ſey, mit irgend einem ſeiner Nebenſtände ſich über wechſelſeitige Anſprüche zu vergleichen.

Es iſt gar nicht wahrſcheinlich, daß irgend ein Stand geneigt ſeyn werde, ſich für einen ſolchen Ausſpruch zu erklären; und da wenigſtens bisher niemand dieſes allen Reichsſtänden gemeinſchäftliche Recht in Zweifel gezogen hat: ſo ſcheint es, daß es blos den intereßirten Theilen zukomme, die aufſtoſſenden Fragen, die bey ihren Verhandlungen, welche ſie miteinander pflegen, vorfallen könnten, zu beurtheilen und ſolche zu entſcheiden, ohne daß es in ſolchen Fällen auf den Weg Rechtens, oder auf die Einmiſchung des Reiches, oder noch weniger auf den Ausſpruch eines Dritten in dieſer Rückſicht ankomme.

Noch iſt in Abſicht auf das Vorgegangene dies anzumerken, daß das, was man wegen der Beſitznehmung von Ihro Majeſt. durch eine mächtige Armee verbreitet hat, keineswegs richtig iſt; daß dieſe Beſitznehmung erſt auf den freundſchäftlichen Vergleich mit dem Herrn Churfürſten von der Pfalz erfolgt iſt, und daß ſie erſt nach der unterzeichneten und von dem Herrn Churfürſten genehmigten Vergleich, als eine nothwendige Folge von dem ſtatt gefunden hat, weßwegen man ſich mit ihm verglichen hatte. Solchem nach ſcheint es, daß man um ſo viel weniger an dieſem Vorgange wird ausſetzen können, da es bekanntermaſſen viele Beyſpiele vom Beſitznehmungen unter dem Titel eines Mittels zur Behauptung der Anſprüche giebt, die man für nöthig erachtet, ſeine Rechte in Sicherheit zu ſetzen, ehe als man noch die Anſprüche bekannt werden läßt.

Was endlich den Beſitz anlangt, welchen S. Maj der Kaiſer von denen dem Reiche heimgefallenen Lehen nicht durch öſterreichiſche Völker, ſondern als kaiſerliche und Kreiß-Völker haben nehmen laſſen, ſo laſſen Se. preuſſiſche Maj. der Gedenkungsart Ihrer K. M. Gerechtigkeit wiederfahren, indem Sie die Hofnung äuſſern, daß die Abſicht Sr. K. Maj. dahin gehen werde, mit dieſen Lehen nichts, auſſer mit Zuziehung der Churfürſten, und Fürſten des Reichs, den 11ten Artikel ihrer Capitulation gemäs vorzunehmen einen jeden auf eine der Grundverfaſſung gemäſſe Weiſe ſein Recht wiederfahren zu laſſen.

Ihro Maj. die Kaiſerinn wünſchen daß die in dieſer Note enthaltenen Beobachtungen und Aufklärungen alle Würkung ihrer Abſicht herfürbringen und zur gewünſchten Aufrechthaltung des guten Verſtändniſſes, welches zwiſchen beyden Höfen vorwaltet, das ihrige beytragen mögen. Ihro Maj. heget die nämlichen

Wünſche und die nehmlichen Abſichten gegen den Berliner Hof, und im Falle einer gerechten gegenſeitigen Annehmung ſolcher Geſinnungen und Verfügungen können Se. preuſſiſche Maj. ſich verſichern, daß Ihro Maj. die Kaiſerin nebſt Sr. Maj. dem Kaiſer allezeit geneigt ſeyn werden ſich bey ſolchen Vorfällen freundſchäftlich mit Ihnen zu verſtehen und daß Sie ſich gleichfalls allezeit ein wahres Vergnügen aus den würklichen Proben der Freundſchaft und der guten Geſinnung machen werden, welche gewiſſe Umſtände oder Ereigniſſe Ihnen zu geben, Sie in den Stand ſetzen könnten. Wien den 16ten Hornung 1778.

(unterſchrieben.)

Fürſt von Kaunitz Rietberg.

IV.

Note des Baron v. Riedeſels an den Fürſten v. Kaunitz vom 9ten Merz 1778.

Se. Majeſtät der König von Preuſſen haben mit vollkommenſter Erkanntlichkeit die Erläuterung empfangen, welche ihnen Ihro Majeſtät die Kaiſerinn Königinn über ihre Forderungen an der Erbfolge von Baiern durch diejenige Note mitzutheilen beliebt haben, die der Fürſt Kaunitz Rietberg dem Freiherrn von Riedeſel, am 16 Hornung zugeſtellet hat.

Se. Majeſtät haben hierinnen mit Vergnügen beobachtet, daß Ihnen Ihro K. K. Majeſtät Gerechtigkeit wiederfahren laſſen, und diejenigen Zweifel, die Se. Preuſſ. Majeſtät Ihro K. K. Majeſtät, über den obberührten Gegenſtand durch die erſte Note vom 7 Hornung zu erkennen gegeben, keiner andern Abſicht beimeſſen wollen, als blos durch freundſchaftliche Erklärungen allen nur möglichen Mißverſtändniſſen zwiſchen beyden Höfen vorzukommen. Es war auch dieſes wirklich der eigentliche Endzweck des erſten Schritts, und noch iſt es der einzige Beweggrund, daß ſich Se. Majeſtät der König von Preuſſen genöthigt finden, noch einmal auf obige Erläuterung zurückzukommen, und Ihro K. K. Majeſtät die Gründe vorzulegen, in Kraft deren Se. Majeſtät glauben, daß die Note vom 16 Hornung, anſtatt ihre erſtern Zweifel zu heben, dieſelben vielmehr dadurch beſtärkt, und ſelbſt in Wirklichkeit verändert haben.

Der Vergleich, den Se. Churf. Durchl. zu Pfalz mit Ihro K. K. Majeſtät ſo eben abgemacht haben, iſt eine bloße Nebenverhandlung (acc.) deren

Gültigkeit ganz allein von der urſprünglichen, und eigentlichen erſten Beſchaffenheit derjenigen Forderungen abhängt, welche Ihro K. K. Majeſtät an der Erbfolge von Baiern machen.

Dieſe in der denen auswärtigen Miniſtern mitgetheilten Circularnote, und den in Baiern publicirten Patenten angezeigte Forderungen zielen, und lauten

1. Auf einige Baieriſche Diſtricte aus dem Hauptgrund einer Inveſtitur, die Kaiſer Sigmund dem Hauſe Oeſterreich im Jahr 1426 verliehen habe.

2. Auf die in der obern Pfalz gelegenen Böhmiſchen Kronlehen, die nun dieſer Krone heimfällig wären, und endlich ſollte

3. Auch die Allodialerbfolge des verſtorbenen Churfürſten von Baiern nach der dem Churfürſten von Sachſen ertheilten Antwort ein Gegenſtand ſeyn, bey welchem Se. K. K. Majeſtät mit der verwittibten Majeſtät Frau Churfürſtin von Sachſen gleichgehalten zu ſeyn, und zwar unter dem Titel von Regreßanſprüchen, verlangten, weil nämlich gedacht Ihro Majeſtät ein Abkömmling vom Kaiſer Ferdinand dem Zweyten, und ſeiner Gemahlin Maria Anna, und einer Tochter Wilhelm des Fünften Herzogen in Baiern wären.

Die erſtere dieſer Forderung iſt die beträchtlichſte, und dabei ſo weſentlich, daß von Entſcheidung derſelben auch alles übrige abhangt, dieſe Entſcheidung aber ſcheinet ganz deutlich, und einfach aus der Erbfolgeordnung der Baieriſchen Herzoge, und aus einigen hiſtoriſchen Staatsſachen zu entſpringen, die hieher einige Beziehung haben, und die man nicht umhin kann hier anzuführen.

Nach der Achterklärung Heinrichs des Löwen, Herzogs von Baiern, empfing im Jahr 1180 Pfalzgraf Otto von Wittelſpach vom Kaiſer Friederich dem erſten das Herzogthum Baiern als ein männliches Reichslehen, ſein Enkel Otto der Erlauchte, brachte noch die Pfalz am Rhein zu Baiern, und dieſe beyde Länder beſaß auch deſſen Sohn Ludwig der Strenge, die zween Söhne Ludwigs des Strengen, nämlich Rudolph und Ludwig, nachmalen Kaiſer, theilten im Jahre 1310 die Staaten ihres Vaters, und dieſe Theilung war auch bei dem bekannten im Jahr 1329 zu Pavia geſchloſſenen Vertrag wieder erneuert, gemäß welchen Ludwig der Kaiſer Oberbaiern behielt, und die Söhne Rudolphs die untere, oder Rheinpfalz ſamt der obern Pfalz bekamen, wobei ſich ſelbe auch zu einem wechſelſeitigen Beiſtand, und zu einer beiderſeitigen Nachfolge in der Churwürde, und aller ihrer

Staaten

Staaten verbanden, und zugleich verſprachen, niemal, und zu keiner Zeit von dieſen letztern etwas abzutretten, zu verkaufen, oder auf andere Art zu veräuſſern, laut der Bedingungen, wodurch die ſich vertragende Theile in der That auf ganz Baiern und auf beide Pfalzen ein nicht zu veräuſſerendes Fideicomiß geheftet haben, ſo ſehr man doch daſſelbe in der Note vom 16 Hornung in Zweifel zog.

Dieſer Vertrag zu Pavia ſelbſt von einem Kaiſer errichtet, und zugleich darauf durch die Beiſtimmung der Churfürſten beſtättiget, hat allzeit zur Grundfeſte der übrigen Hausverträge gedient, die von den zwei Linien von Zeit zu Zeit erneuert worden, und zwar namentlich in den Jahren 1425. 1524. 1724. 1746. und 1766, eben deswegen begreift alſo auch dieſer Vertrag in ſeinen Bedingniſſen nicht nur allein Ober- ſondern auch Niederbaiern, welches Kaiſer Ludwig im Jahre 1340 an ſeine Linie gebracht hat, und iſt dieſes eine wahre pragmatiſche Sanction, und ein gemeinſchaftliches Familiengrundgeſetz, dem weder eine von ihren Linien, noch der Kaiſer ſelbſt das geringſte benehmen kann.

Uebrigens iſt auch der Vertrag von Pavia nichts anders, als eine bloße Folge des ganzen Teutſchlands gemeinſchäftlichen Lehenſyſtems, in Kraft deſſen die Mannslehen, welche zwoen Linien eines Hauſes, durch ihren gemeinſchaftlichen Stammvater zugebracht worden, niemalen weder durch weibliche Nachfolge, noch durch eigenmächtige Verfügung eines Kaiſers dem Hauſe entzogen werden können, ſo lang nur ein männlicher Sproſſe deſſelben übrig iſt.

Eben ſo auch ſind die verſchiedenen Nebenlinien der Baieriſchen Herzoge, die ſich vorhin faſt bis ins Unendliche getheilt haben, allzeit nach dieſen Grundſätzen eine nach Erlöſchung der andern, in ihren Beſitzungen aufeinander gefolget, die öftern Theilungen, die man in der Note vom 16 Hornung anzieht, ſind in und bei dem Hauſe Baiern ſelbſt gemacht worden, und können alſo keine Zertrennung, oder Veräuſſerung zu Gunſten eines auswärtigen Hauſes geltend machen.

Man verſichert zwar, daß nachdem die Linien der Herzoge von Niederbaiern, ſonſt auch die Straubingiſche und Holländiſche genannt, welche vom Albert, einem Sohne vom Kaiſer Ludwig abſtammte, durch den Tod des letzten Herzogs Johann erloſch, und (die vier Herzoge von Oberbaiern wegen der Nachfolge einander bekriegten) Kaiſer Sigmund ſeinen Tochtermann Albert von Oeſterreich, deſſen Mutter eine Schweſter des obigen Baieriſchen Herzog Johann war, eine würkliche Inveſtitur auf Niederbaiern ertheilt habe. Allein Kaiſer Sigmund

konnte

konnte ein Mannlehen, wie Niederbaiern, nicht mit Recht, oder zu denen Reichs-domainen ziehen, noch einem fremden Hauſe übergeben, ſo lange noch Nebenlinien des Hauſes Baiern vorhanden waren.

Dieſer Grundſatz ſchlug auch ſchon damals ſo ſehr vor, daß ſelbſt dieſer Kaiſer Sigmund nachher bei einer im Jahre 1429 nach Preßburg berufenen Verſammlung von Schiedsrichtern, und Obmännern einen entſcheidenden Urtheilſpruch gab, nach welchen er ganz Niederbaiern den vier Herzogen von Oberbaiern zuerkannte, ohne einmal auf den Anſpruch des Hauſes Oeſterreich den geringſten Bedacht zu nehmen, welches dieſe Sache auch bei dieſem Ausſpruche bis daher allzeit hat bewenden laſſen.

Es iſt alſo wohl hart zu begreifen, wie der Wieneriſche Hof nach 350. Jahren, und zu einer Zeit, wo das baieriſche Haus noch in 3. Pfälziſchen Linien aufrecht ſteht, die Wirkung einer uralten Inveſtitur fodern könne, welche bis itzo noch nicht vorgezeigt worden, welche, nach dem eignem Geſtändniſſe ohne Einwilligung des Reichs, jedoch auch damalen eben ſo gebräuchlich, als ſelbſt noch vor denen Capitulationen jederzeit nothwendig war, ertheilt worden, welche in ihrem Urſprung allzeit dem Lehenſyſtem, und den Verträgen, und unſtreitigen Rechten des Hauſes Baiern entgegen lauft, welche ſogar nach allen dieſen auch widerrufen, und durch ſein nachfolgendes Endurtheil gänzlich vernichtet worden, daß bey völliger Einſicht der Sache (cum Cognitione Cauſae) eben des nämlichen Kaiſers feyerlichſter Ausſpruch, der die angebliche Inveſtitur ertheilt haben ſoll, und die, wenn ſie auch nur jemal eine Gültigkeit gehabt hätte, dieſelbe doch ſchon verlohren haben würde, nachdem die Männliche Nachkommen des Herzogs Albrecht von Oeſterreich, denen ſie eigentlich verliehen worden wären, in der Perſon Kaiſer Carl des Sechsten auch ſchon ausgeſtorben ſind?

Man kann auch hier nicht unterlaſſen demjenigen zu widerſprechen, was in der Note vom 16. Hornung zwar Gleichnißweiſe, doch immer willkührlich geſagt wird, nämlich daß Kaiſer Sigmund die Inveſtitur von Baiern eben ſo ohne Mitwiſſen des Reichs habe ertheilen können, wie er, ohne des Reichs Entſcheidung zu bedürfen, das Churfürſtenthum Brandenburg an Friedrich Burggrafen von Nürnberg übertragen habe.

Man kann vielmehr im Gegentheil, und durch das Original-Diplom, ſo Kaiſer Sigmund gegeben, bey der Kirchenverſammlung zu Koſtanz im Jahr 1415. und durch die Einwilligungsbriefe der Churfürſten beweiſen:

Das

Daß Brandenburg um eine ſehr gleichliegende Summa Gelds mit Eingeſtändniß aller Chur- und Reichsfürſten zu Stande gekommen, und daß ſich Kaiſer Sigmund davon das Einſtand- oder Wiederkauf-Recht (Rachat) nur für ſich, ſeinem Bruder und ihre beiderſeitigen Männlichen Nachkommen vorbehalten habe, eine Bedingung, die mit dieſer zween Prinzen Tode aufgehört hat, indem ſie beide ohne Männlichen Erben verſtorben ſind.

Eine zweyte Anmerkung die man hier machen muß, geſchieht für dermalen nur, um nicht einen gewiſſen irrigen Grundſatz mit Stillſchweigen gänzlich zu übergehen, welchen man in einem beſondern Aufſatz geäuſſert hat, auf den man aber gegenwärtig zu antworten ſich enthält, um dadurch dem löblichen Beyſpiel des Wiener Hofs nachzuleben, und der gegenwärtigen Unterſuchung keine andere Gegenſtände einzumengen, die nicht hieher gehörig ſind.

Die zweyte Forderung betrift die Lehen von der Krone Böhmen in der Obern Pfalz, welche Ihro K. K. Majeſtät nach Erlöſchung des Wilhelminiſchen Zweigs als zu Ihrer Kron heimgefallen betrachtet, und iſt in der Note vom 16. Hornung zur Erläuterung hierüber angeführt worden, daß dieſes ehemal von der Krone Böhmen erkaufte, und nach der Hand dem Pfalzgrafen zu Lehen überlaſſene Güter wären, da ſie keine Haupttheile (partes integrantes) von der Obern Pfalz ausmachten, daß der Weſtphäliſche Frieden dieſe Güter der Königinn von Böhmen weder nehmen konnte noch wollte, und daß endlich dieſe leztere den Herzog von Baiern 1631. und dem Churfürſten von Pfalz 1706. eine beſondere Inveſtitur hierüber ertheilt hätten.

Alle dieſe Gründe, die nicht einmal dem Hauptſatz zur Probe dienen, verlieren auch Ihre Kraft, wenn man folgende Umſtände in Betrachtſame ziehet: diejenige Güter in der Obern Pfalz, welche nach der Hand zu Böhmiſchen Lehen geworden, haben vorher ganz ungezweifelt zu dem alten Erblande des Hauſes Wittelſpach gehört, ſie ſind auch ausdrücklich in dem Vertrag zu Pavia von 1329. benannt worden, und haben dadurch gleichfalls die Eigenſchaft des bey dieſem Vertrag feſtgeſezt beſtändig- und unabänderlichen Fideicommiß erlangt.

Da nun dieſe Güter zu ſamt der Obern Pfalz bey denen Theilungen der Pfälziſchen Linie zuerkannt worden, die endlich nach der Hand allein die Churwürde davon getragen hat, ſo ſind ſie andurch eben ſo, wie die Ober Pfalz ſelbſt, ein weſentlicher- und Hapttheil des Pfälziſchen Churfürſtenthums geworden, und haben eben darum auch die Eigenſchaft der Untheilbarkeit und Unzertrennlichkeit er-

halten, die nach der goldenen Bulle vom Jahr 1356. auf beſagtem Churfürſtenthum haftet.

Wenn die Krone Böhmen nachher einige Rechte über dieſe Güter erlangt habe, ſo beſtehen dieſelbe bloß in dem Belehnungsrecht und dem Dominio Directo, die Güter ſelbſt (la ſubſtance) und das Eigenthum davon iſt allzeit bey dem Hauſe Pfalz geblieben, und die Krone Böhmen iſt verbunden, dieſe Lehen allzeit den Abkömmlingen des Pfälziſchen Hauſes, ſo lang einige aus ſelbigen übrig ſind, zu verleihen.

Die Achterklärung Churfürſtens Friderichs des Fünften, die Verkaufung der Obern Pfalz an den Herzog von Bayern 1628. die beſondern (Particularis) Inveſtituren von den Jahren 1631. und 1706. ſind bloße tranſactiones momentaneae & non permanentes, welche alle nebſt dem Weſtphäliſchen Frieden ſelbſt an der oben erſagten Verbündlichkeit der Krone Böhmen nichts geändert haben, das Hauſe Pfalz hat dadurch nichts mehrers als den Beſitz der Lehen während dem Daſeyn der Wilhelminiſchen Linie verlohren.

Da nach dem ausdrücklichen Innhalt des 4ten Artikuls des Weſtphäliſchen Friedensſchluſſes die ganze Obere Pfalz, nach Erlöſchung der Wilhelminiſchen Linie an die Rudolphiſche zurückfallen muſte, ohne daß Kaiſer Ferdinand der Dritte, zugleich König von Böhmen, der bey dem Weſtphäliſchen Frieden einer der Haupt-Contrahenten war, über dieſe Heimzahlung die geringſte Ausnahm gemacht hatte, ſo iſt die natürliche Folge, daß beſagte Obere Pfalz der Pfälziſchen Linie in eben dem Stand, in welchem ſie von der Wilhelmiſchen Linie, und vor dieſer ſchon von der Rudolphiſchen beſeſſen worden, das iſt, auch mit Einſchluß der Böhmiſchen Lehen heimfallen muß, welche Lehen, wie ſchon oben dargethan worden, einen Hauptheil von der Obern Pfalz, von dem Pfälziſchen Churfürſtenthum, und von den alten Patrimonial-Landen des Hauſes Wittelſpach ausmachen.

Ihro Majeſtät die K. K. von Böhmen als eine Abſtämmige von Kaiſer Ferdinand dem Dritten können alſo dieſe Lehen weder Conſolidiren, noch dieſelbe dem Hauſe Pfalz ſtreitig machen, dem ſie durch eine gleichſeitige Mitbelehnung ſchon vorher in den ausdrücklichen Worten des oben angezogenen 4. Artikul des Weſtphäliſchen Friedenſchluſſes zugeſichert worden ſind.

Die 3. Forderung, nach welcher Ihro Majeſtät die K. K. gemeinſchaftlich mit der verwittibten Churfürſtin von Sachſen Durchl. bey der Allodial-Erbſchaft von Baiern, unter dem Titel Regreßanſprüche, und als ein Abkömmling von

einer

einer Baieriſchen Prinzeſſin gleichgehalten werden wollen, ſcheinet dem alten beſtändigen Herkommen des Hauſes Baiern, und des ganzen Teutſchlands ſchnurgerade entgegen zu ſeyn.

Nach dieſem Herkommen iſt alle Allodialerbfolge ausſchlüſſiger Weiſe, allzeit nur auf den nächſten Erben und Verwandten des lezten Beſitzers feſtgeſezt; wenn man einen dieſem Herkommen entgegen geſezten Grundſaz annehmen wollte, ſo müſten alle Häuſer, die von dem Baieriſchen Hauſe Weiblicher Seits abſtammen, als namentlich Frankreich, Würtenberg, auf gleiche Art Regreßansprüche machen können, und Jhro K. K. Majeſtät würden von der Allodialerbfolge des Hauſes Oeſterreich, die Häuſer Bayern und Sachſen, als welche von der Prinzeſſin Kaiſers Joſeph des Erſten abſtammen, niemals auszuſchlieſſen vermeint haben.

Nach allem dem, was man ſo eben bis zur Evidenz abgehandelt hat, ſcheint es, daß keine von den angeblichen Forderungen Jhro K. K. Majeſtät nur im geringſten Theile Beſtand haben könne.

Hat ſie des Churfürſtl. von der Pfalz Durchl. durch einen beſondern Vergleich anerkannt, ſo haben ſie dadurch doch keinen gröſſern Grad der Gültigkeit erlangt, als ſie vorhero hatten, man kann hiernach dermalen für unentſchieden laſſen, ob ſich Se. Churfürſtl. Durchl. hierzu mit guten Willen verſtanden haben, obwohl das Gegentheil, wie aus verſchiedenen Umſtänden zu erhellen ſcheint, und beſonders daraus, daß Se. Churfürſtl. Durchl. von der Pfalz nach ihrem erſten Patent von ganz Bayern Beſitz genommen haben, und daß Jhro Kaiſerl. Königliche Majeſtät ſelbſt in ihrer Circular-Note vom 20. Jenner anführen, durch dieſen Schritt zur Abordnung eines hinlänglichen Corps Truppen gegen Bayern bewegt worden zu ſeyn, welcher Umſtand wohl nachher dieſen Vergleich veranlaſſet haben mag durch welchen ſeine Churfürſtl. Durchl. alle Forderung des Hauſes Oeſterreich anerkennet haben ſoll.

Auf was immer für eine Art aber Se. Churfürſtl. Durchl. dieſen Vergleich eingegangen haben mag, ſo haben ihn Dieſelben niemal einigermaſſen gültig, und weder vor Jhro Lebenstage, noch für die zukünftige Zeiten, noch für die übrige Glieder des pfälziſchen Hauſes verbündlich machen können. Dieſelben haben keineswegs für ſich allein, und ihr eigene Perſon die Hälfte des Herzogthum Baiern, auf welchen Kraft der Hausverträge ein immerwährendes Fideicommiß haftet, zertrennen, und abtretten können, eben ſo wenig als einen großen Theil der Obern Pfalz, der ſchon, laut des Weſtphäliſchen Friedens, dem Haus Pfalz heimfällig worden, dem Churfürſten von Pfalz angehörig, und dadurch gleich

andern Churländern in der Eigenſchaft der Unzertrennbarkeit verſezet worden iſt.

Ein ſolcher Abtrettungsvergleich, der ſchon ſeinem Urſprung, und ſeinen Ausſprüchen nach ſo wenig gültig, noch minder aber mit denſelbigen Forderungen Ihro K. K. Majeſtät verhältnißmäſſig iſt, und doch indeſſen den gröſſten Theil der Lehen, und Allodien von Baiern weggeriſſen, ein ſolcher Vergleich hat niemal zum Nachtheil, und ohne Einwilligung der andern Prinzen vom pfälziſchen Hauſe, der Allodialerben, und ſelbſt des ganzen Reiches gemacht werden können.

Die Rechte des dritten, und aller andern Theilhabenden ſind im gegenwärtigen Fall zu ſehr interreſſirt, als daß die im Anfang, und am Ende der Note vom 16. Hornung wegen dem Churfürſtenthum als geltend angebrachte allgemeine Grundſäze über die Befugniß Ihro K. K. Majeſtät mit ſeiner Churfürſtl. Durchl. von der Pfalz, ohne Zuziehung einer fremden Macht, Vergleich treffen zu dürfen, hieher angewendet werden, oder von einer Folge ſeyn könnten. Nicht nur die pfälziſchen Prinzen, die Allodialerben, und andere Fürſten, die eine Forderung auf einige Theile der baieriſchen Erbfolge machen können, haben die ſtärkſte Urſachen ſich nachdrücklich wider eine Verfügung zu verwahren, die alle Ihre rechtliche Anſprüche, und Ihre billige Forderung zu Boden wirft, ſondern auch alle Staaten und Glieder des Reichs, ſo, wie auch alle andre Mächte, denen an Ihrer jezigen Aufrechthaltung gelegen iſt, haben eben ſo viel Recht, als eigenen Vortheil, ſich bey einem Umſtand zu verwenden, wo es um nichts geringers zu thun iſt, als um Zertrennung zweyer der gröſten Churfürſtenthümer, welche Zertrümmerung noch dazu ohne alle Rechtstitel, und auf eine Art geſchehen will, die ſowohl dem Gleichgewicht der ganzen Reichsmacht, als auch durch ihre Folgen der Sicherheit des ganzen Staatskörpers Teutſchlands nachtheilig ſeyn könnte.

Se. Majeſtät der König von Preuſſen glauben nicht die Fühlbarkeit Ihro K. K. Majeſtäten, zu beleidigen, wenn ſie hiemit Höchſtdenenſelben die Vorſtellung wiederholtermaſſen vorlegen, und zugleich nochmals Ihre Gerechtigkeitsliebe, und Mäſſigung in einem ſo beträchtlichen Umſtand aufrufen, Se. K. Majeſtät bitten Höchſtdieſelben inſtändig, die Dinge in den Stand zurück zu ſezen, in welchen ſie bey dem Tod des lezten Churfürſten von Baiern waren, und ſich zu dem Weg der Unterhandlung zu bequemen, durch welchen man die Erbfolgsſache von Baiern auf eine Art beylegen könne, die ſowohl zur Aufrechthaltung des Gleichgewichts im Reich, den Reichsconſtitutionen,

und

und des Weſtphäliſchen Frieden, tauglich wäre, als auch zur Verſicherung der Rechte und Intereſſen des Churfürſten von Sachſen, der pfälziſchen Prinzen, des Herzogs von Mecklenburg, und allen die einen Theil an dieſer Erbfolge haben mögen, dienlich ſeyn könnte.

Se. Majeſtät verſichern auch noch hiemit auf das kräftigſte, daß Dieſelben zu dieſem gegenwärtigen und neuen Schritte durch keinen andern Grund bewegt worden ſind, als durch die Nothwendigkeit der Umſtände, und durch die aufrichtig beſtändig zu Ihnen herrſchende Begierde, nämlichen Ihrer Seits alles Ihnen mögliche beyzutragen, damit das gute Verſtändniß unter beyden Höfen immer aufrecht erhalten, und Ihro K. K. Majeſtät zugleich andurch von dem ganzen Umfang Sr. Majeſtät vollkommenen und aufrichtigen Freundſchaft und Hochachtung überzeugt werden mögen. Wien den 9 Merz 1778.

Riedeſel.

V.

Note des Fürſten von Kauniz an den Baron von Riedeſel vom 1ten April 1778.

Da vermittelſt der Note, welche von dem Baron von Riedeſel den 7ten Hornung überreicht worden iſt, Se. Preuß. Majeſtät der Kaiſerinn Königinn einige Zweifel mitgetheilt haben, welche Ihnen, die Baieriſche Erbſchaftsſache, zu haben ſchien, und da ſelbige bey Ihnen ſolchemnach freundſchäftlich einige Erläuterung über dieſen Punkt verlangten; ſo haben Ihro Majeſtät, ohne Schwierigkeit dieſer Forderung Gehör gegeben; und Sie würden mit der nemlichen Nachgiebigkeit den Aufſatz beantworten, welchen der Baron von Riedeſel dem Fürſten von Kauniz Rietberg zugeſtellt hat, wenn deſſen Inhalt hiezu Gelegenheit gebe.

Allein, da es unter andern darinnen heißt: **daß die Bewegungsgründe, die Sr. Preuß. Majeſtät mitgetheilt worden ſind, an ſtatt Ihre erſten Zweifel zu heben ſie, dieſe nur beſtärkt und in Würklichkeit verwandelt hätten,** und zugleich auch: **daß keine der von Seiten Ihro Majeſtät der Kaiſerinn Königinn angezeigten Forderungen nur im geringſten beſtehen könne;** ſo können Ihro Majeſtät ſich in keine anderweitige Unterſuchung Ihre Rechte einlaſſen, und noch weit weniger ſich entſchlieſſen, von einem rechtmäſſiger Weiſe erlangten Beſitz abzuſtehen, um die Sachen in den Stand zu ſetzen, worinnen Sie bey dem Ableben des letzten Churfürſten von Baiern waren.

Alle Intereſſenten der baieriſchen Erbſchaftsſache können, ſich gleichwohl verſichert halten, daß ihnen alle Gerechtigkeit ohnfehlbar wiederfahren wird, welche ſie gegründeter Weiſe fordern können, und alle die andern Fürſten und Stände Deutſchlands können gleichfalls verſichert ſeyn, daß Ihro Majeſtät gleich weit entfernt ſind, irgend etwas zu verlangen, oder etwas behaupten zu wollen, was den Artickeln des Weſtphäliſchen Friedens oder irgend einem andern Geſetze oder einer Verordnung des Reiches zuwider wäre.

Inzwiſchen können aber Ihro Majeſtät nicht umhin, zu erklären; daß Sie nicht glauben, daß die Eigenſchaft eines Churfürſten, oder die, eines der vornehmſten Stände des Reichs Sr. Preuß. Majeſtät, das Recht geben, ſich als Richter oder Vormund eines Ihrer Mitſtände aufzuwerfen; ſo wenig als das Recht, irgend jemand unter ihnen die Freyheit ſtreitig zu machen, etwas auf allen den Wegen zu erwerben, welche die Geſetze und die Verordnungen des Reiches anerkennen.

Da Ihro Majeſtät nun dieſen ungezweifelten Grundſatz befolgen; ſo können Sie natürlicher Weiſe es nicht geſchehen laſſen, und werden es auch nimmermehr zu geben, daß ein anderer Reichsſtand eines ſolchen Rechts, weder gegen Sie, noch auch gegen einen ihrer Mitſtände, ſich anmaſſen könne; und daß Sie demnach, wenn ſichs jemand erlauben wollte, bey gegenwärtigen Umſtänden, aus Neid einer auf ihr gutes Recht gegründeten, und durch die Reichsgeſetze berechtigten Erwerbung Sie anzugreifen, ſo würden ſie nicht nur allein einer ähnlichen offenbaren Verletzung des öffentlichen Friedens alle die Mittel einer rechtmäſſigen Vertheidigung, welche in ihrer Gewalt ſind, entgegen ſetzen; ſondern Sie würde ſich dagegen ſo gar in der Nothwendigkeit zu ſeyn glauben, Ihres Ortes den erſten Ihrer Mitſtände, der ſich in dem Falle befinden würde, bekriegen zu müſſen.

Ihro Majeſtät wünſchen gleichwohl ganz aufrichtig, daß Sie deſſen überhoben ſeyn könnten, und Sie werden ſo gar mit Vergnügen alle thunliche Mittel anwenden, welche man für geſchickt erachten könnte, die allgemeine Ruhe, und insbeſondere das gewünſchte gute Vernehmen zwiſchen Ihnen, und Sr. Preuß. Maj. zu erhalten. Wien, den 1ten April 1778.

Kaunitz Rietberg.

VI.

VI.

Note des Barons von Riedeſel an den Fürſten von Kauniz vom 22ten April 1778.

Die Antwort, welche der Fürſt von Kauniz Rietberg unter dem 1ten April, dem Baron von Riedeſel auf deſſen letzten Aufſaz übergeben hat, iſt in Ausdrücken abgefaßt und ſezet Grundſäze voraus, die, an ſtatt daß ſie ſich mit den Geſinnungen, welche der König in ſeinen freundſchaftlichen Vorſtellungen geoffenbahret hat, einſtimmen, dieſe Antwort vielmehr alſo darſtellen, als wenn ſolche allen Unterhandlungen ein Ende machen ſollte.

Ob der König gleich Urſache hat, ſich dieß befremden zu laſſen, ſo nehmen Sr. Majeſtät gleichwohl keinen Anſtand ſich noch einmahl über den Inhalt dieſes Aufſazes zu erklären, um keinen Zweifel über die Gerechtigkeit und die Mäſſigung Ihrer Geſinnungen und Ihres Verfahrens in der Baieriſchen Erbſchaftsſache übrig zu laſſen.

Ihro Majeſtät glauben nichts gethan zu haben, das der Freundſchaft und der gebührenden Achtung Sr. Majeſtät, der Kaiſerinn Königinn zuwider wäre, da Sie Ihnen mit Freymüthigkeit, aber in den gemeſſenſten Ausdrücken, die bekannte Unzulänglichkeit Ihrer Anſprüche auf die gedachte Erbfolge vorſtellten und Sie erſuchten, die Sache in Bayern wieder auf den vorigen Fuß zuſtellen, und ſich auf Wege der Unterhandlungen einzulaſſen, die geſchickt wären, die Sachen mit den dabey intereßirten Theilen gütlich und auf eine Ihren Rechten und den Verordnungen des Reichs gemäſſe Weiſe in Ordnung zu bringen. Dieß ſind Grundſäze des Rechts und der Billigkeit, denen Staaten, welche die Gerechtigkeit beobachten wollen, und die ſich in einer ſolchen Verbindung, wie der deutſche Staatscörper befinden, ſich nicht entſchlagen können.

Ohne die Bewegungsgründe des Stillſchweigens zu unterſuchen, welches man in der Note vom erſten April gegen die Beweißgründe beobachtet hat, die in dem vorigen Aufſäzen den verſchiedenen Forderungen des Wienerhofes an Baiern entgegengeſezt worden ſind, und welche die Ueberzeugung bewürket zu haben ſcheinen müſſen, ſo könnte man die allgemeine Verſicherung, welche Ihro Majeſtät die Kaiſerinn Königinn den intereßirten Theilen darinn haben geben wollen, als eine Sache anſehen, die geſchickt wäre, Ihre Furcht zu benehmen; allein die Rede iſt nunmehr dieſe Verſicherung zu bewerkſtelligen, und die Wege zu

eröfnen, die zu einen ſo gewünſchten Ziel führen können. Dieß iſts alles, was Sr. Preuß. Majeſtät bisher vorgeſchlagen und verlangt haben. Nie war Ihre Abſicht ſich als Richter und Vormund ihrer Mitſtände aufzuwerfen; alleine Sie glauben, daß jeder Fürſt und Stand des Reichs und zuvörderſt ein Churfürſt, der ohne Wiederſpruch ein contrahirender Theil des Weſtphäliſchen Friedens und aller Reichsverordnungen iſt, und deſſen Einmiſchung ehehin von ſeinen Mitſtänden, die bey dieſer Gelegenheit verkürzt worden waren ausdrücklich verlangt wurde, ſich nicht nur allein für befugt berechtigt, ſondern auch ſeinen Pflichten nach verbunden erachten kann, ſich allen ungerechten und gewaltthätigen Unternehmungen im Reiche zu wiederſetzen, und vornemlich bey einen ſo wichtigen Fall, ins Mittel zu tretten, wo eines der vornehmſten Churfürſten- und Herzogthümer, auf eine ſo merkliche Weiſe, und ohne einigen ſcheinbaren Vorwand durch einen Vergleich zerſtückt wird, den man einen Fürſten abgedrungen hat, der die deutlichſten heiligſten Rechte ſeines Hauſes, von denen er nur der Verwahrer iſt, verkennt und ſie aufopfert; und wo dieſe Zerſtückung, ohne auf die in den Geſetzen eingeführte Weiſe zu achten geſchehen iſt, wo eine offenbare Uebertrettung der goldenen Bulle, des Weſtphäliſchen Friedens, und der Kaiſerlichen Capitulationen vorkommt, und wo zum unerſetzlichen Nachtheil der berühmteſten Häuſer Deutſchlands gehandelt wird; kurz in einen Falle, wo das Oberhaupt des Reiches, welches nicht der unumſchränkte Herr ſondern das erſte Glied davon iſt, dieſe unrechtmäſſige Zerſtückung von Baiern zum Beſten ſeines eigenes Hauſes begünſtiget; wo er durch ſeine beſondern Völker viele Haupttheile dieſes Herzogthums beſetzen läßt, ſolche für ſich eigenmächtig für offene Lehen erklärt, mit ſolchen ohne Zuziehung des Reichs wieder den Inhalt des 3 und 11 Artickels ſeiner Capitulation ſchaltet, und wo man ſo lange keine Maasregeln nehmen ſieht, auf dem Reichstage oder durch andere den Geſetzen gemäſſer Mittel die wichtige Baieriſche Erbfolge in Ordnung zu bringen.

Ihro Kaiſerl. Majeſtät, werden den Eindruck wohl fühlen, die dieſe willkührlichen Unternehmungen, welche die Sicherheit, die Freyheit, und die ganze Grundverfaſſung des deutſchen Staatscörpers ſo weſentlich angehen, ſchon im ganzen Reich, und auch in ganz Europa gemacht haben, und S. Majeſtät verſprechen ſich von Ihrer Billigkeit und von Ihrer Mäſſigung, daß ſie ernſtlich darauf denken und ſuchen werden, die Folgen zu vermeiden, welche daraus natürlich entſtehen müſſen, und daß Sie auf eine freundſchäftlichere Weiſe die Vorſtellungen annehmen werden, welche Sie Ihnen über dieſe Sache neuerdings zu machen für nöthig erachten.

Ihro

Ihro Majeſtät wollen die allzuſtarken Ausdrücke über gehen, die in dem Aufſatze vorkommen, den der Fürſt von Kauniz Ihrem Miniſter eingehändigt hat. Sie wollen ſich lieber an dieſe halten, welche am Schluſſe vorkommen und Sie glauben, Sie dürften und müßten erwarten, bis der Wiener Hof, der ſich in den Beſiz der ſtreitigen Punkte geſezt hat, ſich über die Mittel erkläre, die er für ſchicklich erachtet, die Baieriſche Erbſchaftsſache in Ordnung zu bringen. Werden ſich dieſelben mit dem Gleichgewichte des Reichs, mit den rechtmäſſigen Anſprüchen des Churfürſtl. Sächſiſchen Hofes, mit den Rechten der Pfalzgrafen und namentlich mit des Herzogs von Zweybrücken ſeinen, und mit des Herzogs von Mecklenburg ihren vertragen: ſo werden ſich Sr. Majeſtät ein Vergnügen daraus machen, zu beweiſen, daß die Erhaltung der allgemeinen Ruhe, und beſonders die, des guten Vernehmens zwiſchen beyderſeitigen Höfen, Ihnen nicht weniger als Ihren K. K. Majeſtät am Herze liegt.

VII.

Aufſaz der von dem Fürſten von Kauniz den Baron von Riedeſel zugefertiget worden iſt, den 7ten Mai 1778.

Ihro Majeſtät die Kaiſerinn Königinn haben in dem Aufſatze der am 1ten des Monats April dem Baron von Riedeſel übergeben worden iſt, erkärt:

„ Daß Sie mit Vergnügen alle thunlichen Mittel anwenden würden, wel„ che man für geſchickt erachten könnte, die allgemeine Ruhe zu erhalten, und „ daß jede Intereſſenten an der Baieriſchen Erbfolge verſichert ſeyn ſollten, „ das Ihrer Seits ihnen gewiß alle Gerechtigkeit wiederfahren würde, welche ſie „ gegründeter Weiſe würden fordern können. „

Bey der Aeuſſerung ſolcher Abſichten ſtellten ſich Ihro Majeſtät nicht vor, daß Ihre Antwort angeſehen werden könnte, als ſollte ſie allen Unterhandlungen ein Ende machen, Sie dachten vielmehr Ihre friedliebende Neigungen deutlich bewieſen zu haben, da Sie erklärten: Sie wären bereit alle thunliche Mittel anzuwenden, das heißt alle Mittel die weder Ihrer Ehre noch der Gerechtigkeit Ihrer Sache nachtheilig wären.

Ihro Majeſtät glaubten inzwiſchen nicht ſichs erlauben zu können, ſich mit anderweitigen Unterſuchungen Ihrer Rechte einzulaſſen; dann ſo wie Sie ſich haben darauf einlaſſen können, über freundſchäftlich vorgelegte Zweifel Erklärungen

zu geben, ſo war es Ihnen in dem Augenblicke, da man glaubte, man dürfte Sie Ihnen als Entſcheidungen vorſtellen, nimmer möglich, darauf zu antworten, ohne Ihrer Ehre nachtheilig zu handeln, und Sie konnten dieſe Entſcheidungen nicht zu laſſen, weil Sie glaubten:

„ Daß weder die Eigenſchaft eines Churfürſten noch die eines der vornehm„ſten Reichsſtände Sr. Majeſtät, das Recht geben könnten, ſich als Richter „eines Ihrer Nebenſtände aufzuwerfen.„

Seine Preuß. Majeſtät ſchienen gleichwohl eine umſtändlichere Antwort auf Ihren vorletzten Aufſatz zu erwarten und erklären, zugleich in den letzten:

„ Daß Sie nicht begehren, ſich als Richter und Vormund Ihrer Mitſtän„de aufzuwerfen.„

Ihro Majeſtät, die Kaiſerinn Königinn ſchicken ſich willig an, Sr. Preuß. Majeſtät, die umſtändliche Antwort würklich mitzutheilen; es war ſelbige gleich nach dem man den vorletzten Aufſatz erhalten hatte, aufgeſetzt, die Ueberreichung deſſelben aber blos aus obgedachten Gründen verſchoben worden.

Man glaubt in dieſer Zergliederung des vorletzten Aufſatzes Sr. Preuß. Majeſtät erwieſen zu haben, daß der ganze Innhalt davon, ſo wie das was im letzten Aufſatze wiederholt worden iſt, **von der bekannten Unzulänglichkeit der Anſprüche des Hauſes Oeſterreich, der ungerechten und gewaltſamen Unternehmungen, von einem mit Gewalt erzwungenen Vergleiche, von offenbaren Uebertrettungen der goldnen Bulle, des Weſtphäliſchen Friedens**, u. ſ. w. ſich nur auf ſolche Sätze gründet, welche weder der That, noch dem Rechten nach beſtehen.

Eben ſo verhält ſichs mit dem im letzten Aufſatze enthaltenen Sätzen:

Daß des Reiches Oberhaupt, nach einer bisher im deutſchen Staatsrechte unbekannten Jurisprudenz, **nur das erſte Glied des Reiches ſey**

Daß dieſes Oberhaupt die ungerechte Zerſtückung von Baiern zum Beſten ſeines Hauſes befördere.

Daß er durch ſeine beſondern Völker viele Hauptheile dieſes Herzogthums beſetzen laſſe.

Daß

Daß er Sie für Sich eigenmächtig als offene Lehen e. k. äre.

Daß er mit ſolchen ohne Zuziehung des Reiches wider den Inhalt des 3. und 11ten Artikels ſeiner Capitulation ſchalte u. ſ. w.

Ihro Kaiſerl. und Königl. Majeſtäten muſten dergleichen Aufbürdungen empfindlich fallen, welche den Geſinnungen mit denen Sie Sich bisher von Sr. Pr. Majeſt. ſchmeichelten, eben ſo ſehr zuwider, als von den Grundſätzen und der Gedenkungsart entfernet ſind, von denen Sie zu allen Zeiten Proben gegeben zu haben glauben. Indeß werden Sie nur mit Wahrheiten und mit Thatſachen die öffentlich bekannt ſind, darauf antworten.

Jederman weiß, daß die goldene Bulle die Churfürſten namentlich berechtig, Reichsprovinzen erwerben zu können, es geſchehe dieß durch Kauf oder auf eine andere Weiſe; man braucht hiezu nicht die beſondere Einwilligung des Kaiſers, und alle Reichsſtände haben ungezweifelt das Recht ſich über Streitigkeiten in Erbfolgefällen vereinigen zu können.

Sr. Majeſtät der Kaiſer, als Oberhaupt des Reichs, hat folglich der zwiſchen der Kaiſerin Königin und den Herrn Churfürſten von der Pfalz gepflogenen Unterhandlung keine Hinderniſſe in den Weg legen können; allein nichts iſt dabei vorgefallen, daß Sr. Kaiſerlichen Majeſtät eigenmächtig befördert hätte.

Es ſind nicht viele Haupttheile des Herzogthums Baiern, ſondern blos neuerworbene Reichslehen, die ausdrücklich in dem Patente vom 16ten Januar dieſes Jahrs bemerkt ſind, welche der Kaiſer in Beſitz genommen hat, und dieß nicht mit fremden, ſondern mit Creißvölkern. Ihro Majeſtät thaten hiebei nur ihren Pflichten, die Ihnen ihre Capitulation Art. 11. §. 11. auflegt, ein Genüge; auch haben Sr. Kaiſel. Majeſtät nicht eigenmächtig für ſich dieſe neuerworbenen Lehen für offen erklärt, da Sie dieſelben in dem Augenblicke des Ablebens des letzten Churfürſten von Baiern, der Sache und dem Rechte nach, offenbar als ſolche befunden haben. Weil Sie ungezweifelt offen waren, ſo thaten Sr. Churfürſtliche Pfälziſche Hoheit durch Circularbriefe an alle ihre Mitſtände die Anſuchung, daß Sie ſich mit Ihnen vereinigen möchten, um die Erneuerung der Belehnung zu erhalten. Und ohne Zweifel haben Se. Preußiſche Majeſtät ſie auch wirklich für

offen

offen gehalten, da Sie glaubten, mit ihren guten Dienſten, eine gedruckte Deduction, die zu Schwerin den 28ten Hornung erſchienen war, unterſtützen zu können. Sie führet den Titel: vorläufige Darſtellung des Rechts des Durchl. Herzoglichen Mecklenburgiſchen Hauſes von dem durch das Abſterben des Durchl. Churfürſten und Herrn, Herrn Maximilian Joſephs zu Baiern **gegenwärtig erledigten und dem Reich eröfneten Lehen eines oder das andere in Specie der Landgrafſchaft Leuchtenberg** von Sr. Kaiſerlichen Majeſtät Allerhöchſt und dem Reiche allerunterthänigſt zu verlangen und zu gewärtigen.

Endlich hat der Kaiſer nicht nur nichts weiters mit den beſagten offenen Lehen ohne Zuziehung des Reichs wider den Inhalt des 3 und 11 Artikels ſeiner Capitulation vorgenommen, ſondern es iſt noch gar auf keine Weiſe etwas damit vorgenommen worden. Ihro Majeſtät haben vielmehr feierlich, theils durch Ihr Patent, von dem oben die Rede war, theils durch ihr Reſcript an Ihro Hauptcommißion beym Reichstage unter dem 17ten Jenner feierlich erklärt: daß weder der Actus der Beſitznehmung die ihrer Capitulation zufolge an den neuerworbenen Lehen ausgeübt worden iſt, noch die Verwaltung die man ſodann daſelbſt eingeführet hat, jemand einen Nachtheil bringen ſollten, wer daran gegründete Forderungen haben könnte, und daß ein jeder dießfalls gehört nnd befriediget werden würde von Rechtswegen.

Alle die Sätze auf welche man geantwortet hat, ſcheinen alſo Folgerungen geweſen zu ſeyn, die aus angeblichen Thatſachen und Rechten gezogen worden ſind, und welche man richtig zu ſeyn geglaubt hat, die ſich aber würklich nicht alſo befinden. Und da Ihro Kaiſerl. Majeſtät aufrichtig wünſchen, daß die verdrüßliche Verſchiedenheit der Meinung welche die Folge davon geweſen iſt, ſich vereinigen laſſen möge, ſo glauben Sie, Sie müßten nochmahl den wahren Zuſtand der Sachen und ihrer Abſichten zu dieſem gewünſchten Endzwecke zurücke rufen.

Der Durchl. Churfürſt von der Pfalz, iſt mit dem Vergleiche, den er mit Sr. Majeſtät der Kaiſerinn Königinn gemacht hat, nicht unzufrieden.

Die Forderungen des Herrn Churfürſten von Sachſen, welche Sr. Majeſtät nicht geſonnen ſind, zu hindern, da ſolche nur in ſo ferne zu betrachten, als Sie ſich auf den Theil der baieriſchen Verlaſſenſchaft gegründet finden, der Ihnen

nen durch Ihren Vergleich mit dem Herrn Churfürſten von der Pfalz zugefallen iſt; in dieſer Abſicht werden Ihm Ihro Majeſtät an den Beweiſen, die davon werden gegeben werden können, nichts zu vermiſſen übrig laſſen. Und in allen dem übrigen, das nur die Erbenden Agnaten des erſten Erwerbers angehen kann, werden Ihro Majeſtät durch ihre guten Dienſte alles dazu beytragen, was eine gütliche Vergleichung auf eine billige Weiſe wird beſchleunigen können; Sr. Churfürſtl. Hoheit von Sachſen haben bisher beſtändig erklärt, hierzu geneigt zu ſeyn, und es ſcheint es ſey dieß alles was man dießfalls von Sr. Majeſtät verlangen kann.

Das Haus Mecklenburg verlangt eins und das andere, von den durch den Tod des letzten Churfürſten von Baiern eröfneten Reichslehen. Es verlangt alſo nichts an Sr. Majeſtät der Kaiſerinn Königinn, hat auch nichts zu verlangen. Ihro Majeſtät werden gerne alles das genehmigen, was der Kaiſer und das Reich ihm werden verwilligen können, und es folget alſo, daß zwiſchen Ihnen und dem Hauſe Mecklenburg keine Streitigkeit iſt.

II. Es iſt alſo nur noch allein, der Herzog von Zweybrücken übrig. Unſtreitig wird dieſer Fürſt das Recht zu handeln und Forderungen zu machen, alsdenn haben, wann die Pfälziſche Sulzbachiſche Linie erloſchen, und die Erbfolge auf die Zweybrückiſche gekommen ſeyn wird. Während dem, daß die wirklich regierende Linie noch vorhanden iſt, ſo hat Sie das Recht in Abſicht auf ihre Beſitzungen alles, was den Geſetzen und der Verordnungen des Reiches nicht zuwider iſt, vorzunehmen.

Gleichwohl haben Ihro Majeſtät, ſchon feyerlich auf dem Reichstage erklären laſſen, daß Sie dem ohngeachtet bereit wären, die Hände zu bieten, damit dieſer Streit unterſucht, und gleich jetzt geſetzmäſſig entſchieden werden möchte. Und damit man ja nicht zweifeln möge, daß dieß nicht würklich Ihre Abſicht ſey, ſo laden ſie ſelbſt den Herzog von Zweybrücken, nach der durch die Geſetze und Verordnungen des Reiches vorgeſchriebenen Weiſe ein, die Beſchwerden und die Rechte die er dazu haben glaubt, vorzubringen, damit die Anſprüche Ihro Majeſtät, zugleich mit den Rechten der künftigen Erbfolge der Zweybrückiſchen Linie möchten unterſucht, die beyden Fragen auf einmal genau entſchieden, und die Vollziehung des Urtheils endlich dem Kaiſer und dem Reiche aufgetragen, und auf allen Fall von auswärtigen, darum erſuchten Mächten, garantirt werden.

Es folgt alſo aus dem was ſchon oben da war, daß der Herr Churfürſt von der Pfalz mit der Verhandlung nicht unzufrieden iſt, welche er einzugehen für gut befunden hat.

Daß einem billigen Vergleich, wegen der Allodialanſprüche des Herrn Churfürſten von Sachſen nichts im Wege ſtehe.

Und daß, was den Herrn Herzogen von Zweybrücken anbelangt, eine geſetzmäſſige Entſcheidung dem Streite ein Ende wird machen können, welchen er zu erheben für gut befunden hat. Und vermittelſt dieſem ſcheint dennoch, daß alle Wege der Vereinigung ſich offen finden, und daß man hoffen ſollte, man würde endlich einmahl die verdrüßliche Verſchiedenheit der Meynung die ſich bis hieher erhalten hat, ſo wie alles dieß was davon die Folge war, aufhören ſehen.

Ihro Majeſtät finden ein Vergnügen ſich damit zu ſchmeicheln, und Sie wünſchen es um ſo vielmehr, da die Verſicherung welche Sr. Preuß. Majeſtät, Ihnen gegeben haben, Ihren Wünſchen und Abſichten vollkommen gemäß iſt, daß die Erhaltung der allgemeine Ruhe und inſonderheit des guten Vernehmens zwiſchen beyden Höfen Ihnen nicht weniger, als Sr. Majeſtät der Kaiſerinn Königinn am Herzen liege. Wien, den 7ten May 1778.

(unterſchrieben)
Kaunitz Rietberg.

VIII.

VIII.

Umſtändliche Antwort

des

Wiener Hofes

vom 7 Mai 1778.

als eine Zergliederung des Aufſatzes

des

Berliner Hofes

vom 9ten Merz

nebſt

der Gegenantwort

dieſes letzten Hofes auf die Zergliederung.

Aufſatz, welchen der Baron von Riedeſel zu Wien, den 9ten März 1778. überreicht hat.

Man hat hie nur den Anfang und das Ende der Stellen aus dem Aufſatze angeführt, auf die ſich die Antworten beziehen, damit man nicht den oben Seite 9. ganz eingerückten Aufſatz hier abermals abzudrucken nöthig haben möchte.

Memoire des Freyh. von Riedeſel.

Der König in Preußen — — dieſelben vielmehr dadurch beſtärkt, und ſelbſt in Wirklichkeit verändert haben.

Antwort des Hofes zu Wien.

* Man konnte keine ſolche Würkung der Note vom 16ten Februar. von der hier die Rede iſt, erwarten, und man glaubt immer noch, man habe Urſache zu denken, ſie würde die Würkung herfürgebracht haben, zu deren Herfürbringung ſie beſtimmt war, wenn man die darinnen enthaltenen Erklärungen, mit ruhigen Geiſte erwogen hätte. Dies iſt die Abſicht, warum man ſich vermüßigt zu ſeyn glaubt, Sr. Preuß. Majeſtät letzten Aufſatz zu zergliedern, und es ſcheint, daß die weitern Erklärungen, zu welchen dieſe Zergliederung die Veranlaſſung geben wird, die Sachen endlich darſtellen werden, wie ſie würklich ſind, nicht aber, was ſie zu ſeyn geſchienen haben.

Memoire des Freyh. von Riedeſel.

Der Vergleich welchen der Herr Churfürſt von der Pfalz — — an der Baieriſchen Erbſchaft.

Antwort des Hofes zu Wien.

* Betrachtet man den Satz: daß die Gültigkeit eines Vergleichs von der Gültigkeit der Anſprüche abhänget, allgemein; ſo iſt er nicht richtig; denn nur über beſtrittne und zweifelhafte Rechte pflegt, man Vergleiche einzugehen. Wenn man aber auch dieſen Satz für richtig halten wollte: ſo würde daraus nichts anders folgen, als daß der Vergleich nicht gültig wäre, wenn die Anſprüche, die den Vorwurf davon ausmachen, nicht gegründet ſind.

* Nun kann dies blos durch einen Vergleich zwiſchen den Intereßirten Partheyen, oder durch den Ausſpruch eines rechtmäſſigen Richters entſchieden werden, wenn die Partheyen ihre Streitigkeiten nicht gütlich ausmachen wollen. In dem Falle, von dem gegenwärtig die Rede iſt, haben, die Kaiſerinn Königinn und der Herr Churfürſt von Sachſen, als die einzigen würklich intereſſirten Partheyen die Gültigkeit Ihrer reſpectiven Anſprüche durch einen Vergleich entſchieden, und es ſcheint folglich, daß keiner Ihrer Mitſtände befugt ſeyn könne, das zu hindern, wor-

Gegenantwort des Hofes zu Berlin.

* Der Berliener Hof hat die ſowohl in der Note des Wiener Hofs unter dem 16ten Februar, als die in gegenwärtiger Antwort enthaltenen Aufklärungen ruhig erwogen, und da dieß ohne Vorurtheil und Partheilichkeit, wozu kein Grund vorhanden wäre, geſchehen iſt; ſo glaubt er die Sachen ſo anzuſehen, wie ſie würklich ſind; allein er hat in den gedachten Aufklärungen nichts finden können, welches bey ihm eine Veränderung der Geſinnungen, die in ſeiner Note vom 9ten Merz angezeigt ſind, herfür bringen könnte.

* So lang man die Billigkeit achten will; ſo lange muß man dieſen Satz in allen Fällen der Verträge zulaſſen, in welchen man zur Grundſtütze die Gerechtigkeit gewiſſer Anſprüche angenommen hat. Es iſt dieß der Fall mit dem Vertrag vom 3ten Jenner und der Beweisgrund, den man in der Note vom 9ten Merz in ſchonenden Ausdrücken hat gültig machen wollen, iſt eben der, den man hier nach der Antwort des Wiener Hofes erneuern muß, nemlich: daß der Vergleich vom 3ten Jenner nicht gültig iſt, weil man darinnen den Herrn Churfürſten von der Pfalz gezwungen hat, Anſprüche für gegründete zu erkennen, die es nicht ſind.

* Man könnte dieſen Grundſatz annehmen; allein es iſt hier von ſeiner Anwendung die Rede. Jhro Majeſtät die Kaiſerinn Königinn haben Jhre Anſprüche nicht von dem rechtmäßigen Gerichte beurtheilen laſſen. Sie haben ſich blos mit einem intereßirten Theile, den Churfürſten in der Pfalz, und dieß auf eine Weiſe verglichen, an der man vieles zu

worüber die contrahirenden Partheyen ſich zu vergleichen berechtigt waren, und was Sie dem zu Folge würklich abgeſchloſſen haben; noch weniger kann einer von den Mitſtänden ſagen: daß keiner von den Anſprüchen Ihro Majeſtät der Kaiſerinn Königinn im geringſten beſtehen könne.

Memoire des Freyh. von Riedeſel.

Dieſe Anſprüche ſind in der Circularnote — — — — von Seiner Gemahlin Maria Anna, Prinzeſſin Tochter Wilhelms des 5ten Herzogs von Baiern.

Antwort des Hofes zu Wien.

* Es war nur blos eine Folge der Achtung, welche Ihro Majeſtät bey dieſer Gelegenheit gegen die freundſchaftlich geſinnten Höfe geäuſſert haben, daß Sie dieſe Circularnote, die ſich auf eine bloſe Anzeige der Grundſätze und der Vorwürfe des mit dem Herrn Churfürſten von der Pfalz geſchloſſenen Vergleichs einſchränket, haben austheilen laſſen. Die freundſchaftliche Erklärungen, auf die ſich Ihro Majeſtät, ſeit dem mit Sr. Preuß. Majeſtät, eingelaſſen haben, zeigen hinlänglich, daß Sie nicht abgeneigt ſind, Ihre Rechte und die Beweiſe, auf welche ſie ſich gründen, der ganzen Welt vorzulegen.

Memoire des Freyh. von Riedeſel.

Der erſte Anſpruch iſt der wichtigſte und ſo ſtark, daß alles das übrige von der Entſcheidung deſſelben abhängt.

Antwort des Hofes zu Wien.

* Da die Anſprüche Ihro Majeſtät, auf einige Theile der Baieriſchen Verlaſſenſchaft ihrer Natur, ihrem Urſprung und ihrem Grunde nach, verſchieden ſind, ſo wird man ſchwerlich beweiſen können, daß die Entſcheidung des einen die Entſcheidung aller der andern nach ſich ziehe. Man wird auch bemerken, daß man in der erſten Note, die in der Oberpfalz gelegenen Kronlehen als den Hauptgegenſtand vorgeſtellt hatte, und man hat ſogar zu dieſer Unterſuchung einen beſondern Aufſatz beſtimmt, gegenwärtig aber läßt man ihn von einem ganz andern und beſondern Punkt abhangen, nemlich: von der Beſetzung einiger Diſtrikte in Niederbaiern.

Memoire des Freyh. von Riedeſel.

Dieſer Ausſpruch ſcheint — — in der Note vom 16ten Februar in Zweifel ziehen.

Antwort des Hofes zu Wien.

* Es ſcheint, man habe ſich in dieſe ganze hiſtoriſche Unterſuchung nur deswegen eingelaſſen, damit man folgenden Einwürfen Kraft geben möge: Nach dem Vertrag von Pavia haftet auf

Gegenantwort des Hofes zu Berlin.

erinnern hätte. Sie haben nicht mit allen pfälziſchen Fürſten, nicht mit dem Churfürſten von Sachſen, nicht mit allen Reichsſtänden tractirt, welche bey der Vertheilung der baieriſchen Erfolge ſowohl fürs gegenwärtige, als fürs künftige intereßirt ſind, und welche einen unerſetzlichen Nachtheil, ſowohl in Abſicht auf ihre Rechte, als auch ihre Sicherheit leiden würden, wenn ein ſo auſſerordentlicher Vergleich ſtatt finden ſollte. Es ſind daher alle Fürſten und Stände berechtigt, ſolchen zu hindern und ihre Meinung über die Anſprüche Sr. Majeſtät der Kaiſerinn Königinn zu äuſſern.

* Sr. Preußiſche Majeſtät haben ſowohl die Circularnote als die in der Note vom 16ten Februar enthaltenen Erklärungen mit Dank und als ein Zeichen der Achtung Sr. Majeſtät der Kaiſerinn Königin angenommen; allein Sie haben bedauern müſſen, daß Sie darinnen keine überzeugende Erklärung der Rechte und der Beweiſe finden konnten, auf die Dero Anſprüche auf Baiern ſich gründeten. Man würde dieſe Beweiſe noch nicht wiſſen, wenn man von ſolchen nicht eine ſeichte Anzeige in einer Schrift ohne Namen fände, die erſt vor kurzen in Wien erſchienen iſt. Es ſcheint gleichwohl, daß wenn man ein groſſes Herzogthum, der öffentlichen Stimme von ganz Deutſchland zuwider, erwerben will, man dem Publikum, und fürnemlich den benannten intereßirten Partheyen die Beweiſe ſeiner Anſprüche bey Zeiten hätte mittheilen können und ſollen, dieß iſt gleichwohl die fünf Monate über, da man von Baiern Beſitz genommen hat, nicht, ſondern erſt vor ein paar Wochen, in obgedachter Schrift ohne Namen geſchehen.

* Wann man bewieſen hat, daß zu allen Theilen von Baiern und beſonders zu Niederbaiern, dem pfälziſchen Hauſe, welches mit dem erloſchnen Hauſe Baiern von dem erſten gemeinſchaftlichen Erwerber abſtammt, ausſchlieſſungsweiſe zugehört, ſo glaubt man ſagen zu können, daß die Entſcheidung dieſes Beweiſes auch die Entſcheidung aller beſondern Anſprüche aufhebe, welche andere an dieſe Erbfolge formiren können. Sonſt macht Niederbaiern ohne Widerſpruch den Hauptgegenſtand Sr. Majeſtät der Kaiſerinn Königin aus.

Der Berliner Hof hat in ſeiner erſten Note die böhmiſchen in der obern Pfalz gelegenen Kronleben nicht als den Hauptgegenſtand vorgeſtellt. Er hat nur die Ordnung befolgt, welche der Wiener Hof in ſeiner Circularnote beobachtet hat.

* Man hat geglaubt, man müſſe ſich in dieſe hiſtoriſche Unterſuchung, wiewohl auf die möglichſt kürzeſte Weiſe einlaſſen, um zu beweiſen, daß ein Land, welches dem ganzen baieriſchen und pfälziſchen Hauſe, wegen ſeiner gemeinſchaftlichen Abſtammung von den Er-

wer-

Baiern und auf den beyden Pfalzen, ein unveräuſſerliches und unzertrennliches Fideicommiß eine kaiſerliche Anwartſchaft kan ſie alſo nicht zerſtücken.

* Um hierauf gehörig zu antworten, wird man anfangen zu bemerken, daß die Theilung 1310. durch den Vertrag von Pavia welcher kaum 3 ganze Jahre beſtanden hat, nicht erneuert worden iſt, auch nicht hat erneuert werden können. Gleich mit dem Jahr 1313. ſind die beyden Brüder durch einen neuen Vertrag zum gemeinſchäftlichen Beſitz ihrer Staaten gelangt. Im darauf folgenden Jahr bewürkte der berüchtigte, durch die Wahl Ludwigs, der zum römiſchen König gewählt worden war, verurſachte Streit die Landesverweiſung Rudolphs, und endigte ſich mit dem Tode des letzten im Jahr 1319. Es war alſo nur 10 Jahre nach dieſer Zeit, als der Kaiſer Ludwig den Kindern Rudolphs zu verzeihen, ſich entſchloß, und daß durch den Vertrag von Pavia, vom Jahr 1329. er ihnen einen Theil der Staaten anwies, die er bisher alleine beſeſſen hatte.

* Das Inſtrument dieſer Theilung iſt, ſo viel man weiß, noch nie nachdem Original bekannt gemacht worden. So viele Veränderungen die ſich an den entſtellten Theilen in den Auszügen finden, welche verſchiedene Schriftſteller davon gegeben haben, ſo findet man gleichwohl nirgends die geringſte Anzeige von Clauſuln oder Bedingungen, aus denen man auf **ein unveräuſſerliches und unveränderliches Fideicommiß** den Schluß machen konnte.

* Aber geſetzt das Original enthielte würklich ſolche Clauſeln, ſo iſt es doch in den Rechten gegründet, daß ein Vergleich ſeine Kraft verliehrt, wenn die Contrahenten entweder durch eine ausdrückliche Einwilligung oder ſtillſchweigend, und durch ihr eigenes Thun ſolches beſchloſſen haben. So verhält ſichs vollkommen mit dem Vergleich von 1329, und um nur von einigen Umſtänden zu reden, welche man darinnen berichtigt worden zu ſeyn glaubt, ſo wird man bemerken, daß der Artickel von einem **wechſelſeitigen Beyſtand,** zum öftern aus den Augen gelaſſen worden iſt: daß man auch dieſen: **nie etwas abzutretten, noch zu verkauffen noch ſonſt zu veräuſſern,** ebenfalls nicht beobachtet, und daß man ſich endlich gleich im Anfange von dem vornehmſten unter allen, nemlich von der angeblichen **abwechſelnden Erbfolge in der Churfürſtenwürde und in allen Ihren Staaten** entfernet hat. Dann wie kann man den zwiſchen dem Kaiſer Carl den 4ten und der Prinzeſſin Anna geſchloſſenen Heyrathscontract mit dieſem letzten Artickel vereinigen. In dem Contracte wurde ausbedungen, daß wenn der Vater dieſer Prinzeſſin der Pfalzgraf

werbern zugehört, nach den Lehenſyſtem und nach dem Vertrag von Pavia weder durch eine Anwartſchaft oder kaiſerliche Belehnung, noch durch den Vergleich eines beſondern Gliedes des pfälziſchen Hauſes zerſtückt werden könne.

* Dieſe Anmerkung ſcheint ſich auf die Frage gar nicht zu ſchicken, ſie gibt ſchlechterdings keinen Schluß ab, und iſt in ſich ſelbſt nicht gegründet. Es iſt ſicher, daß die Brüder Ludwig und Rudolph eine Theilung ihrer Staaten im Jahr 1310 vorgenommen haben, und daß Ludwig und die Abkömmlinge Rudolphs eine neue Theilung durch den Tractat von Pavia 1329 veranſtalteten. Sind dieſe Theilungen verſchieden geweſen, ſo hat die letzte gleichwohl gedient, die erſte den Inhalt und den Weſen nach, zu erneuern.

* Man findet den Tractat von Pavia vom Jahr 1329 in der baieriſchen Geſchichte des Archivars Aetenckhover nach dem Exemplar der baieriſchen Archive abgedruckt, wovon man unten Num. 13 eine Abſchrift unter den rechtfertigenden Schriften eingerückt leſen wird. Auch iſt er nach einer Abſchrift der pfälziſchen Archive in den Commentar über die goldene Bulle des Herrn von Ohlenſchläger. Man hat nicht Urſache an der Richtigkeit dieſer zwey gedruckten Exemplarien zu zweifeln; würde ſich was dagegen finden, ſo würde der pfälziſche Hof die Wahrheit an den Tag bringen können und auch wollen.

Es iſt ſeltſam, daß der Wiener Hof in dem Tractate von Pavia kein Anzeichen einer Clauſul oder Bedingung finden kann, woraus man auf die Einführung eines unveräuſſerlichen und unzertrennlichen Fideicommiſſes ſchlieſſen könnte. Es iſt darinnen ausdrücklich in den Stellen, die mit verſchiedenen Caractern bezeichnet ſind, ausbedungen: **daß wenn eine der contrahirenden Partheyen ohne Erben ausſterben würde, ſo ſollten deren Staaten und Länder und die Churfürſtenſtimme auf die andere Partheye und auf ihre Erben zurück fallen; daß keine der beyden Partheyen von ihren Staaten, Gütern und Veſtungen etwas verkaufen, verpfänden oder vertauſchen ſoll; daß das ſchwerſte Theil der Erbſchaft, die Churfürſtenwürde, gemeinſchaftlich bleiben, und daß die Unterthanen des, dieſen Vergleich brechenden Zweiges, dem verletzten Zweige gehorchen ſollen.** Jeder unbefangener wird erkennen, daß dieſe Bedingung wenn auch ſchon die zu dieſer Zeit wenig gebrauchten Ausdrücke eines **Fideicommiſſes** und einer **Gemeinherrſchaft** nicht ausgedruckt ſind, ſie gleichwohl allen Nachdruck und alle die Eigenſchaften derſelben in ſich faſſe; weil die contrahirenden Fürſten die wechſelſeitige Erbfolge in ihren Staaten nicht nur allein für ſie, ſondern auch für ihre Erben einander verſprechen und ſich beyderſeits alle Veräuſſerung verbieten.

* Es iſt ein neuer und unzuläſſiger Grundſatz der Jurisprudenz, welchen der Wiener Hof in andern Fällen gewiß nicht wird zulaſſen wollen, daß ein Vertrag ſeine Kraft verliehrt, weil er von der einen oder der andern contrahirenden Parthey nicht allemahl in allen Fällen genau beobachtet worden iſt. Die angeführten Beyſpiele Kaiſer Carls des 4ten und des von dem pfälziſchen Hauß 1640 behaupteten Satzes beweiſen nur Verſuche, die der Richtigkeit der Sache und der Gerechtigkeit zuwider, bey Gewiſſen Gelegenheiten und in beſondern Abſichten gemacht worden ſind, die aber weiter keine Folgen und keine Würkung gehabt haben. Es iſt genug, wie man ohne Widerſpruch bewieſen hat, daß der Vertrag von Pavia von einem Kaiſer mit Genehmigung aller Churfürſten gemacht worden iſt, deren Einwilligungsbriefe gedruckt ſind, daß er ſeit der Zeit, da er abgeſchloſſen war, bis an das Ende des vorigen Jahrs, bey aller Gelegenheit von dem Häuptern und Fürſten der beyden Häuſer Baiern und Pfalz, als einer pragmatiſchen Sanction und als ein Grundgeſetz ihres Hauſes angeſehen und angeführt worden iſt, und daß man ihn als einen ſolchen in einer Menge von Familienvertragen von 1524. 1724. 1746. 1766. 1771. erneuert hat. Von dem vom Jahr 1766. findet ſich unter den rechtfertigenden Schriften Num. 15. eine richtige Abſchrift; es iſt alſo

e ſehr

Antwort des Hofes zu Wien.

graf Rudolph ohne männliche Erben ſterben ſollte, deſſen Staaten auf ſeine Tochter kommen würden. Es muß alſo der Vertrag von Pavia dergleichen Bedingungen nicht enthalten haben, oder er muß gleich nach ſeiner Abſchlieſſung durch Handlungen, die ſeinen Inhalte zuwider waren, ungültig geworden seyn. Auch hat das pfälziſche Hauß in ſeinem Manifeſte von 1637 behauptet, daß der Vertrag von Pavia niemals würkſam geweſen ſey. In einem andern Mannifeſte von 1640. giebt es ſolchen für einen Vertrag an, der eigenmächtig errichtet worden iſt, und bey dem ſich die Genehmigung des Reichs nicht vorfindet. Man kann alſo mit Grund auf den Vertrag von Pavia anwenden, was man von den beſondeen im Jahre 1631 und 1706 ertheilten Belehnungen ſagt, und dem zu Folge ihn den Charakter, eines kurz dauernden und unbeſtändigen beylegen.

Memoire des Freyh. von Riedeſel.

Dieſer ausgegangene Vergleich von Pavia — — und namentlich in den Jahren 1425, 1524, 1724. 1746 und 1766.

Antwort des Hofes zu Wien.

* Man zweifelt, daß die beyden Linien im Jahr 1425. ihre Familien Verträge erneuert haben, da ſich auf eben dieſes Jahr die Begebenheit mit der Straubingiſchen Linie beziehet. Was den Vertrag von 1524. anlangt; ſo hat das pfälziſche Hauß in dem obig angeführten Manifeſt von 1640. bewieſen, daß darinnen nur die Rede von einer Erneuerung der Freundſchaft war, nnd daß er den Traktate von Pavia kein neues Gewicht geben konnte, indem die Beſtättigung, ja nicht mehr Kraft hätte, als die beſtättigte Sache ſelber. Dieſer damals von dem Pfälziſchen vor den Augen der ganzen Welt behaupteter Grundſatz, kann auch auf die andern Vergleiche die man anführt angewendet werden.

Memoire des Freyh. von Riedeſel.

Sie ſucht folglich in ihren Bedingungen — — ſeiner Linie

Antwort des Hofes zu Wien.

* Man giebt hiezu, daß der Kaiſer Ludwig im Jahr 1329 zur Zeit des Tractes von Pavia **Niederbaiern** nicht beſaß, weil er es mit ſeiner Linie erſt im Jahr 1340. vereinigte. Es iſt ferner aus der Geſchichte bekannt, daß die beſondern Herzoge dieſer Provinz nicht mit unter den contrahirenden Partheyen bey dieſem Traktate geweſen ſind, und daß die Pfalzgrafen bey Rhein, welche die älteſten Zweige des ganzen Hauſes vorſtellten, da jener ihrer männliche Nachkommenſchaft erloſch, die Erbfolge dieſes Herzogthums ſuchten.

Allein Kaiſer Ludwig vereinigte ſie mit ſeinen andern Staaten, ohne auf ihre Forderungen zu achten; alle dieſe Umſtände beweiſen klar, einmal, daß das Her-

ſehr unbillig, daß man ihn hier für einen kurzdauernden und unbeſtändigen Vergleich angeben will.

* Man will nicht entſcheiden, ob die beyden Häuſer ihre Familienvertäge im Jahr 1425. wie man davon eine Citation gefunden hat, erneuert haben, allein es iſt ganz ſicher, daß in der 1524 geſchloſſenen Vereinigung, man den Traktat von Pavia von 1329 namentlich hervörgefordert und beſtättigt hat, wie man dieß aus der Vereinigung vom Jahr 1524 welche der Profeſſor Wedekind aus den pfälziſchen Archiven in einer gedruckten Streitſchrift bekannt gemacht hat, ſehen kann. Es iſt dort alſo die Rede nicht von einer bloſen Erneuerung der Freundſchaft, und der wechſelſeitige Erbfolgpunkt iſt darinnen als eine Sache angeſehen werden, die ſich von ſelbſt verſtunde. Dieſe Erneuerung des Traktats von Pavia iſt in dem unten Num 15 angehängten Vertrag von 1766 auf die deutlichſte und feyerlichſte Weiſe ausdrücklich und vorzüglich zum Artickel der wechſelſeitigen Erbfolge gemacht worden. Man braucht nicht zu unterſuchen, ob dieſe Erneuerungen des Traktats von Pavia mehr Nachdruck gegeben haben, und es iſt genug, daß ſie ihm eine neue Stärke gaben, und zum fortwährenden machten.

* Dieſer ganze Schluß der für die Forderung des Wiener Hofes vorzüglich ſtark iſt, verliehrt aus folgenden Gründen ſeine völlige Stärke. In den Jahren 1329. 1340. 1425. 1777 und zu aller Zeit gehörte allen Fürſten des baieriſchen und pfälziſchen Hauſes unabhängig von dem Traktate von Pavia, den Lehenrechte nach, und wegen des Rechts der Blutsfreundſchaft und ihrer gemeinſchäftlichen Abſtammung vom erſten Erwerber die Erbfolge von Niederbaiern. Es würde alſo gleichgültig ſeyn, ob die Herzoge von Niederbaiern im Jahr 1329 an der Abſchlieſſung des Traktats von Pavia Antheil genommen hätten, oder nicht. Es iſt genug, daß alle pfälziſche und baieriſche Prinzen dieſen Erbfolgstraktat für alle ihre Länder abgeſchloſſen haben, unter welchen ſie auch nothwendig dieſe begreifen mußten, deren Erbfolge Ihnen ſchon durch die Geſetze und das Recht der Blutsfreundſchaft und Anverwandtſchaft verſichert war, in welchen ſie auch würklich in der Folge einrückten und hiedurch die Bedingungen des Traktates von Pavia mit hinüber brachten. Ein ungezweifelter Beweiß, daß dieß ihre Abſicht war, und daſi die nehmlichen Prinzen die den Traktat von Pavia geſchloſſen und 1340 auf die Herzoge von Oberbaiern die Erbfolge von Niederbaiern gebracht, auch den Pfalzgrafen die allenfalſige Erbfolge davon verſichert haben, findet ſich unten Num. 14 in dem Jngolſtädter Vertrag von 1348 wovon das Original zu München vorhanden iſt. Durch dieſen Vertrag entſagen die Pfalzgrafen zum beſten der Herzoge von Oberbaiern, gegen eine Entſchädigung von 60000 fl. dem Rechte, welches ſie auf Niederbaiern nach dem Tode ihres Vettern Heinrichs bis auf die Zeit hatten, da ihre Vettern die Herzoge von Oberbaiern erloſchen ſeyn würden, und da Niederbaiern alſo auf ſie oder ihre Erben auf den Sterbefall zurückfallen würde. Es iſt darinnen nichts entſcheidendes; die ausdrückliche Verwahrung der Erbfolge die darinnen enthalten iſt, ſo wie in den Traktate von Pavia und die Mitbelehnung, welche Kaiſer Rudolph der erſte im Jahr 1281 den beyden Söhnen Ludwigs des 2ten den Stifter der pfälziſchen und der baieriſchen Linie auf alle die baieriſchen Staaten gegeben hat, ſind hinlänglich, den beyden Linien und allen pfälziſchen Prinzen ſo lange welche vorhanden ſind, den gemeinſchäftlichen Beſitz und die Erbfolge zu verſichern. Sie zerſtören zu gleicher Zeit das Hirngeſpinſt einer Todtheilung, die einige Schriftſteller welche dem Wiener Hof ſchmeicheln, ohnlängſt ausfindig gemacht haben, um deſſen Forderung zu unterſtützen, ohne zu bedenken, daß wenn dieſer Grnndſatz richtig wäre: das Lehen von Niederbaiern dem Reiche, nicht aber dem öſterreichiſchen Hauſe ſich eröfnen würde. Endlich da die pfälziſchen und baieriſchen Prinzen, da ſie im Jahr 1340 Niederbaiern mit Oberbaiern vereinigten, in ihren Familienvertrag von 1524 und 1566 ausdrücklich den Traktat von Pavia erneuert und ihn förmlich auf alle ihre

Herzogthum Niederbaiern nicht unter der Anzahl, der in den Traktat von Pavia in Ordnung gebrachten Gegenſtände geweſen ſey; ſo dann auch, daß wenn bey ſolchen eine Clauſul geweſen iſt, die ein Fideicommiß errichten konnte, ſo konnte ſie keineswegs dieſen Theil von Baiern angehen.

Memoire des Freyh. von Riedeſel.	Antwort des Hofes zu Wien.
Es iſt eine pragmatiſche Sanction — — eben als der Kaiſer ſelbſt.	* Alles dies was eben nach hiſtoriſchen Denkmälern der Zeit, und nach den Pfälziſchen Manifeſten vom Jahr 1637

und 1640. angeführt worden iſt, beweißt hinlänglich, daß die Eigenſchaften einer pragmatiſchen Sanction und eines Grundgeſetzes der Traktate von Pavia nicht können gegeben werden, da dieſer Traktate ſonſt Niederbayern keineswegs angeht, wovon doch einzig und allein hie die Rede iſt.

* Es verhält ſich ganz anders, mit der für das Hauß Brandenburg 1473. errichteten Erbfolge Ordnung, durch welche ausdrücklich verordnet worden iſt, daß wenn auch nur ein einziger Marggraf vorhanden wäre, dieſer alle die von den drey Zweigen beſeſſenen Staaten vereinigen könnte; daß aber ſo bald zween männliche Erben im Hauſe wären, der eine das Churfürſtenthum, und der andere die in Franken gelegenen Länder beſitzen müßte. Dieſe Albertiniſche Verordnung hat nicht allein die Eigenſchaft einer wahren pragmatiſchen Sanction, ſondern auch die, einer auf die Reichsgeſetze gegründeten Erbfolge-Ordnung. Es iſt dieß eine wahre pragmatiſche Sanction, weil ſie in dieſem Hauſe, die Grundſtütze aller andern nochmaliger Vertrag und Einrichtungen geweſen iſt, weil man ſie als eine beſtändige Familien Ordnung betrachtet hat, und weil ſie zur unveränderlichen Regel in allen Erbfolge Fällen, die ſich gezeigt haben, hat dienen müſſen. Sie iſt eine auf die Reichsgeſetze gegründete Erbfolge Ordnung, da ſie von Kaiſer Friedrich den 4ten und vom ganzen Reiche beſtättigt wurde, und weil das Inſtrument der Beſtättigung vorläufig alles das, was diesfalls verändert oder erneuert werden könnte, unkräftig macht.

Dieſe Anmerkung iſt inzwiſchen nur deswegen gemacht worden, um die Verſchiedenheit zu beſtimmen, die ſich zwiſchen der Vereinigung, die nach dem Tode des letzten männlichen baieriſchen Erben gemacht worden iſt, und zwiſchen der vorfindet, welche bey der Erlöſchung der bareutiſchen Linie zum beſten der Erſtgeburt des preußiſchen Hauſes ſtatt haben könnte. Die erſte Vereinigung iſt

durch

Gegenantwort des Hofes zu Berlin.

Beſitzungen ausgedehnt haben; ſo folgt daraus: daß die wechſelſeitige Erbfolge, der gemeinſchaftliche Beſitz, die Unveräuſſerlichkeit und alle die andern Bedingungen des Traktates von Pavia, Niederbaiern ſowohl, als Oberbaiern angehen.

* Man glaubt alles das hinlänglich wiederlegt zu haben, was angeführt worden iſt, dem Traktate von Pavia die Eigenſchaft einer pragmatiſchen Sanction und eines Grundgeſetzes ſtreitig zu machen. Könnte hierüber noch der geringſte Zweifel übrig bleiben; ſo darf man nur die Familienverträge von 1524 und 1766 leſen, worinnen die beyden Familienhäupter der pfälziſchen baieriſchen Churfürſten mit ausdrücklichen Worten ſagen: daß der Tractat von Pavia das pragmatiſche Grundgeſetz ihres Hauſes und ihrer Ahnen geweſen ſey. Dieſen Prinzen kommt es zu, über die Eigenſchaft und die Natur ihrer Verträge zu erkennen.

* Dieſe Anmerkung und Vergleichung iſt hier am rechten Orte nicht. Wäre ſie auch gegründet, ſo dürfte ſie nach den Regeln des Rechts keinesweges auf die baieriſche Erbfolgsſache, zu welcher ſie gar nicht paſſet, einen Einfluß haben. Se. preußiſche Majeſtät haben ſich niemals über die Erbfolge in den anſpachiſchen und bayreutiſchen Landen auſſer ihren Hauſe erklärt. Sie glauben die Sache gehöre dem Hauſe Brandenburg, welches jederzeit berechtigt und auch in dem Beſitz war, ſeine Erbfolge als eine häußliche Sache zwiſchen ihm ſelbſt und mit Genehmigung ſeiner Glieder anzuordnen. Alleine zu Wien glaubt man alſo: man könne ſich der umſtändlichen Antwort auf alle die erborgten Behauptungen und Schlüſſe überheben, und man ſchrenkt ſich bloß darauf ein, überhaupts die Sache zu wiederſprechen. Man wird ſich niemal bereden, daß dieſe Anmerkung um einer andern als der hier angezeigten Abſicht willen gemacht worden ſey. Es iſt vielmehr offenbar und es hat ſich hinlänglich bey dem Laufe der Unterhandlung gezeigt, daß man ſie nur deßwegen gemacht hat, um Se. preußiſche Majeſtät eine Schwierigkeit aufzubringen und um ſie dadurch zur Einwilligung in die gemachte Zerſtückung von Baiern zu vermögen, und daß man dagegen ſich keinen Zweifel macht der angeblichen pragmatiſchen Sanction des Hauſes Brandenburg zuwider zu handeln. Dem ſey nun wie ihm wolle, der Schluß den man hie macht, hebt ſich durch alles das, was vorgeht, auf. Jeder Unbefangener wird ganz ſicher das ſonderbare Gleichniß, welches der Wiener Hof zwiſchen der ungezweifelten Erbfolge des Hauſes Brandenburg in ſeinen Erblanden in Franken und zwiſchen der Zerſtückung von Baiern, welche beſagter Hof, ohne irgend einen gültigen Titel vornehmen will ſicher gegen ihm ſelbſt kehren, und dies als einen offenbaren Gegenſatz des Tractates von Pavia, und des allgemeinen Reichsgeſetzes anſehen, welches nicht erlaubt, daß wenn ein Zweig eines Hauſes ausgeht, ein fremdes Haus ſich der zurückgelaſſenen Mannslehen anmaſſe, und ſie den noch vorhandenen Zweigen der erloſchenen Familie benehme, welches der gegenwärtige Fall iſt. Der Vergleich von Pavia wird allemal eine Folge des Lehnſyſtems ſeyn, weil er demſelben gemäß und die wechſelſeitige Erbfolge zweyer Linien eines Hauſes darinnen gegründet iſt: dergeſtalt daß die Erbfolge des baieriſchen und pfälziſchen Hauſes nach dem Lehenſyſtem unabhängig von den Vertrag zu Pavia ſtatt finden würde, und daß dieſer Vertrag nur das Lehenſyſtem kräftig gemacht hat. Dieß iſt es was man in der Note vom 9ten März angeführt und behauptet hat. Dieſer Grundſatz iſt durch den hier gemachten Abſchluß nicht entkräftet worden, und die Handlungen des Kaiſer Ludwigs gegen das pfälziſche Haus, deren Gerechtigkeit man hie nicht unterſuchen will, können dem öſterreichiſchen Hauſe das Recht nicht geben, Niederbaiern dem Hauſe Pfalz zu nehmen. Uebrigens wenn dieß Land den contrahirenden Partheyen bey dem Abſchluſſe des Tractats von Pavia nicht zugehört hat, ſo iſt es doch auch nicht davon ausgeſchloſſen worden. Dieſer Tractat iſt vielmehr nachher durch die Erneuerung, die man nach der Vereinigung mit Niederbaiern damit gemacht hat, ausgedehnt worden, und auch in der Zeit dieſer Wiedervereinigung haben die Prinzen der beyden Häuſer durch die von 1348 angeführte Urkunde die allenfalſige Erbfolge des pfälziſchen

durch keine Art von Geſetzen verbotten worden, dahingegen die andere den Reichsverordnungen und einer pragmatiſchen Sanction zuwider ſeyn würde, an welcher ſich nichts abändern läßt.

Memoire des Freyh. von Riedeſel.	Antwort des Hofes zu Wien.
Der Vertrag von Pavia iſt ſonſt — — bis zu Erlöſchung des andern.	* Der Vertrag von Pavia ſcheint auf keine Weiſe als eine Folge des Lehnſyſtems angeſehen werden zu können.

Der Kaiſer Ludwig der ſeinen Bruder Rudolph in die Reichsacht gethan hatte, war auf keine Weiſe verbunden, die Nachkommenſchaft dieſes abgeſetzten Fürſten, wieder einzuſetzen. That er dies gleichwol 1329; ſo geſchah es frey und mit gutem Willen. Hieraus folgt: daß die Rechte der wieder für erbfähig erkannten Linie nicht nach dem gemeinen Lehnsſyſtem, ſondern einzig und allein, nach den Ausdrücken, der durch den Traktat von Pavia gewürkten Wiederherſtellung, beſtimmt werden müſſen, und da dabey die Frage vom Niederbaiern nicht war, auch nicht ſeyn konnte, ſo war der Kaiſer berechtigt, ſich ſolches zuzueignen.

Memoire des Freyh. von Riedeſel.	Antwort des Hofes zu Wien.
Dieſe häufigen Theilungen — — fremdes Haus	* Man hat in der Note vom 16ten Februar. die häufigen zwiſchen den Bai-

eriſchen Linien vorgenommene Theilungen nur deswegen angeführt, um einen Satz in der erſten Note des Berliner Hofes zu beantworten, worinnen es hies; **Baiern wäre ein groſſes Churfürſtenthum, auf dem nachdem 25. Art. der goldnen Bulle die Untheilbarkeit hafte.** Da man die Würklichkeit dieſer Theilungen geſtehet, ſo kann nunmehr, dem mit dem Herrn Churfürſten von der Pfalz abgeſchloſſenen Vergleiche, dieſe Untheilbarkeit nicht mehr entgegen geſetzt werden. Dieſe Aufklärung antwortet auch auf die Anmerkung, daß dieſe häufigen Theilungen eine Trennung und Veräuſſerung, **einem fremden Hauſe zum Beſten**, nicht gut heiſſen können. Das Hauß Oeſterreich gründet ſein Recht nicht auf dieſe Theilungen; ſondern es beweißt nur dadurch, daß die Untheilbarkeit dem Rechte nicht kan entgegen geſetzt werden, welches daſſelbe durch die Belehnung des Kaiſers Sigismund erworben hat; ſo wie man auch nicht behaupten kan, daß durch den Tractat von Pavia auf **Niederbaiern** ein unveräuſſerliches Fideicommiß haftet, weil dieß Land damals einer Linie zugehörte, die, wie man unwiederſprechlich dargethan hat, an dieſem Traktate keinen Antheil genommen hätte.

Gegenantwort des Hofes zu Berlin.

Hauſes in Niederbaiern erkannt und beſtättiget. Dieß iſt Beweiß genug, daß weder die Aechtung des Pfalzgrafs Rudolphs, noch der Tractat von Pavia das alte Syſtem und das Erbfolgerecht des gemeinſchäftlichen pfälziſchen Hauſes in etwas verändert haben, ſondern daß dieſe Erbfolgeordnung immer die nemliche geblieben iſt.

* Jeder Unbefangener wird erkennen, daß die gemachten Theilungen in einen gemeinſchäftlichen Hauſe, wie das baieriſche und das pfälziſche iſt, keine Veräuſſerung zum beſten eines fremden Hauſes berechtigen, noch die **Untheilbarkeit** oder vielmehr die **Unveräuſſerlichkeit**, welche auf den Churfürſtenthümern nach den 25ten Artickel der goldenen Bulle haften, wegſchaffen können. Man will hier nicht unterſuchen, ob Baiern, welches ſo lange ein Churfürſtenthum geweſen iſt, und durch das Recht der Erbfolge zu aller Zeit den pfälziſchen Churfürſten gehört hat, an der Unveräuſſerlichkeit der Churfürſtenthümer nicht Theil nehmen ſoll. Auch hat man in der erſten Note Baiern nur ein Herzogthum genannt, und der Ausdruck Churfürſtenthum muſte ſich auf Churpfalz beziehen. Auch hat die Oberpfalz zur Zeit der Ausfertigung der goldenen Bulle an Churpfalz gehört, und folglich kann ſie nicht davon veräuſſert werden, wie der Kaiſer Sigismund und Se. Majeſtät die Kaiſerinn Königinn zu thun ſuchten. Um auf das zu antworten, was am Ende geſagt worden iſt, ſo kann man nur wiederholen, daß der Tractat von Pavia durch ſeine Erneuerung auch auf **Niederbaiern** ausgedehnt worden iſt, und daß unabhängig von dieſem Tractate, das unveräuſſerliche Fideicommis, zufolge des allen Linien der beyden Häuſer durch ihre Abſtammung von den Erwerbern erlangten Erbfolgerechts und durch die in der Urkunde von 1348 ſich findete Vorbehaltung des Ruckfalls ſchon auf ſolchen haftete.

* Es iſt kein würkliches **deutſches Grundgeſetz** vorhanden, welches die Einwilligung des Oberhaupts als nöthig erforderte, um die Erbfolge von einer Linie der andern zu verſichern, und welches dem Kaiſer das Recht giebt, daß wenn die Theilungen ohne ſeine Genehmigung geſchehen, er das Theil der erloſchenen Linie an ſich bringen könne. Die Sammlungen alter Gebräuche, die man zu dieſem Ende anführt, gehen Baiern nichts an, und reden auch ſonſt nur von Lehen, deren Beſitzer eine **Todtheilung** gemacht hatten. Allein ſie können nicht auf das Lehen Baiern angewendet werden, als von welchen die beyden Linien ſich ſo oftmals dem gemeinſchäftlichen Beſitz und die allenfalſige Erbfolge ſich verſichert haben. Dieß hies den gefährlichſten, den unumſchränktſten und der Erblichkeit der Reichslehen nachtheiligſten Grundſatz behaupten, welche, wann ſie von dem Kaiſer und dem Reich eimal einer Familie verliehen worden ſind, von einer Linie auf die andere nothwendig und durch das Erbſchaftsrecht übergehen. Nie hat man den Kaiſern ein ſolches Recht verwilligt, vielmehr haben ſie in ihren alten und neuen Capitulationen, Art. 1. §. 9. und Art. 11. §. 2. verſprochen, die Vereinigungen, die Erbverbrüderungen, und die Verträge der Fürſten zu handhaben, ohne ſich des Rechtes einer beſondern Beſtättigung anzumaſſen, noch auch die Darlegung deſſelben zu verlangen. Man könnte viele Urtheile anführen, durch welche die Reichsgerichte nach Familienverträgen, **die nicht beſtättigt**, und von misvergnügten Agnaten oder von **Oberherrn**, die ihre Genehmigung nicht dazu gegeben hatten, angefochten worden waren, Lehen zuerkannt haben; wie in den Fällen mit Sachſencoburg, Mümpelgard, Sain-Hachenburg, Rochefort, u. ſ. w. Die deutſchen Prinzen haben ohne Genehmigung und Zuziehung der Kaiſer eine Menge von Theilungen veranſtaltet. Die Herzoge von Baiern machten deren welche 1349. 1353 und 1393 und noch viele andere thaten ein gleiches, ohne daß die Kaiſere dabey waren, oder daß ſie ſolchen wiederſprochen hätten. Es war dieß alſo eine gewöhnliche Obſervanz im Hauſe Baiern, und dieſe Theilungen waren auch nur eine Folge und Vollziehung von der zu Pavia, die von einen Kaiſer ſelbſt veranſtaltet worden war. Wenn Kaiſer Sigismund in ſeinem Spruche 1449 ſagt: **er hätte Baiern behalten können**, ſo iſt dieß ein unbedeutende Aeuſſerung ſeines Fiſcals und ſeiner Canzley, welche

kein

Antwort des Hofes zu Wien.

Memoire des Freyh. von Riedeſel.	Antwort des Hofes zu Wien.
Man verſichert zwar — — beſtändig beruhet habe.	* Bey dieſem Vortrage kommt alles auf dieſe zwo Fragen an.

1. Iſt es gewiß, **daß Kaiſer Sigismund Niederbaiern nicht mit Recht einziehen oder einem fremden Hauſe geben konnte?**

2. Iſt es gewiß, **daß der Kaiſer Sigismund den 4 Herzogen von Oberbayern ganz Niederbaiern zueignete, ohne ſein Augenmerk irgend auf das Hauß Oeſterreich zu richten?**

Um auf die erſte Frage zu antworten, ſo wird man bemerken, daß nach den Grundgeſetzen Deutſchlands die Einwilligung des Oberhauptes bey jeder Theilung nöthig iſt, um die Erbfolge der einen Linie der andern hinwiederum zu verſichern. Hieraus folgt, daß wenn Theilungen ohne Genehmigung des Kaiſers geſchehen, wie im Jahr 1349. und 1353. und unter den Baieriſchen Prinzen geſchehen ſind, ſo kan man den Haupte des Reiches, das Recht welches er als Oberherr hat, den Theil von der Linie, von der die lehnbare Abſtammung erloſchen iſt, einzuziehen nicht ſtreitig machen. Auch dieß unſtreitige Recht, hat wohl der Kaiſer Sigismund ſeinen, in Gegenwart und mit Vorwiſſen **mehrerer Fürſten des heiligen Reichs und andern geiſtlichen und weltlichen Stände, Prälaten, Grafen, Baronen, Rittern,** unter denen man den Herzog Johann Pfalzgraf bey Rhein auszeichnen muß gemachte Spruch gegründet. Man findet in dieſem Spruch eine Stelle, die dasjenige beſtättiget, was man von der Rückfälligkeit der Theilungen behauptet hat. Es ſteht darinnen mit ausdrücklichen Worten: **Wir hätten dieß Land zurückbehalten können, wenn wir nicht lieber die Strenge der Gerechtigkeit durch die Gnade gemäſſiget hätten.** War Kaiſer Sigismund berechtigt, dieſe Länder zu behalten, ſo war er es auch nothwendig, ſie einzuziehen und ſie zu verleihen.

Die 2te Frage findet gleichfalls ihre Antwort in dem Innhalte des angeführten Spruchs, und man ſieht darinnen

* Daß die Rechte des Kaiſers über Niederbaiern als ein offenes Reichslehen vorausgeſetzt werden.

kein Reichsgeſetz ausmacht, und welche vielmehr dem Lehenrecht entgegen iſt. Es heiſt darinnen nicht, daß die Herzoge von Baiern, oder der Pfalzgraf, der bey dieſem Urtheile zugegen war, dieſer Behauptung beygeſtimmt haben; vielmehr haben die erſten ſelbſt nach dem Spruch ihr Erbrecht behauptet, und das Land weggenommen, welches man ihnen ſtreitig machen wollte. Es war dieß die Gewohnheit jener Zeit, alle Prinzen, die an dem Hofe des Kaiſers zugegen waren, als Zeugen der öffentlichen Acten zu nennen, ohne daß ſie eben Antheil daran nahmen, und die Canzley ſetzte in dieſe Acten alles das, was ſie wollte, ohne daß die Fürſten, welche niemals ſich unterſchrieben, wuſten, was man in ihren Namen ausgefertigt hatte.

* Man hat ſchon erwieſen, daß dieß ein irriges unbedeutentes, dem Lehenrecht widriges Vorgeben iſt, und daß es nicht von den intereßirten Partheyen anerkannt worden.

* Dieſe Belehnung iſt würklich durch den Actus oder den Spruch von 1429, da man den Herzogen von Oberbaiern auch Niederbaiern zuerkannte, entkräftet worden. Sie wurde auch ohne dieß ſchon vor ſich nichtig geweſen ſeyn, da ſie zum Nachtheil der Erbrechte der baieriſchen Herzoge nicht konnte ertheilt werden.

* Dieſe

* Daß man die kaiſerliche Vollmacht ertheilt, und auf dieſe Rechte ſich gründende Belehnung des Herzogs von Oeſterreich nicht unkräftig gemacht hat.

* Daß die neue Verleihung von Niederbaiern an die Herzoge von Oberbaiern nicht nach dem **Wege Rechtens** geſchehen iſt, daß ſie im Gegentheil blos **aus Gnaden**, nach dem Ausdrucke des Spruches, **aus groſſer und beſonderer Gnade** erhalten worden iſt.

* Daß man endlich die gewöhnliche Schlußformul beygefügt hat: **Wir behalten uns gleichwohl ausdrücklich die Rechte aller andern Perſonen vor welche Anſprüche auf dieſe Länder zu haben glauben.**

Gegenantwort des Berliner Hofes.

* Dieſe Schlüſſe fallen von ſelbſt übern Haufen, da ſie ſich nur auf ungewiſſe und willkührliche Sätze des Kaiſers oder ſeines Richters gründen, mit welchen die Herzoge von Bayern ſo wenig ſich beruhigten, daß ſie nach den Inhalt des Spruches ſelbſt ihr Erbfolgerecht behaupteten und ſolches mit den Lehenbriefen und der goldenen Bulle bewieſen

* Dieſe Clauſul gibt denen, die Anſprüche formiren, nicht mehr Recht, als in ſo fern ihre Anſprüche gegründet ſind. Sie ſcheint ſonſt ſich auf das gar nicht gegründete Recht zu beziehen, welches der Herzog Albrecht auf Bayern wegen ſeiner Mutter vorwendete, die eine Schweſter des letzten Herzogs von Straubingen war.

* Alle dieſe Folge von Schlüſſen und Sätzen fällt nebſt den ſchwachen Grundſätzen auf welche ſie gebaut ſind, von ſelbſt über den Hauffen. Die Hinfälligkeit von Niederbayern wegen die, ohne Genehmigung des Kaiſers, gemachten Theilungen iſt eine ungegründete Behauptung des Kaiſerl. Richters. Sie wurde weder von den Herzogen in Bayern die vielmehr gleich nach dem Spruch ihr Erbrecht behaupteten, noch von den Pfalzgrafen anerkannt. Die Gegenwart eines einzigen, der als Zeuge vorhanden war, konnte eine ſolche Anerkennung nicht ausmachen, auch der übrigen Familie nicht zum Nachtheil gereichen. Endlich wurde ſie auch durch das Reich nicht anerkannt, welches doch nothwendig geweſen wäre. Hätte man eine geſetzliche Würkung einführen wollen, ſo hätte die angebliche Heimfälligkeit des Niederbayriſchen Lehens durch ein Gericht der deutſchen Stände in Deutſchland ſelbſt, nicht durch einen willkührlichen Spruch abgethan und erklärt werden müſſen; dieſer aber wurde zu Preßburg in Hungarn von einigen aus verſchiedenen Nationen erwählten Schiedsrichtern gemacht. So bald die Heimfälligkeit von Niederbayern vernichtet iſt: ſo bald fällt auch die neue ungegründete Schenkung die man auf dieſe Heimfälligkeit errichten will, nebſt ihren Grundſatz über den Hauffen; ſo wie auch die weitere Folgerung, daß dieſe neue Schenkung nur dem Hauſe der Herzoge von Oberbayern, welches mit dem Tode des letzten Churfürſten ausgegangen iſt, nicht aber auch den Pfalzgrafen gemacht wurde. Schon damals aber hatte das pfälziſche Haus ein Recht der Erbfolge auf Niederbayern. Durch die Abſtammung von dem Erwerber, und durch die Verträge von Pavia und Ingolſtadt erlanget hat: ſo konnten weder die Fehler der Herzoge von Niederbayern, wenn ſie anders würklich einige hätten zu Schulden kommen laſſen, noch das Urtheil des Kaiſers Sigismund, das nur in der Sache dieſer Herzoge, nicht aber wider das pfälziſche Haus ergieng, dem erſtgedachten Hauſe auf keinerley Weiſe zum Nachtheil gereichen, ſondern daſſelbe muſte, ohne in die Donation, oder in der neuen Belehrung, deren es gar nicht benöthiget mit begriffen zu ſeyn, in dieſes ex providentia maiorum erworbene Lehen, in allen Fällen, es machte ſolches, entweder durch Felonie oder durch das Ausſterben der Herzoge von Bayern erlediget werden, ſuccediren, und der Kaiſer konnte ſolches weder einziehen, noch einem fremden Hauſe verleihen. Wenn man auch das Recht der Pfalzgrafen bey Seite geſetzt ſeyn läſſet, ſo iſt hier die Rede von der Hauptfrage, ob und auf welche Art der Kaiſer Sigismund das Lehen von Niederbayern, dem Hauſe Oeſterreich verliehen habe? dem Wiener Hof iſt es bisher noch nicht gefällig geweſen, den Grund der Rechte die derſelbe dießfalls zu haben glaubet, auf eine öffentliche und authentiſche Weiſe zu produciren; derſelbe thut es auch hier nicht anders, als nur obenhin, und auf eine Art, daß man ſich genöthiget ſiehet, dieſen Abgang zu ergänzen. Seit kurzem lieſet man in einer Schrift eines Ungenannten, die zu Wien unter dem Titel der **unpartheyiſchen Gedanken** herausgekommen iſt, ein Diplom des Kaiſers Sigismund vom 10. Merz 1426., in welchem derſelbe den Herzog Albrecht von Oeſterreich nicht das Recht des Reiches, ſondern ſein Recht an Niederbayern verleihet, welches dasjenige Recht anzuzeigen ſcheint, das dieſer Herzog auf Niederbayern von ſeiner Mutter Seite her, die eine Schweſter des letzten Herzogs war, haben wollte, ſo ihm aber kein Recht zur Succeßion in einem Mannlehen gab. Sigismund gab den Wilhelm und Heinrich dem Herzoge von Bayern an eben dieſem Tage, in den nemlichen Ausdrücken abgefaßte Lehenbriefe, vermöge der Copie, die man davon hat, welches zu erkennen giebt, daß er allein die Anſprüche auf dieſe Lande machte, Lehenbriefe und Muthſcheine ge-

Antwort des Hofes zu Wien.

* Nun iſt es bekannt, daß zu ſeiner Zeit die Herzoge von Baiern keine andern Mitwerber um dieſes Land gehabt haben, als den Kaiſer ſelbſt, und den Herzog Albrecht. Das pfälziſche Hauß hat ſich ſonſt ſo wenig beykommen laſſen, wider die in dieſen Spruch enthaltenen Grundſätze etwas einzuwenden, daß es ſich vielmehr ſelbſt in Gegenwart des Pfalzgrafen bey Rhein Johannes, der als Zeuge dabey war, beruhigt hat. Man ſchließt alſo, daß ſich hieraus zween wichtige Punkten beweiſen laſſen, einmal, die Heimfälligkeit der Lehen von Niederbaiern, und dann die freywillige Ueberlaſſung an die Herzoge von Oberbaiern. Es folgt hieraus zugleich daß das Pfälziſche Hauß jetzt eben ſo wenig befugt iſt, an dieſem Anſpruch zu machen, als ſolches damals geweſen ſeyn würde, ſich der Belehnung des Hauſes Oeſterreichs zu wiederſetzen. Jede neue Schenkung geht blos das belehnte Hauß an, und da in dem Falle, von welchen die Rede iſt, dieſes Hauß durch den Tod des Herrn Churfürſten Maximilian Joſeph erloſchen iſt: ſo kann das Theil von Niederbaiern, welches die Gegenſtände der Schenkung ausmacht, nicht auf die Pfälziſche Nebenlinie kommen, welche nicht mit in der Belehnung begriffen war; es kann auch dem Kaiſer und dem Reiche nicht heimfallen, weil dieſer ſchon das Rechtes, daß ihm damals Ausſchlieſſungsweiß zukam, zum beſten des Hauſes Oeſterreich, ſich begeben hatte. Es folgt alſo nothwendig, daß dieß Haus in und den Beſitze, den Genuß eines Landes eintretten müſſe, welches ihm zu gefallen iſt, und daß hierdurch alles in ſeinen erſten Zuſtand geſetzt werden wird.

geben, und auch die Herzoge von Bayern davon nicht ausgeſchloſſen habe. Hierauf hat man in eben dieſer anonymiſchen Schrift den Auszug einer Art eines Vertrags vom 21. Merz 1426. bekannt gemacht, in welchen Sigismund declariret „daß er das dem Reiche eröfnete „ Leben von Niederbayern für ſich ſelbſt und für ſeine männliche Erben behalten wolle, daß „ in Ermanglung derſelben, Niederbayern auf ſeine Tochter Eliſabeth, der Gemahlin Her„ zogs Albrecht von Oeſterreich und auf ihre Erben zuruckfallen, und wenn auch ſie keinen „ hätte, Niederbayern auf den Herzog Albrecht und ſeinen Erben zu Theil werden ſollte.„ Da nun dieſe Urkunde blos einen verſtümmelten Auszug mitgetheilt hat, ſo ſiehet ſich der Berliner Hof genöthiget, hier No. 15. 16. redimirte Abſchriften, ſowohl von dem Lehenbrief vom 10. Merz, als von dem Vertrag vom 21. Merz 1426. bekannt zu machen. Man darf dieſe beyden Stücke nur leſen, um ſich zu überzeugen, daß Sigismund, der in Anſehung der Wahl der wichtige Prätexte ſeiner Familie zu favoriſiren, verlegen war, in Zeit von eilf Tagen zween ia wohl mehrere Lehenbriefe ertheilt habe, die einander wechſelsweiſe über den Hauffen ſtoſſen, indem er den Herzog Albrecht bald ſein eigenes Recht auf Niederbayern, bald das Recht des Reiches, verliehe, und daß dieſe Urkunden alle Merkmale der Nullität an ſich haben. Der Kaiſer verleihet in demſelben, ein nicht eröfnetes Mannlehen bald ſich ſelbſt, bald ſeiner Tochter, die deſſen unfähig war, und bald wieder einen fremden Prinzen. Eine ſolche willkührliche und deſpotiſche, dem Lehenſyſtem, und dem Recht der natürlichen Erben zuwiederlauffende Diſpoſition, die ohne Erkenntniß der Sache, ohne einen Ausſpruch und ohne die Bewilligung des Reichs gemacht worden iſt, konnte niemals beſtehen. Daher wagte es auch der Kaiſer Sigismund niemals, ſolche zum Vollzug zu bringen. Er erkannte vielmehr ſelbſt das unſtatthafte dieſes Geſetzwidrigen Verfahrens. Er ſchrieb deswegen im Julius 1426. einen Brief an den Erzbiſchof von Maynz, in welchem er ihn auftrug, die Churfürſten zuſammen zu rufen, daß ſie die Pretenſiones des Reichs und der Herzoge von Bayern und Oeſterreich auf Niederbayern entſcheiden ſollten, welches beweiſet, daß nach ſeinen eigenen Geſtändniß, die Handlungen vom 10. und vom 21. Merz 1426. nicht rechtskräftig geworden ſind. Da dieſe Zuſammenberufung der Churfürſten unterblieb, ſo hielt der Kaiſer ſelbſt im Jahre 1429. zu Presburg in Ungarn eine Verſammlung anſehnlicher Perſonen, und nachdem er das Anbringen der Partheyen, nemlich der Herzoge von Bayern, und des Grafen von Pappenheim im Namen des Reiches gehöret, ſprach er ein merkwürdiges Urtheil, in welchem er Niederbayern, den natürlichen Erben, nemlich den Herzogen von Oberbayern zuerkannte, und ihnen ſo gar die Rechte des Reiches verliehe. Derſelbe kann daher dieſe Rechte vorher dem Herzog von Oeſterreich nicht verliehen haben, ohne ſich einer Ungerechtigkeit und des Widerſpruchs ſchuldig zu machen. Es folget daraus auch von neuen, daß er ohne die Rechte ſeiner Mutter verliehen zu haben geglaubt habe, welche bey einen Männlichen unſtatthaft waren, und daß er ſeinen Irrthum nach der Zeit eingeſehen, und ſolchen durch dieſes Urtheil wiederum gut gemacht habe. Nichts ungereimters wäre, als wenn man behaupten wollte, Sigismund habe durch die Vorbehaltungs-Clauſel, dem Hauſe Oeſterreich eine Anwartſchaft nach Verlöſchung des Hauſes Bayern ertheilen wollen. Eine ſo auſſerordentliche Sache würde er gewiß deutlich ausgedruckt haben, und er hätte ſie auch deutlich ausdrucken müſſen. Der Herzog Albrecht iſt bey dem Proceß nicht als eine Parthey mit aufgetreten. Er hat ſich eben ſo, wie das ganze Haus Oeſterreich dieſes Urtheil gefallen laſſen, ohne daß man ſeit 350. Jahren einen Anſpruch auf Niederbayern gemacht, oder ſich ſeiner Rechte auf dieſes Land vorbehalten hätte. Es iſt daher unmöglich, ia es würde etwas unerhörtes ſeyn, wenn das gegenwärtige Haus Oeſterreich, das gar nicht von der männlichen Seite, von dem Herzog Albrecht, und von der weiblichen Seite, blos von dem iüngern Zweig abſtammet, nach vier Jahrhunderte, eine dunkle, in ſeiner Entſtehung ungültige, von ſeinen eigenen Urheber vernichtete, und auf alle Fälle mit der männlichen Linie des Herzogs Albrechts erloſchene, oder auf das Haus Brandenburg hinübergetragene Acte wollte oder könnte aufs neue gültig machen.

Antwort des Hofes zu Wien.

Dazu glaubt man noch folgende Anmerkungen ſetzen zu können.

* 1 Die vermeinliche **Nothwendigkeit der Einwilligung des Reichs vor den Capitulationen**, iſt in dem Reiche niemals anerkannt worden.

* 2 Der Lehenbriefe des Herzogs Albrechts erſtrecket ſich auf ſeine Erben überhaupt.

3 Nach der gemeinen Regel des Lehenrechtes bedeutet zwar das Wor **Erben** blos die männliche Nachkommenſchaft des Erwerbers.

4 Von dieſer Regel aber muß man eine Ausnahme machen, und unter der allgemeinen Benennung **der Erben**, die Nachkommen des einen ſowohl als des andern Geſchlechtes verſtehen, ſo oft die Rede von einem Hauſe iſt, in welchem Kraft dieſer anerkannten Privilegien, die weibliche Nachkommenſchaft der Succeſſion in die Reichslehen fähig iſt.

* 5 Die

Gegenantwort des Hofes zu Berlin.

* Die Einwilligung des Reiches war ſelbſt vor der Capitulation gebräuchlich und nothwendig, beſonders wenn jemanden von neuem ein groſſes Lehen ſollte conferiret werden. Dieſes geſchah ordentlicherweiſe, auf den Reichstägen oder andern Verſammlungen deſſelben, wie ſolches in Anſehung des Herzogthums Bayern im Jahre 1180. und in Anſehung des Churfürſtenthums Brandenburg, im Jahr 1415. auf den Coſtnitzer Concilio geſchehen iſt. Wenigſtens verſah man ſich mit der Einwilligung der Churfürſten durch ihre Willbriefe. Allein in dem gegenwärtigen Fall ermangelt die Einwilligung ſowohl des Reiches, als der Churfürſten, den bey einem ſo auſſerordentlichen Vorgang, wo ein groſſes Mannlehen eines nicht ausgeſtorbenen Hauſes einem fremden ſollte verliehen, und ein Weiberlehen daraus gemacht werden, durchaus nöthig geweſen wäre.

* Wenn dieſer Schluß ſtatt fände, ſo würde der Lehenbrief vom 10. Merz, und der Vertrag des Kaiſers Sigismund vom 21. Merz 1426. die Erbfolge in Unterbayern, dem Hauſe Brandenburg, mit Ausſchließung des Hauſes Oeſterreich zuſichern. Vermöge der am Ende beygefügten Stammtafel hinterlieſſen der Herzog Albrecht und ſeine Gemahlin Eliſabeth, die Tochter Kaiſer Sigismund nur einen einzigen Sohn, den Ladislaus, der ohne Erben ſtarb, und zwo Töchter, die ältere davon Anna, die an Wilhelm Marggrafen von Meiſſen vermählt war, zeugte eine einzige Tochter, die mit den Johannes, den Churfürſten von Brandenburg vermählte, von welcher das churfürſtliche Haus Brandenburg abſtammt, und die ihrer jüngern Schweſter Eliſabeth, von welcher das gegenwärtige Haus Oeſterreich abſtammet, vorgehen und dieſelbe ausſchlieſſen muß. Dieſes erſtgedachte Haus Oeſterreich ſtammt keineswegs von der männlichen Seite des Herzogs Albrecht ab, und iſt mit denſelben nur durch eine Seitenlinie verwandt, die niemals ein Recht haben konnte, welches nach den eignen Grundſätzen dieſer Zergliederung und nach den Vertrag vom 21. Merz 1426. der weiblichen Nachkommenſchaft des Herzogs Albrechts und ſeiner Gemahlin Eliſabeth acquiriret worden iſt. Man führet dieſes hier blos deswegen an, um zu beweiſen, daß jener Lehenbrief von 1426. wenn derſelbe auch ſeine Gültigkeit hätte, dem gegenwärtigen Hauſe Oeſterreich kein Recht geben, noch demſelben zu ſtatten kommen könnte. Auſſerdem macht das Haus Brandenburg, dem Hauſe Pfalz, das Erbfolgsrecht auf Niederbaiern ſo wenig ſtreitig, daß es vielmehr glaubet, es gebühre demſelben als ein Mannlehen des Hauſes Wittelsbach, ja daß es der Meinung iſt, daß das Haus Oeſterreich nicht berechtiget ſey, die vorgeblichen Beſitze der Privilegien, vermöge deren es zur Succeßion in die Reichsmannlehen in der Maſſe befugt ſeyn ſoll, daß ſolche ſo gar in Weiberleben verwandelt werden, weiter auszudehnen. Man hoffet der Hof zu Wien werde nicht im Ernſt bey dem Grundſatze beharren wollen, welcher in dieſer Zergliederung nur obenhin angezeiget worden iſt, und welcher ſo gefährliche Folgen nach ſich ziehen würde, daß ſich das ganze Reich zu ſeiner Zeit dagegen zu ſetzen bemüſſiget ſehen würde, maſſen das Haus Oeſterreich vermittels dieſes Grundſatzes, und unter ähnlichen Pretexten, als der gegenwärtige iſt, durch Heurathen und weibliche Erbfolgen nach und nach alle Reichsmannlehen an ſich ziehen könnte. Der gedachte Grundſatz beziehet ſich ohne Zweifel auf das Privilegium Kaiſers Friedrich I. von 1156. Allein dieſes Privilegium ſagt weiter nichts, als daß, im Fall der öſterreichiſche Mannsſtamm ausſtürbe, die älteſte Tochter ſuccediren ſollte. Es iſt alſo hier blos von dem Herzogthum Oeſterreich die Rede, keineswegs aber wird geſagt, daß ſolches der Succeſſion in alle andere Mannlehen fähig ſeyn ſoll. Auſſerdem iſt denen, die in der Diplomatick und in der Geſchichte Deutſchlands bewandert ſind, bekannt genug, daß dieſer Freyheitsbrief Friedrichs des I. eben ſo wenig ächt ſey, als derjenige, den man dem Julius Cäſar und dem Nero zuſchreibet.

* Man

Antwort des Hofes zu Wien.

* 5 Die Lehenbriefe ſind bereits dem Herrn Churfürſten von der Pfalz vorgezeiget worden, und ſind bey dem, mit denſelben gemachten Arrangement zum Grund geleget worden. Auſſer dieſem wird derſelben in Struvens Corp. Hiſt. German. Period. IX. §. 32. und in Köhlers Reichshiſtorie S. 351. Meldung gethan.

Memoire des Freyh. von Riedeſel.

Man kann alſo kaum — von Kaiſer Carl VI

Antwort des Hofes zu Wien.

* Man ſchmeichelt ſich, daß die in den Antworten des Wiener Hofes gegebenen verſchiedenen Erläuterungen, ſowohl als derjenigen, die man hier noch hinzu ſetzet, die Sache endlich eben ſo begreiflich machen werden, als ſie gerecht und gegründet iſt. Es iſt bereits in der erſten Antwort geſagt worden, und man wiederholet es hier nochmals: „daß man es, ohne die gröſte Ungerechtigkeit zu „begehen, keiner Macht verargen könne, wenn dieſelbe diejenigen Rechte, die „ſie für vollkommen gegründet hält, geltend zu machen ſucht.

Memoire des Freyh. von Riedeſel.

Man kan nicht umhin — welche dahin nicht gehören.

Antwort des Hofes zu Wien.

* Man würde gewiß dieſen fremden Gegenſtand nicht in die gegenwärtige Unterſuchung gemenget haben, wenn man durch das der erſten Note beygefügte Memoire nicht dazu wäre genöthiget worden; gegenwärtig will man, ohne ſich in eine Weitläuftigkeit, darüber einzulaſſen, blos zwo Anmerkungen beyfügen, welche das nöthige Licht über dieſe Affaire verbreiten werden.

* 1 Es ſcheinet der Kaiſer Sigismund habe bey der Veräuſſerung des Churfürſtenthums Brandenburg mehr auf die Vortheile der Vereinigung zweyer groſſen Häuſer als auf die 400 M. Gulden geſehen, die er bekommen hat, und der Churfürſt Friedrich hat ſich, auf ſein ausdrückliches Verlangen ein ſolches aus der ausgeſtellten Revers deutlich erhellet, für ſich und ſeine Erben, an Eides ſtatt anheiſchig gemacht, **niemals wider die Krone Böhmen zu ſeyn, ſondern derſelben vielmehr mit ſeiner Hülfe, mit Rath und Dienſten beyzuſtehen.**

Gegenantwort des Hofes zu Berlin.

* Man hat Grund zu glauben, daß das Original des Lehenbriefs von 1426 dem Hrn. Churfürſten von der Pfalz nicht vorgelegt worden ſey, und daß dieſer Fürſt die Richtigkeit deſſelben, auf Trauen und Glauben anerkennt habe, ohne ſolche geſehen zu haben. Das baieriſche Miniſterium hat vermöge der Beylage, die Darlegung deſſelben verlangt, bis hieher aber noch nicht erhalten können. Derſelbe hatte von Rechtswegen, dem ganzen Hauſe Pfalz, dem Hauſe Sachſen und dem Reiche, als weſentlich in der baieriſchen Erbfolge intereßirten Theilen, vorgelegt werden ſollen. Da man gegenwärtig vidimirte Copien davon holt, die ſich hier unter den Beylagen befinden, ſo weiß man genug davon, um ſich von der Nullität derſelben zu überzeugen.

* Der Berliner Hof hat gewis keine Urſache gefunden zu ſagen, daß der Wiener Hof wohlgegründete Rechte auf die baieriſche Erbfolge geltend mache, und S. M. der König von Preuſſen glauben, durch die allervortheilhafteſten Vorſchläge genugſam erwieſen zu haben, wie ſehr dieſelben wünſchen, ſich Seiner K. Maj. gefällig zu machen. Allein man ſollte nach allem dem, was man auf die gegebene Erläuterungen geantwortet hat, vermuthen, daß dieſelben ſelbſt einſehen würden, daß dieſe Pretenſion dergeſtalt ohne allen Grund und dem deutlichſten Recht der Häuſer Pfalz und Sachſen ſo nachtheilig ſeyen, daß es dieſelben, nach ihrer billigen Denkungsart, den andern Mächten nicht verdenken können, wenn ſie nicht gleichgültig dabey bleiben.

* Das angeregte Memoire, welches nicht mit Willen, ſondern blos von ohngefähr communicirt worden iſt, enthielt dem ungeachtet keine Freude zu der gegenwärtigen Unterſuchung nicht gehörige Sache, wie die Ausſchweifungen ſind, die man in dem vorhergehenden Memoire und in den gegenwärtigen, auf das Churfürſteuthum Brandenburg zu machen beliebt hat.

* Um dieſe erſte Anmerkung zu beantworten, ſiehet man ſich genöthiget, ungeachtet ſolches ſchon aus der Geſchichte weltkündig iſt, anzuführen, daß der Burggraf, und nachmalige Churfürſt von Brandenburg, Friedrich den Kaiſer Sigismund iederzeit die wichtigſten Dienſte geleiſtet, daß er ihn durch ſeine Vorlehen, aus der gröſten Verlegenheit geholfen, daß die Summa von $\frac{400}{M.}$ nicht ordentlicher Gulden, ſondern ungariſcher Goldgulden oder Ducaten, die er für das Churfürſtenthum Brandenburg bezahlt hat, in den damaligen Zeiten, ein unermeßliches und den Ertrag des Landes weit überſteigendes Capital ausgemacht habe; daß das Verſprechen, der Krone Böhmen nicht entgegen zu ſeyn, von Seiten dieſer Krone gegen den Churfürſten, vermöge des Originalkaufbriefes von 1415. erwiedert worden ſey, und daß nicht allein der Churfürſt Friedrich I. ſondern auch ſeine ganze Nachkommenſchaft, dieſem Verſprechen gegen das Haus Oeſterreich, über ihre Schuldigkeit nachgekommen ſey. Allein ein dergleichen Verſprechen, ſollte nur auf rechtmäſſige Anſprüche, und nicht auf einen Fall von der Beſchaffenheit des gegenwärtigen angewendet werden.

* Dieſe

Antwort des Hofes zu Wien.

* 2 Die damals üblichen **Willbriefe** der Churfürſten müſſen mit der Einwilligung des Reiches, die heut zu Tage, vermöge der kaiſerlichen Wahlcapitulation erforderlich iſt, nicht vermenget werden. Da jene zur Gültigkeit der Sache nicht ſchlechterdings nöthig waren, ſo wurden ſie öfters erſt alsdann verlan verlanget und erhalten, wenn die kaiſerliche Reſolution ſchon erfolgt war, ja wohl gar erſt nach der Ausfertigung des Diploms, das man dieſe Briefe einzuverleiben pflegte.

Memoire des Freyh. von Riedeſel.

Die zweyte Prätentenſion — — folgenden.

Antwort des Hofes zu Wien.

* Dieſes iſt eben der Einwurf, der in der erſten Note ſchon gemacht worden iſt: daß die Lehen der Krone Böhmen zum ganzen der Oberpfalz gehören, deren Rückfall der Pfälziſchen Linie in den Weſtphäliſchen Frieden ausdrücklich zugeſichert worden iſt.

Man hat bereits in der Antwort vorläufig geäuſert, und in dem hier beygefügten Memoire bewieſen, „daß man die angeregten Lehen nicht für Theile an„ſehen könne, die zum ganzen der Oberpfalz gehören, und daß der Weſtphäli„ſche Friede niemals weder berechtiget noch geſonnen geweſen ſey, die Krone „Böhmen diejenigen Rechte zu nehmen, welche dieſelbe jederzeit auf die queſtio„nirten Lehen ohne Widerſpruch gehabt hat, man wird hernach ſehen, erſt alle „dieſe Gründe, die werden zum Zweck gehören, auf unwiederſprechlichen Be„weiſen beruhen.

Memoire des Freyh. von Riedeſel.

Die Bezirke, welche — dieſes Churfürſtenthum beleget hat.

Antwort des Hofes zu Wien.

* Es iſt wahr, daß der gröſte Theil dieſer Lehen, zu dem Antheil der Rudolphiſchen Linie gehöret habe; ſie waren aber niemals zum Churfürſtenthum Pfalz gehörige Stücke und über die vorgebliche Unveräuſſerlichkeit eines durch den Paviſchen Vertrag errichteten Fideicommiſſes hat man ſich bereits erkläret.

* Mit den Bezirken, welche Böhmiſche Lehen worden ſind, hatte es folgende unleugbare Beſchaffenheit. Kaiſer Carl IV. kaufte dieſelben, und vereinigte ſolche 1355. mit ſeiner Krone. Man verwahret noch bis jetzo in den Archiven zu Wien, die Briefe eines jeden Churfürſten wegen dieſer Acquiſition. Die guldene Bulle, welche die Unzertrennlichkeit der Churfürſtenthümern feſt ſetzte, werden erſt ein

Gegenantwort des Hofes zu Berlin.

* Dieſe Anmerkung will man blos damit beantworten, daß in den Archiven zu Berlin, nicht nur die Willbriefe aller Churfürſten in Betref des Verkaufs des Churfürſtenthums Brandenburg zu finden ſind, ſondern daß auch der Lehenbrief die förmliche Einwilligung der Churfürſten und Fürſten des Reiches, enthalte, welche auf den Coſtnitzer Concilio in groſſer Menge verſammlet waren.

* Aus der Folge wird erhellen, daß die in den vorhergehenden Noten gemachten Einwürfe, noch ihre vollkommene Kraft haben, und daß die denſelben entgegen geſetzten Gründe, nichts weniger als unwiderſprechlich ſind.

* Wenn dieſe böhmiſchen Lehen urſprünglich der Rudolphiſchen Linie gehörten, wie ſolches aus dem paviſchen Vertrag erhellet: wenn die Staaten dieſer Linie das Churfürſtenthum Pfalz ausmachen, woran nicht der mindeſte Zweifel iſt: ſo folget daraus, daß gedachte Lehen zum Churfürſtenthum Pfalz gehörige Stücke ſind. Was das durch den paviſchen Vertrag errichtete unveränderliche Fideicommiß betrift, ſo glaubt man ſolches in den vorhergehenden Gegenantworten gründlich und ſattſam erwieſen zu haben.

* Die Bezirke der Oberpfalz, welche böhmiſche Lehen worden ſind, gehörten urſprünglich zu dem alten väterlichen Erbe unter des Hauſes Wittelsbach, und ſtehen in dem paviſchen Vertrage von 1329 mit Namen. Dieſelben waren durch dieſen Vertrag lange Zeit vorher, ehe ſolcher Kaiſer Carl IV. im Jahr 1355 durch Kauf an ſich brachte, mit dem unveräuſſerlichen Fideicommiß beleget worden. Dieſer Kauf lief alſo demſelben entgegen, und war nicht gültig, und die gedachten Bezirke hätten nicht von der Oberpfalz getrennt werden, ſondern zur Zeit der Errichtung der goldenen Bulle im Jahr 1356 damit vereiniget bleiben, und folglich ebenfalls der Eigenſchaft der Unzertrennlichkeit erhalten ſollen, welches durch dieſes Reichsgeſetz den pfälziſchen Beſitzungen beygeleget worden iſt. Von dieſer, wider den paviſchen Vertrag und wider die Rechte des ganzen pfälziſchen Hauſes vorgenommenen Zerſtückung, rühren die Widerſetzungen her, die man hier Urſurpationes dieſes Hauſes nennt, welche nicht eher, als durch den Vergleich gehoben wurden, den Georg Podiebrad, der König von Böhmen 1461 mit demſelben machte, vermöge deſſen das Haus Pfalz die Lehenherrſchaft von Böhmen darüber anerkannt, den Subſtanz derſelben aber behalten hat. Wenn man alle dieſe Umſtände in Erwägung ziehet, ſo wird es eben nichts auſſerordentliches zu ſeyn ſcheinen, daß die guldene Bulle in dem vorliegenden Fall eine rückwärtsgehende Würkung habe, und man kann mit guten Grunde ſagen, daß alle Bezirke der Obernpfalz, und folglich auch dieſe Lehen, ſtets zum ganzen des Churfürſtenthums Pfalz gehörige Theile geweſen, und an der Eigenſchaft der Unzertrennlichkeit, womit die guldene Bulle dieſes Churfürſtenthum beleget hat, Theil nehmen.

ein Jahr darauf, nämlich 1356. errichtet. Es iſt daher nicht möglich daß dieſe Bulle, dieſe Bezirke als zum Churfürſtenthum Pfalz gehörige Stücke mit der Eigenſchaft der Unzertrennlichkeit und der Untheilbarkeit beleget, oder habe belegen können, maſſen ſie ſchon ein Jahr vor den Daſeyn derſelben, durch Kauf vom den Pfälziſchen Ländern waren getrennt, und der Krone Böhmen einverleibet worden.

Memoire des Freyh. von Riedeſel.	Antwort des Hofes zu Wien.
Wenn die Krone Böhmen — Pfälziſche Hauß.	Es iſt ſo eben bewieſen worden, daß die Vereinigung dieſer Bezirke mit

der Krone noch vor Errichtung der güldenen Bulle geſchehen ſey; dieſem Reichsgeſetz aber kann man kein ruckwärts gehende Wirkung zu ſchreiben. Nachder Zeit haben die Pfalzgrafen den meiſten Theil dieſer Bezirk mit bewafneter Hand wieder an ſich gebracht, und der König Georg Podiebrad hat, um ihren Uſurpationen Einhalt zu thun, bekanntermaſſen mit dieſen Prinzen einen Vergleich getroffen, in welchen ſie derſelben für Böhmiſche Lehen anerkannt haben. Hierauf gründet ſich das Dominium Directum dieſer Krone.

Memoire des Freyh. von Riedeſel.	Antwort des Hofes zu Wien.
Die Krone Böhmen — der Wilhelminiſchen Linie.	* Der 1708. zwiſchen Kaiſer Joſeph I. und zwiſchen dem Churfürſten von

der Pfalz Wilhelm geſchloſſener Receß beweiſet klar, daß die Krone Böhmen nicht gehalten ſey, dieſen Lehen allen Nachkommen des Hauſes Pfalz eben ſo lange zu verleihen, als daſſelbe vorhanden iſt. Aus den Inhalt dieſes Receſſes erhellet, daß ſich der Churfürſt Wilhelm an dem Kaiſer, als König von Böhmen gewendet habe, um ihn unterthänig zu bitten, ihm die Lehen der Krone Böhmen aufs neue zu verleihen; daß dieſe neue Schenkung anfangs abgeſchlagen worden ſey, weil der Churfürſt dieſe Belehnung ex debito Iuſtitiae verlangte; daß durch das hohe Lehngericht einſtimmig erkannt worden ſey, daß dieſe Lehen ganz lediglich der Krone Böhmen heimgefallen ſeyn; daß man dieſes Urtheil dem Churfürſten bekannt und ihm die Wahl gelaſſen habe, entweder beßre Beweiſe ſeines vermeinten Rechtes zu produciren, oder die Belehnung blos aus Gnade zu erlangen; daß der Churfürſt hierauf verſchiedene Mittel, ſein Recht zu beweiſen herfürgeſucht, am Ende aber doch dieſe Lehen aus einer neuen Gnade zu verlangt habe; daß

Gegenantwort des Hofes zu Berlin.

* Man will die, hier angeführte Facta, welche allein den Höfen zu Wien und zu Mannheim bekannt ſeyn mußten, nicht genäuer unterſuchen; da aber ſolche nur bey der Gelegenheit ſtatt gefunden haben, da der Churfürſt Maximilian von Baiern in dem ſpaniſchen Succeßionskrieg in die Reichsacht erkläret worden iſt; und da das baieriſche Haus durch den 15 Artickel des badenſchen Friedens im Jahr 1714 in alle ſeine Güter und ſelbſt in die böhmiſchen Lehen wieder eingeſetzt worden iſt, ſo waren die Vergleiche, welche dazwiſchen errichtet worden, nur auf eine Zeitlang gültig, und konnten in den alten Rechten des pfälziſchen Hauſes keine Aenderung machen; und wenigſtens konnte das, was der Churfürſt Wilhelm von Pfalz Neuburg that, den andern pfälziſchen Linien von Sulzbach und Zweybrücken zu keinem Nachtheil gereichen. Dieſe zween letztern Zweige haben gegenwärtig die Erbfolge, nicht vermög des hier angeführten Vertrags von 1708, ſondern vermög ihrer alten Rechte, und insbeſondere wegen des paviſchen Vergleichs in Verbindung mit der Convention die 1465 mit dem böhmiſchen Könige Georg Bodiebrad errichtet worden iſt. Die Rechtsgründe erlauben nicht ſolche vergängliche Verträge, wie dieſe ſind, geltend zu machen, die durch auſſerordentliche Zeitumſtände wieder das pfälziſche Haus in dem dreyßigjährigen Kriege, und wider das bairiſche in dem ſpaniſchen Erbfolgetrieg veranlaßt worden ſind, die aber, durch den darauf gefolgten weſtphäliſchen und badenſchen Frieden ihre Kraft verlohren haben, da alles, bis auf das, was darinnen ausdrücklich abgeändert worden, wieder in den alten Stand geſetzt worden iſt.

dieſe angeführten Mittel für ungültig und unkräftig erkannt; daß deſſen aber doch gedachter erôfnete und der Krone Böhmen heimgefallene Lehen, aus königlicher Huld und Gnade dem Churfürſten aus Gnade und blos für ſeine Perſon und für ſeine männliche Nachkommenſchaft wären verliehen worden. Andere Ausnahmen und Einſchränkungen, die noch hinzu geſetzet wurden, übergehet man mit Stillſchweigen.

Memoire des Freyh. von Riedeſel.	Antwort des Hofes zu Wien.
Wie nach dem ausdrücklichen Inhalt — Weſtphäliſchen Friedens.	* Um dieſe Stelle zu beantworten bemerket man, daß der Weſtphäliſche

Friede an und für ſich nur in ſeinen allgemeinen Verordnungen keine Verbindlichkeit für die Krone Böhmen in ſich ſchlieſſe. Diejenigen, welche dieſen Frieden ſchloſſen ſahen dieſe Wahrheit ſelbſt ein, und bekräftigtigten ſie durch ihr eigenes Verfahren. Denn, wenn ſie geglaubt hatten, daß dasjenige, was dem ganzen Reiche zur Regel vorgeſchrieben worden, auch in Böhmen beobachtet werden muſte, ſo wurden ſie wohl ſchwerlich den 4. Artickel §. 55. eine beſondere Stipulation über die Handhabung der Gerechtigkeit in Böhmen einverleibet haben.

Hätte man die böhmiſchen Lehen mit in den Ruckfall der Oberpfalz, wie in 4 Artickel §. 9. zum Beſten des Hauſes Pfalz ſtipulirt worden, mengen wollen, ſo würde man ſich aus eben dieſer Urſache, hierüber groß mit dieſer Krone berathſchlaget haben, indem der weſtphäliſche Friede derſelben ſo wenig, als irgend einer andern Macht, eine Verbindlichkeit ohne derſelben Mitwürkung, freyen guten Willen und Beyſtimung hatte aufbürden können. Dieſe und der bisher angeführten Betrachtungen beweiſen daher ganz unſtreitig, daß der weſtphäliſche Friede niemals, weder befugt, noch getreu geweſen ſey, der böhmiſchen Krone diejenigen Rechte zu nehmen, welche dieſelbe jederzeit, und ohne Wiederrede auf die angeregten Lehen gehabt hat.

Memoire des Freyh. von Riedeſel.	Antwort des Hofes zu Wien.
Der dritte Anſpruch — vom Kaiſer Joſeph I.	* Man kann nicht behaupten, daß das Rückfalls Recht der beſtändigen Ge-

wohnheit im baieriſchen Hauſe entgegen ſey. Denn wenn ein ſolches Recht geltend gemacht werden ſoll, ſo müſſen in einem Hauſe keine männlichen Erben mehr vorhanden ſeyn, und alsdann allein können die Prinzeſſinnen, die mit einem Vorbehalt Verzicht gethan haben, oder ihre Nachkommen, ihr Recht vermög des

Genenantwort des Hofes zu Berlin.

* Es wäre dieß für den deutſchen Reichskörper eine böſe Vorbedeutung, wenn die Crone Böhmen ſich erlauben wollte, je nachdem es ihr anſtändig wäre, Theil daran zu nehmen oder nicht, und wenn ſie ſich im gegenwärtigen Falle, unter einem ſo ſchwachen Vorwand, als der hier angeführte iſt, den Verbindlichkeiten des weſtphäliſchen Friedens entziehen könnte. Man ſetzt bisweilen in Verträgen ſolche beſondere Bedingniſſe, um die Verbindlichkeiten um ſo ſtärker zu machen. Der Kaiſer Ferdinand der III. der Vornehmſte unter den Mächten, die den weſtphäliſchen Frieden ſchloſſen, war zu gleicher Zeit König in Böhmen, der Krieg war darinnen angegangen, und in und um daſſelbe geführt worden. Natürlich und nothwendig hätte alſo Ferdinand der III. ſein Königreich Böhmen von den Verbindlichkeiten des weſtphäliſchen Friedens ausdrücklich ausnehmen müſſen, wenn dieß ſeine Abſicht geweſen wäre.

Man muß überdieß bedenken, daß die gedachten böhmiſchen Lehen nach den ausdrücklichen Worten des Einverleihungsbriefs Carls IV. im Jahr 1355 nicht in Böhmen, ſondern in dem eigentlichen ſogenannten Deutſchland liegen, daß er dieſes auſſerdem ſchlechtweg als Kaiſer gethan hat, und daß ſie folglich den Verbindlichkeiten des weſtphäliſchen Friedens unterworfen ſeyn müſſen. Inzwiſchen iſt nirgend geſagt worden, daß der weſtphäliſche Friede der Crone Böhmen ihre Rechte auf gemeldte Lehen entzogen habe, ſie hat niemal andere darauf gehabt, als dieſe Lehen den verſchiedenen Zweigen des Wittelsbachiſchen Hauſes zu ertheilen. Der weſtphäliſche Friede hat nur die Ordnung wieder hergeſtellt, welche durch den vorhergehenden Krieg war unterbrochen worden. In demſelben iſt verordnet, daß die obere Pfalz, welche der Rudolphiſchen Linie, zu Gunſten der Wilhelminiſchen entzogen worden, nach dem Ausgang dieſer, wieder an die erſtere, und natürlich ſo zurückfallen ſollte, wie ſie von der Rudolphiſchen Linie beſeſſen worden, und folglich zugleich mit den böhmiſchen Lehen. Wenn Ferdinand III. König in Böhmen dieſe Lehen davon hätte ausnehmen wollen, ſo hätte er das ausdrücklich thun müſſen, und in Ermanglung deſſen wird der Ausſpruch nach der gemeinen Rechtsregel wider die Krone Böhmen gemacht, die ſich deutlicher hätte erklären ſollen.

* Es hat in dem baieriſchen Hauſe mehrere Fälle gegeben, da die männlichen Linien ausgegangen ſind, als die Nirderbaieriſche 1340 und 1425, und die Landshutiſche 1503, wo das Rückfallsrecht von den Häuſern Brandenburg, Würtenberg und andere hätte ausgeübt werden können, ohne daß man weiß, daß jemal davon die Frage geweſen wäre, ſo wie auch bey Abgang der Pfalz Simmerſchen Linie, die Schweſter des letzten, die Herzogin von Orleans allein geerbt hat. Es ſcheint vielmehr, daß das Haus Oeſterreich 1340 und 1425 dieß nemliche ausſchlieſſende Erbrecht habe ausüben wollen, das gegenwärtig der Churfürſt von Sachſen auszuüben verlangt. **Der Gebrauch des Hauſes Baiern wider dem Rückfall iſt alſo dadurch hinlänglich erwieſen.**

Die Verzichtleiſtungen und Vorbehalt der Prinzeßinnen können ihre Wirkung ſo lang haben, als ſie die nächſten Anverwandten und Erben des letzten vom männlichen Stamme ſind, aber ſie verlieren dieſe Wirkung für die Prinzeßinnen, die um einen Grad weiter entfernt ſind, daß alſo dieſer Grundſatz gar wohl beſtehen kann.

Es ſollte nicht ſchwer ſeyn den hier angeführten Gebrauch und vorgefaßten Urtheilen andere entgegen zu ſetzen, und es iſt bekannt, daß die berühmten Rechtsgelehrten Senkenberg und Pütter den Satz von dem Rückfall hinlänglich wiederlegt haben, aber man überläßt dem ſächſiſchen Hof die Mühe dieſe Anführungen zu beſtreiten, und ſchränkt ſich auf dieſe Bemerkung ein, daß ſie die Erbfolge im baieriſchen Hauſe nichts angehen können, von dem erwieſen iſt, daß der Gebrauch dem Rückfallsrecht entgegen iſt. Auſſerdem würden die Rechtsgelehrten und Gerichte, die hier angeführt ſind, ſehr in Verlegenheit gerathen, wenn ſie die Theile der baieriſchen Allodialerbſchaft auseinander ſetzen ſollten, auf welche, nach dieſem anmaßlichen Rückfallsrechte, die Häuſer, Sachſen, Borbon, Oeſtreich, Brandenburg, Würtenberg, und alle europäiſche Häuſer, in welche baieriſche Prinzeßinnen geheyrathet haben von Otto I. von Wittelsbach, bis auf Maximilian Joſeph An-

ſpruch

Rückfalls wieder aufleben laſſen, weil das Fideicommiß, das die Allodialgüter zum Beſten der männlichen Erben beſtimmte, aufgehöret. Die Erbfälle, welche ſich bisher ſowol in der Ludwigiſchen als Rudolphiſchen Linie gezeigt haben, haben keine Gelegenheit zu Anſprüchen von dieſer Art gegeben, und folglich darf man ſich nicht auf die beſtändige Gewohnheit im Baieriſchen Hauſe beruffen.

Eben ſo wenig kan man weiter ſagen, daß das Rückfallsrecht dem allgemeinen Gebrauch von ganz Deutſchland entgegen ſey; denn auſſerdem müßte man zugeben, daß aller Vorbehalt bey Verzichtleiſtungen nichtig und von keiner Gültigkeit ſey. Aber wenn man ſolche Vorbehaltungen für Bedingniſſe annehmen muß, welche die Verzichtleiſtung beſtimmen und mäſſigen, ſo muß, wenn ſich der Fall ereignet, jede weibliche Abſtammung, zu der Erbfolge desjenigen Mannes gelaſſen werden, dem zu Gunſten ſie vorhin Verzicht geleiſtet hatte. Gail, Harprecht, Hertius, eine Menge anderer teutſcher Rechtsgelehrten, viele Reſponſa von allerley Univerſitäten, eine groſſe Anzahl von Urtheln des Reichshofraths ſo wol als des Kammergerichts, beſtättigen dieſe Rechtslehre und den Gebrauch der ſie in Teutſchland eingeführt hat.

* Was die auswärtigen Anſprüche betrift, da ſind Se. Majeſtät keineswegs geſinnet, dieſelben im mindeſten zu berühren, ſondern ſind bereit zu allen Vergleichsmitteln die Hand zu bieten, welche mit ihrer Würde und gerechten Sache übereinkommen.

* Man wird letzlich bemerken, daß die baieriſche Erbſchaft nicht aus ſolchen Königreichen und Fürſtenthümern beſtehet, in welchen nach den Reichs- und andern Grundgeſetzen die weibliche Nachkommenſchaft erbfähig wäre, und daß der letzt unbeerbtſterbende Beſitzer keines ſeiner Rechte an ein Frauenzimmer und Erbin mit Ausſchlüſſung der Prinzeſſinnen vom Geblüt, die Verzicht leiſten, hat überlaſſen können.

* Es iſt alſo klar, daß unter den unſtrittigen und ausſchlieſſenden Rechten der K. K. Majeſtät, auf die Erbſchaft Kaiſer Carls VI. und den Anſprüchen auf die baieriſchen Allodialgüter, welche gegenwärtig die Abkömmlinge von ſolchen Prinzeſſinnen machen, die alle zu ihrer Zeit darauf Verzicht gethan haben, ein himmelweiter Unterſchied ſey.

Me-

erkennen, und wenn er es gethan hat, ſo kan ſein geſetzwideiges Verfahren ſeine Verwandte und Allodial Miterben nicht verbinden, welche nicht um ſeines, ſondern um ihres Geburtsrechts willen, vermög ihrer Abſtammung von dem Erwerber und ex providentia majorum die Erbfolge haben.

* Dieſer Schluß iſt dem vorigen gleich, und iſt daſelbſt ebenfalls widerlegt worden. Das Recht des Hauſes Oeſterreich iſt ungegründet; aber der Herr Churfürſt von der Pfalz hat ein unſtrittiges Recht auf Nieder Baiern und die Böhmiſchen Lehen. Wenn er damit dem Haus Oeſterreich ein Geſchenk machen will, ſo ſind die andern Pfälziſchen Linien nicht verbunden ein gleiches zu thun.

* Dieſe Einwendung wird immer gegründet bleiben. Die hier darauf ertheilte Gegenantwort wird ſo lange keine Wahrſcheinlichkeit haben, als bis der Wiener Hof zu erklären beliebt, daß er den eingenommenen Theil von Baiern nicht länger im Beſitz behalten wolle, als ſo lang der jetzige Herr Churfürſt von der Pfalz und ſeine Nachkommen vorhanden ſind. Wenn der Wiener Hof dieſe Erklärung thäte, welche alle inteveßirte Theile von ihm zu fodern berechtigt ſind, ſo würde ſich eine andere ſchwer zu behauptende Frage zeigen: ob einem Reichsfürſten erlaubt ſey, auf einen ungegründeten Anſpruch und auf ſeine Lebenszeit einem fremden Hauſe einen beträchtlichen Theil ſeines Erbes, das nach ſeinem Tod unſtrittig ſeinen Seiten Verwandten zugehört, abzutretten? Und ſelbſt wenn man zugibt, daß dieſe gegenwärtig kein Recht haben, ſich zu widerſetzen, ſo kan man dieſes doch den Allodial Erben nicht ſtrittig machen, die ein ſchon gegenwärtiges und nicht ein blos eventuelles Recht haben; die durch eine ſolche freywillige Abtrettung die Mittel verlieren, ihr Eigenthum, das ſich in dem vom Hauſe Oeſterreich eingenommenen Theil von Baiern befindet, herauszuziehen. Das Haus Brandenburg hat ein anderes jetzt gültiges und würkliches Recht, daß es das Haus Oeſterreich die Frucht eines Anſpruches hinweg nehmen laſſe, der, wenn er gegründet iſt, an daſſelbe und nicht an das Haus Oeſterreich gehört.

* Dieſer Weg Rechtens würde geſetzmäßig und annehmlich ſeyn, wenn der Wiener Hof ihn ſeiner Seits auch einſchlagen wollte, und vorher die Sachen in Baiern in den Stand ſetzen wollte, indem ſie ſich vor ſeiner willkührlichen Einnahme befunden haben, und mit den ſtrittigen Partheien über ein unpartheiiſches Gericht, das über dieſen wichtigen Rechtsfall urtheilen könnte, übereinkommen möchte.

* Seitdem es der Wiener Hof bequem gefunden hat ſich durch den Weg der Gewalt Recht zu verſchaffen, die er durch einen ungültigen Vertrag bemäntelt hat, und da man nicht ſiehet, daß die intereßirten Parthien das gebührende Recht an den Reichsgerichten erhalten können, ſo bleibt ihnen kein anders Mittel übrig als das deutſche Reich und ſeine Glieder zu erſuchen, ſich der Sache anzunehmen.

* Dieſe

Memoire des Freyh. von Riedeſel.	Antwort des Hofes zu Wien.
Auf welche Weiſe — von dem deutſchen Staatskörper.	* Hier iſt das Weſentliche, das in dieſer Stelle enthalten iſt. Der mit dem Churfürſten von der Pfalz geſchloſſene Vergleich iſt nicht gültig, weil er den Hausverträgen, den Reichsſatzungen und insbeſondere dem Weſtphäliſchen Frieden, kurz den Rechten eines dritten entgegen iſt.

* Aber es iſt bereits erwieſen worden, daß durch den Paviſchen Vergleich kein **unveräuſſerliches und unzertrennliches Fideicommiß** errichtet worden iſt.

* Daß ſelbſt, wenn eine dergleichen Verordnung ſtatt gehabt hätte, ſie ſchon durch den Gebrauch vom Gegentheil abgeſchaft worden wäre.

* Daß in keinem Falle ſich dieſelbe auf das Herzogthum Niederbaiern erſtrecken können und dürfen.

* Daß überhaupts und nachdem eignen Geſtändniſſe des Pfälziſchen Hauſes in ſeinen öffentlichen Ausſchreiben der Paviſche Vergleich niemal in Uebung gekommen iſt. Daraus folgt alſo, daß man den Herrn Churfürſten von der Pfalz die Macht nicht nehmen kan, die er hat, ſich zu vergleichen, unter dem Vorwand daß der Vertrag, den er errichtet, den Verträgen und Verordnungen ſeines Hauſes entgegen ſey.

* Auf gleiche Weiſe iſt dargethan worden, daß Baiern **niemal ein unzertheilbares Churfürſtenthum** geweſen ſey.

* Daß die böhmiſchen Lehen keineswegs weſentliche Theile von der Oberpfalz ſind.

* Daß der Rückfall dieſer Lehen an die Pfälziſche Linie in den Weſtphäliſchen niemal verſprochen worden und werden können.

* Daß ſie niemal die Unzertheilbarkeit und Unzertrennlichkeit erlangt haben noch erlangen können, damit die güldene Bulle das Churfürſtenthum Pfalz belegt hat.

* Er erfolgt dann weiter daraus, daß man unter dem Vorwand, er handele wider die Reichsgeſetze, die güldene Bulle und den Weſtphäliſchen Frieden den Herrn Churfürſten die Macht nicht nehmen kan, darüber einen Vertrag zu machen.

* Was die Rechte eines dritten betrift, ſo begreift man unter dieſer Benennung **entweder die Pfälziſchen Prinzen**, oder die **Allodialerben** oder andere mehrere die an der Erbfolge Antheil nehmen. Nachdem erwieſen worden, daß ein Theil von Niederbaiern an das Haus Oeſtreich fallen müſſe, und daß die

Ein-

Gegenantwort des Hofes zu Berlin.

ſpruch machen könnten. Um nur von dem Brandenburgiſchen zu reden, ſo iſt bekannt, daß Friedrich I. Churfürſt von Brandenburg, Herzogs Friedrichs von Baiern Tochter Eliſabeth zur Gemahlin gehabt hat, von welcher das ganze gegenwärtige Haus Brandenburg abſtammet, dergeſtalt, daß nach dem Grundſatz des Wiener Hofs das brandenburgiſche Haus das nemliche Rückfallsrecht verlangen könnte, das es aber zu thun weit entfernt iſt.

* Es wäre zu wünſchen, daß ſich dieſe Verſicherung mit der Entſchloſſenheit vergleichen lieſſe, welche der Wiener Hof bezeugt, es koſte auch was es wolle, den groſſen Theil von Baiern, den er in Beſitz genommen hat, und welcher die beſſere Helfte von dem was Lehen und alles Eigenthum, das darunter vermiſcht liegt, verſchlingt, behalten zu wollen.

* Wenn denn die baieriſche Erbſchaft aus lauter Fürſtenthümern beſteht, darinnen die weibliche Abkömmlinge zur Nachfolge unfähig ſind, ſo ſieht man nicht ein, wie der Kaiſerinn Königinn Majeſtät, weder für ihre Perſon, noch wegen ihrer Abſtammung von dem Herzog Albert, die nichts anders, als weiblich iſt, darinnen folgen kann.

* Das unpartheiſche Publicum wird dieſen Unterſchied nicht ſo gar Himmelweit befinden, es kann vielmehr befinden, daß das Rückfallsrecht der Prinzeßinnen eher in Staaten, wie der Oeſterreichiſche ſtatt haben könne, wo die weibliche Erbfolge eingeführt iſt, als in einem andern, dergleichen der Baieriſche, wo die männliche Erben allein der Nachfolge fähig ſind.

Einräumung der böhmiſchen Lehen von Rechtswegen nicht könnte gefordert werden, nachdem der Herr Churfürſt, als das Haupt ſeines Hauſes, alles dieſes unterſucht, anerkannt und beſtättiget hat, ſo ſind die **andern pfälziſchen Prinzen** nicht befugt zu behaupten, daß das, was für dieſen Souverain bewieſen iſt, nicht auch in Anſehung ihrer ſey.

* Sobald das Haus Oeſterreich ein gegründetes Recht hat, ſo hat der Herr Churfürſt keine Anſprüche mehr weder auf die Diſtricte von Baiern noch auf die böhmiſchen Lehen, und wenn dieſer Fürſt keine hat, aus welchem Grunde können die andern Zweige des Hauſes einige machen?

* Man wird vielleicht einwenden, daß dieſe Pfälziſchen Prinzen die Gerechſame des öſtreichiſchen Hauſes nicht erkannt haben. Aber iſt ihre Beyſtimmung gegenwärtig nöthig? Dieſe Pfälziſche Prinzen können dem Herrn Churfürſten von der Pfalz, der von einer andern Linie iſt, nicht das Recht nehmen, als Haupt des ganzen Hauſes Verträge zu ſchlieſſen, und ſich mit andern Mächten über den Beſitz der Länder, die ihm erſt angefallen ſind, oder die er ſchon vorhin in ſeiner Gewalt gehabt, zu vergleichen. Dem man noch beyfügen will, daß ſo wenig es den Stammsverwandten nach einer bekannten Rechtsregel erlaubt iſt, die Veräuſſerungen und Verpfändungen eher zu widerruffen, als die Erbſchaft ihnen zugefallen iſt; eben ſo wenig können die Pfälziſchen Nebenlinien, ſelbſt durch die feyerlichſten Proteſtationen, dem von dem Herrn Churfürſten von der Pfalz geſchloſſenen Vergleich ſo lang keinen Abbruch thun, bis ſie durch die Erlöſchung der Sulzbachiſchen Linie, zur Erbfolge gelangen.

* Wenn dieſelben wider die Rechte des Hauſes Oeſtreich etwas einzuwenden haben, ſo ſtehet ihnen, wie jedermann, nach dem Reichsgeſetzen, der Weg Rechtens offen.

* Man will hier nicht unterſuchen, ob es erlaubt ſey, ſich mit dem Reichstag zu Regensburg wider die Urtheile der Reichsgerichte zu ſchützen; aber man mag desfalls eine Meinung annehmen, welche man will, ſo wird man doch niemals daraus ſchlieſſen können, daß eine ſtrittige Sache in erſter Inſtanz und unmittelbar vor die Reichsſtände gebracht werden dürfe.

Gegenantwort des Hofes zu Berlin.

* Man glaubt vielmehr, daß wenn man die Erläuterung mit dieſer Gegenantwort vergleicht, daraus die völlige Ueberzeugung entſtehen müſſe, daß die Anſprüche des Wiener Hofs durchaus nicht mit der Gerechtigkeit übereinkommen, und wenn derſelbe ihre Stimme hören wollte, ſo müſte er ganz und gar darauf Verzicht thun.

* Es hat das Anſehen, daß jene Schlüße die zween folgenden weichen müſſen 1. Wenn der Anſpruch auf Niederbaiern, welcher aus den Lehenbrief von 1426. hergeleitet, von dem Herrn Churfürſten von der Pfalz anerkannt worden, gegründet iſt, ſo gehört daſſelbe, nach dem, was unwiderſprechlich erwieſen worden, nicht dem Hauſe Oeſterreich, ſondern dem Hauſe Brandenburg, welches in gerader Linie von der ältern Tochter des Herzog Albrecht V. abſtammet, und folglich können des Königs in Preuſſen Majeſtät nicht ein Dritter, ſondern der Theil ſeyn, den die Sache hauptſächlich angehet, und können dem Hauſe Oeſterreich nicht eine Erbſchaft überlaſſen, auf welche ſie viel mehr Recht als jenes hätten. 2. Wenn dieſer Anſpruch nicht gegründet iſt, ſo hat der Herr Churfürſt von der Pfalz ſie nicht anerkennen können, und der Wiener Hof nicht ohne Ungerechtigkeit, und unwiderbringlichen Nachtheil des Zweibrückiſch- und Sächſiſchen Hauſes ſich derſelben bedienen können, und der König hat als Freund und Bundsgenoſſe dieſer Fürſten, die ihn um ſeine Vermittlung erſucht haben, als ein Stand des Reichs, als ein ſchlieſſender und gewährender Theil der deutſchen Reichsverfaſſung, ſehr gegründete Urſache, ſich der ungerechten Beſitznehmung einer ſo beträchtlichen Erbſchaft zu widerſetzen, die, es ſey durch Gewalt oder Einverſtändniß, ohne einige geſetzmäßige Wege, und folglich auf eine Art die die Sicherheit des Reichs zernichtet, erlangt worden, und ſich durch alle mögliche Mittel dahin zu verwenden, daß die wichtige Baieriſche Erbſchaft den natürlich und rechtmäſſigen Erben nicht entzogen werde.

* Man mag auch dieſer Sache für eine Erklärung oder Wendung geben, welche man will, ſo wird doch alles was man hier anführet niemal der Gedanken von Gewaltthätigkeit und unrechtmäſſigen Verfahren vertreiben können. Der zwiſchen der Kaiſerinn Königinn Majeſtät und dem Herrn Churfürſten von der Pfalz getroffene Vergleich iſt freilich den 3. Jenner 1778. unterſchrieben, aber er kam nicht eher als zwiſchen den 16 und 20. Jenner zum Vorſchein, nachdem die öſterreichiſchen Völker bereits von Baiern Beſitz genommen hatten. Der Herr Fürſt von Kaunitz geſteht in der Note vom 20. Jenner aufrichtig, daß, da die durch den Churfürſten von der Pfalz geſchehene Beſitzergreifung von ganz Baiern hätte vermuthen laſſen, dieſer Prinz wolle den Rechten des Hauſes Oeſtreich eine Hinderniß machen, ſo habe daſſelbe für nöthig erachtet die Vorſicht zu gebrauchen ſeine Völker nach Baiern gehen zu laſſen, daß man ſich aber bald darauf freundſchäftlich verglichen habe. Man geſteht alſo, daß der Marſch der Völker eher als der freundſchäftliche Vergleich geſchehen ſey. Es iſt bekannt, daß dieſer Marſch und die Drohungen des Wiener Hofes die Hauptbeweggründe geweſen ſind, welche den Herrn Churfürſten von der Pfalz dahin gebracht haben, daß er die Oeſterreichiſchen Anſprüche anerkannt hat. Man würde im Nothfalle davon Geſtändniſſe und andere Beweiſe vorzeigen können, und man könnte ſich dabei auf die aufrichtige Erklärung dieſes Fürſten, der es genugſam zu erkennen gibt, wenn er allenthalben durch ſeine Miniſter hat kund machen laſſen, daß er den Vergleich vom 3. Jenner, und die ſtarke Aufopferung, die darinnen enthalten iſt, in keiner andern Abſicht als nur die Ruhe von Deutſchland zu erhalten eingegangen ſey, freilich ein Auskunftsmittel, das für die Rechte ſeines Hauſes allzu weit gehet.

Wie könnte man ſichs auſſerdem vorſtellen, daß eben dieſer Fürſt die Hälfte ſeines altväterlichen Erbtheils abgetretten und einen alten Anſpruch erkannt hätte, deſſen Nichtigkeit in die Augen fället, und auf die bloſe Anführung eines alten Briefes, den er nicht einmal zu Geſicht bekommen. Wenn er dies mit gutem Willen gethan hätte, ſo müſte man

 voraus.

Antwort des Hofes zu Wien.

* Was die Allodialerben und namentlich den Herrn Churfürſten von Sachſen, der die Rechte ſeiner Frau Mutter vertritt, die eine Baieriſche Verzicht geleiſtete Prinzeſſin iſt, ſo ſind Se. Majeſtät weit entfernt ihnen ihre Anſprüche und Forderungen auf die Allodialgüter ſtreitig zu machen. Auch gedenkt Se. Majeſtät durch die Beſitzergreifung, die einzig und allein auf das eingeſchränkt worden, was die Lehnbriefe und Anwartſchaft enthalten, ſo wie auf dem Rückfall der Krone Böhmen, die rechtmäſigen Abſichten keines Menſchen, und noch weniger des Herrn Churfürſten zu Sachſen zu hindern.

* Man wiederholt noch bey dem Schluß: daß nach den Reichsgrundgeſetzen nur zween rechtmäſſige Wege ſind, ſeine Rechte geltend zu machen, nemlich ein gütlicher Vergleich mit dem intereſſirten Theil oder die Entſcheidung des Kaiſers und Reichs. Da Se. Majeſtät den erſtern dieſer rechtmäſſigen Wege gewählt haben, ſo wird man nicht befürchten dürfen, daß ein Verfahren, das den teutſchen Geſetzen ſo gemäs iſt, das ganze Gleichgewicht der Macht im Reich und in der Folge alle Sicherheit der Reichsſtände angreifen werde.

Memoire des Freyh. von Riedeſel.

S. Majeſtät der König in Preuſſen.

Antwort des Hofes zu Wien.

* Da Ihro Majeſtät in dem freundſchaftlichen Vertrag, den ſie mit dem Herrn Churfürſten von der Pfalz geſchloſſen haben, nicht allein die Reichsgeſetze und dem Weſtphäliſchen Frieden in Acht genommen haben, ſondern überdies auf keine Weiſe geſinnet ſind, diejenigen, welche ein gegründetes Recht auf die Baieriſche Erbfolge haben, in ihrem Geſuch zu ſtören, ſo ſchmeicheln ſich dieſelbe, daß man billiger Weiſe nichts weiter von ihnen verlangen könne.

Dieſe

Gegenantwort des Hofes zu Berlin.

vorausſetzen, er habe eine Abſicht, die noch weniger glaublich iſt, gehabt, nemlich er hätte mit Vorbedacht die ſicherſten und koſtbarſten Rechte ſeines eignen Hauſes einem fremden Hauſe aufopfern wollen. Es mögen nun die Triebfedern, welche eine ſo ſonderbare Erkenntlichkeit und Abtrettung bewirkt haben, ſeyn welche ſie wollen; man hat hier nur zu wiederholen, daß dieſelbe niemal beſtehen kann, und nach der Gerechtigkeit an ſich ſelbſt null und nichtig ſey.

* Wenn man die Erläuterung mit dieſer Gegenantwort vergleicht, ſo wird jeder unpartheiiſcher Leſer überzeugt ſeyn, daß die Schlüſſe aus einer Stelle der Preuß. Note vom 9ten März, die man hier anführet und beſtreitet, ihre volle Kraft behalten.

* Man hat alſo erwieſen, daß der Paviſche Vortrag die ausdrückliche Bedingniß von Unveräußerlichkeit und Unzertrennlichkeit enthalte, unſtrittige Merkmale eines Fideicommiſſes, die es dazu machen, wenn gleich der Name ſelbſt nicht dabey gebraucht iſt.

* Kan eine kleine Anzahl von Uebertrettungen und unrechtmäßigen Verſuchen einen gegenſeitigen Gebrauch einführen, und die Grundlage eines Vertrags umſtürzen, der ſo oft erneuert und ſelbſt durch den gegenwärtigen Herrn Churfürſten von der Pfalz beſtättiget worden iſt.

* Der Paviſche Vertrag hat ſich derowegen auch auf Nieder Baiern erſtreckt, vermög der Haus Verträge von 1524 und 1766. und beſonders des von 1348. als von der nemlichen Zeit, da Nieder Baiern wieder mit Ober Baiern vereinigt worden, wo die Pfalzgrafen zu Gunſten der Herzoge von Ober Baiern auf Nieder Baiern Verzicht thaten, aber mit dem ausdrücklichen Vorbehalt, der eventuellen Erbfolge nach Abgang dieſer Linie.

* Ein Satz, den das Pfälziſche Haus in ſeinen beſondern Streitigkeiten mit den Baieriſchen ſo grundlos und wahrheitswidrig angenommen hat, konnte unmöglich einen feierlichen Hausvertrag aufheben, den es ſelbſt in der Folge und bey aller Gelegenheit dafür erkannt hat. Es erhellet vielmehr daraus, daß der Herr Churfürſt von der Pfalz keinen Vergleich eingehen können, der den Gerechtſamen und Verträgen ſeines Hauſes nachtheilig iſt, die er ſelbſt erneuert und auf die feyerlichſte Weiſe 1746. 1766. 1771 und 1774. beſtättiget hat.

* Baiern iſt unſtrittig bis auf die Zeit der güldenen Bulle und nach dem Weſtphäliſchen Frieden ein Churfürſtenthum geweſen. Man begehret auch hier die Frage nicht zu entſcheiden, ob die Unzertheilbarkeit der Churfürſtenthümer und ſelbſt die Churfürſtl. Verfaſſung nicht demſelben anhängig geblieben ſey. Man hat hier eigentlich keine andere Abſicht gehabt, als der Obern Pfalz dieſe Eigenſchaft zuzueignen, als die einen Theil des Pfälziſchen Churfürſtenthums ausmacht.

* Dieſe Böhmiſchen Lehen ſind in dem Paviſchen Vertrag als Zugehörungen der Pfälziſchen Linie benannt, ſie ſind daher Theile, die zum Ganzen Theile der Obern Pfalz gehören in der ſie liegen, und davon ſie niemal weder durch Recht noch Gewalt getrennet worden ſind.

* Da durch dem Weſtphäliſchen Frieden dem Pfälziſchen Hauſe der Rückfall der Obern Pfalz ohne Ausnahme und ſo wie es daſſelbe vorhin beſeſſen, verſichert worden iſt, ſo muß der Rückfall der Böhmiſchen Lehen auch darunter begriffen ſeyn.

* Wenn die Böhmiſchen Lehen zur Obern Pfalz und dem Pfälziſchen Hauſe gehören, ſo müſſen ſie ſchlechterdings die Eigenſchaft der Unzertrennlichkeit haben, womit das Churfürſtenthum Pfalz nach der güldenen Bulle belegt iſt.

* Aus allen dieſen vorläufigen Sätzen erhellet vielmehr, daß der Schluß, den man hier beſtreiten will, höchſt richtig ſey.

* Nachdem erwieſen worden, daß das Oeſterreichiſche Haus weder zur Erbfolge in Nieder Bayern, noch zur unmittelbaren Vereinigung der Böhmiſchen Lehen mit der Krone kein Recht hat, ſo iſt der Herr Churfürſt von der Pfalz nicht berechtiget geweſen ungegründete Anſprüche, zum Nachtheil ſeiner Nachfolger, Stammsverwandten und Miterben zu

 erken-

Antwort des Hofes zu Wien.

Memoire des Freyh. von Riedeſel. — **Antwort des Hofes zu Wien.**

Nach alle dem, was man — viel kleinern Theil.

* Man ſchmeichelt ſich im Gegentheil, nachdem alles mit Klarheit und weitläufig erwieſen worden, man habe jedermann in Stand geſetzt, ſich ſelbſt zu überzeugen, daß die Anſprüche Ihrer Majeſtät durch die Unterſuchung und Auflöſung nicht anders, als gewinnen müſſen.

Memoire des Freyh. von Riedeſel. — **Antwort des Hofes zu Wien.**

Wenn der Herr Churfürſt von der Pfalz.

* Der Herr Churfürſt von der Pfalz, welcher gegenwärtig die einzige intereſſirte Hauptparthey iſt, hat dieſe Rechte und ihre urſprüngliche Gültigkeit anerkannt, und ſie dürfen nicht durch einen dritten vernichtet werden, der keinen Grund hat, ſich dawider zu ſetzen, und noch weit weniger ein Recht hat über dieſen Gegenſtand einen Ausſpruch zu machen.

Memoire des Freyh. von Riedeſel. — **Antwort des Hofes zu Wien.**

Man kann unentſchieden laſſen.

* Man ſehe, wie man beyderſeits in dieſer Sache zu Werk gegangen iſt, und man hat Urſache zu erwarten, daß dieſe Darſtellung allen Schein des Argwohns von Gewaltthätigkeit zerſtreuen wird. Zu einer Zeit da man ſich den Tod des Churfürſten von Baiern, nicht als eine ſo nahe Sache vorſtellen konnte, war das freundſchäftliche Verſtändniß mit dem Herrn Churfürſten von der Pfalz ſchon errichtet, und man war auch ſchon über den Grund der Rechte des Hauſes Oeſterreich einſtimmig. Wahr iſt es, wie man in der herumgegebenen Note vom 20 Jenner geſagt hat; daß nach dem Hintritt des Churfürſten Maximilian Joſeph der Kaiſerin Majeſtät, durch das erſte Ausſchreiben des Churfürſten von der Pfalz bewegt worden einen Theil ihrer Völker gegen Baiern rücken zu laſſen, aber das iſt gleichfalls wahr, daß dieſes erſte Ausſchreiben, wie in der Folge offenbar worden, ohne Wiſſen des Herrn Churfürſten ausgegangen ſey, und nicht weniger wahr iſt es, daß nach dem dieſer Vorfall einmal erläutert iſt, die Beſitzergreifung nicht vor einem freundſchaftlichen Vergleich mit dem Herrn Churfürſten von der Pfalz geſchehen ſey „und daß ſolche in Gegentheil nicht eher ſtatt gefunden habe, „ als nach geſchehener Unterzeichnung und Ratification der Convention durch „ den Herrn Churfürſten, wo ſie ſo dann eine nothwendige Folge deſſen war, „ worüber man ſich mit demſelben verglichen hatten.

Gegenantwort des Hofes zu Berlin.

* Dieſe Verſicherungen würden ſehr gut ſeyn, wenn der Kaiſerin Königin Majeſtät nicht den beſten Theil von Baiern eingenommen und dadurch das Eigenthum, das damit vermengt iſt, verſchlungen, und den Herrn Churfürſten von der Pfalz auſſer Stand geſetzt hätte, den Forderungen der Allodial Erben ein Genüge zu leiſten, da ſie ihm nur den mindern Theil von Baiern, mit einer unermeßlichen Schuldenlaſt beſchweret, gelaſſen.

* Der Kaiſerin Königin Majeſt. haben ſich weder mit den Seiten Verwandten, noch mit dem Allodial Erben, noch mit dem Reich, welchen allen gleichviel an rechtmäßiger Vertheilung der Baier ſchen Erbſchaft gelegen iſt, verglichen Sie haben ſich nur mit einem Theil, mit dem Churfürſten von der Pfalz verglichen, der höchſtens nur auf Lebenslang einen Vergleich eingehen konnte. Dieſer Vergleich iſt nach der irrigen Vorausſetzung eines Anſpruchs gemacht worden, der auf keine Weiſe gegründet iſt. Wenn es erlaubt wäre, oder dem Kaiſer in ſeinem Hauſe es gelingen könnte, ſeine Macht durch ſolche Mittel, die mit der Gerechtigkeit ſo wenig übereinſtimmen, zu vermehren, und ſich ſeiner Macht und ſeines Einflußes ſo zu bedienen, ſo würde das Gleichgewicht der Macht im Reich bald verlohren ſeyn, und die traurigſten Folgen für die Sicherheit der Reichsſtände daraus entſtehen.

* Da man erwieſen hat, daß der Vergleich vom 3ten Jenner gerade zu dem Weſtphäliſchen Frieden, der Kaiſerl Wahl Capitulation, der teutſchen Lehens-Verfaſſung und den unſtrittigen Rechten des Pfälziſchen und Sächſiſchen Hauſes entgegen iſt, ſo kan man von der Gerechtigkeit und Mäßigung Ihrer Kaiſerl. Majeſtäten erwarten, daß ſie bey Betrachtung der hier vorgelegten überzeugenden Beweiſe von der Unzulänglichkeit ihrer Anſprüche, die ihnen vielleicht zuerſt in einem vortheilhaften Licht gezeigt worden, von denſelben, ſo wie von dem darauf gegründeten Vergleich abſtehen, und die Baieriſche Erbſchaft den rechtmäßigen und natürlichen Erben überlaſſen werden.

IX.

Brief des Fürſten von Kauniz an den Grafen von Kobenzel, vom 31. May 1778.

Mein Herr Graf. Ihre Kaiſerl. Majeſtäten haben aus dem Verlauf ihrer Unterhandlungen ungern erſehen, daß dieſe eine Wendung genommen haben, wodurch die erwünſchte Abſicht eines gütlichen Vergleichs niemal erreicht werden kan, ſo lange die beiden Mächte in den Sätzen, die zur vorläufigen Grundlage dieſer Unterhandlung dienen ſollen, nicht einſtimmig ſind.

Alle diejenigen, die auf die Baieriſche Erbſchaft einen Anſpruch machten, oder machen zu können glauben, würde ſogleich von dem Berliner Hof für rechtmäſſige Competraten dieſer Erbſchaft erkannt.

Wir haben dawider nichts einzuwenden. Wir haben die Abſicht niemal gehabt, und haben ſie auch jezt nicht, daß die, welche auf die baieriſche Erbſchaft einen gerechten und billigen Anſpruch machen, oder das ihnen gehörige erweiſen können, zu kurz kommen ſollen. Aber dieſe Anſprüche betreffen nicht uns, ſondern einzig und allein den Herrn Churfürſten von der Pfalz, und es kommt hier nur darauf an, daß wir uns miteinander freundſchäftlich über die Mittel vereinigen, durch welche die Laſt des, mit den gedachten Mitwerbern zu machenden Arrangements, ihm erleichtert werde.

Aber das werden und können wir niemal eingehen, und dadurch wird alle Vorſtellung von einem gütlichen Einverſtändniß unmöglich, daß der Berliner Hof zu der Zeit, da er alle andern Anſprüche auf die Baieriſche Erbſchaft für rechtmäſſig erkennet, allein unſere Gerechtſame, unſere Anſprüche, und unſern Vertrag mit dem Herrn Churfürſten von der Pfalz für ungültig und unkräftig erklärt, und auf dieſen Grundſatz alle ſeine Vorſchläge ſtützet, welche in der That ſämmtlich dahingehen, daß wir alles, was wir in Beſitz genommen haben, zum Theil an ſich ſelbſt, zum Theil durch etwas von gleichem Werth zurückgeben, auſſerdem noch andere Rechte abtretten, und alſo mit weniger als nichts für lieb nehmen ſollen, ohnerachtet wir dem Berliner Hof in den Unterhandlungen die gröſten Vortheile zugeſtanden haben.

Die Anwendung dieſes Grundſatzes hebt entweder alle wechſelſeitige Billigkeit auf, oder ſie zwinget uns gegen gedachten Hof zu einem gleichen Verfahren.

Wir können, wollen und werden uns alſo aus den nemlichen Rechtsgründen, welche das Preuſſiſche Haus wider unſere Erwerbung geltend macht, der Vereinigung der beiden Marggrafthümer, mit der Hauptlinie dieſes Hauſes widerſetzen, und wir werden dazu alle unſere Kräfte anwenden, weil dies, aus den nemlichen

Staats-

Staatsurſachen, die den Beweggrund zu dem Preuſſiſchen Widerſtand ausmachen, eine Beziehung auf das Gleichgewicht beider Höfe hat.

Wenn alſo noch ein Mittel zu einem freundlichen Verſtändniß zwiſchen beiden Höfen und ſelbſt zu einem gründlichen Vergleich möglich iſt, ſo müſſe man vorher die Anſtöſſe, davon hier die Rede iſt aus dem Weg zu räumen ſuchen.

Und dies kann nicht anders geſchehen, als wenn man die Grundſätze annimmt, die wir Anfangs zum Grund der Unterhandlungen gelegt haben, daß nemlich jeder Hof ſich unpartheiiſch an des andern Stelle ſetze, und von demſelben nichts verlange, was er ſeiner eigenen Ehre und Würde nicht gemäs findet, daß keiner ſich von der gemeinen Rechtsregel ausnehme, nach welcher man dasjenige für und wider ſich für recht erkennen muß, was man von dem andern für recht erkannt haben will.

Aus der wirklichen Anwendung dieſer Grundſätze folget, daß wenn beide Höfe ſich nicht offenbar zu Grund richten, ſondern vielmehr ihren gegenſeitigen Vortheil befördern wollen, der Berliner Hof auf eine ſeiner Ehre gemäſſe Art, ſeinen Widerſpruch gegen unſere Erwerbung aufgebe, und daß der Unſrige der Einwendung gegen die Vereinigung der Anſpachiſchen und Bayreuthiſchen Länder mit der Hauptlinie des Preuſſiſchen Hauſes entſagen, und daß beide Mächte ſich miteinander freundlich über die Mittel verſtehen, wie ſie durch einen anſtändigen Tauſch ihren gegenſeitigen Vortheil erhalten, und einander wechſelsweiſe ſo viel möglich beiſtehen, dieſe Abſicht zu erreichen.

Wenn der Berliner Hof dieſe Grundſätze und ihre Anwendung nicht annimmt, ſo iſt keine Möglichkeit zu einem Verſtändniß vorhanden, nimmt er ſie aber an, ſo legen wir folgenden Plan zu einem Vergleich vor.

1. Der Berliner Hof ſteht ipſo facto von ſeiner Widerſetzlichkeit gegen unſere Acquiſition in Baiern, wie wir ſie wirklich beſitzen, ab, und dem zu Folge entſagen wir allem Widerſtand gegen die Vereinigung der Anſpachiſchen und Bayreuthiſchen Länder mit der Hauptlinie von Brandenburg.
2. Die beiden Mächte machen ſich anheiſchig, weder für ſich noch durch andere einen freiwilligen Tauſch, darüber ſie mit ihren Nachbarn wegen dieſer oder der andern Zugehörung übereinkommen möchten, zu hintertreiben, ſondern ſie verſprechen vielmehr einander wechſelſeitig ihre gute Dienſte dazu.
3. Beide Höfe werden gemeinſchäftlich ihre gute Dienſte anwenden, daß zwiſchen den Churfürſten von Sachſen und der Pfalz über die Allodialerbſchaft ein gerechter und billiger Vergleich getroffen werde, und der Kaiſerinn Majeſtät erklären, daß ſie zum Vortheil des letztern, und um ihm, nach getroffenen Tauſch, von den Mitwerbern der Allodialgüter beſſere Bedingniſſe

zu erhalten, noch mehrere wichtige, und in der Folge ſehr weſentliche Vortheile zu verſchaffen.

So iſt dieſer ganze Entwurf der genaueſten und wechſelſeitigen Billigkeit und Gleichheit gemäs. Das pfälziſche Haus befindet ſich durch einen freywilligen Tauſch völlig befriedigt, den es nicht anders als unter anſtändigen Bedingniſſen annehmen wird, ſo wie auch das ſächſiſche Haus, durch einen Vergleich mit dem pfälziſchen, was die Anſprüche auf das Eigenthum betrift, und auf dieſe Weiſe iſt die Ehre des Berliner Hofs und die Schutzleiſtung, deren er ſich öffentlich unterzogen hat, völlig gerettet.

Das ſind die einzigen Wege zu einer Vereinigung welche ſich mit der Würde und dem Vortheil der beiden Höfe vereinigen laſſen. Wenn ſie einmal miteinander darüber einverſtanden ſind, ſo wird ſich das übrige bald und leicht beylegen laſſen, und ſogleich nach Unterzeichnung dieſes vorläufigen Vergleichs können die Armeen beyderſeits auseinander gehen, und die beyden Höfe ſich ſolcher Geſtalt dieſer Laſt entledigt ſehen.

Ich habe die Ehre zu ſeyn ꝛc.

Wien den 31. May 1778.

Kaunitz Rietberg.

An den Herrn Grafen von Cobentzel.

X.

Memoire des Preußiſchen Miniſterii, dem Graf Cobentzel übergeben den 13. Jun. 1778.

Nachdem die unterſchriebenen Staatsminiſter von dem, was der Herr Graf von Cobentzel, auſſerordentlicher Geſandter Ihrer Kaiſerl. und Königl. Majeſtäten ihnen in einer Unterredung am 7. dieſes Monats zu Folge eines mitgetheilten Briefs des Herrn Fürſten Kaunitz vom 31. May über die bayeriſche Angelegenheit zu verſtehen gegeben, an den König Bericht erſtattet haben, ſo iſt ihnen aufgetragen worden, nach der Meynung S. M. auf dieſe Eröfnungen mit der Genauigkeit und Zuverſicht zu antworten, dadurch allein die angefangene Unterhandlung zu einem glücklichen Ende gebracht werden kann, und dagegen von Seiten des Wiener Hofes eine beſtimmte Erklärung zu verlangen.

Der gedachte Brief enthält Anfangs eine Wiederholung der Hauptpunkte, die man bey dieſer Unterhandlung zum Grund gelegt hat, die keinen Schwierigkeiten unterworfen ſind, und die S. M. bereits angenommen hat.

Indeſſen

Indeſſen kan man ſich nicht enthalten über die Folgerungen die man daraus zu ziehen vermeint, eine vorläufige Anmerkung zu machen. Es ſoll nemlich der Berliner alle Rechte von jedem Mitwerber um die bayeriſche Erbſchaft, nur des Wiener Hofs ſeine ausgenommen, ſo gleich für gegründet annehmen, und dieſe nur aus Staatsgründen und um des zwiſchen beyden Höfen obwaltenden Gleichgewichts willen, anfechten. Wenn dies Se. Preußiſche Majeſtät Meinung wäre, ſo würden ſie ſich nicht erbotten haben, das ihrige beyzutragen, damit der Kaiſerinn Königinn Majeſtät ein wichtiger Theil von Bayern für einen gleichgültigen Theil ihrer weiter entfernten Staaten abgetretten würde. S. M. glauben auch, daß ſie von ihrer Mäſſigung und Uneigennützigkeit damit keine zweydeutige Proben abgelegt haben, daß ſie für ſich ſelbſt nichts, als was ihnen, nach den unſtrittigſten Rechten zukommt, verlangen. Die zween erſten Artikel des vorgeſchlagenen Vergleichungsplans gehen zum Theil auf Nebendinge, die nicht zu der Hauptſache, welche die bayeriſche Erbſchaft iſt, gehören.

Se. Majeſtät haben in ihrem vorgelegten Entwurf nur deswegen der endlichen Vereinigung der Marggrafthümer Anſpach und Bayreuth mit der Hauptlinie gedacht, weil der Wiener Hof es verlangt hat, und weil ſie es in der That für nöthig geachtet haben, gegenwärtig aller künftigen Unterſuchung einer Sache zu begegnen, über welche man Zweifel zu erregen ſcheint. Dieſer Vergleich kann übrigens keinen Schwierigkeiten unterworfen ſeyn, und auf die vorgeſchlagene Weiſe beygelegt werden.

Der dritte Artikel deſſelben Plans, der die Bemühungen betrift, welche beyde Höfe anwenden ſollen, um die Zwiſtigkeiten des Pfälziſchen Hauſes und des Sächſiſchen Hofs, wegen der Anſprüche des leztern auf die Baieriſche Allodialverlaſſenſchaft gütlich beyzulegen, ſezt eine Ausgleichung dieſer Erbſchaft voraus, und das iſt gerade das, was noch einer Erläuterung bedarf.

Ohne ſich aufs neue in eine Unterſuchung über die Gerechtſame des Wiener Hofs auf die in Baiern beſezte Güter einzulaſſen, welches der König niemal in ſeinem ganzen Umfang zugeben kann, haben Se. Majeſtät vom Anfang der Unterhandlung erklärt, und erklären noch, ſie wollen nicht entgegen ſeyn, daß der Kaiſerinn Königinn Majeſtät einen ihnen wohlgelegenen Theil dieſer Länder behalten, wenn nur das Pfälziſche Haus ſchadlos gehalten und in den Stand geſezt wird die Anſprüche des Sächſiſchen Hofs zu befriedigen. Ehre und Würde verſtatten aber Se Majeſtät nicht, ſich durch einen vorläufigen Vergleich die Hände zu binden, ohne von der Beſchaffenheit der Tauſchgüter und Gegenlagen genau unterrichtet zu ſeyn, vermittelſt derer der Wiener Hof die Befriedigung der intereſſirten Partheyen zu bewirken gedenket.

Die Ausdrücke deren man ſich über dieſe Sache in einem Artikel des obenangeführten Briefs, der von dem Plan ſelbſt unterſchieden iſt, bedienet, ſind ſo unbeſtimmt und dunkel, daß Se. Majeſtät glauben von dem Wiener Hof verlangen zu können, daß er ſich deutlich erkläre, und daß er auf eine nicht zweydeutige Weiſe angebe:

1. Welches die Baieriſchen und Oberpfälziſchen Diſtricte ſind, die er behalten will, und die er wieder heraus zu geben vorhat.
2. Was er austauſchen und was er dem Pfälziſchen Hauſe zu ſeiner Schadloshaltung geben will.
3. Worinn eigentlich die Vortheile beſtehen, die er dem Churfürſten von der Pfalz verſpricht, um ihn in den Stand zu ſetzen, den Churfürſten von Sachſen zu befriedigen.
4. Ob der Wiener Hof ſeine Einwilligung zu einer ſolchen Ausgleichung der Baieriſchen ganzen Erbſchaft geben will, wie ſie die Rechte des Churfürſten von der Pfalz, des Churfürſten von Sachſen, des Herzogs von Zweibrücken und der Herzoge von Meklenburg nebſt dem König erfodern, der als Freund und Bundsgenoſſe dieſer Fürſten, als Churfürſt und Fürſt des Reichs, und noch unter mehrern angeführten Namen ſo ſehr berechtigt und befugt iſt, an der richtigen Vertheilung dieſer Erbſchaft Theil zu nehmen.

Eine deutliche, beſtimmte und ausdrückliche Antwort auf dieſe vier Punkte wird den König in den Stand ſetzen, zu beurtheilen ob dieſe Sache auf eine für alle damit befangene Partheien befriedigende Weiſe kan beygelegt werden, und ſie wird in ſolchem Fall den glüklichen Schluß der Unterhandlungen erleichtern.

Die Verweigerung dieſer Erläuterungen wird den Vergleich unmöglich machen und die Schuld alles daraus entſtehenden Unglücks wird auf den Wiener Hof fallen.

Se. Majeſtät verſprechen ſich alſo von der Gerechtigkeit, Mäßigung und Freundſchaft Ihrer Kaiſerl. Majeſtäten ſie werden Ihnen nicht abſchlagen dieſe Erläuterungen zu geben, nach welchen ſie über eine ſo wichtige Sache darauf das Wohl des menſchl. Geſchlechts und die Unterhaltung eines guten Verſtändniſſes zwiſchen beiden Höfen liegt, einen endlichen Schluß faſſen können.

Berlin, den 13. Jun. 1778.

Finkenſtein - Herzberg.

XI.

Mündliche Antwort vom 24. Jun. 1778.

Es befindet ſich daß die letzten Aeuſſerungen des Herrn Grafen von Kobenzel, über welche der Fürſt von Kauniz Rietberg den Baron von Riedeſel die verlangten

langten Erläuterungen zu geben verſprochen hat, ſo bald er hiezu Vollmacht erlangen würde, zu dem Ende gemacht worden ſeyn, daß ſie ſtatt einer Antwort auf die Vorſchläge dienen ſollen, die ihm durch den Preußiſchen Staatsrath in einer Schrift, unter dem Titel: Entwurf oder Plan zu einer allgemeinen Ausgleichung der Baieriſchen Erbſchaft, der zur Grundlage eines Vertrags dienen könnte. Es ſcheint daher nöthig zu ſeyn, um den Erläuterungen noch mehrere Deutlichkeit zu geben, die nach der Art, wie man ſie verſtanden oder nicht verſtanden hat, dieſe Aeuſſerungen allerdings zu bedürfen ſcheinen, eine Darſtellung von der Beſchaffenheit dieſes Entwurfs vorauszuſchicken, damit durch die Unterſuchung und Vergleichung dieſes Ausgleichungsplans mit den Aeuſſerungen des Grafen Kobenzels, dazu er Anlaß gegeben hat, man in dem Stand geſezt werde über die Gründe, aus welche man dieſen Plan für unzuläßig anſehen, und auf welche die gedachten Aeuſſerungen gebauet ſind, ſelbſt zu urtheilen:

Hier iſt der weſentliche Inhalt dieſes Friedensplans: Man ſchlägt der Kaiſerin Königin vor an den Herrn Churfürſten von der Pfalz alles was ſie jezt in Baiern vermög ihrer Gerechtſame und des mit dieſem Fürſten errichteten Vertrags in Beſiz haben, wieder heraus zu geben.

Sich durch Tauſch mit einem der ſchlechteſten Theile von Baiern, der in dem gedachten Plan benennet iſt, befriedigen zu laſſen.

Und doch dafür noch das Pfälziſche Haus durch die Abtrettung der Herzogthümer Limburg und Geldern ſchadlos zu halten.

Man iſt darüber einſtimmig, daß der Herr Churfürſt von der Pfalz von Rechswegen verbunden iſt, den Herrn Churfürſten von Sachſen, wegen ſeiner Anforderungen auf das Baieriſche Allodialvermögen Genugthuung zu verſchaffen, wenn er auf die gedachte Art ſollte entſchädigt werden, ſo glaubt man er könne den Churfürſten von Sachſen ſelbſt einen Theil von der obern Pfalz abtretten, ihm die beweglichen Güter der Baieriſchen Erbſchaft aushändigen, und noch obendrein mit einer angemeſſenen Geldſumme befriedigen.

Und nichts deſtoweniger ſchlägt man noch des Kaiſers Majeſtät vor, die erledigten Reichslehen in Baiern dem Churfürſten von der Pfalz und die in Schwaben liegende, nebſt den Reichsherrſchaften Mindelheim und Wieſenſteig dem Churfürſten von Sachſen zu ertheilen.

Und der Kaiſerinn Königinn (ſchlägt man vor) um dieſe Ausgleichung recht zu erleichtern, den Rechten der Oberherrlichkeit und andern, welche ſie als Königin in Böhmen auf einige Stücke von der obern Pfalz, von Sachſen und dem Bayreutherland haben, zu entſagen.

Deßgleichen, daß ſie nicht allein der Vereinigung des Anſpacher und Bayreutherlandes mit dem Churhaus Brandenburg oder der Vertauſchung derſelben

mit der Ober⸗ und Niederlauſitz und andern Diſtricten, die man nicht nennet, keine Hinderniſſe in den Weg legen, ſonnern man verlangt ſogar, daß der Kaiſerin Königin Majeſtät ſich gefallen laſſen ſollen, damit dieſer Tauſch ſtatt haben könne, dem Lehen⸗ Rückfalls⸗ und andern Rechten, die ſie auf die ganze Lauſitz oder auf einige Stücke derſelben haben mögen zu entſagen. Mit einem Wort

Als wenn das Kaiſerliche Haus weder ſeine Rechte noch ſeinen Vertrag für ſich hätte, ſchlägt man ihm vor, alles heraus zu geben und nichts zu behalten, denn das verſteht ſich, daß man einem nichts giebt, wo man für das, was man behält, eine Sache von gleichem Werth geben muß, und ob man nun gleich befindet, daß auf dem Fus der Churfürſt von der Pfalz zu den Beſitz der ganzen Bayeriſchen Erbſchaft gelangt, weil er für das, was er davon abträte, entſchädigt würde, vermittelſt deſſen er allein verbunden wäre, den Churfürſten von Sachſen wegen ſeiner Anſprüche auf die Allodialgüter zu befriedigen: ſo glaubt man gleichwohl der Kaiſerin Majeſtät, ohnerachtet ſie nichts behalten würden, weil ſie etwas anders dafür gegeben hätten, daß ſie wenigſtens zum Theil die Befriedigung der Allodialerben, durch Abtrettung einer Menge von Gerechtſamen, die jetzt ſchon von der gröſten Wichtigkeit ſind, und es mit der Zeit noch mehr werden können, auf ſich nehmen ſollen.

Und endlich in dem Augenblick, da man dem Oeſterreichiſchen Hauſe vorſchlagen zu können glaubt, daß es von einer Eroberung abſtehen ſolle, die wenigſtens bis zu einem gewiſſen Punct das Gleichgewicht der Macht zwiſchen Ihnen und Sr. Preußiſche Majeſtät erhalten könnte, hält man ſich berechtigt von Ihnen fordern zu können, daß ſie gleich von jetzt an durch ihre Einwilligung und die verlangten Verzichtleiſtungen, zu der beträchtlichen Vergröſſerung helfen ſollten, welche des Königs in Preuſſen Majeſtät durch die Vereinigung der Marggrafthümer Anſpach und Bayreuth mit der Hauptlinie des Hauſes oder durch ihre Vertauſchung mit Ländern, die ihnen noch beſſer gelegen wären erlangten.

So ſind die Vorſchläge beſchaffen, auf welche es bey dieſem Vergleiche blos eigentlich ankommt. Ihro Kaiſerl. Königl. Majeſtät haben daher keine andere als ſolche Vorſchläge darinnen finden können, die ſich mit dem, was ſie ſich ſelbſt ſchuldig ſind, mit ihren guten Befugniſſen, mit der Staatsklugheit, und mit wechſelſeitiger Billigkeit, die allein einen Vergleich möglich macht, durchaus nicht vereinigen laſſen, und vermittelſt deſſen wird ſich niemand darüber verwundern, daß ſie zu einer ſolchen Ausgleichung nicht haben die Hände bieten können, und ſie glauben, daß niemand die Geſtalt der Sache mit kaltem Blut von einer andern Seite werde betrachten können, als ſie betrachtet haben.

Hier

Hier ſind dagegen die Vorſchläge, welche der Graf von Cobenzel im Namen Ihrer Majeſtäten, theils durch Vorlegung eines Briefs der ſeine Verhaltungsbefehle in dieſer Sache enthielt, theils durch beygefügte mündliche Erklärung, auf den Fall, wenn die vorläufigen Artickel die in dem gedachten Brief vorgeſchlagen worden, ſollten angenommen werden, gethan hat.

Ihre Majeſtäten erbieten ſich gegen ſeine Preuß. Majeſtät, ihnen ſo gleich den Beſitz der Marggrafthümer Anſpach und Bayreuth durch ihre Beyſtimmung zur Vereinigung derſelben mit der Chur- und Hauptlinie von Brandenburg zu verſichern, und ſie verlangen dagegen von Sr. Preuß. nichts anders als ihre gleichmäſige Zuſtimmung zu dem Beſitz der Diſtricte in Baiern, welche der Kaiſerinn Königin Majeſtät vermög ihrer Gerechtſame und des Vergleichs mit dem Herrn Churfürſten von der Pfalz zugefallen ſind. Ihre Kaiſerl. und Königl. Majeſtäten erbieten ſich gegen Se. Preuß. Majeſtät nicht nur weder für ſich noch durch andere einen Tauſch zu hindern, welchen ſie wegen der gedachten Marggrafthümer mit einem ihrer Nachbarn mögten treffen können, ſondern auch ihre gute Dienſte dazu, und ſie verlangen dagegen ſonſt nichts als eine gegenſeitige Verbindlichkeit, daß ſie weiter weder für ſich noch durch andere einen Tauſch verhindern, welchen ſie mit einem Nachbarn treffen könnten, ſondern vielmehr ihre gute Dienſte dazu anwenden wollen.

Sie thun endlich den Vorſchlag ihre gute Dienſte mit Sr. Preuß. Majeſtät ihren dahin zu vereinigen, daß den Allodialerben eine billige und rechtmäſige Genugthuung verſchaft werde, und Se. Majeſtät der Kaiſer erbieten ſich noch überdies um den Herrn Churfürſten von der Pfalz den Vergleich wegen dieſer Sache zu erleichtern, dem Sächſiſchen Hauſe ſolche Vortheile einzuräumen, die für daſſelbe wichtig ſind.

Ihre Kaiſerl. Majeſtät bieten alſo Se. Preußl. Majeſtät zum wenigſten eine gleich wichtige Vergröſſerung an.

Sie thun den Vorſchlag zu einer wechſelſeitigen Bewilligung der Austauſchungen, und da dieſe ohne freywillige Zuſtimmung der Parthey en nicht ſtatt haben kann, ſo kann kein Zweifel über ihre Befriedigung zurückbleiben, und bleibt dieſe vorausgeſetzt, ſo haben Se. Preuß. Majeſtät ihre Würde gegen alle für die ſie ſich verwendet haben, gerettet, ſo wie zugleich die Würde der Kaiſerinn Königinn Majeſtät in Sicherheit bleibt.

Da es aber gleichwol nöthig iſt, daß gar kein Misverſtand über den wahren Sinn dieſer Vorſchläge zurück bleibe, ſo glauben Ihre Kaiſerl. Königl. Majeſtäten dem noch beyfügen zu müſſen, daß auf den Fall da man mit dem Pfälziſchen Hauſe wegen eines Tauſches der beeden Theilen anſtändig wäre, überein kommen könnte, Se. Kaiſerl. Majeſtät zu Gunſten ſeiner Preuß. Majeſtät, die nöthigen Verzichtleiſtungen bewilligen würden, um den Tauſch wegen der Lauſitz möglich zu machen, und daß ſie zu Gunſten des Herrn Churfürſten von der Pfalz dem Sächſiſchen Hauſe verſchiedene Vortheile zugeſtehen wollten, die dieſem Fürſten die Laſt eines Vergleichs mit den Allodialerben erleichtern könnten, desgleichen wenn man mit dem Pfälziſchen Hauſe nicht übereinkommen könnte, ſo verſpricht der Kaiſ. Königinn Majeſtät ſonſt nichts, als ſchlechthin und allein ihre Einſtimmung zur Vereinigung der Marggrafthümer Anſpach und Bayreuth mit der Hauptlinie des Brandenburgiſchen Churhauſes gegen die gleichmäſige auch ſchlechthin und allein gemeinte Einſtimmung zu Sr. Preuß. Majeſtät zu dem Beſitz der Landſchaften die ihnen in Baiern vermög ihrer Rechte und des Vergleichs zugefallen ſind, damit ihnen dieſes, wenigſtens bis auf einen gewiſſen Punkt, zu einer gleichen Vergröſſerung diene, die man bisher zur Erhaltung des Gleichgewichts der beiden Höfe als eine Sache angeſehen hat, von der man nicht abgehen dürfe und im letztern Fall ſind der Kaiſ. Königinn Majeſtät nicht geſinnet weder ihre Lehen noch andere Rechten, keinem Menſchen zu gefallen zu entſagen, aber ohne doch deswegen, ſelbſt in dieſem Falle, ihre Verſicherungen zurück zu nehmen, die ſie bereits allen Mitwerbern der Baieriſchen Erbſchaft ertheilt haben, daß ſie bereit ſeyen ihnen Gerechtigkeit widerfahren zu laſſen, und ſich niemal weigern werden, für alle ihre Anfoderungen die ſie zu Recht, auf eine geſetzmäſige Art und durch die ordentliche Wege erweiſen können ihnen Genugthuung zu verſchaffen.

Ihro Kaiſerl. Majeſtät glauben hiemit allen Pflichten der wechſelſeitigen Billigkeit und das vollkommenſte Genügen geleiſtet zu haben.

Und es kommt alſo noch darauf an, ob Se. Pr. Majeſtät glauben, dieſe Vorſchläge zur Grundlage eines vorläufigen Vergleichs annehmen zu können, oder ob ſie glauben, ſie verwerfen zu müſſen.

Im letztern Fall iſt alle freundſchäftliche Ausgleichung unmöglich, und alle weitere Erläuterung wird überflüſſig ſeyn.

Aber im Gegentheil wird ſich auf den erſtern Fall, alles vergleichen laſſen, und ſo bald die vorläufigen Artickel nach dem Muſter in die Vorſchläge die in dem Brief des Fürſten van Kauniz enthalten ſind, und die zulezt dem Preußl. Staatsrath vorgelegt worden, abgeſchloſſen ſind, ſo werden beyde Höfe keine Schwierigkeit mehr finden ſich über das Wie? Der wechſelſeitigen Vertauſchungen, und über die Befriedigung der Mitwerher um die Baieriſche Allodialerbſchaft zu erklären und einzuverſtehen. Wien, den 24. Jun. 1778.

Kauniz Rietberg.

XII.

Antwort des Preußl. Staatsraths auf die ſchriftl. Antwort des Herrn Fürſten von Kauniz vom 3. Jul.

Der König hat nicht ohne Verwunderung erſehen können, daß man in der ſchriftl. Antwort, die der Hr. Graf von Cobenzl dem Preußl. Staatsrath und der Hr. Fürſt von Kauniz dem Baron von Riedeſel vorgelegt hat, den von S. Maj. vorgeſchlagenen Plan zur Ausgleichung der Bairiſchen Erbſchaft eine ihren wahrem Sinn ſo widrige Auslegung gegeben hat, daß man einiges davon den Vorſchlägen des Wiener Hofs zueignen und ihnen dadurch einen Vorzug beilegen will, deſſen ſie gar nicht fähig ſind. Um gar keinen Zweifel über dieſe Behauptung übrig zu laſſen, will man hierdurch eine kurze Unterſuchung der gemeldten ſchriftlichen Antwort, die Warheit vor die Augen legen.

Obgleich S. Maj. die Gültigkeit der Gerechtſame der Kaiſerinn Königinn Maj. auf Nieder Baiern auf keine Weiſe anerkennen können, da der Anſpruch, den man aus einer Belehnung oder Anwartſchaft, die 1426. Kaiſer Sigmund dem Herzog Albrecht von Oeſtreich und ſeinen Erben ertheilt hat, herleitet, nicht gegründet iſt, und geſezt, daß er es wäre, das Erbfolgrecht dem Hauſe Brandeburg, das von der ältern Herzog Albrecht V. in gerader Linie abſtammet, und nicht dem gegenwärtigen Hauſe Oeſtreich, das nur von der jüngern Tochter dieſes Fürſten herſtammt, zukäme; und obgleich der Vertrag vom 3. Jenner, der die Warheit dieſes Anſpruchs vorausſezt, der Kaiſerinn Königinn Maj. aller Billigkeit nach kein neues Recht geben kan, ſo hat der König doch nicht begehrt, daß ſie alles, was ſie jezt in Baiern beſizen, an den Churfürſten von der Pfalz zurück geben ſollen, ſondern nur einzig und allein aus Liebe zur Ruhe und Frieden Vorſchlag gethan der Kaiſerinn Königinn Maj. zwei groſſe Landſchaften in Baiern abzutretten, die, nach dem Urtheil aller, die es genau kennen, unter die beſten Theile dieſes Landes gehören, ausmachen, ſich an Böhmen und Oeſtreich genau anſchlieſſen, durch zween groſſe Flüſſe, als natürliche Grenzen eingeſchloſſen, und folglich dem

 Wiener

Wiener Hof ſehr gelegen ſind, ohne daß man nöthig hätte Baiern mitten von einander zu theilen, davon ſchon gegenwärtig die eine Helfte einen Theil der Eroberungen S. Kaiſ. Majeſt. ausmacht.

Nachdem die Kaiſerinn Königinn Majeſt. ſo freiwillig und ohne einigen rechtmäſigen Vorwand einen ſo beträchtlichen Zuwachs ihrer Staaten erhalten, ſo iſt es billig, daß ſie davon dem Pfälziſchen Hauſe eine Entſchädigung geben. Der Vorſchlag von den Herzogthümern Limburg uud Geldern kan ihnen nicht zu groß vorkommen, da dieſe nur aus zwei kleinen abgeſonderten, und von ihren wichtigſten Ländern weitentfernten Landſchaften beſtehen, die der Beſchaffenheit und Gröſſe noch lange nicht an die Stücke von Baiern reichen, die ihnen nach dieſem Entwurf verbleiben ſolle.

Was man zur Befriedigung des Hrn. Churfürſten von Sachſen für ſeine Anſprüche auf die Allodialgüter vorgeſchlagen hat, iſt den Kenntniſſen gemäs, die man von dieſen Anſprüchen hat, und es wäre nur darauf angekommen, daß man zwiſchen dieſem Fürſten und dem pfälziſchen Hauſe eine gütliche Ausgleichung verſucht hätte.

Man hat geglaubt, wenn man dem Hrn. Churfürſten von Sachſen die Herrſchaften Mindelheim und Wieſenſteig anwieſe, ſo könnte dadurch oder vielleicht durch eine Vertauſchung derſelben die gemeldte freundliche Ausgleichung erleichtert werden.

Man glaubt, daß der Vorſchlag dem Hrn Churfürſten von der Pfalz die erledigten Reichslehen in Baiern zu ertheilen, das billigſte Mittel an Handen gegeben hätte, das pfälziſche Haus einigermaſſen für den unermeßlichen Verluſt ſchadlos zu halten, den es allemal durch die vorgeſetzte Zergliederung Baierns erleidet.

Man meint, daß der Kaiſerinn Königinn Majeſtät um die allgemeine Ausgleichung der Bairiſchen Erbſchaft zu erleichtern, und den geringen Erſatz, den ſie mit den Herzogthümern Limburg und Geltern für die groſſe Eroberung geben, die ſie in Baiern machen ſollen, ein wenig zu erhöhen, auch um ſich dadurch eine Art von   zu verſchaffen, keine Schwierigkeit machen ſollten, der Oberherrlichkeit und andern Gerechtſamen, die ſie als Königinn von Böhmen über einige Stücke in der obern Pfalz, Sachſen, und dem baireuther Land haben können, zu entſagen, da dies Gerechtſame ſind, die theils ſtreitig, von geringer Wichtigkeit und Ertrag, und ſonſt zu nichts nuz ſind, als unter den Nachbarn Streitigkeiten zu erregen.

Der König hat zur Beſtimmung des künftigen Schickſals des Anſpachl. und Bayreuthiſchen Landes ſonſt nichts als die Einwilligung der Glieder des Hauſes Brandenburg nöthig. S. Maj. haben dazu die Einwilligung des Wiener Hofs nicht verlangt, da aber derſelbe ſie ſelbſt in ſeinem erſten Entwurf zu einem Vergleich, den des Kaiſers Maj. in einem Brief vom 13. April an den König geſchickt haben, angebotten hat, und öffentlich erkläret, daß er ſich der Vereinigung der gedachten Marggrafthümer mit der Hauptlinie des Churhauſes Brandenburg widerſetzen wolle, ſo haben Se. Maj. geglaubt, ſie könnten ſich dies Anerbieten zu Nutz machen, um dieſen unerwarteten Widerſtand, den man ihnen ankündiget, zu entfernen, aber ohne daß ſie dadurch eine ſolche Widerſetzung für rechtmäſſig erkenneten, oder es für eine Aufopferung annehmen, wenn der Wiener Hof davon abſtehet.

Gewiſſermaſſen iſt es mit dem Tauſch der beiden Marggrafthümer gegen die Lauſitz eben ſo beſchaffen. Der Wiener Hof ſelbſt hat den Gedanken von dieſem Wechſel veranlaßt, da er in dem vierten Artikel ſeines erſten Entwurfs zu einem Vergleich ſich erbotten hat ſeine Einwilligung zu einem ſolchen freiwilligen Tauſch, wie ihn der König mit ſeinen Nachbarn treffen will, zugeben, und ferner dem Wiederkaufs- und ſeinen andern Rechten auf die Lauſiz zu entſagen.

Man hat dies Anerbieten mit Dank angenommen, obgleich die Aufopferung des Wiener Hofs ſehr gering iſt, wenn man bedenkt, wie weit die Zeit dieſes Recht geltend zu machen, noch entfernt ſeyn kan, da es nicht eher, als nach Abgang des Sächſiſchen Hauſes ſtatt haben kan. Ueberhaupts genommen, hat der König nur einen flüchtigen Gedanken an dieſen Wechſel gehabt, er hat einmal darauf beſtanden, er hat ihn ohne einige Abſicht ſich zu vergröſſern, ſondern einzig und allein darum vorgetragen, weil dadurch ſeine Staaten beſſer zuſammenhängen, und in der Abſicht dem Sächſiſchen Hauſe dafür ein Land abzutretten, das mit den Churfürſtl. Ländern und dem Stück von Baiern, wo es den Erſatz für ſeine Anſprüche auf die Allodialerbſchaft bekommen ſollte, zuſammenhängt, und das an Einkünften, Fruchtbarkeit und Bevölkerung der Lauſiz gleich, wo nicht überlegen iſt. Die Schlüſſe, welche man in der ſchriftlichen Antwort aus dieſen Vorſchlägen zu ziehen ſucht, ſind eben ſo wenig der Gerechtigkeit als den Geſinnungen des Königs gemäs. Man kan dem kaiſerl. Hauſe mit Recht nichts zugeſtehen, weil man keins dafür zu erkennen weiß. Dieſe Betrachtung hat den König gleichwol nicht gehindert dahin einzuwilligen, daß die Kaiſerinn einen beträchtlichen Theil von Baiern behalten ſollte, und Se. Maj. würden ihr dadurch, ohne einiges Recht und ohne daß ſie ſelbſt dabei einen Vortheil gehabt hätten, einen anſehnlichen Zuwachs verſchaft haben.

Der ſehr geringe Erſatz, den man von der Kaiſerinn Königinn Majeſtät begehrt hat, ſteht mit dem, was man ihnen von Baiern zu laſſen, vorgeſchlagen hat, in einem ſo ſchlechten Verhältnis, daß es vielleicht jenes zehnmal an Ein-

 künften

künften überſteigt, ohne den anſehnlichen Vortheil zu rechnen, daß es ſo genau mit den übrigen Ländern zuſammenhängt. Jeder unpartheyiſche Richter wird eingeſtehen, daß man für das Oeſterreichiſche Haus Land und die Grenzen dieſer Erwerbung nicht wolgelegener hätte wählen und beſtimmen können. Es war alſo wol billig, daß ſie in Anſehen einer ſo beträchtlichen Erwerbung, durch die Abtrettung einiger Gerechtſame, die nichts zu bedeuten haben, zur Befriedigung der Allodialerben etwas weniges beitrügen.

Man hat bereits angemerkt, daß der König die Einwilligung der Kaiſerinn Königinn Majeſtät zur Vereinigung der Marggrafthümer in Franken, und zu ihrer Vertauſchung mit der Lauſiz nicht verlanget hat. Se. Maj. haben nichts gethan, als daß ſie nur das gemachte Anerbieten angenommen haben. Sie glauben ſich auf die erhabenen Geſinnungen dieſer vortrefflichen Prinzeßin und auf das Urtheil der ganzen unpartheyiſchen Welt beruffen zu können, ob man mit dem mindeſten Schein der Billigkeit und Gerechtigkeit das unſtrittige Erbfolgerecht, die das Haus Brandenburg auf ſeine erbliche Staaten in Franken hat, mit einem ganz grundloſen Anſpruch vergleichen könne, der im Namen der Kaiſerinn Königinn Majeſtät, auf ein Land gemacht wird, das für ihr Haus ganz und gar fremd iſt, und welches, nach den von ihnen ſelbſt vorgelegten Beweiſen (titres) nicht einmal das gegenwärtige Haus Oeſtreich angeht. Das Gleichgewicht der Gewalt iſt allerdings in der Staatskunſt gegründet, aber es muß zugleich durch die Gerechtigkeit beſtimmt werden. Man iſt auſſerdem überzeugt, daß der Wiener Hof nicht im Ernſt gedenke, es könne das Gleichgewicht zwiſchen ihm und dem Berliner Hof nicht anders erhalten werden, als wenn die Fränkiſchen Marggrafthümer ſeiner Bairiſchen Eroberung das Gegengewicht halten. Man hat Urſache zu glauben, daß wenn Ihre Kaiſerl. Majeſtäten dieſen hier angeführten Betrachtungen einige Aufmerkſamkeit zu ſchenken beliebt hätten, würden ſie für ſich ſelbſt gefunden haben, daß der durch den König vorgeſchlagene Vereinigungsplan nicht allein der Staatsklugheit und ihrem Vortheil gemäs ſey, ſondern daß er auch, zu ihrem Nutzen, die Vortheile anderer und alles was ſie nur wünſchen können, um vieles überſteige.

Ohnmöglich kann man dieſes auch von den vorläufigen Aeuſſerungen des Grafen von Cobenzel gegen den Königl. Staatsrath ſagen und behaupten.

Wenn Ihre Kaiſerl. Majeſtäten dem König ihre Einwilligung zur Verbindung der Marggrafthümer Anſpach und Bayreuth mit der Brandenburgiſchen Churwürde anbieten, und dagegen die gleiche Einwilligung Seine Majeſtät zur Behauptung der Landſchaften verlangen, welche der Kaiſerinn Königinn Majeſtät in Baiern vermög ihres Vertrags mit dem Herrn Churfürſten von der Pfalz zu behalten gedenken, ſo ſtellen ſie eine rechtmäßige aber entfernte Erbſchaft, und deren innerer Werth damit gar nicht in Vergleichung kommt, gegen eine andere, die gar nicht gegründet iſt, deren wirkliche Annahm die klärſten und lauterſten

Rechte

Rechte des Pfälziſch- und Sächſiſchen Hauſes vernichten und den Weſtphäliſchen Frieden, die ganze Verfaſſung und den ganzen Staat des Reichs ſo wie das Gleichgewicht der Macht, das darauf beruhen muß, zu Boden ſtürzt. Seine Majeſtät ſind gegen den Beweis von der Gefälligkeit Ihrer Kaiſerl. Majeſtät nicht unempfindlich, da ſie ſich erbieten die Vertauſchung der gemeldten Marggrafthümer nicht zu hindern, aber ihre Abſicht iſt niemal geweſen ſich derſelben anders als mit Gerechtigkeit, Gleichheit und Beſcheidenheit zu bedienen, und ſie können in dem Begehren Ihrer Kaiſerl. Majeſtät den Tauſch, den ſie mit dem Herrn Churfürſten von der Pfalz vor haben auf keine Weiſe zu hindern, die vorausgeſezten gleichen Vortheile nicht finden. Dies Begehren ſezt allemal voraus, daß der Vergleich vom 3. Jenner und die darinn entworfene Zergliederung Baierns Beſtand haben ſolle, daß nach dieſem Vergleich Ihre Kaiſerl. Majeſtät ſich die Freyheit vorbehalten wollen, Baiern zum Theil oder im Ganzen zu vertauſchen, daß der König an der Ausgleichung der Bairiſchen Erbſchaft nicht Theil nehmen ſoll, und noch eine Menge von andern Vorausſetzungen und Folgerungen die ſich weder mit den unſtrittigen Rechten des Pfälziſchen und Sächſiſchen Hauſes, noch mit der Würde, Sicherheit und Intereſſe Seiner Majeſtät und des ganzen Reichs vereinigen laſſen. Eben dieſe Umſtände machen eine wechſelſeitige Einwilligung des Pfälziſchen Hauſes zu den Vertauſchungen und die freywillige Zuſtimmung der Partheyen, die Ihre Kaiſerl. Majeſtät vorausſetzen zu können glauben, unmöglich.

Das Erbieten Ihrer Kaiſerl. Majeſtät den Allodialerben zu einer billigen Genugthuung behülflich zu ſeyn, kann ſo lange keine andere als nur eine ſehr eingeſchränkte Wirkung hervorbringen, als ſie darauf beharren die Helfte von Baiern zu behalten, wodurch der Churfürſt von der Pfalz immer auſſer Stand geſezt bleiben wird, die Allodialerben zu befriedigen.

Die Erklärung und das allgemeine Anerbieten, das Ihre Kaiſerl. Majeſtät am Ende der ſchriftlichen Antwort und in der Anzeige vom 7. May thun, allen, die Theil an der Bairiſchen Erbſchaft haben, und namentlich dem Herzog von Zweybrücken wegen ihrer Anſprüche, die ſie durch rechtmäßige und ordentliche Wege erweiſen können, Gerechtigkeit und Genugthuung widerfahren zu laſſen, iſt in Warheit billig und ihrer Denkungsart würdig, aber ſie kann ihre Würkung ſo lange nicht äuſſern, bis Ihre Kaiſerliche Majeſtät ſich entſchlieſſen wollen, das Pfälziſche Haus wieder zu dem Beſitz von Baiern, das ihm willkührlich entzogen worden, zu bringen, und mit den Theilhabern über einen Schiedsrichter und unpartheyiſches Gericht ſich zu vereinigen, vor welchen man ſo wichtige Streitfragen unterſuchen und entſcheiden laſſen könnte, und dies um ſo mehr, da Seine Majeſtät der Kaiſer in ihrer eignen Sache nicht Richter ſeyn wollen und können.

Ueber-

Ueberhaupts, wenn man die beiderſeits gemachten Vorſchläge gegen einander halten will, ſo wird man die Königlichen deutlich, beſtimmt, und der Würde und dem gröſten Vortheil Ihrer Kaiſerl. Majeſtät gemäs finden, da hingegen auf der andern Seite die von dem Hof zu Wien unbeſtimmt, und dunkel ſind, und darauf zielen die Zertheilung Baierns zu vollenden und zu beſtättigen, dem Pfälziſchen Haus des gröſten Theil ſeines Erbtheils und den Allodialerben die Möglichkeit zu entziehen, eine rechtmäßige Genugthuung zu erhalten.

Da nun der Wiener Hof in ſeiner ſchriftlichen Antwort vom 24. Jun. erklärt hat, daß wenn der König die Vorſchläge nicht annehmen wolle, alle freundſchäftliche dadurch unmöglich, und alle weitere Erläuterungen überflüßig seyn würden, ſo können Seine Majeſtät dieſe Erklärung für anders nichts als eine von Seiten des Kaiſerl. Hofs gemachte Abbrechung der Unterhandlung anſehen, und ſehen ſich genöthiget auch ihrer Seits dieſe Unterhandlung abzubrechen, und die vortheilhaften Vorſchläge zu widerruffen, die ſie allein durch das Verlangen die allgemeine Ruhe zu erhalten, zu machen veranläßt worden ſind. Nachdem Seine Majeſtät alle mögliche Wege der Mäßigung vergeblich eingeſchlagen haben, ſehen ſie ſich genöthiget, noch den einzigen zu ergreifen, der ihnen übrig iſt, ſich Baierns Zergliederung zu widerſetzen, und glauben bey der unangenehmen Ergreifung dieſes äuſſerſten Mittels, ſie haben ſich nichts vorzuwerfen, und können ſich auf die Beyſtimmung ihrer Reichsmitſtände und des ganzen Europa Rechnung machen.

Berlin den 3. Jul. 1778.

Finkenſtein Herzberg.

Nro. XIII.

Nro. 13.

Theilungs-Brief zwiſchen dem Pfalzgrafen Ruprecht und Rudolph an einem und Kayſer Ludwig und ſeinen Söhnen am andern Theil, geſchloſſen zu Pavia 1329.

Wir Rudolph: und Rueprecht von Gottes Gnaden Pfalzgrauen bey Rhein, und Herzogen in Bayern ꝛc. verjehen für Vns: und für Herzog Rueprechten vnſers Brueders Sun Herzog Adolphs ſeel. und für vnſer Erben offentlich an dieſem Brieue, daſ Wür mit verdachten Mut: mit gutem Willen, und mit Rat unſerer Landt, bej dem Rein zu Bayrn, zu Schwaben: und ze Oeſterreich Freuntlich und Lieplich getailt haben mit unſerm lieben Herrn: und Vettern Kayſer Ludwig von Rom: und mit ſeinen Kinden Ludwig Margrafen zu Brandenburg, Pfalzgrauen bey Rein: und Herzogen in Bayrn alſ hernach geſchriben ſtet, daſ Vns iſt ze vnſern Theil angefallen, die Gut, die zu der Pfalz gehörent, und gehören ſullen, Burg-Stet, Marckt-Grauen, Freyen, Dienſtman, Ritter, knecht, Land: und Leut: und die Veſſten.

Thub, Burg und Statt.
Der Pfalzgrauen ſtein.
Stalberg die Burg.
Stalegk die Burg.
Brumshorn die Burg.
Bachrach.
Diepach.
Stegen.
Manheim.
Heimbach.
Trechterhauſen.
} die Teler.
Rimbull der Marckt.
Fürſtnberg die Burg.
Reichenſtein die Burg.
Strenberg die Burg.
Allzej Burg: und Statt.
Wünheim Burg: und Statt.
Bachenheim die Burg.
Winzingen die Burg.
Wolfſperg die Burg.
Elbſtein die Burg.
Erbach die Burg.
Lindenfehlſ die Burg.
Rinhauſen die Burg.
Heidelwerg die Ober: und Nieder Burg: und die Statt.
Weiſenloh Burg: und Statt.
Herpfnberg die Burg.
Obernkrinn die Bnrg.
Landefer die Burg.
Turnau die Burg und die Pfalz: und waſ dazue gehört.
Stainberg die Burg.
Wellerſen die Burg.
Neuſtatt die Statt.
Hillerſpach die Statt.
Agersheim die Statt.
Vnd waſ zu den vorgenanten Burgen: ſteten: und Märckten gehörent.
Vnd darzu ſo iſt vnnſ geuallen zu unſern Tail aus dem Viztum Ambt zu Lengueld:
Hilpoltſtein die Burg.
Der Marckt Hochenſtein die Burg.
Harſpurg der Markt.
Hertenſtein die Burg.
Pagnuz.
Velden.
Plech.
} die Marckt.
Franckenberg die Burg.
Waldeck die Burg.
Preſſat
Kemnaten
Erndorf
} die Märckt.
Turndorf die Burg.
Eſchenbach der Marckt.
Aurbach der Marckt.
Uritſtein die Burg.
Neuenmarkt die Statt mit der Hofmarch zu Perngau.
Heunſperg die Burg.
Perge die Burg.
Meckenhauſen die Burg halb.
Pfaffenhouen die Burg.
Lauterhouen der Marckt.
Grimſpeck die Burg.
Sulzbach Burg: und Statt.
Werttenſtein die Burg.
Roſenberg die Burg.
Hirſau der Marckt.
Amberg die Statt.
Napurg die Statt.
Nenſtatt die Statt.
Stornſtein die Burg.
Murach die Burg.
Viechtach der Marckt.
Neunburg die Statt.
Wetternfeld die Burg.
Rottingen
Mittenau
) die Märckt.
Draſwitz
Peilnſtein
Segenſperg
} die Bürg.
Waldau die Burg halb.
Stephening
Schwartzenegg
) die Burg.
Vnd waſ die Bürg: und die Märckte von dem Reich ſteen.
Schloß Burg: und Märckt.
Pargſtein die Burg.
Weiden
Vahrndräs
Au
} die Märckt.
Vnd waſ zu den vorgenanten Bürgen-ſteten: und Märckten gehört.

S.

So iſt unſerm Herrn: und Vettern Kayſer Ludwigen von Rom: und ſeinen Kinden Ludwig Margrauen zu Brandenburg Pfalzgraven bey Rein: und Herzog in Bayrn: und ir Erben zu ihrem thail angefallen.

München die Statt.
Vohburg, Singnburg, Mainburg } Burg: und Märckt.
Gerolfingen die Burg.
Köſching Burg: und Marckt.
Neuburg Burg: und Statt.
Fridberg Burg: und Statt.
Mühlhauſen die Burg.
Schnaittach die Burg.
Schiltberg die Burg.
Aichach, Schrobenhauſen, Möringen } die Marckt.
Schwabegg die Burg.
Landſperg die Burg: und Statt.
Lechſperg die Burg.
Wolfertshauſen Burg: und Marckt.
Tölz Burg: und Marckt.
Grünenwalt die Burg.
Aybling die Burg: und Statt.
Schwaben Burg: und Marckt.
Waſſerburg Burg: und Statt.
Hadmarſperg die Burg.
Kueffſtein Burg: und Statt.
Aurburg die Burg.
Rattenberg Burg: und Markt.
Werberg die Burg.
Kützbichel die Statt.
Epps die Burg.
Falkenſtein die Burg.
Dachau Burg: und Marckt.
Haimbhauſen die Burg.
Päl die Burg.
Widerſperg die Burg.
Murnau Burg: und Marckt.
Rottenegg die Burg.
Reichertshouen die Burg.
Hechſtatt Burg: und Statt.
Hagel die Burg.
Donerſperg die Burg.
Peitengau die Burg.
Schongau die Statt.
Valley die Burg.
Trewuſheim die Burg: und Wartſtetten.
Arnſperg Burg: und Marckt.
Neuſtatt die Statt.
Ingolſtatt die Statt.
Alten Neuburg die Burg.
Rain die Statt.
Gamersheim, Geiſenueld, Ebenhauſen, Pfaffenhouen } die Marckt.
Weilham, Werde, Lauingen } die Statt.
Gundolfing Burg: und Statt.
Manchin die Burg.
Vnd was zu dem Vitzdom Ambt München gehört: und gehören ſoll: vnd zu demſelben Tail gefelt, auch aus dem Vitzdomb Ambt zu Lengenueld.
Lengenueld Burg: und Statt.
Calmünzburg Burg: und Marckt.
Sundmühlen der Marckt.
Regenſtauf Burg: und Markt.
Die Vorſtatt zu Regenſpurg.
Weix die Burg.
Velburg Burg: und Marckt.
Leutzmanſtein die Burg.
Hembau die Statt.
Riedenburg Burg: und Statt vnd alle die Rechten zu Regenſpurg in der Statt, die zu der Burgſchafft ze Riedenburg gehören.
Vnd dor Werde in der Donau zu Regenſpurg.
Tahenſtein die Burg.
Egerſperg die Burg.
Altmanſtain die Burg und Marckt.
Holenſtein die Burg.
Viechhanſen die Burg.
Schwangdorf der Marckt.
Vnd was zu den vorgenannten Burgen, Stett: und Märckten gehöret.

Vnd ſullen Wür: und Unſer Erben den Unſern Vnſer vorgenannter Herr: vnd Vetter Kayſer Ludwig ſeine Kind Ludwig. und Stephan: und ir Erben, den Jren tail Imme haben mit allem dem, daſ zu denſelben Veſten: und Guten gehört, mit Leuten an Guten, an Gerichten, Dörfern, Weilern, Wälden, Vörſten, Holzern, Waſſern, Viſchrain, Wiltpen, Straſſen, Gelaiten, Circken, ſältzen, Manlehen, Herſchaften: und Land gerichten: und anders, was darzu gehört, beſuechts, und Vnbeſuchts, vnd erpauens: vnd Vnerpauens, als es von vnſern Vordern herkommen iſt.

Wür ſullen auch leihen alle die Lehen, die zu Vnſerm tail gehörent, all ſullen ſy auch leihen alle Lhhen, die zu ihrem tail gehörent: und mit Nammen ſullen Wür leihen, Cholenberg die Burg: vnd alſ der Strich geet, von Cholenberg: gen Weiſſenburg: vnd auf gen Francken und den Behammer Wald, ſo ſullen ſy mit Nammen leihen alle die Lehen, als der ſtrich geet von Weiſſenburg auf gen den gepurg gen Schwaben: und gen Ober Bayrn ꝛc.

Vnd

Vnd die Veſten: und gut. Waſſer Truchendingen. Chorwlſheim. Hochenart. Löhr. Stoffenhaim: und Lerzau. ſullen Wür, vnd ſy miteinander eingewinnen: und miteinander theilen, als vil Wür gewinnen mügen.

Auch ſullen Wir: und ſy die Wachau in Oeſterreich: und Was darzu gehört mit einander leſen: und gleich haben. und nieſſen.

Wür ſullen auch: und Vnſer Erben vnſerm Herrn: und Vettern: und ſeinen Kindn Ludwigen: vnd Stephan: vnd Jren Erben mit Leib: und Gut mit gantzen Treuen zu legen: und geholfen ſein gen allermeniglich, Wie er genant ſey yedman zu ſeinem Recht, alſo ſullen ſy vns herwider thun.

Wir ſullen auch Vnſer Herrſchaft, Veſt: und Gut niemand geben noch Verkauffen, und Was Wir ye Verkauffen mieſſen, die ſullen Wür Jne zekauf geben, und anders niemand, daſ ſullen ſy unſ herwider thun.

Wir ſullen auch Vnſer Veſſt: und Gut, wie die genant ſind, nichtz Verſetzen, keinem kunig noch Fürſten, er Pfaff⸗oder Lay, alſo ſullen ſy auch thun.

Wür ſullen auch Vnſer Herrſchaft, bürg, ſtet, noch gut niemand Leihen, Verſetzen⸗noch Verwexlen mit geuärdt auf Jhru ſchaden deſſelb ſullen ſy unſ herwider thun.

Vnd ob der Herrn Dinſtmannen⸗ Ritter⸗oder knecht ainer⸗ oder mer, die zu vnſerm Land gehörent, von vnſ: und von dem Land keren wolten, ſo ſullen Wir baidenthalben auf den⸗oder ſy einander Geholffen ſein, als lang vnnz daſ wür, es darzu bringen, daſ ſy bey der Herrſchafft: und bey dem Land beleiben.

Wür ſollen auch ihre Diner, die Jn mit dem tail geuallen ſind, oder in iren Landen geſeſſen ſind wider ſy nit Verſprechen, noch ſye die vnſern wider vns.

Wir ſullen auch den erſten Römiſchen kunig wehlen. für vns: und vnſern tail, ſo ſullen vnſers lieben Herrn: vnd Vetern Kayſer Ludwigs kind Ludwig: vnd Steffan⸗ oder ir Erben den andern Römiſchen kunig wehlen, und alſo ſull die Wechſlung der Wal des Reichs zwiſchen vns: und vnſern Erben fürbas ewiglich bleiben.

Vnd Wene es darzu kumt, daſ Wür den Römiſchen kunig wehlen ſullen, ſo ſullen Wür: und vnſer Erben vnſer vorgenant Vetern Ludwig: und Steffan vnd ir eruen bewarnen: und beſorgen gen dem Römiſchen kunig, als vnſ ſelben, daſ in Widernar vm Lehen, vm Satzung: und vm ander Recht, die ſy haben ſullen von dem Reich⸗ und die zu iren Landen gehörent, die Unſer baid Vettern gehabt haben: und an vns und an ſich bracht habent, daſſelb ſullent ſy: und ihr Erben vns: und unſern Erben herwider thun, al.offt die Wal des Reichs an ſy kumbt.

Vnd ob Wür⸗oder Vnſer thail⸗ oder vnſen ſy⸗oder ihr Erben Jrrten, oder yberfürn an der Wal des Reichs⸗und ſy nicht wolten laſſen welen, alſ ſy billich ſolten, alſ vorgeſchrieben ſtet, ſo ſullen Wür vnſer thail: und vnſer erben die Wal des Reichs verloren haben, und ſull danne die Wal des Reichs an ſy: und ihr erben geuallen: und ewigelich an in beleiben.

Zu gleicher weiß ſull die Wal des Reichs an Vnſ vnſern tail: und unſer Erben gefallen: vnd ewigelich an vns beleiben, Ob ſye oder ir Erben vnſ vnſern tail: und unſern Erben Jrrten, oder yberfuren an der Wal, ſo wir welen ſolten.

* 2

Vnd

Vnd Ob Wür vnſer tail: oder vnſer erben on Erben Verfaren, ſo ſullen vnſer Land Leut: und Herrſchafft: und die Wal des Reichs auf ſy: und ir Erben geuallen, vnd Erben, auch ſullen herwider ir Land, Leut, und Herrſchafft: vnd die Wal des Reichs auf vnſern tail: vnd vnſer Erben geuallen: vnd erben, Ob ſy on erben Verfarn.

Vnd was krieg, miſſhellung: und aufleuff geſcheen zwiſchen Herren, Dinſtmanen, Rittern: und knechten, die in vnſern Landten baiden halben geſeſſen ſind, darum ſullen Vnſer Vitzdum baidenhalben tág geneinander ſuechen auf ein Recht, auf Syben Man, und ſull ieder Vitzdum von ſeinem vnterthan ain recht thuen, alſo daſ der vntz den Man clagt, ſoll 4. Man haben: und der Clager ſull 3. Man haben, und waſ die Siben enntailen, auf ir ayde, daſ ſull darum geſchehen, alſ vntzher ſittlich: und gewónlich iſt geweſen, zwiſchen dem Obern: und Niedern Land ze Bayrn, vor dem Wald.

Vnd was groſſer Aufláuff geſchech, die die Vitzdum nit Vernichten mechten, darum ſullen die Herren ſelb tág ſuechen geneinander auf Sieben: oder auf Neun Man, die ſy unter iren Leuten baidenthalb darzu nemmen, vnd ſy ſullent ain recht darum ſprechen in der Beſchaidenheit: als vor geſchriben ſteet.

Vnd welcher vntern Herrn die vorgeſchriben ſach yberfuhr: vnd des nit widertát, wen er zu rede wurd geſetzt darnach in ainem Monnat, ſo ſoll des Herrn Land: vnd Leut, der überfaren hat, dem andern, der überfahren iſt, geholffen ſein, alſ lang untz das aufgericht, und widertan wird.

Wür ſullen auch vnſer tail; vnd Vnſer erben die Landgericht alle beſitzen, die zu dem Landgericht gehóren, daſ von dem Landgrauen von dem Leutnberg bekaufft ward, an daſ, waſ zu den Guten gehórt, zu Lengenueld: vnd zu dem tail, der nun zu München gelegt iſt, daſ ſullen Vnſer Herr, und Vetter der Kayſer ſeine kind Ludwig: vnd Steffan: und ir erben ſelb richten: und die Landgericht: und all andere Gericht ſelb in iren tail beſitzen: und richten, oder ir Ambtleut.

Sy ſullen auch alle die Landgericht beſitzen, die zu der Grafſchaft Hirſchberg gehórent: und damit ſullen Wür unſer tail: vnd vnſer Erben nichts zeſchaffen haben, doch ſullen Wür Vnſer tail: und vnſer Erben alle andere Gericht in vnſerm tail richten: oder vnſer Ambtleut.

Wür ſullen auch vnſer tail: und Vnſer erben in vnſerm tail lóſen, was darin Verſetzt, oder Verkimmert iſt, alſo ſullen vnſer Herr: uud Vetter der keyſer ſeine kind Ludwig: und Steffan und ir Erben tun in irem tail.

Wür ſullen auch vnſer tail: und Vnſer erben in vnſerm tail gelten, Grauen, Freyen, Dinſtmanen, Rittern, knechten, Reichen: vnd Armen alles, das man in gelten ſoll, Vntz biſ auf den heuntigen tag, gar: und gentzlich, alſ ir Brieff ſagent, alſ ſullent vnſer Herr und Vetter der Kayſer ſeine kind Ludwig: und Steffan: uud ir erbe thun in irem tail.

Auch ſullen vnſer Herr: und Vetter der Kayſer ſein kind Ludwig: und Steffan: und erben gelten, gen Augſpurg, gen Vlm: und in das Niderland ze Bayrn, vnd damit ſullen Wür vnſer tail: vnd unſer erben nichts zeſchaffen haben.

Iſt

Iſt auch, das vnſer offtgenannter Herr: und Vetter der Kayſer ander erben gewinnet, mit dem ſullen Wür vnſer tail: vnd erben leben, und gen in die tädingen, gedingen, gelübden: vnd Ordenung ſein in aller weiſ, alles gen vnſerm offtgenanten Vettern den Kayſer: und ſeinen kinden Ludwigen, und Steffan: und iren erben: vnd ſy allſam herwider gen vnſ, unſerm tail: und vnſern erben.

Vnd daſ Wür vnſer tail: und Vnſer erben die vorgeſchriben tailunge: und Täding in allen ihren ſtucken, articlen vnd Puncten ſtätt: und gantz haben: und halten, das haben Wür gehaiſſen: und gelobt bey vnſern Treuen vnd leiblich zu den Heiligen geſchworen.

Vnd ob Wür vnſer tail: oder vnſer erben das yberfarn, ſo ſullen vnſer Land: vnd Leut vnſerm Herrn: und Vettern dem Kayſer ſeinen kindn Ludwig: und Steffan: und iren erben, Wartten, gehorſam, und beholfen ſein, als lang vntz das widertan wird, das yberfarn iſt, alſdann ſoll vns auch geſchehen, Ob ſye unſ yberfieren, vnd des ſullen auch Land: und Leut baidenthalben ſchwören zu den Heiligen: vnd darüber zu Urkundte geben Wür dieſen Brieff mit vnſern Inſiglen Verſigelten, und mit den gezeugen, die hernach geſchriben ſtenndt.

Der Wohlgebohrn Herr Herzog Pallden von Polon. Vnd Ludwig Herzog zu Deckh. Graf Gerlach von Naſſau vnſer Oehem. Graf Berchtold von Grayſpach von Martſtettn, genannt von Neiſſen vnſer Schwager. Marckhart von Seueld. Hainrich von Geiſoltzried. Heinrich von Ettenſtatt. Heinrich von der Wiſen Ritter. Heinrich Probſt von Illmünſter. Johanns Gunſt ze Spalt. Heinrich Chorherr zu Illmünſter. Vnſer Schreiber. Mer Wortſchreiber. Albrecht Sielſtorffer kirchher ze Puech. Simon Noderdorffer ſchreiber: und ander genueg.

Daſ iſt geſchechen: vnd der Brief iſt gegeben ze Pavia an dem Freytag vor oſwaldi da man zallt von Chriſti geburt, drey zehenhundert Jar: und darnach in dem Neun: und zwainzigiſten Jare.

No. 14.

Verzicht der Pfalzgrafen auf Nieder-Bayern, nebſt eventuellem Succeßions-Vorbehalt. 1348.

Wir Rudolf und Ruprecht gebrüder und Ruprecht Hertzog Adolfs ſeligen Sun von Gots genaden Pfallentzgrafen bi Rin und Hertzogen ze Beyrn, bekennen vnd tun kunt für vns vnd für alle vnſer Erben offentlichen mit dieſem Brief, daz wir vns lautterlichen vnd gentzlichen verzigen haben, gen den hochgebornen fürſten vnd herrn, herrn Ludwigen, Stephan vnd Ludwigen Marchgrafen ze Brandburg, Pfallenzgrafen bi Rin vnd Hertzogen ze Beyrn, vnſern lieben Vettern, vnd allen irn Gebrüdern vnd Erben, aller Anſprach vnd Vorderung, die wir zu dem Niedern Land ze Beyrn von vnſers Vettern Hertzog Heinrich ſeligen todes wegen gehabt haben, aſo daz wir fürbaz dar vf dhein anſprach noch Vorderung nimmermer gehaben ſullen. Ez wär dann, daz vnſer vorgenannt Vettern, ir gebrüder oder Erben nicht enweren, vnd daz es vns oder vnſer Erben von todes wegen angeuiel. Vnd wan ſi vns, und vnſern Erben für dieſelben vnſer anſprach verſezt und verſchriben habent, für Sechtzig Tauſend Gulden florin, vnd für Sechs Tauſendt Mark ſilbers Nürnberger gewichtes, die Junchfrawen Annen vnſers vorgenanten Hertzog Rudolphs Tochter für ire Muter Heymſtewr geuallen ſullen, die nachgeſchriben Veſtt, Gut vnd gült, daz iſt Valkenſtein, Regenſtauf, Zweinckkendorf, Hembawe, Vihhauſen, Holuſtein Mezingen, den Zehenden ze Heilprunn, Rotenuels, Gemünde, Lauden, Jagſperg vnd Werdegt, als die brief ſagent, die ſie vns darüber geben habent. Geloben vnd geheizzen wir in, ſwann daz iſt, daz ſi die vorgenant Veſtt vnd Gut von vns löſen wellent, daß wir oder vnſer Erben in die vmb die vorgenant ſumm geltz, vnd öch vmb als vil geltz, als wir ettlich der vorgenant Pfand, die ſi vor verſezt habent, erledigen, dann an alles verziehen vnd widerred zu löſen geben ſullen nach der brief ſag, die wir von in dar über haben. Vnd des ze einem Urkund der wahrheit, haben wir in dieſen Brief geben, verſigelten mit vnſern Inſigeln. Der geben iſt ze Ingolſtat, an Mitwochen vor ſancd Agnetis tag. Nach Chriſtus geburt Driuzehen hundert jar, vnd darnach in dem acht und Vierzigſten jar.

No. 15.

Erneuerter Hausvertrag der Churf. v. Bayern u. Pfalz. Sept. 1766.

Von Gottes Gnaden Wir Maximilian Joſeph in Ober- und Nieder-Bayern, auch der Obern Pfalz Herzog, Pfalz-Graff bey Rhein, des H. R. Reichs Erz-Truchſeß, und Churfürſt, Landgraff zu Leichtenberg ꝛc. ꝛc. Und Wir von Gottes Gnaden Carl Theodor, Pfalzgraff bey Rhein, und Churfürſt, in Bayern, zu Gülch, Cleve, und Berg Herzog, Fürſt zu Mörs, Marquis zu Bergopzoom, Graf zu Veldenz, Sponheim, der Marck, und Ravenſperg, Herr zu Ravenſtein ꝛc. ꝛc.

Urkunden, und bekennen hiermit, gegeneinander für Uns, und Unſre Erben und Nachkommen ſammentliche Pfalz-Grafen bey Rhein und Herzogen in Bayern, die da, vermög der gemeinſchaftlichen Abkunft von einem Stamm-Vater, unter gleichem Schild, Namen und Stammen mit beſtändiger Blutsverwandtſchaft in ein Haus zuſammen gehören. Wasmaſſen Wir während Unſrer Regierung ſowohl aus eigner Erfahrung als im Gegengehalt der vorhergehenden Handlungen Unſrer Vorfahren wahrgenommen, daß, um Unſre beede Erbverbrüderte Häuſer zu gebührendem Aufnemmen zu beförderen, und bey ihrem altväterlichen Herkommen, Würde, und Anſehen zu erhalten, auch zu Beywürkung der allgemeinen Ruhe und Wohlfahrt Unſrer Unterthanen, und in dem H. R. Reich, als Unſerm wertheſten Vaterland, Uns, und Unſern Nachkommen an der Beybehaltung und genauen Beobachtung der in Unſerm Haus zum öftern wiederholt und erneuerten Haus-Union und Erb-Einigungs-Verträge faſt alles gelegen, und gleichſam die Seele Unſerer beederſeitigen Haus-Verfaſſung ausmachen. Hingegen aber auch beobachtet haben, das hauptſächlichen die dazwiſchen gekommene Glaubensſpaltung in den vorigen Zeiten ganz widerwärtige Geſinnungen und Folgen nach ſich gezogen, und gleich anfänglich nicht nur in derjenigen Erb-Einigungs-Erneuerung einen Unterbruch und Einhalt veranlaſſet, welche durch die in den Jahren 1552. bis 1563. zwiſchen Pfalz-Grafen Friderich II. Ott Heinrich und Friderich III. dann Herzog Albrecht V. in Bayern mit Zuziehung ſamtlicher Agnaten zum Beſten des geſammten Hauſes und der vereinigten Landen und Leute gepflogene Unterhandlungen ſchon wirklichen zum Beſchluß und allſeitigen Einverſtändnuß gebracht worden; ſondern auch nach der Hand ſo lang ein Gegenſtand von dieſer erſten Abneigung, und Ungleichheit in der Religion übrig ware, in den weiteren Handlungen noch immer etwas zurückgelaſſen haben, ſo ſich mit der angebohrnen Blutsfreundſchaft und dem gemeinſchaftlichen Intereſſe beeder Erbverbrüderten Häuſer, nach den Geſätzen und Vorſchriften Unſerer Vor-Eltern nicht wohl vereinbahren läßt, minder bey Uns und Unſern Nachkommen in der Aufrichtigkeit Unſerer Gemüthsbeſchaffenheit und freundſchaftlichen Geſinnung neben der vorzüglichern Achtung, und Zuneigung gegen Unſer Gemeinſchaftliches Haus fernerhin Platz finden ſolle.

Nachdem alſo unterdeſſen auch jener Stein des Anſtoſſes ſelbſten auf allen Seiten gänzlichen aus dem Weeg geräumet worden, und durch göttliche Fügung erfolget iſt, daß nunmehr ſammtliche Pfalz-Grafen und Herzogen in Bayern wiederum in

der

der alten Mutter-Kirche vereiniget, und Wir alſo dadurch auf das neue in den Stand geſetzt worden, nach dem Sinn, Willen und Meynung Unſerer Vor-Eltern und Stamm-Väter und nach ihrem Beyſpiel in die vorige durchgehends unbedingte Haus- und Erb-Einigung mit gleicher Verbindlichkeit allerſeits einzutreten, dieſelbe zu wiederholen, zu erneuren, und zu erläutern: Als haben Wir Uns in ſolcher Abſicht und ſonderbahren Betrachtung, daß bey unerwarteten Erfolg und Abgang, ein oder des andern Haupt-Stamms ſowohl die Wohlfahrt Unſers geſammten Hauſes zu Vermeidung alles Mißverſtands und fremden Eintrags, als auch das Heil Unſerer Lande und Leute, zu Beybehaltung künftiger Ruhe, Frieden, und Sicherheit davon abhangt, vorläufig bis zu fernerer weitern Berichtigung des ganzen Vorhabens unter anhoffenden Beytritt der übrigen im Leben ſich befindenden Agnaten über nachfolgende puncta mit reiffem Bedacht und vieler Ueberlegung entſchloſſen, vereint, und verglichen.

1°. Gleichwie der zwiſchen Kayſer Ludwig *IV.* und ſeinen dann ſeines Bruders Pfalz-Grafen Rudolphs Söhnen, als den Stamm-Vätern Unſer beeder Häuſer zu Pavia im Jahre 1329. An St. Oßwalds Tag getroffene, und mit Beybriefen von den Churfürſten und dem Römiſchen Reich beſtättigt und angenommener Theilung und Erb-Einigungs-Vertrag bey allen übrigen nachgefolgten Hauß-*Unions* und Erbverbrüderungs-Erneuerungen zum Grund genommen worden, und das eigentliche *Pragmati*ſche Haus-Geſetz unſerer Vor-Eltern iſt, welches ſchon von der Zeit an, da Bayern und Pfalz zuſammen gekommen, nach den gemeinen Lehen-Rechten alſo hergebracht und durch beſtändige *Obſervanz* für und für beobachtet worden iſt, dergeſtalten, daß die unter den Manns-Stammen vertheilt alt väterliche Stamm-Güter und Lande mit denenjenigen, ſo nach der Hand an Lehen, oder eigen weiter erobert worden, unter der beſtändigen Erbeinigungs-Verbindlichkeit vereinigt verblieben, und mit Ausſchluß der Weiblichen *Deſcendenz* an den überlebenden Manns-Stämmen von einer Linie auf die andere zurückgefallen ſind: wie es ſich bald darauf *Ao.* 1340. mit der Erbſchaft des Landes in Niederbayern zugetragen hat; als wird gedacht *Pragmati*ſches Hausgeſetz auch Unſers Orts allhier bey gegenwärtig Vorhaben der Erb-Einigungs-Erneuerung zum Grund genommen, und zufolg deßelben Inhalts, zuvorderſt alle mit Namen benante Lande, Herrſchaften, Pfleg- und Land-Gerichte, Städt, Märkt, Schlößer, und Güter, mit ihrem ganzen Umfang und Zugehörungen, in Bayern und am Rhein, in der Oberen Pfalz, in Schwaben, oder wo ſie ſonſt gelegen, auch das Land in Nieder-Bayern, ſo weit Wir im Innhaben, und ſolches zu gewehren im Stand ſind, wiederum auf das neue verſichert, und mit dem beſtändigen *pacto mutuae ſucceſſionis* wiederhohlter belegt.

2do. Nachdem aber mittler Zeit verſchiedene in dem Paviiſchen Vertrag benamſte beträchtliche Orte von Bayern und Pfalz durch Krieg oder in andere Weege hinweg gekommen, andere hingegen von den nachfolgenden Pfalz-Grafen, und Herzogen

gen in Bayern erobert worden, und ſich auf ſolche Art gleichſam ſelbſten zugetragen hat, daß die leztere den Erſatz der erſteren ausmachen; welches noch mehr aus dem Grunde folgt, daß der Paviiſche Vertrag ſich auf alle Erben und Nachkommen, mithin auch nach dieſem Geſetze und Beyſpiele der Stammväterlichen Verordnung hinwiederum auf ihre acquiſita in gleicher Maas und Verbindlichkeit erſtrecket: ſo ſind Wir zwar entſchloſſen, und miteinander weiters dahin verſtanden, daß dieſe Unſere Erb-Verbrüderungs-Erneuerung auf ſamtliche Acquiſita, ſo nach dem Paviiſchen Vertrag bis auf unſre Zeiten erobert worden, oder noch künftig herbey kommen, abſonderlich da ſie ab inteſtato verlaſſen, und dadurch a primo acquirente gleichſam ſelbſten denen übrigen Landen einverleibt worden, ohne Unterſchied und Ausnahme zu erſtrecken, und zu erweitern.

Wann nun aber, um allen künftigen Widerſpruch und Anſtänden beſtmöglichſt vorzubeugen, vorläufig noch erforderlich iſt, ſamentliche auf beeden Seiten vorhandene beſondere Hausverträge, Linealpacta, Verzichte, Teſtamenta und dergleichen diſpoſitiones einander gemeinſchaftlich zu machen, und ohne allen Hinterhalt vorzulegen, um deren Verſtand und rechtliche Würkung ſowohl, als auch die übrige entgegen ſtehende Umſtände mit und nebeneinander in reife Ueberlegung zu ziehen, auch die Mittel und Weege, im Fall zur gänzlichen Berichtigung unſers Vorhabens noch einige erforderlich ſeyn ſollten, zu unterreden, als welches noch eine weitere vorläufige Zuſammenkunft, und längere Zeit erfordert; ſo haben Wir Uns, um in dieſem wichtigen Werke nichts ohne genugſame Vorbereitung zu übereilen, wegen der übrigen Unterhandlung auf ſolche Weiß verſtanden, das daſſelbe in zwey Theil abgeſondert, und neben obigen Erläuterungen in Anſehung der Acquiſiten derjenige Theil berichtigt werden ſolle, welchem keine ſonderbare Verordnungen, und Anſtände im Weege ſtehen.

3tio. Da nun der Paviiſche Vertrag obverſtandnermaſſen, ſchon vor ſich ſelbſten alle Erben, ſo hieran Theil nehmen, zur gleichmäſſigen Erb-Einigungs-Bey-Pflichtung und Einſchaltung ihrer Acquiſiten verbindlich machet, und in beeden Häuſern, nach ihrer erſten Abtheilung, unter denen ſich noch weiters vermehrten Linien zwar beſondere Hausverträge, oder Pacta linealia, als nemlichen auf Seiten Pfalz Ao. 1357. und 1395. und auf Seiten Bayern Ao. 1349. 1353. und 1392. geſchloſſen worden, welche aber nicht nur gegen den erſtern Haupt- und Stammvertrag zu Pavia nichts enthalten, noch ſonſten von der Erbeinigung eine Ausnahm machen, ſondern jenes altväterliche Hausgeſetz vielmehr ſelbſten zum Grund haben, und mit einerley Abſicht gänzlichen erreichen, da vermög derſelben einſtimmigen Verordnung, und beſtändig beybehaltenen Obſervanz von den mannlichen Geſchlechts-Linien eine nach der anderen die unbewegliche Güter, Land und Leute der vorabſterbenden, mit Ausſchluß der Nächſtgeſippten Töchter und übrigen Allodial-Erben an ſich gebracht. Wie dann hernach ſamtliche Agnaten durch den Ao. 1490. wiederholten Unions-Tractat nicht undeutlich zu erkennen gegeben, das ſie als ſamtlich Erb-Verbrüderte Bluts-Verwandte an jenen ſonderbahren Verträgen, auch überhaupt modo reciproco, gemeinſchaftlichen Antheil nehmen, und durch den zu Cölln Ao. 1505. wegen dem Teſtament und Erbſchaft

ſchaft des Herzogs Georgens in Nieder. Bayern erfolgten Königlichen Spruch, die Altväterliche Stammgüter mit den neuern Acquiſitis alſo untermiſcht, und miteinander vereiniget worden, daß dieſer Unterſchied von ſelbſten hinweggefallen, und dadurch abgethan worden iſt. jngleichem da mehrmalen ſamtliche Agnaten bald darauf zu Nürnberg den 15ten Merz 1524. in die bekannte Haus = Union und Erb = Einigung zuſammen getretten, und neben dem Paviiſchen Vertrag abſonderlich denjenigen Theil = und Erbeinigungs=Brief, welchen die Herzoge in Bayern Ao. 1392. am Erichtag vor St. Catharine unter ſich geſchloſſen, und in dieſer Art der deutlichſte iſt, gemeinſchaftlich zum Grund und allſeitiger Verbindlichkeit angenommen, auch ſich alle dieſe zuſammengetragene Erbeinigungs = Pacta der Erneuerungs halben durch mehrfache Vidimus verſicheren laſſen; alſo nehmen Wir hier gegenwärtig gar keinen Anſtand, dieß unſre gemeinſchaftliche Erbeinigungs = Verbindlichkeit nicht nur bis auf gedachte Zeiten, und auf ſamtliche bis dahin mit unſern übrigen Stammväterlichen Gütern vereinigte Acquiſita zu erſtrecken: ſondern nachdem ſowohl die Pfalzgrafen in den jahren 1545. 1551. und 1557. mit ihren beſondern Pactis ſucceſſoriis auf die vorige Art fürgefahren, als auch Herzog Albrecht der V. in Bayern während denen, obverſtandener maſſen, mit ihnen von Ao. 1552. bis 1563. gepflogenen Unterhandlungen auf einer durchgehends gemeinſchaftliche Erbeinigungs = Erneuerung ohne alle Wider=Rede und Ausnahm verſtanden geweſen, von dieſen jahren an noch weiters, und zwar auf Seiten Bayern bis Ao 1578. da nemlichen Herzog Albrecht V. kurz vor ſeinem Ende die von Kaiſer Ferdinand I beſtättigte Primogenitur und Fidei Commiſ Conſtitution zurück gelaſſen und hierauf unter Herzog Wilhelm V. und Maximilian I. die Religions = Diſſidia ſchon ihren Anfang genohmen haben, und auf Seiten Pfalz bis auf 1702. zu verlängern, in welchem jahre wegen der Orleaniſchen Succeßions=Strittigkeit das Päbſtliche Laudum erfolgt, und nach Zeugnus letzteren Acten = Vorwurfs nichts anzutreffen iſt, ſo dieſen terminum zu erwählen hinderlich ſcheinen könnte; daß alſo die bis dahin in beeden Häuſern erworbene Lande, Herrſchafte, und Beſitzungen, mit den bonis avitis ohne Ausnahme conſolidirt und unter der nemlichen Erbeinigungs=Verbindlichkeit unwiderruflich begriffen ſeyn ſollen, als wann ſie wirklichen in dem Paviiſchen Vertrag mit Namen benannſet wären; mit der weitern in Anſehung des ungleich beſtimmten Zeit=Punčts, beygefügten Erläuterung, daß hierdurch von den übrigen ſpäteren acquiſitis eben noch nichts ausgenommen, ſondern derſelben vollſtändigern Unterſuchung indeſſen nur bloß auf den zweyten Theil verſchoben ſeyn ſolle.

4to. Es mag ſich aber wegen denen übrigen Acquiſiten ein Anſtand oder Zweifel hervorthun, oder nicht, wie der immer beſchaffen iſt, ſo gehet derſelbe und der Vorbehalt der weiteren deliberation nur diejenige weibliche Deſcendenten, und Allodial=Erben an, deren Verzicht nicht hinlänglich zu ſeyn ſcheinen, und in Zweifel gezogen werden dörften, ob dieſelbe wegen dem vorbehaltenen ledigen An = und Ruckfall der unbeweglichen Allodial=Verlaſſenſchaft nur auf den Abgang eines von beeden Häuſern oder nach deren gänzlichen Erlöſchung auf Abſterben ſamtlicher von Ludwig dem Strengen als gemeinſamen Stammvater herkommenden Agnaten zu verſtehen ſind, welches

nem=

ziemlichen bloß allein die vergangenen Zeiten angeht, in welchen auf die Erläuterung der Verzicht eben keine Obacht getragen, ſondern die Sache vielmehr bey dem Verſtand des in beeden Häuſern auf die letztere Art üblichen Herkommens gelaſſen worden iſt, wohingegen Wir Uns für das künftige unterredet, und dahin entſchloſſen haben, wann auch zu Gunſten der weiblichen Deſcendenz durch vorgängige Diſpoſitiones und Teſtamenta, auf ein oder die andere Weiß vorgeſehen worden wäre, daß ſie nichts deſtoweniger quoad immobilia ſchuldig ſind, und angehalten werden ſollen, hierauf insonderheit zu renunciren, und ſich deßen ſo lang ein Männliches Sproßen von beeden Häuſern übrig iſt, ausdrücklichen zu begeben: damit alſo künftighin in denen Verzichten bey beeden Häuſern eine mehrere Gleichheit beobachtet werde, ſo haben Wir Uns weiters unterredet, daß derjenige Auffſatz, welchen ſamtliche Agnaten in denen mit Herzog Albrecht V. in Bayern Ao. 1552. bis 1563. geflogenen Erbeinigungs-Unterhandlungen bereits damals gutgeheißen haben, zur gemeinſchaftlichen Verzichts-Formul angenommen und unwiderruflich beybehalten werden, folglich denen weiblichen Deſcendenten auf Abgang ein oder des andern Hauſes kein ander Ausnahm und Vorbehalt, als die Allodia zu ſtatten kommen, und unter denen letztern die Mobilar-Verlaſſenſchaft: (außer dem Geſchütz, und Munition, oder was Wir und Unſere Nachkommen von derſelben für Land und Leute noch weiters auszudingen billig erachten) allein verſtanden, und den Allodial-Erben, ſo bey dem vorausſterbenden Hauß den nächſten Zuſpruch haben, mit und neben derjenigen Geld-Summa zugetheilt werden ſolle, welche Wir für dieſelbe in Anſehung gedachter Verzicht und der bey beeden Häuſern ſchon zum öftern erfolgt und beobachteten Vermittelungen per averſum zu beſtimmen Vorhaben ſind.

5to. Wir haben uns ingleichen wegen denen ſonderbaren Reichslehen, ſo Wir neben unſern übrigen Landen beſitzen, und vom Römiſchen Reich ſonderbahr zu Lehen empfangen, in ſoweit unterredt, und verglichen, daß auch dieſelbe in dieſem Pacto mutuæ ſucceſſionis eingeſchloßen, und ohne Unterſchied darunter verſtanden ſeyn ſollen ob hernach Primus Acquirens die anfängliche inveſtiturs-Briefe namentlich für beede Häuſer und ſamtliche Erbverbrüderte Agnaten oder nur überhaupt für ſeine Erben und Nachkommen erhalten, und angeſucht hat; wie Wir Uns dann deßen, ſowohl nach dem eigentlichen Verſtand gedachter Lehen-Briefe, als auch in Kraft der Kayſerl. Wahl-Capitulation und nach der Gewohnheit der bey andern Altfürſtlichen Häuſern hergebrachten üblichen Obſervanz allerdings, doch dem Lehens-Herrn im übrigen ohne allen Schaden und Abbruch, berechtiget zu ſeyn erachten.

Sollten aber gleichwohl einige Lehens-Stücke wirklichen darunter begriffen ſeyn, welche ausdrücklichen nur einer Linie allein, mit Ausſchluß der andern, durch die Belehnung zugedacht worden, oder die letztere mit glaubwürdigen Anzeigen dahin ausgedeutet werden können, oder wo natura, und qualitas feudi, dieſem Unſern Vorhaben ſelbſten in Wege ſteht: da machen Wir Uns anheiſchig, und verſprechen einander auf das kräftigſte alle Gelegenheit zu Hülfe zu nehmen, und zu allen Zeiten nach möglicher Thunlichkeit dahin zu verwenden, damit auch ſolche feuda linealia vel impropria durch beſondere Verträge, und inveſtitur-Briefe auf das geſammte

Haus gebracht, und die reciprocirliche Lehensfolge gegen einander, wie in den übrigen feudis avitis verſichert werd: da im übrigen die Belehnung mit geſammter Hand bey Unſere beeden Häuſern keineswegs Herkommens iſt, außer was in dem Weſtphäliſchen Friedens-Schluß wegen der Oberen Pfalz ſonderbahr verordnet worden, ſo ſollen dergleichen *inveſtiturae ſimultaneae*, wie in der Kayſerl. Wahl-Capitulation verordnet iſt, auch künftig nicht angeſucht, ſondern es dißfals bey dem alten Herkommen gelaßen werden.

6to. Betreffendt die gemeinſchaftliche Hülfe und Beyſtand in Fällen und Umſtänden, in welchen dieſelbe einander zu leiſten, auch die Art und Weiß, wie ſolches geſchehen ſoll, ſchon vorhin bedungen worden iſt; desgleichen die Beobachtung jenes freundſchaftlichen Vernehmens belangend, welches faſt in allen wichtigern Haus- Reichs- und Crais-Angelegenheiten, oder bey dergleichen vorfallenden Handlungen, mit auswärtigen Mächten, und andern Reichs-Mitſtänden zu Errichtung des gemeinſchaftlichen Haus-Intereſſe erforderlich iſt, und künftighin deſto mehr beobachtet werden ſolle, als ſolches die weſentliche Verbindlichkeit der Unſern beeden Häuſern angebohrnen Blutsfreundſchaft, und Erbeinigung ſelbſten mit ſich bringt: dißfals wollen Wir die in Annis 1724. 1728. 1734. 1746. und letzlichen den — — — getroffenen Unions-Tractat, ſoweit einer durch den andern erläutert wird, gegenwärtig beſtättigt, und wiederhohlt haben. Dahero ſoll ein Theil, nach ſeinem beſondern Nutzen, oder Vortheil allein mit des Andern Schaden oder Nachſtand niemals trachten, ſondern einander nach aller füglichen Thunlichkeit zu gleichen Aufnehmen und gleicher Beförderung, vorzüglich aber bey ſeinen Landen, Leuten, Herkommen, Freyheiten, Dignitäten, rechtlichen Anſprüchen, und guten Gewohnheiten allweg dabey bleiben, und an ſolch freundl. Vätterlichen Willen und Beſtreben ſich weder durch ungleichen Schein, noch ſonſten durch widerwärtigen Eintrag abwendig machen laßen, minder dergleichen ſchädlichen, und fremden Abſichten oder auswärtigen Andringungen ein Gehör geben, ſondern im Falle ein erhebliches und billiges Bedenken vorhanden zu ſeyn ſcheinet, ſolches einander ſogleich ſelbſten, ohne allen Hinterhalt, in Erwartung freundſchaftlicher Gegen-Erklärung zu erkennen zu geben, und auf ſolche Weiſe in unverruckter Aufrichtigkeit, und beſtändigen Wohlwollen verbleiben.

7mo. Wie nun bereits oben erwehnet worden, ſoll gegenwärtig vorläuffiger Tractat zwar nur den erſten Theil des vorhabenden Haupterbeinigungs-Vertrags ausmachen; doch hat es dabey den Verſtand und Meynung, daß bey allen vorberichten Puncten jetzt als dann, und dann als jetzt eine unwiderruffliche Verbindlichkeit ſeyn, und gleichviel gelten ſoll, als wann dieſelbe dem Haupt-Vertrag ſchon wirklichen einverleibt und alles andere zu Stand gebracht worden wäre, wie dann hiermit einander feyerlich verſichert wird mit Unterſuchung deren, nach geſetztem Ziel in beeden Häuſern errichteten particular diſpoſitionen ohne Zeitverluſt weiters fürzuſchreiten, um mit Gottes Beyſtande auch den übrigen Theil, folglich das ganze Werk eheſtens zu Stand zu bringen.

Nimphenbourg den 6ten Sept. 1766. und Schwetzingen den 22ten Sept. 1766.

No.

No. 16.
K. Sigmunds Lehnbrief über Nieder-Bayern an H. Albrecht von Oeſterreich 1426.

Wir Sigmund von Gotes Gnaden Römiſcher Kunig zu allen Zeiten, Merer des Reichs und zu Ungern, zu Boheim Dalmacien, Croacien 2c. Kunig bekennen und tun kunt offenbar mit dieſem Brief, allen die die Jn ſehen, oder hören leſen. Das für uns kommen iſt der Hochgebohrn Albrecht Herzog zu Oeſterreich und Marggrave zu Mähren, unſer lieber Sun und Fürſte, und hat uns demüticlichen gebeten, daß wir Jm ſin Recht, das er an dem Niederland zu Bayrn hat oder haben ſol, zu verleihen und zu reichen gnedielich geruchten, des haben wir angeſehen ſolch ſin redlich und demütig Bete und auch betracht, nuz, getrew und willige Dienſte, die vns der vorgenannt Herzog Albrecht oft willielich getan hat, täglich tut und fürbaß tun ſol und mag. Dorumb mit wolbedachtem Mute, gutem Rate Unſer Fürſten und Getreuen und rechter wißen haben wir dem vorgenannten Albrechten ſin Recht das er zu den vorgenannten Land in Niederbayern hat oder haben ſoll, gnädielich gericht und gelihen, reichen und leihen Jm das von Römiſch Kuniglicher Macht in craft dieſes Briefs ſo vil wir Jm dann von Rechtwegen doran liben ſollen oder mogen von Uns und dem Reiche mit ſampt ſinen Erben zu Lehen zu haben zu halden und des zu gebrauchen und zu genießen, als ſolcher Lehnrecht iſt. Von allermänniglich ungehindert Doch uns und dem Reiche an Unſern und ſußt allermanniglich an ſeinen Rechten unſchädlich. Uns hat auch der vorgenannte Herzog Albrecht gewöhnliche Eide und Gelübde darauf gethan, alsdann eyner des Richs Fürſte von ſolchen Lehen pflichtig iſt zu tun. Mit Urkund dieß Briefs verſiegelt mit unſern anhangenden Jnnſiegel. Geben zu Wien nach Chriſts Geburt Vierzehnhundert Jahre und darnach in dem Sechs und Zwanzigſten Jahre an dem Sonntag Lätare in der Vaſten Unſer Reiche im Ungariſchen 2c. in dem Neun und dreyſſigſten, des Römiſchen in dem Sechszehenden und des Boheimiſchen im Sechſten Jahre.

No. 17.
Teidigungs-Brief K. Siegmunds mit H. Albrecht von Oeſtereich 1426.

Wir Sigmund von Gotes Gnaden Römiſcher Kunig zu allen Zeiten Merer des Reichs und zu Ungern, zu Beheim, Dalmacien, Croacien 2c. Kunig bekennen und tun kunt offenbar mit dieſen Brief allen den die Jn ſehen oder hören leſen. Sindtemahl Uns der allmächtige Got zu römiſcher kuniglicher Würdigkeit erhöhet und damit miltielich gezieret hat, daſſelbe Reich zu verweſen und ob Wir andern Unſern und einem yglichen worzu er Recht hat zu fürdern, ſo ſein Wir uns und demſelben Reiche beſunders verbunden, unſer Recht einzubringen und damit das Reich zu würdigen und ſeine Zugehörung zu erfordern. Wann nun von göttlichen Verheng-

hengnis das Niderland zu Niderbaiern nach redlichen uud göttlichen Anfall an Uns und an das heilig römiſche Reich kommen und geuallen iſt und wann Wir in demſelben Land um deswillen, daß wir dadurch offt gen deutſchen Landen zu ziehen haben eyns ſolichen Verweſers bedürfen, an den Wir uns genzlich gelaßen mögen. Und wenn Uns der Hochgebohrne Albrecht Herzog zu Oeſterreich und Marggraf zu Mähren und unſer lieber Sun und Fürſt alſo gewant iſt daß wir Im die Hochgebohrne Eliſabeth Unſer eygene Tochter zu Gemahl gegeben haben und an den wir uns genzlich mogen verlaßen, darumb mit wohl bedachtem Mute, guten Rathe und rechten Wißen ſein wir mit dem vorgenannten Herzog Albrecht in ſoliche Teyding getreten als hernach begriffen iſt. Zum erſten ſo wollen Wir deſſelben Lands Unſer Leb-tage ſeyn auch ſein Lebtage die mit ſeinen pflegern zu beſetzen. Daß dieſelbe pfleger und hulden und globen getreu und gehorſam zu ſein, auch ſoll der egenannt Herzog Albrecht unſer lieber Sun aller Rent und Nutze deſſelben Lands geweldig ſeyn und die an unſern Stat einnemen und die nach Unſern willen geheiſſen und wohlgefallen handeln. Wenn auch daz wir erben gewinnen Mannsgeſchlecht, ſo ſoll daſſelbe Land bey demſelben unſern Erben Mannßgeſchlecht bleiben, gewinnen wir aber nicht erben Mannsgeſchlecht, do Got für ſei, ſo ſollen dieſelben Lande Niederpayern anſterben, und erben auf die vorgenannt Hochgebohrn Eliſabeth unſer lieb Tochter Herzogin zu Oeſterreich des vorgenannten Herzog Albrechts Gemahl und die ſoll alsdenn dieſelben Land als Jr väterlich erbe und als eine rechte Erbfrau mit ſamt Jhren Erben, die Sy von Gotes Gnaden mit dem vorgenannten Herzog Albrecht gewinnen wird, die zu beſitzen ynn zu haben und zu halten und davon einzunehmen und zu empfahen alle Rent Gult und Nutze. Doch daß die vorgenannt Eliſabeth nicht Gewalt habe kein Stat oder Schloz zu vertun oder zu verkaufen on Jres vorgenannten Gemahls Herzog Albrechts wiſſen und willen. Doch ſo ſoll ſy daz vorgenannt Land ihr Lebtag lediclich haben, und der vorgenannt Herzog Albrecht ſoll ſy in ganzer Gewehre und on alle Gedringniß deſſelben Landes behalden und laßen beleiben. Wenn ſy aber abgieng, ſo ſollen dieſelben Lande in allem dem Rechte als ſy den gehabt hat, an Jre Erben geuallen; wäre auch daß Herzog Albrecht vorgenannt andere Erben mit einem andern Weib gewünne, die ſollen mit unſer vorgenannten lieben Tochter Erben und Erbes Erben die Sone wenn ſein und leben dieweil ſollen ſy Herren des egenannt Landes ſein. Es were denn dz ſy alle abgiengen, ſo ſollen und mögen erſt des egenannten Herzog Albrechts Erben, die er mit einem andern Weib gewünne, das genannt Land erben haben und beſitzen. Auch ſoll ſich Herzog Albrecht vorgenannt gen ſeiner vorgenannten Gemahl und unſer lieben Tochter verſchreiben und verbriefen, daß ſy bey dem vorgenannten Land Jr lebtag gerulich laßen beleiben. Auch wollen wir daß der vorgenannt Herzog Albrecht keynen Hauptmann Pfleger Viztum und Burggrauen nicht ſetzen, Es ſey denn daß er unſer vorgenannt lieben Tochter vormals ferneren geloben, und hulden ſolle, und desgleichen ſoll unſere Tochter vorgenannt auch wiederum tun, daß ſy an unſers vorgenannten lieben Suns Herzog Albrecht willen oder wißen nymand hab zu ſetzen, oder zu entſetzen ſeine Lebtage. Wer auch daß ſy

nach Herzog Albrechten vorgenannten blieb, und hätt mit ihm nicht Erben, do auch Got vor ſey, ſo mag ſy dennoch als oben geſchrieben ſtaat, das Land Nieder-Bayern mit allen Renten Nutzen und Zugehörungen halten und ynne haben. Wär auch daß wir on erben Mannes Geſchlecht abgiengen, da Got vor ſey und unſer vorgenannt Tochter Frau Eliſabeth auch on Erben verſchied, und Jr Gemahl Herzog Albrecht vorgenannt im Leben beleib, ſo ſoll das vorgenannt Land Nieder Bayern ledicliçh und mit aller Herlichkeit an den vorgenannten Herzog Albrechten und ſeine Erben geuallen, alles geuerde allen Irrſal und allen Inntrag geiſtlich und weltlich ausgeſcheiden. Mit Urkund dieß briefs verſiegelt mit Unſerm Kuniglichen anhangenden Innſiegel. Geben zu Wien nach Chriſts Geburth Vierzehn hundert Jar und darnach in dem Sechs und zwanzigſten Jaren. am Donnerſtag vor dem heiligen Palmtag. Unſerer Reich des Ungariſchen ꝛc. in dem neun und dreyſſigſten, des Römiſchen in dem Sechzehnden und des Boheimiſchen in dem Sechſten Jahren.

(L. S.) Ad Mandatum domini regis.
Michael Propoſitus Boleslavienſis.

Daß vorſtehende Abſchrift mit dem in dem K. K. geh. Hauß-Archiv verwahrten Originale von Wort zu Wort vollkommen übereinſtimme, bezeugt meine Hand und Petſchafts-Fertigung. Geſchehen, den 13ten Martz 1778.

(L. S.) Theodor Anton Trantler von Roſenthal.
K. K. würklichen Hofrath und erſter Geh. Hauß-Archiv.

No. 18.

Convention Ihro Majeſtät der Kayſerin Königin von Ungarn und Böhmen, mit des Herrn Churfürſten von der Pfalz Durchlaucht. Wien, den 3. Januar. 1778.

Demnach Ihro Kayſerl. Königl. Apoſtoliſche Majeſtät und Ihro Churfürſtl. Durchlaucht zu Pfalz nichts ſehnlicher wünſchen, als die Wolfarth und den Ruheſtand des teutſchen Reichs aufrecht zu erhalten, und dahero all dasjenige ſorgfältigſt zu entfernen, was dieſen patriotiſchen Geſinnungen entgegenſtehen könnte; ſo haben Sie ſich in dieſer Abſicht veranlaßt geſehen, bey dem ſich ergebenen leidigen Fall, da das Churhaus Bayern in ſeinem Mannsſtamm erloſchen iſt, wegen der Succeßion in die Bayeriſche Lande, in ſo weit ſowohl das Churhaus Pfalz als auch das Erzhaus von Oeſterreich Anſpruch darauf zu haben vermeynen, in ein freundſchaftliches Einverſtändniß zu treten, und ſich über nachſtehende Punkten verbindlich zu vergleichen.

Erſtlich: Erklären Ihro Churfürſtl. Durchlaucht von Pfalz für ſich, ihre Erben und alle ihre Nachfolger an der Chur auf das feyerlichſte, den von Ihro Kayſerl. Königl. Apoſtol. Majeſtät und dem Erzhaus Oeſterreich, vermög der von Kayſer Sigmund dem Herzog Albrecht von Oeſterreich ertheilten Belehnung gemachten Anſpruch auf alle jede Bayeriſche Lande und Bezirke, vermög der Theilung von 1353. der

Bay-

Bayeriſche Herzog Johann beſeſſen hat, als vollkommen gegründet anzuerkennen, doch mit dem Vorbehalt, daß es dem Churhaus Pfalz obliegen werde, bey ſich ergebendem Zweifel über die Grenzen dieſes Antheil documentirte Beweiſe vorzulegen.

Zweitens: Vrrſprechen dahero Ihro Churfürſtl. Durchl. bey dem nunmehro erloſchenen Wilhelminiſchen Mannsſtamm, nicht nur ohne einige Hindernuß geſchehen zu laßen; ſondern auch aus allem Vermögen dazu behülflich zu ſeyn, daß dieſe Lande ohne alle Ausnahm von Seiten des Erzhauſes von Oeſterreich in würklichen Beſitz genommen werden mögen.

Drittens: Auf gleiche Weiſe verſprechen auch Ihro Churfürſtl. Durchlaucht von Pfalz für ſich, ihre Erben und Nachfolger, daß die Herrſchaft Mindelheim Ihro Kayſerl. Königl. Apoſt. Majeſt. und Dero Erzhaus Oeſterreich vermög darauf habender Exſpectanz und anderer rechtlicher Anſprüche frey, ungehindert, und ohne einiger unter was immer für einem Titul machender Anforderung zufallen ſolle.

Viertens: Erklären Ihro Churfürſtl. Durchlaucht den rechtsbeſtändigen Rückfall der Königl. Böhmiſchen Lehen in der Obern-Pfalz bey dem dermaligen Ausgang des Chur-Bayeriſchen Mannsſtammes, zwar unter keinerley Vorwand widerſprechen zu wollen, Dennoch aber hoffen Dieſſelbe, daß Ihro Kayſerl. Königl. Apoſt. Majeſtät zur weitern Ueberlaßung dieſer Lehen an das Churhaus Pfalz ex nova gratia auch allenfalls des dominii directi und ſuperioritatis territorialis über ſolche Lehen gegen annehmliche Bedingniſſe ſich geneigt finden laßen dürften.

Fünftens: Hingegen geben Ihro Kayſerl. Königl. Apoſt. Majeſtät für ſich, Ihre Erben und Nachkommen die feyerlichſte Zuſage von ſich, das Erb-und Lehenfolge-Recht Ihro Churfürſtl. Durchlaucht und des geſammten Rudolphiniſchen Hauſes in ganz Ober-und Nieder Bayern, jedoch mit Ausſchluß der obgedachten an Oeſterreich zufallenden Diſtrikten aus dem Grund der Abſtammung von dem Erwerber anerkennen, und zum Behuf des Churpfälziſchen Succeßions-Rechts bey Kayſer und Reich, oder wo ſonſt nöthig, nach aller Thunlichkeit ſich verwenden zu wollen, und dahero auch geſchehen zu laßen, daß bey ſich ergebenem Abgang des Churbayerſchen Manns-Stamms das Churhaus Pfalz von dieſen Landen Beſitz nehme.

Sechſtens: Uebrigens behalten ſich Ihro Kayſerl. Königl. Apoſt. Majeſtät und Ihro Churfürſtl. Durchlaucht von Pfalz bevor, über einen Austauſch entweder der Ihro Majeſtät und dem Erzhaus verglichnermaßen ohnſtreitig zufallenden Diſtrikten oder des ganzen *Complexus* oder aber einiger Theile mit allmähligem Abzug des diſſeitig richtig geſtellten Antheils, nachdem es die beyderſeitige Convenienz erheiſchen werde, einen weitern Vergleich anzugehen.

Zu wahrer Urkund alles deſſen ſind zwey gleichlautende Exemplare verfertiget, und von beyderſeits bevollmächtigten Miniſtris mit Vorbehalt allerhöchſt und höchſter Genehmigung, deren Beybringung und Auswechſelung innerhalb 14. Tagen, von der Unterſchreibung anzurechnen, oder noch ehender ſtipuliret wird, Kraft habender Vollmacht unt rſchrieben und mit den angebohrnen Inſiegeln bekräftiget, und gegeneinander ausgewechſelt worden. So geſchehen Wien, den 3. Jenner im 1778. Jahre.

Kaunitz. Ritter.

No.

Nro. 19.

Vergleich des mutui conſtituti poſſeſſorii von den Churfürſten von Bayern und Pfalz, vom 19. Jun. 1774.

Von Gottes Gnaden Wir Maximilian Joſeph, in Ober- und Nieder-Bayern, auch der Obern Pfalz Herzog, Pfalz-Graf bey Rhein, des Heil. Römiſchen Reichs Erztruchſeß, und Churfürſt, Landgraf zu Leuchtenberg ꝛc. ꝛc. und Von Gottes Gnaden Wir Carl Theodor, Pfalz-Graf bey Rhein, des Heil. Römiſchen Reichs Erz-Schatzmeiſter, und Churfürſt, in Bayern, zu Jülich, Cleve und Berg Herzog, Fürſt zu Mörs, Marquis zu Bergen-Opzoom, Graf zu Veldenz, Spanheim, der Mark, und Ravensberg, Herr zu Ravenſtein ꝛc. ꝛc.

Bekennen für Uns, und Unſere Erben, was geſtalten Wir zu deſto mehrern Feſtſtellung Unſerer im Jahr 1766. und 1771. erneuerter Haus-Union und Erbverbrüderung, wie auch des würklichen Vollzugs derſelben, und damit Caſu eveniente ein Dritter mit anmaßlicher Poſſeßions-Ergreifung das Praevenire zu ſpielen, deſto minder im Stand ſeyn möchte, uns weiter mit einander dahin unterredet, und einverſtanden haben, daß

1mo. das Conſtitutum Poſſeſſorium auf alle und jede in dem Pacto mutuæ Succeſſionis begriffene beyderſeitige Lande, und Beſitzthümer zuförderſt Uns ſelbſten, und hiernächſt auch allen darinnen eingeſchloſſenen Haus-Agnaten reciproce & eventualiter, jedoch dergeſtalten hiermit eingeräumt ſeyn ſolle, daß ſolches zwar contra quemcunque tertium die volle Würkung einer Compoſſeſſion nach ſich ziehen, jedoch kein paciſcirender Theil dem andern annoch bey ſein, oder ſeiner männlichen Deſcendenz Lebzeiten in dem freien Exercitio ſeiner Landes- Hoheits- oder anderen Gerechtſamen unter dieſem Vorwand Einhalt erzeigen, noch bis dahin einigen Gebrauch machen mag. Und weil auch

2do. der in Gottes Händen ſtehende Succeßions-Fall auf Unſerer des Churfürſtens von Bayern Seite dermalen nur auf ein paar Augen beruhet, mithin dieſer von Gott zu verhütende Fall eine mehrere, und zeitlichere Vorſorge erfordert, ſo iſt ferner zwiſchen Uns abgeredet, und beſchloſſen worden, alle jene Inſtrumenta, und Expeditiones, welche ſeiner Zeit auch zu Ergreifung der natürlichen und ſolitariſchen Poſſeſſion immer dienlich und nöthig ſeyn mögten, ohne längern Verſchub prepariren, und völlig zu Stande bringen zu laßen, ſofort ſolche dahier in München dem Geheimen Raths-Canzlern, und Conferenz-Miniſtern Baron von Kreitmayer, mit der Inſtruction in die Verwahr zu übergeben, daß derſelbe, ſo bald nur der Fall ſich ereignet, die bis dahin in albo verbleibende Data zu erſetzen, und alles an ſeine Behörde in inſtanti mit möglichſter Beſchleunigung zu dirigiren haben ſolle.

Urkunde deſſen iſt gegenwärtiges Inſtrument in duplo hierüber errichtet, und einem jedem compaciſcirenden Theil ein Exemplar unter Unſerer beyderſeitiger Handunterſchrift und Sigills Vordruckung zugeſtellet worden. München, den 19. Junii, 1774.

***

No. 20.

Nachdem Ihro K. K. Apoſtol. Majeſtät Allerhöchſt-Dero wirklichen Cämmerer und Hofrath, Herrn Ludwig Freiherrn von und zu Lehrbach, zu dem Ende hieher abzuordnen geruhet haben, um die Urkunden einzuſehen, auf welchen bey ein- oder anderem Anſtand der Beweis wegen der in Beſitz genommenen Ortſchaften und deren Grenzen beruhen mögte: So haben Se. Churfürſtl. Durchl. einigen aus Dero Miniſterio, mit Zuziehung des geheimen Archivarii, den Auftrag gemacht, zuvorderiſt den Straubingiſchen Theilbrief von 1353. nicht nur in Originali dem Herrn Abgeordneten vorlegen, ſondern hievon eine beglaubte Abſchrift nehmen zu laßen, und dies in dem vollkommenen Vertrauen, daß man jenſeits auch den von Kayſer Siegmund an Herzog Albrecht Ao. 1426. ertheilten Belehnungs-Brief auf gleiche Art zu communiciren um ſo mehr ſich gefallen laßen werde, als dieſe beyde Urkunden bey der den 3ten Januar geſchloſſenen Convention zur Grundlage ſind genommen worden, und als ein Anhang derſelben betrachtet werden dürften.

Wenn ſich nun bey Einſicht des Original-Briefes veroffenbaren wird, daß in demſelben nachſtehende Gerichter und Ortſchaften, welche doch alle, dem Vernehmen nach, mit K. K. Truppen beſetzt ſeyn ſollen, nicht enthalten ſind; als:

Jenſeits der Donau,

das Gericht Riedenburg, mit dem dazu gehörigen Mautamt zu Regensburg; Altmanſtein; Stadt am Hof; Weichs; Wetterfeld; Schwarzach; Zwieſel; Weiſenſtein; Regen; Dieſſenſtein; Bernſtein; Bergamt Bodenmeiß.

Und diſſeits der Donau,

das Gericht Abensperg; Rottenburg; Eckmuhl; Teysbach; Reisbach; Leonsberg; Oſterhofen; Griesbach; und vielleicht noch andere, von welchen man ſichere Nachrichten noch nicht hat erholen können.

So ſetzet man diſſeits auf die weltbekannte Billigkeits- und Gerechtigkeitsliebe Sr. K. K. Apoſtol. Majeſtät das ſtete Vertrauen und die zuverſichtliche Hofnung, daß durch Einſicht des Theil-Briefs dieſer Irrthum gehoben, und obgemeldte Diſtrikte Sr. Churfürſtl. Durchlaucht vor allem wiederum eingeräumet werden wollen. Wobey man übrigens ſich auch vorbehält, wegen denen im Theilbrief dem Namen nach zwar enthaltener, aber nur mit gewiſſen beſtimmten Gerechtigkeiten zur Straubingiſchen Erbſchaft geweſenen Ortſchaften, die nothwendige Erläuterungen derenfalls geziemend mitzutheilen. München, den 22. März, 1778.

Stamm-Tafel des Pfalz-Bayerſchen Hauſes und der Succeßions-Fälle von 1425. und 1778.

OTTO I. Herzog von Bayern aus dem Hauſe Wittelsbach † 1183.

Ludvvig I. Herzog in Bayern und erſter Pfalzgraf am Rhein † 1231.

Otto II. der Erleuchtete Herzog von ganz Bayern und Pfalzgraf am Rhein 1231, † 1253.

Ludvvig der Strenge Herzog in Oberbayrn und Pfalzgraf am Rhein † 1294.

Heinrich Herzog in Niederbayrn † 1290.

Rudolf Churfürſt von der Pfalz und Stammvater des Hauſes Pfalz † 1319.

Ludvvig Röm. Kayſer Herzog in Oberbayern 1314, Kayſer 1340, auch Herzog in Niederbayern 1340 † 1347. Gem. 1. Beatrix v. Glogau † 1323. 2. Margaretha v. Holland † 1356.

Stephan geb. 1271. † 1311.

Adolf † 1327.

Stephan I. † 1377.

Albrecht † 1404. Stifter der Straubingiſchen Linie.

Heinrich zu Landshut † 1339.

Beatrix G. Ruprecht II. von der Pfalz. Stammmutter des Hauſes Pfalz.

Eliſabeth Gem. Otto, Herzog von Oeſterreich.

Ruprecht II. † 1398.

Stephan II. zu Ingolſtädt † 1413.

Friedr. zu Landshut † 1393.

Iohann zu München. † 1397.

Iohannes Biſchof zu Lüttich 1390-1418. Herz. v. Niederbayern zu Straubing † 1425. letzter Beſitzer von Niederbayern nach der zweyten Theilung.

Iohanna oder Sophia Gem. 1390. Albrecht IV. Herzog von Oeſterreich.

Iohannes † 1340. letzter Beſitzer von Niederbayern nach der erſtern Theilung.

Rupr. III. von der Pfalz † 1410.

Friedr. von Oeſterreich † 1334. unbeerbt.

Leopold von Oeſterreich † 1344. unbeerbt.

Ruprecht III. † 1410.

Ludvvig † 1441.

Heinr. † 1450.

Ernſt † 1438.

Wilhelm † 1435.

Albert V. Herzog von Oeſterreich, Kayſer 1438. als *Alb. II.* † 1439. Gem. Eliſabeth, Tochter Kayſer Sigismunds.

Stephanus † 1459.

Ludvvig † 1445. unbeerbt.

Ludvvig † 1479.

Albrecht III. † 1460.

Anna † 1462. Gemahl. *Wilhelm III.* Marggr. zu Meiſſen 1446. † 1482. ohne männl. Erben.

Eliſabeth † 1505. Gem. *Caſimir IV.* König in Polen 1454, † 1492.

Ladislaus poſthumus König in Ungarn und Böhmen, † 1457. unvermählt.

George der reiche † 1503. als letzter dieſer Linie.

Margaretha † 1511. Gem. *Iohannes Cicero* Churf. v. Brandenburg.

Wladislaus IV. König in Böhmen. 1471. in Ungarn 1490. † 1516.

ANNA † 1547. Gem. *Ferdinandus I.* Erz-Herzog v. Oeſterreich, verm. 1521. König in Böhmen 1526, in Ungarn 1527, Kayſer 1556. † 1564.

Heutiges Haus Pfalz.

Das im Mannsſtamm 1777. ausgeſtorbene Haus Bayern.

Heutiges Haus Preußen und Brandenburg.

Heutiges Haus Oeſterreich.

Nachtrag

zu der

von Sr. Königl. Majeſtät von Preußen und Churfürſtl. Durchlaucht zu Brandenburg

den 3. Julii 1778.

an Ihre hohe Mitſtände des teutſchen Reichs

gerichteten Erklärung

über die Bayeriſche Succeßions-Angelegenheit.

Regensburg den 23. ejusd.

In der von Sr. Königl. Majeſtät von Preuſſen unterm 3 Julii an die hohe Stände des deutſchen Reichs gerichteten Erklärung, iſt bereits mit bündigen Gründen erwieſen worden, daß die vom K. Sigismund nach Erlöſchung der Baiern-Straubingſchen Linie, ſeinem Schwiegerſohn H. Albrecht von Oeſterreich im J. 1426. ertheilte Beleihung auf Nieder-Baiern, theils wegen des den andern Linien des Hauſes Baiern unſtreitig zukommenden Succeßionsrechts, an ſich ſelbſt nicht beſtehen könne, theils auch von dieſem Kaiſer ſelbſt dadurch wieder aufgehoben worden, daß er durch den zu Preßburg im Jahre 1429 von ihm gethanen richterlichen Spruch, den Herzogen von Baiern das ihnen vorhero im Namen des Reichs ſtreitig gemacht Succeßionsrecht wieder zuerkannt habe. Man hat damals ſchon bemerkt, daß nach glaubwürdigen Nachrichten H. Albrecht dieſem Urtheil nicht allein nicht widerſprochen, ſondern auch ſeines anmaßlichen Lehenrechts ſich ausdrücklich begeben haben ſolle. Dieſe

Nach-

Nachricht hat ſich nunmehro in voller Maaße beſtättiget, indem man von einem zuverläßlichen Orte die beglaubte Abſchrift der hier in der Anlage Nro. 1 vollſtändig befindlichen Theidigungs-Urkunde H. Albrechts von Oeſterreich erhalten, nach welcher dieſer Fürſt zu Regensburg am St. Andreastage 1429. urkundet und bekennet: „Daß er wegen der langen Irrungen, die zwiſchen ihm und ſeinen Vet-„tern Ludwig, Ernſt. Wilhelm und Heinrich, ſämtlich Pfalzgrafen am „Rhein und Herzogen zu Baiern geweſen, ſich mit ihnen freundlich „zu Regensburg beſprochen und vereiniget habe, daß er weiter keinen „Anſpruch haben wolle an das Niederland in Baiern weder um „ſein eigenes (mütterliches) Recht, noch wegen der Beleihung, die „er von dem Römiſchen Könige Sigismund erhalten; daß er ſich „deſſen verzeihe für ſich und ſeine Erben an dem Lande zu Oeſter-„reich, und habe darfür eine Summa Geldes empfangen, welche der „König auf ſein Bitten feſtgeſetzet habe; ferner, daß die Herzoge von „Baiern ihm die Lehen, die ſie in Oeſterreich gehabt, abgetretten, „auch das Pfand ſo ſie auf Milberſtadt gehabt, aufgehoben; er H. „Albrecht, habe auch mit ſeinen Vettern Friedrich und Albrecht „Herzogen zu Oeſterreich Rath gehalten und beſchloſſen, daß dieſes „alles Recht und beſtändig ſeyn ſolle auf alle ihre Erben und Nach-„kommen zu allen Zeiten, wie ſie es beſtättiget hätten mit ihren „Vormündern durch einen Brief und er ſolches auch bekenne an ihrer „Staat, und das heilige Sacrament darauf empfangen habe.

Das Original dieſer entſcheidenden Urkunde wird ſich ohne Zweyfel in den Beieriſchen Archiven finden, wenn Se. Churfürſtl. Durchlaucht zu Pfalz ſolches ſorgfältig aufſuchen laſſen wollen, und es nicht etwa in den vorigen unglücklichen Zeiten verloren gegangen. Indeſſen verdienet dieſe authentiſche Abſchrift allen zu Recht erforderlichen Glauben, da ſie nach der dabey befindlichen Nachſchrift, bereits im Jahre 1569. von einem Baieriſchen Rath und Notario nach dem Original vidimiret und beglaubiget iſt, man auch von ſicherer Hand weiß, daß eine dergleichen Abſchrift zu Wien vorhanden iſt, welches abzuleugnen man hoffentlich zu viel Gewiſſen haben wird. Hiezu kommt die völlige Uebereinſtimmung der Umſtände

mit

mit dieſer Urkunde, daß K. Sigismund in eben dem Jahre 1429 da ſie ausgeſtellet worden, den Herzogen von Oberbaiern das Lehn von Nieder-Baiern wieder gegeben, ohne dem Hauſe Oeſterreich, welchem er damals eine würkl. Beleihung, nicht aber eine Anwartung ertheilt gehabt, eine künftige Anwartung vorzubehalten, und das Haus Oeſterreich zu dieſem ſein etwaniges Recht völlig aufhebenden Spruche ſowohl damals als 350. Jahr nachhero ganz ſtille geſchwiegen und niemals einigen Anſpruch gereget.

Dieſe ſo feyerliche und mit baarem Gelde ſowohl als durch Abtretung wichtiger Rechte ſo reichlich bezahlte Entſagung H. Albrechts vernichtet alſo völlig den Grund des Oeſterreichiſchen Anſpruchs auf Nieder-Bayern, ſo wie die in der 14. Anlage der Erklärung bekannt gemachte Urkunde von 1348. durch welche die Pfalzgrafen zwar Niederbayern, welches Land K. Ludwig nicht, wie irrig vorgegeben wird, als ein Reichslehn, ſondern nach ſeinem eigenen Ausdruck, von rechter Erbſchaft wegen im Jahr 1340. nach Abgang der erſten Bayeriſchen Linie, an ſich nahm, der Ober Bayeriſchen Linie gegen eine anſehnliche Geld-Abfindung überlaſſen, aber ſich auf den Abgang derſelben die Succeßion ausdrücklich vorbehalten, die aus einer erdichteten Todtheilung dem Hauſe Pfalz gemachte Einwürfe gänzlich hebt.

Wenn nun alle dieſe Hauptgründe zuſammen genommen werden, daß das Haus Pfalz durch die mit dem Hauſe Bayern gemeinſchaftliche Abſtammung von den erſten Erwerbern, durch die beſtändige Beybehaltung von Titel, Schild, Helm und Wappen, durch die in dem ewigen Erbvertrage von Pavia und die denſelben beſtändig erneuerende Hausverträge verſicherte wechſelſeitige Succeßion und gänzliches Verbot aller Veräuſſerung; durch die beſonders im Jahre 1348. vorbehaltene Succeßion von Nieder-Bayern; durch die vermittelſt aller dieſer Umſtände und Rechte beſtändig gehabte Mitherrſchaft an dem Herzogthum Bayern; durch den im Art. 4. §. 9. des Weſtphäliſchen Friedens dem Churhauſe Pfalz verſicherten Rückfall der Churwürde und der Ober-Pfalz, wie auch die in eben dieſem Frieden Art. 4. §. 10. vorbehaltene übrige Rechte

der

der Pfälziſchen Linie, ein beſtändiges und alleiniges Succeßions-Recht auf ganz Bayern, beſonders auch auf Niederbayern gehabt, ſo kann ſolches ſowohl auf keine Weiſe beſtritten werden. Wenn ferner ſowohl in der Erklärung vom 3. Julii als in dieſem Nachtrage unwiederſprechlich erwieſen iſt, daß K. Sigismund dem H. Albrecht von Oeſterreich die Beleihung auf Niederbayern aus irrigen und unbefugten Grundſätzen ertheilet, daß er ſelbſt darüber zweifelhaft geweſen, und den Herzogen von Ober-Bayern die Beleihung auf Nieder-Bayern laut des in den Beylagen (No. 2.) befindlichen Lehenbriefs zugleich ertheilet, und ſie ihnen durch den Spruch von 1429. außſchließlich beſtättiget, auch die dem H. von Oeſterreich ertheilte Beleihung dadurch wieder aufgehoben, endlich auch H. Albrecht mit ſeinem ganzen Hauſe ſolchem an ſich unbefugten Lehenrechte gegen eine ſehr reichliche Abfindung ausdrücklich entſagt; ſo kann wohl bey niemanden, der nur einige Empfindung von Recht und Billigkeit hat, nur einiger Schein von einem Grunde der Oeſterreichiſchen Prätenſion auf Nieder-Bayern übrig bleiben. Wenn ſolches ausgemacht iſt; ſo werden der Kayſerinn Königinn Maj. durch die mit dem Herrn Churfürſten zu Pfalz den 3. Januar 1778. getroffene Convention wohl unmöglich ein Recht auf Nieder-Bayern herleiten wollen und können, da dieſe Convention lediglich die Wahrheit und Richtigkeit der aus H. Albrechts Kayſerlichen Lehnbrief von 1426. hergeleiteten Prätenſion voraus und zum Grund ſetzet, und alſo ſolche Convention mit der erwieſenen Unrichtigkeit der darinn zum Grunde gelegten Prätenſion zerfallen und für beyde Theile unverbindlich werden muß. Es folget daraus, daß des Herrn Churfürſten zu Pfalz Durchl. zum offenbaren und unwiderbringlichen Nachtheil ihrer Agnaten unmöglich bey dem Vergleiche bleiben können, der aus Uebereilung, Unwiſſenheit Ihres Rechts, und auf Grundſätzen gebauet und geſchloſſen iſt, deren Hinfälligkeit ſich nunmehro aus Ihren eigenen Archiven ergeben muß. Man kann ſich auch nicht vorſtellen, daß der Kayſerinn Königinn Majeſtät als eine Fürſtinn, die ſich ſonſt durch Ihre Gerechtigkeits-Liebe und alle andere hohe Tugenden ſo ſehr hervorgethan, ferner eine ſo offenbar ungegründete Prätenſion als die auf Nieder-Bayern iſt, der einer Ihrer Regie-

rungs-

rungs-Vorfahren mit Empfahung des Sacraments entſaget hat, zum gröſten Nachtheil der mit Ihro ſo nahen verwandten Häuſer Pfalz und Sachſen, und zur Beunruhigung des ganzen Reichs, länger werden behaupten wollen, ſonſt daraus folgen würde, daß nur eine dergleichen alte Prätenſion hervorgeſucht, um ſich bloß nach dem Convenienz-Recht, das freylich der Oeſterreichiſchen Monarchie ſo wohl gelegene Herzogthum Bayern zuzueignen. Man ſollte vielmehr hoffen, wenn dieſe nnn nach und nach entdeckte, ſo entſcheidende Umſtände, beyderſeits Kayſerl. Königl. Majeſtäten bekannt werden, Sie von ſelbſt das in der Convention vom 3. Jan. beruhende Unrecht erkennen, und durch Aufhebung derſelben, und Wiedergabe der ſämmtlichen Bayeriſchen Lande an die rechtmäßige Erben, einen neuen Beweiß von Ihrer Großmuth, Mäßigung und Gerechtigkeits-Liebe geben, auf einer dem Hauſe Oeſterreich bey ſeiner ſchon übergroſſen Macht gar nicht nöthigen Vergröſſerung nicht beſtehen, ſondern vielmehr dem Beyſpiel Sr. Königl. Majeſtät von Preußen, die ohne Rückſicht auf die Ihnen in der vorgeweſenen Negociation in Anſehung der Brandenburg-Anſpachiſchen Erbfolge und wichtigen Austauſchungen angebothene Vortheile, zu nehmen, Sich lieber der Gefahr eines Krieges ausſetzen, als die ungerechte Abreiſſung von Bayern gut heiſſen wollen, rühmlichſt folgen werden.

Man hat dieſen zum Theil neuen und wichtigen Umſtand den hohen Mitſtänden des Teutſchen Reichs annoch vorlegen wollen, damit entweder Sr. Kayſerl. Königl. Majeſtät von geſammten Reichs wegen darüber Vorſtellungen geſchehen, oder ſonſt die aus den Umſtänden von ſelbſt folgende gemeinſchaftliche Maaßregeln genommen werden mögen. Berlin den 14. Julius 1778.

Nro.

Nro. 1.

Urkunde Herzogs Albrecht von Oeſterreich, wodurch er allen Anſprüchen auf Nieder-Bayern entſagt. Geben Regensburg 1429.

Wir Albrecht von Goz Gnaden Herzoge zu Oeſterreich, vndt Marggrave zu Mehren urkhunden, und bekhennen mit diſem Brief allen, die In ſehen oder hören leſen. Daz Wir umb der langen Stene vndt Jrrung, ſo iſt geweſen zwiſchen Unns undt Unnſern lieben Herren vndt Vettern Ludwig, undt Ernſt undt Wilhelm vnd Heinrich ſamentlichen Pfallenzgraven bi Rein, vnd Herzogen in Beiern, vns han freundtlichen beſprochen zu Regenſpurg vnd haben veraint vnd ußeinander geſezt, vndt getaidigt, alſo daz Wir fürter cheinen Anſpruch hant, noch haben wullen an daz **Niederlandt in Baiern vmb vnſer Recht, noch umb der Belihunge**, ſo Wir erhalten haben von ſeiner Majeſtät vnſerm lieben Vatter, undt Fürſten vndt Herrn Sigmund von Goz Gnaden erwelten Römiſchen Chunig. vndt daz Wir vns des wollen verzihen für vns vndt unſer Erbin vnd Nachkommen an dem Lande zu Oeſterreich, vndt haben entpfangin ain Summa gelz als ſolich hat ußgeſprochen uf vnſer pet obgemeldt vnſer lieber Herr vndt Chunig Sigmundt. auch diz Recht, daz vnſir ſullen ſin die aigen Mann, die die Herzog von Bejrn hant gehabt in dem Lande zu Oeſterreich. auch daz ufgehoben ſi das Phant: ſo di obgemelt Herzoge von Beyrn haben gehabt in Milberſtatt (Nuwenſtatt) Auch haben Wir Rat gehalten mit vnſern lieben Herren vndt Vettern Friderich vndt Albrecht auch Herzogen zu Oeſterreich, daz diz alles ſoll feſt ſein vndt recht uf all ir Erbin vndt Nachkommin. vndt alſo bleiben zu allen Zeiten als ſi diz beſtetigt han mit ihren Vormunden mit ainem Brif, vndt Wir ſolich bekhennen an ir ſtatt vndt haben **entpfangen das heilig Sacrament** — allez getreuwlich vndt ane geverde. Mit urchund diz vnſers brieves. Geben zu Regenſpurg in dem Jare nach Chriſtus gepurde vierzehen hundert vnd darnach in dem Neun vndt zwanzigſten am Sand Andreas-Tage des heiligen zwelf poten.

O Locus Sigilli Ducis Alberti equeſtris in cera rubra.

Dieſe Copey iſt gemacht, nach dem Original durch mich Marx Lorrey beider Rechten Doktorn, vndt Herzoglich Beyriſchen Rat vndt notarium immatriculatum anno milleſimo quingenteſimo ſexageſimo nono.

Nro. 2.

Wir Sigmundt von Gottes Gnaden Römiſcher Kunig, zu allen zeiten Merer des Reichs, und zu Hungern, zu Beheim, Dalmacien, Croacien ꝛc. Kunig, bekennen und tun kundt offenbar mit diſem Brieffe, allen den, die Jn ſehen oder hören leſen, das für Unſ kommen iſt, der hochgeboren Heinrich Pfalkgraf bey Reine, und Herzog in Beyern, Unſer lieber Oheim, und fürſte und hat Unſ diemüticlich gebeten, das wir Jn ſein Recht, das Er an dem Nydern Lande zu Beyern hat, oder haben ſoll, zu verlihen und zu reichen gnediglich geruhten, des haben wir angeſehen ſolich ſein redlich und diemütige bete, und auch betracht, nuze getreue, und willige Dienſte, die uns der vorgenannt Herzog Heinrich offt williclich gethan hat, teglich-n tut, und fürbaſ thun ſol und mag, Darumb mit wolbedachtem Mutte, gutem Rate Unſer Fürſten und getreuen, und rechter wiſſen, haben wir dem vorgenannten Heinrichen ſein Recht, das er zu dem vorgenannten Land in Nydern Bayren hat, oder haben ſoll, gnediglich gereichet, und gelihen, reichen und leihen Jm das von Römiſch Kuniglicher Macht in crafft diſſ Briefs, ſo vil wir Jm dann von Rechtswegen daran leyhen ſollen und mögen, von Unſ und dem Riche, mit ſambt ſeinen Erben zu Lehen, zu haben, zu halten, und deſ auch zu gebrauchen, und zu genieſſen, als ſolicher Lehen Recht iſt, von aller meniglich ungehindert, doch Unſ und dem Riche an Unſern und ſuſt allermeinglich an ſeinen Rechten unſchädlich, Unſ hat auch der vor genannt Herzog Heinrich gewonnliche Eyde und Gelübde darauf getan, als dann eyner des Reichs fürſt von ſolichen Lehen Pflichtig iſt zu thun. Mit Urkundt diſſ Briefſs verſigelt mit Unſern Kuniglicher Maieſtatt Inſigel. Geben zu Wyenn, Nach Chriſts Geburt Vierzehundert Jar, und dornach in dem Sechſ und zweinzigſten Jare, am Suntag Letare in der Vaſten, Unſer Riche des Hungriſchen ꝛc. in dem Neundreiſſigiſten, des Römiſchen in dem Sechtzehenden, und des Behemiſchen im Sechſten Jaren.

(L. S.)

Ad Mandatum Domini Regis Jo. Epics. Zaglien. Cancl.

Eben dergleichen Lehnbrief iſt auch für die andern Herzoge von Bayern Wilhelm, und Ernſt und mit einigen Veränderungen auch für H. Ludwig ausgefertiget.

Staatl. Bibliothek
Regensburg

Bayerische StaatsBibliothek
Münchener DigitalisierungsZentrum Digitale Bibliothek

Vorstellung der Beweggründe welche Seine Majestät den König von Preußen vermüßiget haben sich der Zertrümmerung von Baiern zu widersetzen

[Erscheinungsort nicht ermittelbar] Jm Jahre 1778

Regensburg, Staatliche Bibliothek -- 999/Bav.1805a
urn:nbn:de:bvb:12-bsb11084803-0
VD18 14763036